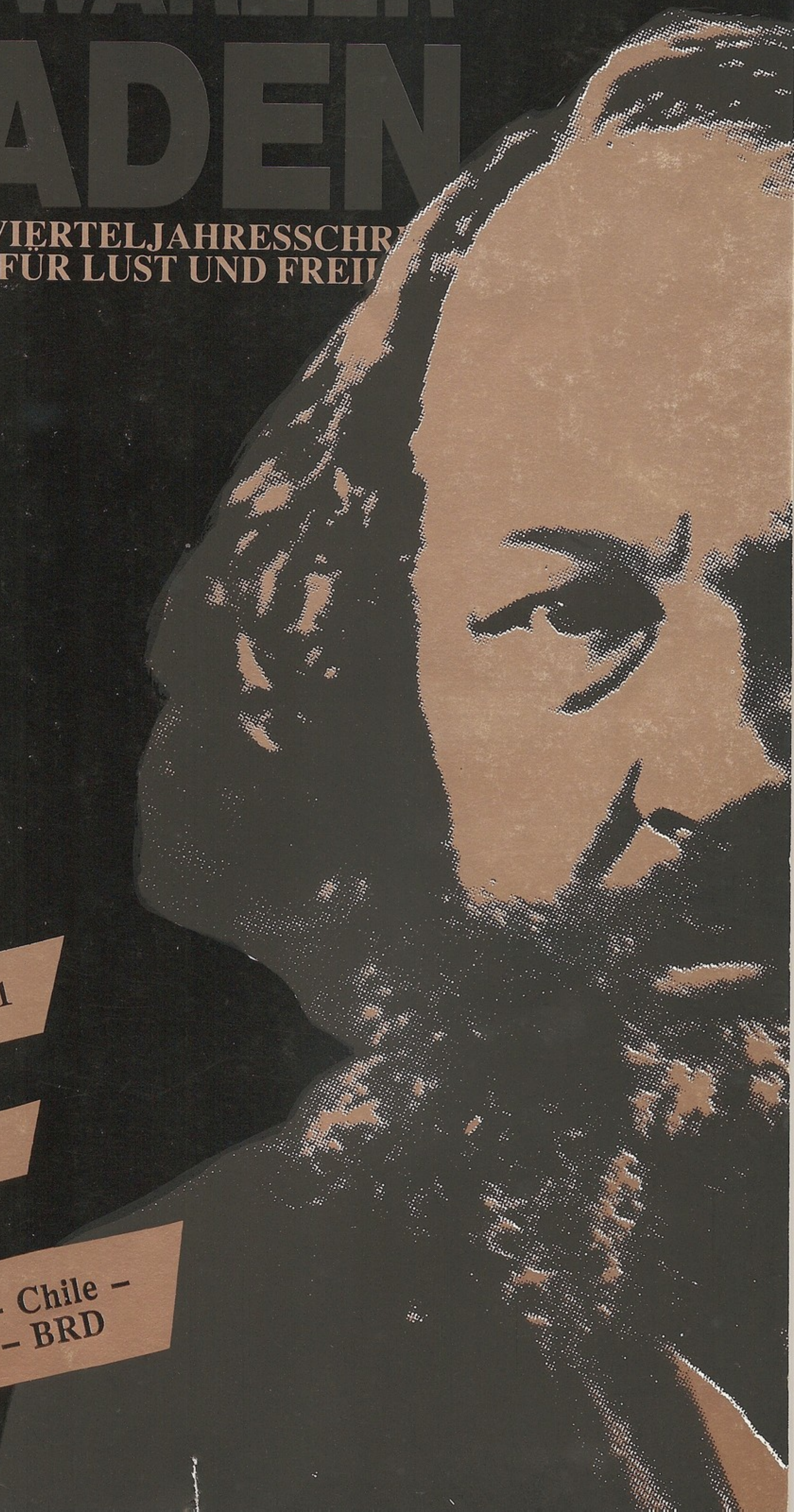
14.Jg. 1/93 7.-DM

SCHWARZER FADEN

VIERTELJAHRESSCHRI[FT]
FÜR LUST UND FREI[HEIT]



Medienrandale

Eurozentrismus

Chomsky: Im Jahr 501

AIDS-Diskussion

USA – Guatemala – Chile –
Kurdistan – Birma – BRD

Zu diesem Heft

In der ersten Ausgabe des Jahres 1 des europäischen Binnenmarktes und des Jahres 501 seit der Eroberung Amerikas, liegt der Schwerpunkt dieses *Schwarzen Fadens* in der Auseinandersetzung mit den Grundzügen und der Geschichte der europäischen Herrschaft über die Welt. Der Artikel von Herby Sachs setzt sich mit der europäischen Entwicklung dieser Herrschaft auseinander, ein Text, der auch auf den *Libertären Tagen* als Vortrag zu hören sein wird. Der Artikel "Im Jahre 501" von Noam Chomsky zeigt anhand der Geschichte der USA grundlegende Prinzipien der Herrschaft des europäischen Projekts auf, die abgewandelt bis zum heutigen Tag ihre Gültigkeit behalten haben. Es ist zum einen die Ausnutzung ökonomischer Macht für politische Interventionen, wie sie im vorherigen Jahrhundert gegenüber England praktiziert und in diesen Jahrhundert in Lateinamerika und eigentlich auf der ganzen Welt eine Binsenwahrheit geworden ist. In diesem Zusammenhang ist auch der Text, der sich durch den ganzen *Schwarzen Faden* zieht, zu sehen, daß nämlich "die Ökonomie nichts anderes {ist}, als eine Lüge der Bourgeoisie über die Herrschaft der Bourgeoisie." Ein zweiter Aspekt, der im Artikel von Noam Chomsky auftaucht ist der der Missionierung, der Zivilisierung der "Wilden", gegen die – sobald sie sich nicht widerstandslos versklaven lassen –, eine Ausrottungspolitik betrieben wird. Bis zum heutigen Tag sind die Vorstellungen über die "Wilden" vorhanden, wie dies in der rassistischen Renaissance der 80er und 90er sehr deutlich zum Ausdruck kommt.

Eine weitere Binsenweisheit ist, daß die Menschen, die sich gegen eine solche Politik stellen, eine ähnliche Behandlung durch die exekutive Gewalt erfahren. Der Fall von Ossietzky zeigt eine solche deutsche Kontinuität auf. Inwieweit die deutsche Justiz auf dem rechten Auge blind sein will, bedarf seit den Morden an linksorientierten Menschen in den vergangenen Jahren keiner größeren Auseinandersetzung mehr. Sehr gerne hätten wir einen Artikel zum Mord an Kerstin Winter abgedruckt jedoch kam er direkt zu Druckbeginn und konnte somit nicht mehr hineingenommen werden.

ar



Photo: Kurt Oxenius/Transparent

Impressum:

HERAUSGEBER:
SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
ISSN: 0722-8988.

V.i.S.d.P.: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Die **Redaktion** besteht derzeit aus 6 Menschen aus Leverkusen, Frankfurt, Karlsruhe, Stuttgart und Grafenau.

Verlag, Satz, Vertrieb und ABOs: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe. Gedruckt wird auf **100% Altpapier.**

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind.

"Technologie": Wer selbst oder über Unis an IBM- oder Apple Macintosh Computer rankommt, kann (und soll!) uns die Artikel auf 3,5 Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word bearbeitet sein. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die „Anerkennungshonorare" für aufwendige Interviews, Photos, Graphiken oder längere Übersetzungen bezahlen.

Nachdrucke: von Texten und Photos sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare erwünscht.

Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!

Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.

Abonnementsgebühren: 25.- für 4 Nummern Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten AbonenntenIeine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.

Einzelnummer: 7.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus : 6.-DM
Sondernummer Nostalgie (SF Artikel aus Nr.0-12): 10.-DM
Förderabo: 60.-DM (8 Nummern)
WiederverkäuferInnenrabatt: 30%

SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703 BLZ 60010070

Anzeigenpreise (alle Preise für s/w + 14% MWST!): 1 Kleinanzeige: 20.-; halbe Spalte (6cm breit x 13,5cm hoch) 150.-; ganze Spalte (6 x 27cm): 280.-DM; 1/8 Seite (8,5 x 6,5 cm) 100.-; 1/4 Seite (8,5 x 13,5cm) 200.-; 1/2 A-4-Seite: 400.-DM; 1 A-4-Seite: 1000.-DM. Beilagen: 300.-DM. Dauerkunden erhalten 30%.Rabatt!!

Redaktions- und ABOanschrift:
Schwarzer Faden,
Postfach 1159, 7043 Grafenau,
Tel.: 07033-44273;
Fax 07033-45264;
und ab 1.Juli lautet die SF-Kontaktadresse:
Schwarzer Faden
Postfach 1159,
71117 Grafenau

Weiterer Redaktionskontakt:
Herby Sachs, Moosweg 165,
5090 Leverkusen

Redaktionsschluß für Nr. 46 (2/93): 25.5
Anzeigenschluß Nr.46: 25.5.

Inhalt NR.45

Wer trägt den SF mit?

Monatliche Dauerspenden zur "Verbreitung von Chaos und Anarchie im vereinten Deutschland":
F.-J.M., Dortmund 5.-; A.R., Paderborn 10.-; W.F., Berlin 10.-; T.P., Köln 10.-; E.T., Bremen 10.-; R.M, 20.-; N.H., Nürnberg 25.-; T.D.L., Berlin 30.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.A., Hersfeld 15.-; V.S., 20.-, H.W.M., Westerland 20.-; U.S., Bremen 15.-



Liebe AbonnentInnen und BuchhändlerInnen, bitte gebt uns frühzeitig Eure **neuen Postleitzahlen** bekannt, damit wir nicht alle 2000 Adressen innerhalb einer Woche aus dem Postwälzer heraussuchen müssen. **Danke.**

Berlin, Lustgarten, 8. November 1992

"Aber mit allem Nachdruck ist zu verlangen, daß wir in der Politik die Kraft auf allen Seiten finden, nun gemeinsam den nächsten notwendigen Schritt zu tun – nach den Regeln der Verfasssung und ohne die schrecklichen schrillen Töne, die uns keinen Schritt weiterbringen, sondern am Ende nur Wasser sind auf die Mühlen der gewalttätigen Extremisten" (Richard von Weizsäcker, zit. n. Stuttgarter Zeitung, 9.11. 1992).

»Los incendarios ideologicos dirigen esta manifestacion"

Die versammelte politische (und herrschende) Klasse, die seit einem Jahr unaufhörlich die Stimmung gegen die Flüchtlinge und Menschen ohne deutschen Paß aufheizte, die bereits heute über diverse Ausnahmegesetze Menschen erster und zweiter Klasse produziert, hatte die Untertanen zur Demonstration gerufen. Sie wollten gegen die von ihnen auf juristischer Ebene unterstützten und auf rhetorischer Ebene heraufbeschworenen (z.B. Rühe-Rundbrief vom Sommer 1991) und munitionierten Pogrome ein Zeichen setzen: Wir waschen unsere Hände in Unschuld. Die bundesdeutsche politische Klasse wollte den biederen StaatsbürgerInnen außerdem zeigen, von wem in diesem Land einzig und allein Gewalt gegen Nicht-Deutsche ausgehen darf.

Die dort versammelten PolitikerInnen hatten die gegenwärtig herrschende rassistische Stimmung selbst salonfähig gemacht. Mit dem Ruf von »Volkes Stimme« im Rücken fällt es freilich leichter, zu vertuschen, daß Gesetze in diesem Lande nur so lange Bestånd haben, wie es bestimmten Interessen beliebt, bzw. wie dieselben bei der Herrschaftsausübung nicht störend sind. Inzwischen zwicken nicht mehr nur einzelne Gesetze, nein mittlerweile passen große Teile der Geschäftsgrundlage des bürgerlich-repräsentativen demokratischen Staates nicht mehr. Damit aber niemand, insbesondere das »böse« Ausland nicht merkt, wie hierzulande inzwischen nicht nur anhand eines Grundgesetz-Artikels Nägel mit Köpfen gemacht werden sollen, inszenierten sie jenen Umzug mit dem biederen und farblosen Bundes-Richi an der Spitze.

Auf einmal prasselte es Farbeier *"Und plötzlich war es ein Spießrutenlaufen"*: *"Sekunden zuvor noch hatte er (...) dargelegt, warum man sich (...) versammelt habe: 'Weil uns unser Land am Herzen liegt. Und weil wir uns um Deutschland sorgen' "* (Frankfurter Rundschau, 9.11. 1992). Genau weil das ihre Hauptsorge war – und nicht etwa das Wohlergehen der von Deutschen gejagten Flüchtlinge, wie auch geheuchelt wurde (Vgl. z.B. demgegenüber Rita Süßmuth zit. n. Stuttgarter Zeitung, 9.11. 1992: *"Weil Flüchtlinge ein Problem sind, das wir reduzieren müssen"*) – gab es eine auf die Nuß. Ihnen öffentlich und nachvollziehbar die Gefolgschaft und die Loyalität aufzukündigen und sich nicht zu Claqueueren degradieren zu lassen, lautete das Gebot der Stunde. So mußte *"auch der erste Mann im Staat erkennen, daß der kleinste gemeinsame Nenner, den man (...) gefunden hatte, um das Deutschland-Bild im Ausland via Großdemonstration zu korrigieren, nicht bei allen trägt"* (Ebd.). Nachdem sich die ökonomisch herrschende bürgerliche bzw. deren politische Klasse an die Spitze der Demonstration stellte, wurde versucht, die Teilnahme zu einer Zustimmung zu ihrer Politik umzu-

Medien-Ran



Photo vom 8.November 1992

Kleine doitsche Medienkunde und Fragen

von der autonomen a.f.r.i.k.a.-gruppe/mittlere

Man muß schon sagen, selbst auf die Gefahr hin, sein Andenken zu beleidigen, daß Marx auch

dale (I)

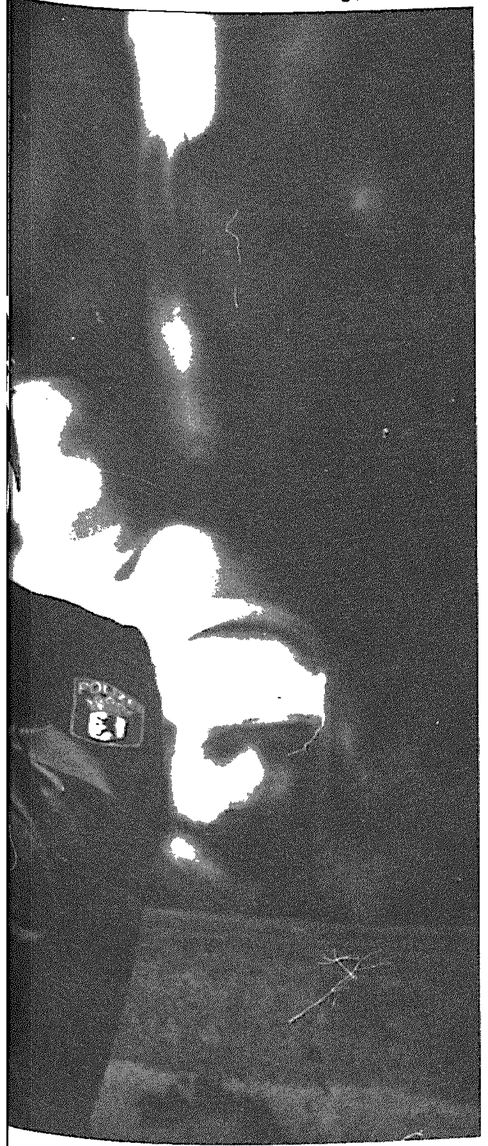


Photo: Anarchistische Fotozelle

militanter Praxis

neckar

funktionieren. Doch nicht wenige DemonstrantInnen waren da ganz anderer Meinung: *"Geht's um Image und Profit, gehn selbst die Schreibtischtäter mit"* und *In der BRD marschieren Brandstifter und Heuchler in der ersten Reihe"* (Demo-Transparente). Fazit: *"Es ist schleierhaft, wie die Bonner Parteien, die sich anschicken, das Grundrecht auf Asyl einzuschränken, darin ein Zeichen der Zustimmung zu ihrer Politik sehen können"* (SPIEGEL 47/1992, S. 23).

Deutschland, Deutschland über alles: "Der Gartenzaun des Deutschen ist unantastbar"

(Demo-Transparent)

Vor aller Welt blamierten sich der vielgerühmte organisatorische doitsche Perfektionismus und die eingebildete Allgewalt des bundesdeutschen Staatsapparates: *"Die erste Garnitur unseres Landes ist am Sonntag im Lustgarten auf beschämende Weise herumgeschubst worden"* (Stuttgarter Nachrichten, 9.11. 1992). Es ging also nicht um die Flüchtlinge, die inzwischen in diesem unseren Lande nicht mehr nur »herumgeschubst« werden. BerichterstatterInnen und KommentatorInnen verschwendeten kaum eine Zeile, auf die tatsächlichen Opfer des zündelnden Bundestags- und Regierungsmobs hinzuweisen. Sie sorgten sich zuerst um das Ansehen von »Deutschland«. Das angeblich verzerrte Deutschland-Bild in der Weltöffentlichkeit wieder zurechtzurücken, das sah die Mehrzahl der bundesdeutschen (Print-)Medien als ihre vornehmste Aufgabe und oberste Bürgerpflicht an. Doch auch die AuftraggeberInnen waren über die Art der Live-Übertragung unzufrieden. Ihre Kommentierung macht deutlich, woher der Wind wehen sollte: *"Und daß es eine deutsche Fernsehkamera war, die sogar einen englisch gepinselten Aufruf zum Investitionsboykott in die Welt transportierte, läßt wirklich fragen: Wo liegt denn hier der Nachrichtenwert?"* (Magazin Wirtschaft – Mitteilungen und Meinungen der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart Nr. 11/1992).

Die Fiktion eines »besseren«, angeblich »ausländerfreundlichen« Deutschland ging dabei zu Bruch: *"Linke Krakeeler, gewalttätige Autonome, radikale Ideologen – sie haben wieder einmal zerstört und in Scherben geschlagen, was doch eigentlich gekittet werden sollte: das Ansehen der Republik, der Ruf des neuen, wiedervereinigten Staates"* (Stuttgarter Nachrichten, 9.11. 1992). Denn *"nach den Widerwärtigkeiten der letzten Zeit in Ost- und Westdeutschland wurde mit dieser Versammlung ein klares Zeichen dafür gesetzt, wo das gute Deutschland steht"* (Südwestpresse, 9.11. 1992). *"Der Bundeskanzler selbst bestätigt den Demonstranten, daß sie nur als Kulisse für ein Staatsschauspiel eingeplant waren, das Deutschlands Ansehen im Ausland heben sollte. Nicht die Wurfgeschosse gegen Richard von Weizsäcker sind Helmut Kohls Problem, sondern das Mißlingen der Show. Er hält es für das 'eigentliche' Verbrechen, daß eine Gruppe von Chaoten das schöne Bild der Eintracht 'im Ausland' trüben konnte"* (SPIEGEL 47/1992, S. 23). So hat es nicht sollen sein: *"Das ist nicht unser Deutschland!"* (Die Welt) *"In einem Desaster ging unter, was die Welt von einem besseren Deutschland überzeugen sollte"* (Stuttgarter Nachrichten, 9.11. 1992). Und das ist gut so, da ein solcher Schein trügen würde.

"Er gerät in das Visier gewalttätiger Amokläufer von links" – »Staatsnotstand« im Lustgarten

(Stuttgarter Nachrichten, 9.11.1992)

Einmal mehr verhinderten also gewaltbereite »Chaoten«, daß die führenden bundesdeutschen PolitikerInnen zu Wort kommen konnten. Seit Wochen okkupieren »die Autonomen« die Sendeanstalten und Zeitungsredaktionen. Die demokratisch gewählten PolitikerInnen sind praktisch abgeschnitten von ihren WählerInnen. Sie vermögen sich gegenwärtig weder im Lustgarten noch in den Medien Gehör zu verschaffen. *"Und so regiert der Meinungsterror bis zum Schluß"* (Stuttgarter Nachrichten, 9.11. 1991). Doitschland droht unregierbar zu werden: *"Die größere Schande liegt allemal bei jenen, die auch nur den Anschein zulassen, es dürfe eine Gesellschaft geben, in der der Bundespräsident nicht auf offenem Platz zu Tausenden reden kann, ohne unmittelbarer Gewalt ausgesetzt zu sein, ohne von Hunderten Polizeibeamten geschützt werden zu müssen" (Süddeutsche Zeitung, 9.11.1992).*

Nun beklagt das Medien-Lamento allenthalben, daß man sich in diesem Lande gegenseitig nicht mehr zuhören wolle. Schon ein etwas seltsames Verständnis von Dialog, hier die Verstärkeranlagen der Regierungen und unten die unverstärkten Kehlen des gemeinen Pöbels. Um zumindest für einen gewissen Ausgleich zu sorgen, schnitten ein paar von denen da unten die Kabel durch. Denn erinnern wir uns: Wie lammfroh fielen die Kommentare dieser Medien-Schreihälse aus, als in diesem Frühjahr und Sommer die Staatsgewalt in Nürnberg und München die Diskussionen im Vorfeld und während des Weltwirtschaftsgipfels unterband? Offensichtlich verstehen sie unter »Zuhören« vor allem die staatsanwaltlichen und vom Staatsschutz durchgeführten Ermittlungen, die sich mehrmals den Zugang zu linken Veranstaltungen

Ökonom war. Marx hat, ebenso wie die Massen seiner Zeit, die Kritik der politischen Ökonomie

mit Schlagstöcken erprügelten. Berlin zeigte, daß Pfiffe und Protest gegen die Regierenden nicht immer (wie in München) einkesselbar sind.

Dabei hätten sie vorgewarnt sein müssen. Denn bereits angesichts historischer Berliner Kundgebungen gegen das preußssische Drei-Klassen-Wahlrecht galten vor dem Ersten Weltkrieg die Demonstrationen und Kundgebungen der Arbeiterbewegung als eine neue Art, sich mit den Herrschenden zu unterhalten" (Friedrich Naumann). Auch wenn diesmal die Regierenden glaubten, sich von Hunderttausenden von DemonstrantInnen unterhalten lassen zu können, geriet die Veranstaltung anno '92 zu einer etwas anderen »Volksaussprache«. Es wurde schließlich ein würdiger Unterhaltungsnachmittag.

Wel rinks und lechts velwechsert

"300.000 Menschen haben heute in Berlin für die Menschenwürde und gegen Gewalt, Fremdenhaß demonstriert. Links- und rechtsradikale Gruppierungen haben versucht, dieses Bild zu beschmutzen" (Helmut Kohl, zit. Die Welt, 9.11. 1992).

Angesichts der Tatsache, daß die schöne Show erst einmal vermasselt war, beginnen einige KommentatorInnen durchzuknallen: *"Rechtsradikale, dumpfe Triebtäter gegen alles, was anders ist, hatten Molotowcocktails in Wohnungen geworfen, Fremde verprügelt, Gräber zerstört. Ihnen wollten die Demonstranten zeigen, wie die Mehrheit der Deutschen denkt und wofür sie eintritt. Linksradikale, dumpfe Triebtäter, auch sie gegen alles, was ihren kümmerlichen politischen Horizont übersteigt, versuchten die Kundgebung mit Steinwürfen, Trillerpfeifen und anderer Gewalt zu sprengen"* (Südwestpresse, 9.11. 1992). Aber auch unsere GRÜNEN FreundInnen sind mit am Werke. Oberfreund und Bundestagsabgeordneter Konrad Weiß: *"Die Linksradikalen haben ihr wahres Gesicht gezeigt. (...) Diese autonomen Faschisten sind nicht besser als ihre braunen Gesinnungsgenossen und feige Verbrecher wie diese"* (Zit. n. taz, 10.11. 1992). Der Feind steht links, das ist Tradition in Deutschland: *"Man hat in letzter Zeit zu sehr nur auf die rechte Szene geblickt und dabei übersehen, daß sich in den letzten Jahren die Zahl der Linksextremisten nahezu verdoppelt hat"* (Stuttgarter Zeitung, 9.11. 1992).

Die Gewalt wohlstandschauvinistischer BundesbürgerInnen, das Ermorden, Brandschatzen und Vergewaltigen, die Angriffe auf Frauen, Kinder und Behinderte, also all das, was die PolitikerInnen und die Medien permanent mit Begriffen wie »Asylmißbrauch« und »Asylschwemme« herbeireden, -schreiben und -senden, soll also das Gleiche sein, wie der Versuch, einmal die hierfür politisch Verantwortlichen mit Pfiffen und Farbeiern zu markieren und sie für ihre Heuchelei bloßzustellen: *"Brutale Gewalt, deren Opfer in den vergangenen Wochen in mehreren deutschen Städten Ausländer geworden sind, hat jetzt nach den Politikern gegriffen, die sich in Berlin versammelt hatten, um öffentlich die Gewalt zu verurteilen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11. 1992).* Die Unmutsäußerungen wurden zum Vorwand für die politische Klasse, sich selbst zu den eigentlichen Opfern zu stilisieren. Von gleichermaßen linker wie rechter Gewalt ist nun wieder die Rede. Jeden Tag und jede Nacht jagen BundesbürgerInnen Flüchtlinge und andere Menschen ohne deutschen Paß sowie Behinderte, AntifaschistInnen etc. Inzwischen sind es schon 17 Tote (Stand: 30.11. 1992) und das ist offenbar dasselbe, wie wenn die hierfür politisch Verantwortlichen für ihre Heuchelei mit Pfiffen und Farbeiern bedacht werden.

Der Stein bestimmt das Bewußtsein

"Mit Steinen gegen den ersten Mann im Staat" (Südwestpresse, 9.11. 1992) soll es im Lustgarten zur Sache gegangen sein. Obwohl es jedeR FernsehzuschauerIn selbst hat sehen können, daß kein einziger Stein flog, *"werfen Linksextremisten"* – so der durchgehende Medientenor von FAZ bis taz – *"Steine und Eier auf Bundespräsidenten und Kanzler"* (Stuttgarter Zeitung, 9.11. 1992). Die Hilflosigkeit und der Ärger waren vollkommen, als Autonome nicht so auftraten, wie sie sich der/die kleine ARD- und ZDF-KommentatorIn gemeinhin vorstellt. Nicht in die übliche Kostümierung gewandet, drohte der Pawlowsche Medienreflex schon frühzeitig zu verenden. So wurden Pfiffe und Farbbeutel zu Steinen. Denn es drohte das Feindbild und die Demo abhanden zu kommen: *"Gezeigte und erlebte Realität passen selten zusammen. Es gehört zum Medienalltag, daß Randale immer durchdringt, auch wenn Friedfertigkeit überwiegt"* (SPIEGEL 47/1992, S. 23). Die Unmutsäußerungen gaben nun den Vorwand ab, von dem entscheidenden Ergebnis der Demo abzulenken: Die Mehrzahl der DemonstrantInnen ist nicht einverstanden mit der Politik derjenigen, die diese Kundgebung organisieren ließen. JedeR der/die Augen im Kopf hatte, konnte sehen, daß den VeranstalterInnen die Demonstration inhaltlich schon während des Aufmarschs aus den Händen geglitten war. Die Eier- und Tomatenwürfe sowie die massiven verbalen Proteste mußten nun dafür herhalten, zu vertuschen, warum diese Kundgebung tatsächlich zu einem Debakel für ihre OrganisatorInnen wurde.

Keine dieser Medien (außer der taz) dementierte am nächsten Tag ihre Falschmeldungen: *"Selbst wenn vereinzelt auch Steine geflogen sein sollten – kein Beobachter konnte die Geschosse genau ausmachen –, es ging um eine wütende, teilweise auch haßerfüllte Bekundung des Unwillens gegen die politische Führung und nicht um einen gewaltsamen Angriff"* (taz, 10.11. 1992). Auch das »Magazin Wirtschaft« (11/1992) der baden-württemberischen Industrie- und Handelskammer vermochte nur noch von *"ekligen Wurfgeschossen"* zu schreiben.

So konnte die Veranstaltung doch noch als Erfolg gefeiert werden. Hatten fast alle Medien am Montag noch über das Scheitern der Demonstration gezetert und gejammert, wurde am Dienstag ihr Erfolg bekanntgegeben: *"Unerhört war das Wüten von 300 Provokateuren, doch unerhört war es doch wohl auch, daß tausendmal mehr Gutwillige zur größten Demo der Demokratie gekommen waren"* (Ebd.).

Über die Kritik der Waffen und die Waffe der Kritik

Wenn es gilt, aus Sicht der radikalen Linken Bilanz zu ziehen, dann läßt sich zunächst einmal insoweit ein Erfolg konstatieren, als es gelungen ist, die in der Planung formulierte Absicht, dem traditionellen Medienbild vom gewaltbereiten Chaotenhaufen auch während der Aktion real nicht zu entsprechen, umzusetzen. Die Durchführung hat einmal mehr gezeigt, daß ein gutes Gelingen solcher Unternehmungen nicht zuletzt der Unberechenbarkeit unserer Seite zu verdanken ist. Darin lag die Stärke der ganzen Vorgehensweise. Am Ende mußte nicht nur die Staatsgewalt zugeben, daß sie unter den gegebenen Umständen keine Chance hatte. Insofern war der Lustgarten ein erster Versuch und ein guter Anfang.

Der Lustgarten hat aber auch gezeigt, wie schwer es ist, gegen die Medienrandale anzukommen. Die Übermacht ihrer Deutungsgewalt vermochte das öffentliche Bild der Demonstration zu bestimmen. Und an diesem Punkt sollten selbstkritische Überlegungen einsetzen. Zu-

nicht bis an ihre Grenzen geführt. Er hat im Gegenteil den Gesichtspunkt der Ökonomie der Arbeit

nächst gilt es die Ereignisfixierung bürgerlich-kapitalistischer Medien zu begreifen. Für die weitere militante Praxis erscheint uns wichtig daß Berlin zeigt, daß nicht unsere inhaltliche Kritik, sondern nach wie vor allenfalls eine bestimmte Form der Militanz für die Medien ein Ereignis darstellt und darüber dann mehr oder weniger ausführlich berichtet wird. Dies war auch in Berlin so. Hinzu kam aber noch ein weiteres. Das eigentliche Ereignis waren nicht die Störaktionen sondern die Tatsache, daß Hunderttausende auf einer Regierungsdemo gegen die Politik der Regierung demonstrierten und auf ganz verschiedene Weise die Regierungstribüne zur Tribüne des Demonstrations-»Volkes« umfunktioniert hatten.

Daß der Fehlschlag der Demoshow nicht entsprechend gewürdigt wurde, hat vielleicht nur am Rande mit den linken Störaktionen zu tun. Wären diese nicht gewesen, sie hätten es bestimmt auf eine andere Weise heruntergespielt. Doch das enthebt nicht des Problems der Vermittlung solcher Störaktionen. Denn – soweit sich das noch beurteilen läßt – ist es den Medien recht gut gelungen, die Wut über die Heuchelei der regierenden PolitikerInnen gegen »die Autonomen« zu lenken.

Und an diesem Punkt sollten selbstkritische Überlegungen in der radikalen Linken einsetzen. Es ist nämlich auch nachzufragen, ob es nicht auch mit dem uns eigenen Auftreten zu tun hat, daß es den Medien gelingen konnte, die eigentliche Information (»Hände weg von Artikel 16« und »Schluß mit der rassistischen Asyldebatte« sowie »Hier demonstrieren die Biedermänner der Brandstifter«) unter den Teppich zu kehren und das Auftreten von »Chaoten« zum zentralen Problem während der Kundgebung zu stilisieren? Zu fragen wäre also, welches unser Anteil daran war, daß die Ablenkung von den Meinungsverschiedenheiten zwischen DemonstrantInnen und Regierenden doch relativ reibungslos gelingen konnte. Denn nicht unsere Absichten zählen, sondern das was am Ende unter dem Strich politisch herauskommt. Von daher kann die ganze Aktion nicht nur als Erfolg gewertet werden.

Dabei besteht das Problem nicht so sehr darin, daß uns die Medien nicht mögen, sondern daß es ihnen immer wieder vorzüglich gelingt, einen großen Teil potentiell Verbündeter zu allererst gegen die radikale Linke zu hetzen. Es hilft alles nichts. Nicht für die Medien, aber zur möglichen Gewinnung der Sympathie der MitdemonstrantInnen wäre ein differenzierenderes Vorgehen, z.B. beim Verlesen des Briefes der Frau aus Quedlinburg, vielleicht von Nutzen gewesen. Ob es besser hätte laufen können, darüber sinniert auch der Bericht einer autonomen Berliner Gruppe:

"Wir selbst haben beim Flugiverteilen die Erfahrung gemacht, daß keine Frontstellung uns gegenüber bestand, daß die meisten DemoteilnehmerInnen unseren Inhalten gegenüber offen waren. Regierungskritische Transparente und Forderungen nach Beibehaltung des Artikel 16 und für ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge überwogen bei weitem. Die kleinen Blöcke der Parteien und Gewerkschaften verloren sich dagegen in der Masse. Viele hatten das vorher anders eingeschätzt. Es wäre aber noch genug Zeit gewesen, auf die Situation zu reagieren."

Wir wissen, wer auf dieser Demo gegen Gewalt gegen die Flüchtlinge eingetreten ist, braucht noch lange keine Anti-Rassist sein. Anti-Rassismus richtet sich nicht nur gegen die Gewalt der Neo-Nazis, sondern auch gegen die nicht nur strukturelle Gewalt der Gesetze (z.B. das rassistische Ausländersondergesetz oder die Abschiebungen) und der Diskurse (Hate-speech). Das muß immer wieder in unseren Argumentationen auftauchen. Aber auch wenn wir es dabei mit ReformistInnen zu tun haben oder diese selbst Anklänge von multikulturellem Rassismus aufzuweisen haben: die erste Aufgabe ist es, die Lunte der Subversion zu legen (und die ist nur inhaltlich entfachbar). Erst dann mag auch jene Folklore ihr Recht beanspruchen, die besingt, wie ganz arg gefährlich wir sein können. Ansonsten stehen wir uns zunehmend selbst im Weg. Problematisch ist der oftmals marxistisch-leninistisch anmutende Avantgardeanspruch, der immer schon alles weiß und deshalb auf niemanden zu hören braucht. Befehlsartige Verlautbarungen erinnern an ganz andere Traditionen und sind nicht an emanzipatorischen Politikformen orientiert:

"Mit einem sensibleren Auftreten hätte vielleicht eine Chance bestanden, eine Solidarisierung einer größeren Zahl der übrigen Demo-TeilnehmerInnen zu erreichen. Eventuell hätte auch eine größere Anzahl von Leuten in unsere Sprechchöre miteingestimmt. Einzelne Eierwürfe hätten die 'Keine-Gewalt'-DemonstrantInnen nicht in dem Maße abgeschreckt, wie es jetzt geschehen ist, wenn stärker versucht worden wäre, mit der Masse in Kontakt zu kommen und nicht so isoliert zu agieren. Die Medien hätten wir natürlich in keinem Fall hindern können, die überwiegende Aussage der Demo in ein verwaschenes 'Wir sind alle ausländerfreundlich' zu verfälschen. Aber bei den Beteiligten wäre bei einem anderen Auftreten etwas anderes angekommen als bei der jetzt vollzogenen klaren Frontstellung."

Aber machen wir uns nichts vor, ließe sich einwenden, selbst wenn »die Autonomen« mit Wattebäuschen werfen würden, vermögen die Medien daraus jederzeit eine Aktion mit Mordabsicht zu machen. Es ist vermutlich in der Tat wenig aussichtsreich, gegen das Medienecho anschreien zu wollen. Doch wäre schon viel gewonnen, sie zu zwingen, immer unverschämter und offener lügen zu müssen.

Wir sollten unsere vorwiegende Aufgabe nicht darin sehen, immer dem verqueren Medienbild über Autonome zu entsprechen, sondern eher versuchen (wie es in Berlin ansatzweise geschehen und in Mölln sehr gut gelungen ist) dasselbe möglichst oft zu konterkarieren. Damit ließe sich offensiver die inhaltliche Differenz über die Verantwortlichen und die Ursachen des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus herausstellen.

Angesichts des Deutungs- und Interpretationsmonopols der bürgerlichen Öffentlichkeit sollten wir uns darüber hinaus bemühen, noch besser vorbereitet und organisiert als bisher, unseren abweichenden inhaltlichen Vorstellungen Gehör zu verschaffen. Ansonsten laufen wir Gefahr, permanent selbst unser politisches Gewicht zu verkleinern, indem wir uns auf kulturelle (Tracht) wie inhaltliche (Militanz) Äußerlichkeiten reduzieren lassen. Und dann sind wir berechenbar geworden.

Damit aus radikalen Linken keine AutistInnen werden, gilt es in nächster Zeit eine Frage zu beantworten: Wie läßt sich die rassistische Übereinkunft zwischen der Mehrheit der PolitikerInnen und den bundesdeutschen StaatsbürgerInnen tendenziell aufbrechen? Mit welcher Strategie ist gegen die Hegemonie rassistischer und nationalistischer Diskurse in den Medien anzugehen und wie lassen sich die Widersprüche in den überaus heterogenen Blöcken zu unseren Gunsten zuspitzen?

(Fortsetzung folgt: Medienrandale (II) handelt über die Probleme militanter Praxis, wenn Linke glauben, daß das Medienbild ihr Selbstbild sei und fälschlicherweise ihr Selbstverständnis darüber formulieren. Beispiele sind Bonn (14.11.) und Stuttgart (28.11.)).

von anderen beibehalten. Die Bourgeosie ist mit Marx fertig geworden, wie sie auch mit der

Vorschlag für Aktionstage gegen Rassismus in den Medien Ende Mai 1993



Wir schlagen für die Zeit vom 23. Mai bis 2. Juni 1993 bundesweite Aktionstage gegen Rassismus in den Medien vor. Das Ziel sind Aktionen, die den Rassismus in den (und durch die) Medien offensiv angehen und damit versuchen, den Blick auf den gegenwärtigen bundesrepublikanischen Rassismus zurechtzurücken.

Wir denken, daß solche Aktionen nicht von Parteien oder überregionalen Verbänden ausgehen sollen, sondern hauptsächlich von vor Ort arbeitenden Gruppen oder Initiativen. Unser Vorschlag zielt auf keinen gemeinsamen Aufruf und keinen Minimalkonsens, sondern auf ein thematisches Bündnis (Rassismus in den Medien als Ausdruck von Rassismus im Zentrum der Gesellschaft), in dem es allenfalls Organisatorisches zu koordinieren geben sollte. Deshalb wird dieses Schreiben auch von keiner UnterstützerInnenliste geziert. Der Aufruf möchte einen Stein ins Rollen bringen, der inhaltlich nach vorne weist.

Momentan erscheint es uns, daß versucht wird, Rassismus und Nationalismus wieder einmal allein auf ihre gewalttätigen Varianten zu reduzieren. Das Pathologisieren und Dämonisieren der Pogrome, die Reduktion des (medialen) Blicks auf den Fetisch »Gewalt« führen letztlich dazu, von jener rassistischen Grundströmung abzulenken, die eben nicht nur in den Pogromen ihren Ausdruck findet. Auf diese Weise gelingt es denjenigen politischen Kräften von CDU bis SPD, die für die Pogrome die eigentliche Verantwortung tragen, indem sie den Resonanzboden bereitstellen und tagtäglich die GewalttäterInnen ideologisch munitionieren, sich aus dem Staub zu machen.

Hinter unserem Vorschlag steht die Vorstellung, daß sich antirassistischer und antifaschistischer Kampf nicht auf jugendkulturelle (neo-nazistische) Erscheinungsformen beschränken darf. Wir gehen vielmehr davon aus, daß ein solches Konzept zu kurz greift, da es sich fast ausschließlich gegen die VollstreckerInnen der gesamtgesellschaftlichen bzw. strukturellen Erscheinungsformen von Rassismus und Nationalismus wendet.

Unsere antirassistische Strategie läuft ins Leere, wenn sie sich nur auf die nazistischen Gruppierungen bezieht und nicht berücksichtigt, wer ihnen ideologischen und praktischen Handlungsspielraum verschafft. Pathologisierung und Dämonisierung der TäterInnen enden dann in der Forderung nach Sozialtherapie. Ergebnis: Aus TäterInnen werden Opfer. Wo der gewalttätige Rassismus seine Wurzel hat und woher er seine vermeintliche Legitimation bezieht, bleibt damit zwangsläufig im Dunkeln. Schlimmer noch, wir gehen am Ende gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen gegen die »Gewalttäter« vor, denen von ersteren allenfalls beigebracht werden soll, daß alle Gewalt gegen Flüchtlinge in diesem Land nur vom Staat ausgehen darf.

Es muß daher das Ziel sein, den Blick vom Rand in das Zentrum der bundesdeutschen Gesellschaft zu lenken. Denn dort finden sich all jene, z.B. die Bürgermeister, die Gemeinderäte, die Wissenschaftler, die Personalchefs oder Boutiquen-Besitzer, all jene Eliten, die vorgeben die »multikulturelle« Gesellschaft in der Edel-Pizzeria oder am Döner-Stand mit Löffeln gefressen zu haben. Ihre gesellschaftliche Praxis ist es aber, die tagtäglich vorführt, was Rassismus heißt: Inzwischen wissen zwar fast alle, daß Rassismus weniger mit sozialer Deklassierung zu tun hat, sondern vor allem ein Herrschaftsverhältnis darstellt, aber Konsequenzen für die antifaschistische Praxis hat das in den seltensten Fällen.

Wenn wir daher die Medien gezielt in den Mittelpunkt von Aktionstagen stellen, bekommen wir dasjenige Scharnier ins Visier, ohne das der Rassismus und Nationalismus im Zentrum der Gesellschaft, also in Politik, Wirtschaft und bürgerlicher Öffentlichkeit nicht hätte derart hegemoniefähig werden können. Die Berichterstattung über die Berliner Demonstration vom 8.November 1992 hat zuletzt anschaulich vorgeführt, welche unsägliche Rolle die bundesdeutschen Medien in fast ihrer gesamten Breite in der gegenwärtigen politischen Situation einnehmen. Wir denken dabei, daß Aktionen mehr sein sollten als die gegenwärtig in Berlin diskutierte Neuauflage der Springer-Blockaden aus den 60er Jahren. Die Misere läßt sich eben nicht mehr nur auf Springer reduzieren, Berichterstattung à la BILD über Flüchtlinge und Menschen ohne deuschen Paß gehört mittlerweile zum Mainstream der bundesdeutschen Medienlandschaft. Begriffe wie »Wirtschaftsflüchtling«, »Asylschwemme« oder »Asylmißbrauch« fluten inzwischen über uns hinweg und werden in einer Weise benutzt, als handele es sich um unumstößliche Wahrheiten.

Die Ausrichtung von Aktionstagen auf die Medien könnte helfen, den Zusammenhang von Gewalt/Pogrom und rassistisch-nationalistischer Gesellschaftsstruktur sowie entsprechendem öffentlichem Diskurs in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken. Wenn wir für das Zentrum der Gesellschaft beispielhaft die Medien herausgreifen, geht es um nichts weniger als den gewalttätigen Nazis das ideologische Hinterland zu entziehen. Wer die Gewalt zurückdrängen will, muß die Freiheit der Presse (bzw. des Rundfunks und des Fernsehens) rassistisch zu sein, in Frage stellen.

Zur Rolle der Medien:
In den folgenden Thesen möchten wir kurz und stichwortartig anreißen, in welcher Weise die bundesdeutschen Medien

Arbeiterbewegung nach 1848 fertig geworden ist. Man weiß seit Erscheinen der "Einführung in die

VORSICHT

Die
CDU
Fraktion

Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str.3, 7000 Stuttgart 1
Tel.:0711/2063-815/819 Fax 0711/2063-810

Betr.: Kundgebung gegen Haß und Gewalt

Sehr geehrter Mitbürger, sehr geehrte Mitbürgerin,

Bestimmt haben Sie schon von unserer Kundgebung gegen Haß und Gewalt am 21.1.1993 gehört. Die Kundgebung beginnt um 16.30 Uhr auf dem Marktplatz.

Wie wir nun aus sicheren Quellen erfahren haben, wollen auch diesmal Autonome aus dem ganzen Land, u.a. aus Tübingen, Freiburg und Heidelberg, anreisen, um unsere Kundgebung, wie die Berliner Großkundgebung im November letzten Jahres zu stören. Auch in autonomen Kreisen in der Hafenstraße und in Kreuzberg ist es im Gespräch, die süddeutschen Chaoten beim Eierwerfen zu unterstützen.

Das wollen wir uns nicht gefallen lassen! Diesmal werfen wir zurück!

Nach eingehender Überprüfung Ihrer Daten bei Polizei und Verfassungsschutz haben wir Sie als Unterstützer dieser Aktion ausgewählt.
Außer Ihnen werden sich noch ca. 200 andere Stuttgarter Bürger beteiligen.
Wir möchten Sie also bitten, uns bei dieser Aktion zu unterstützen, um unsere prominenten Redner zu schützen.
Bringen Sie bitte mindestens zwei Eier mit und bewerfen Sie damit die Chaoten.
Erkennen können Sie diese daran, daß sie diesmal zur Tarnung wahrscheinlich ziemlich auffällig in Anzug, Krawatte/Fliege und eventuell sogar mit CDU-Ansteckern in Erscheinung treten.
Die Polizei wird Sie selbstverständlich bei eventuellen Übergriffen schützen.

Bitte schneiden Sie den Coupon aus und zeigen ihn bei Polizeikontrollen vor, damit Sie nicht mit gewalttätigen Autonomen verwechselt werden und ohne Probleme passieren können.

Im voraus schon vielen Dank für Ihre Unterstützung,

Ihre CDU

COUPON

Name:______________________
Adresse:____________________
____

Helfer der CDU bei der Aktion
"Diesmal werfen wir zurück -
Eier gegen Autonome"



CDU IM LANDTAG

Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str.3
7000 Stuttgart 1
Tel.: 2063-815
Fax.: 2063-810

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Vor kurzer Zeit erreichte Sie ein Brief, der angeblich von der CDU sein sollte. In diesem Brief wurden Sie dazu aufgefordert, "Chaoten", die die Kundgebung gegen Haß und Gewalt am 21.1.1993 stören wollen, mit Eiern zu bewerfen.
Dieser Brief war eine Fälschung.
Wir würden nie auf die Idee kommen, auf einer Kundgebung gegen Haß und Gewalt, Bürger und Bürgerinnen dazu aufzurufen, *persönlich* mit Gewalt gegen Störer vorzugehen. Das wäre auch viel zu gefährlich.
Auf öffentlichen Veranstaltungen kommt es immer wieder zu Zwischenfällen.
Deshalb hat die CDU seit Jahren einen gut ausgebildeten Ordnerdienst (*CDU-Ordnerdienst: COD).* Um auch bei dieser Veranstaltung für Ruhe und Ordnung sorgen zu können, bekam der *COD* noch eine spezielle Nahkampfausbildung und wurde mit Schlagstöcken und Elektroschockgeräten ausgerüstet. Deshalb wird es ihm möglich sein, schon beim *kleinsten Versuch einer Störung*, die Störer aus der Masse zu entfernen. Sofern Sie sich ruhig verhalten, haben Sie nichts zu befürchten.
Um seine Aufgabe wirkungsvoll zu erfüllen, muß der COD natürlich besondere Befugnisse haben: Personenkontrollen, Durchsuchung Ihrer Taschen und Beutel, Beschlagnahmung aller Gegenstände, die als Waffe angesehen werden könnten (z.B. Regenschirme)
Bitte haben Sie Verständnis und unterstützen Sie den COD bei seiner Arbeit.

Vielen Dank für Ihr Verständnis,
Ihre CDU

FÄLSCHUNG!

"Wissenschaft der Publizität", daß der Austausch das wesentliche Moment der Menschheit und daß

derzeit den rassistischen und nationalistischen Diskurs vorantreiben und welchen Anteil sie selbst an der Produktion von Rassismus haben; inwiefern es also gerechtfertigt ist, sie exemplarisch für den gesamtgesellschaftlichen Rassismus in den Mittelpunkt von Aktionstagen zu stellen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sagen nicht, daß ausschließlich die Medien den Rassismus produzieren. Wir denken aber, daß es genügend Belege gibt, daß die Mehrzahl unter ihnen den Rassismus aufnimmt, zuspitzt, instrumentalisiert und ihm eine Richtung gibt. Ohne diese Medien und die Art ihrer Berichterstattung wäre die gegenwärtige Konjunktur des offenen und verdeckten Rassismus jedenfalls kaum denkbar.

1. Medien übernehmen eine entscheidende Rolle bei der Formulierung und Übermittlung rassistischer Stereotype. Medien vermitteln den Anschein, »Wirklichkeit« authentisch abzubilden. Dieser Anspruch der Medien verschleiert nur zu leicht, daß die mediale »Wirklichkeit« entsprechend gefiltert und konstruiert ist. Dabei beschränkt sich der mediale Diskurs nicht nur darauf, bestehende Rassismen aufzunehmen und zu verbreiten, sondern er produziert zugleich aktiv rassistische Schlagworte und Argumentationsfiguren.
2. Bürgerliche Medien pflegen einen Verlautbarungsjournalismus, der sich hauptsächlich auf Statements von »offizieller« Seite, wie zum Beispiel Äußerungen von PolitikerInnen oder Polizeiberichte, bezieht. Dabei werden rassistische Äußerungen und Stereotype entweder ungeprüft übernommen oder zustimmend kommentiert, jedenfalls aber kaum jemals kritisch hinterfragt: Der Begriff »massenhafter Asylmißbrauch« wurde so zur medialen »Wirklichkeit«.
3. Über anitifaschistische und antirassistische Aktionen berichten die allermeisten Medien entweder verfälschend (siehe die Demo in Berlin), oder sie verschweigen sie ganz. In ihren Berichten setzen sie über das Schlagwort der »Gewalt« von rinks und lechts Angriffe von Neo-Nazis mit der notwendigen Verteidigung dagegen gleich oder »verwechseln« beides ganz bewußt. Inhaltliche Positionen der AntirassistInnen und AntifaschistInnen werden jedenfallls konsequent totgeschwiegen.
4. Vor allem die audiovisuellen Medien schaffen gegenwärtig militanten FaschistInnen und RassistInnen eine Plattform zur Darstellung ihrer Ideologien, die so als zumindest diskussionsfähig erscheinen
5. Die Ereignisfixierung kapitalistischer Medien lenkt die Aufmerksamkeit auf die spektakuläreren Aktionen jugendkultureller Gruppen,. beschreibt Rassismus allenfalls als Problem sozial deklassierter Randgruppen und trägt dadurch zur Entlastung der Täter ebenso bei wie zur fortgesetzten Ausklammerung von strukturellem und institutionellem Rassismus.

Rassismus in den Medien – Einige Aktionsvorschläge:

Die konkreten Aktionsformen hängen von den sich beteiligenden Gruppen und Initiativen ab. Während es für die einen bereits ein wichtiger Schritt ist, kritische Leserbriefe über den hierzulande üblichen Verlautbarungsjournalismus zu schreiben, Flugblätter darüber zu verteilen und Infostände vor entsprechenden Verlags- Sende-, und Redaktionsräumen zu machen, können und wollen andere dabei nicht stehen bleiben. Sie möchten bei entsprechendem Anlaß (z.B. bei Springer) versuchen, die Produktion zu stoppen, eine Redaktion besetzen, einen Piratensender in Betrieb nehmen, Störsender plazieren, Zeitungsimitationen (BLIND oder »Wildwestpresse«) verbreiten oder bestimmte rassistische Medienprodukte beschlagnahmen, um damit den MedienmacherInnen klarzumachen, daß Pressefreiheit nicht Freiheit für rassistische Medienhetze heißt. Andere wiederum möchten nur bei einem Kioskbesitzer vorbeischauen und ihm sagen, daß sie es ganz schön beschissen finden, daß er die »Nationalzeitung« verkauft.

Für viele steht am Anfang ihrer Aktionen eine Analyse der jeweiligen lokalen bzw. regionalen Berichterstattung in den Print-, Rundfunk- und TV-Medien. Sie fragen, welche Meinungen über Flüchtlinge dort wie zu Wort kommen, oder sie konzentrieren sich darauf, mal nachzusehen, wie die Polizeiberichte in Ihrer Lokalzeitung formuliert sind. Ob da immer noch der Rechtsstatus eines Menschen (z.B. »Asylbewerber») oder seine Nationalität (z.B. »Rumäne«) im Zusammenhang mit Kriminalität hervorgehoben wird. Das Ganze dokumentieren sie auf einer Wandzeitung oder in einer Broschüre, oder sie organisieren eine Podiumsdiskussion mit VertreterInnen ihrer Initiative, die den Damen und Herren RedakteurInnen mächtig einheizen.

Eine weitere Aktion könnte z.B. darin bestehen, bei den Rundfunk- und Fernsehanstalten anzurufen, wenn diese das Wort „massenhafter Asylmißbrauch" nicht mehr in Anführungsstrichen setzen, sondern als Tatsache in den Nachrichten verwenden bzw. darstellen oder wenn Neo-Nazis eine Plattform geboten wird, CSU-Stoiber von einer »durchrassten« Gesellschaft redet. Über die Gewerkschaft IG Medien kann versucht werden, kurze Arbeitsniederlegungen zu organisieren. So lassen sich auch kritische Menschen in den Medien einbeziehen.
Dies sind nur wenige mögliche Beispiele. Vermutlich entstehen in den Gruppen und Initiativen jeweils eigene Vorstellungen von dem was zu tun oder zu lassen ist. Wir wollen nicht von vorneherein irgendwelche Aktionsformen vorgeben, sondern hoffen, daß möglichst viele Menschen eigene Ideen entwickeln und durchführen werden. Nur so wird es uns gelingen, unsere Inhalte erfolgreich in Aktionen umzusetzen.

Organisatorisches:

Wir denken, daß in allen Bundesländern spätestens Ende Februar regionale bzw. landesweite Koordinierungstreffen einen Sinn machen könnten. Dabei sollte es nicht um inhaltliche Resolutionen oder Beschlüsse, sondern hauptsächlich um organisatorische Fragen und Aktionsanregungen gehen. Diese Treffen sollen lokalen Initiativen Mut machen und Beispiele geben. Für eine eventuelle bundesweite Koordinierung erscheinen uns die BUKO-AG Rassismus, das Netzwerk Friedenskooperative und das Komitee für Grundrechte und Demokratie infragezukommen. Es müßte zudem ausgetestet werden, welche überregionalen Medien (taz, Freitag, etc.) bereit sind, derlei Aktionen zu begleiten. Insbesondere die übriggebliebenen Stadtzeitungen sind aufgerufen in ihren jeweiligen Bundesländern initiativ zu werden.

Kontakt über:
Antifaschistisches Netzwerk S-LB-HN
c/o AZ Marbach im Café Provinz, Cottaplatz 4, 7142 Marbach a.N., Tel.: 07144/16879, Fax: 07144/39195 E-Mail: K.SCHOENBERGER@GAIA.ZER oder K.SCHOENBERGER@LINK-S.ZER

Wesentliche inhaltliche Anregungen bieten die Publikationen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Insbesondere das jüngste Werk: **DISS: SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien.** Duisburg 1992 . Beziehbar für DM 16.— + Porto über *DISS, Realschulstr. 51, DW-4100 Duisburg 1, Tel.: 0203-20249;* dort auch eine ausführliche Bibliographie mit weiteren sehr nützlichen Publikationen des DISS.

die Idee des Austausches das wesentliche Moment des Austausches ist. Es ist evident, daß Marx, der

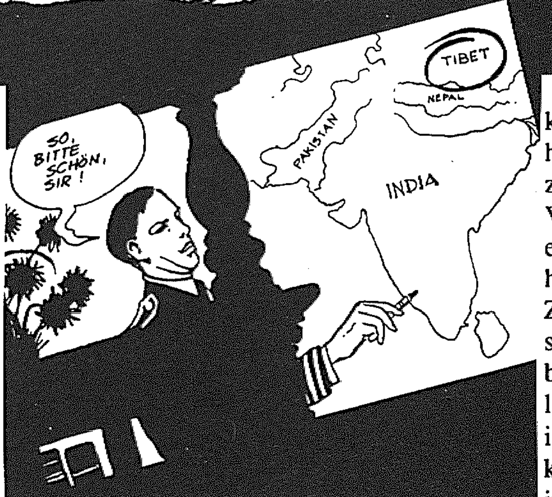
Internationalismus statt Eurozentrismus

von Karl Rössel

Europa ist in. Internationalismus ist out. Das letztere muß so sein, damit das erstere möglich ist. Denn ohne die konsequente Verdrängung aller internationalistischen Analysen ist ein positiver Bezug auf Europa undenkbar. Schließlich wirkt das "Gemeinsame Haus", in das jetzt so scheinbar ungleiche Kommunarden wie Gonzalez und Walesa, Kohl und Jelzin einziehen wollen, von außen betrachtet wie ein stark bewachtes Horrorschloß, in dem dekadent-luxuriöse Gelage abgehalten werden, während Spukgestalten aus vergangenen Jahrhunderten umgehen. Vor allem in der "Dritten Welt" ist die Erinnerung an die Bilder in der Ahnengalerie dieses "Gemeinsamen Hauses Europa" noch nicht ausgelöscht. Dort hängen die Portraits von Cortèz und Pizárro, die Bilder der Eroberer, Inquisitoren und Sklavenhändler, der Kolonial- und Kriegsherren, der Erfinder von Folterinstrumenten und Massenvernichtungswaffen, der Philosophen, die immer neue Rechtfertigungen dafür ersannen, und der christlichen Kirchenführer, die selbst den brutalsten Raubzügen in alle Welt noch ihren Segen gaben.

Europa hat keine gemeinsame "Kultur". Gemeinsam ist den Nationen, die jetzt künstlich zu einem "Europa" zusammengeschweißt und nach außen abgeschottet werden, nur der Grad der Grausamkeit, mit dem sie bis heute ihre Gier nach Geld und Macht befriedigen.

Die spanischen Eroberer schnitten den Indianern Südamerikas Hände und Nasen ab, um damit ihre Hunde zu füttern. Die britischen Siedler ließen in Australien mit Typhus verseuchte Decken an die dortigen Urbevölkerung verteilen, um sie auszurotten. Deutsche Truppen jagten die Ureinwohner von "Deutsch-Südwest-Afrika" in eine wasserlose Wüste - 80.000 von ihnen starben. Und holländische und belgische Kolonialherren verhielten sich ebenso typisch "europäisch" in ihren Kolonien in Asien und Afrika. Alles Geschichte, lange vorbei? Mitnichten: Die französische Kolonialarmee ermordete im Algerienkrieg (1954 - 1962) ein Sechstel der algerischen Bevölkerung, insgesamt eineinhalb Millionen Menschen. Portugiesische Kolonialherren gaben noch Anfang der siebziger Jahre zu, daß Massaker an der einheimischen Bevölkerung



Angolas und Mocambiques, ähnlich wie in Vietnam, "an der Tagesordnung" waren. Spanien unterstützte 1975 die marokkanische Invasion in der Westsahara, bei der Napalm- und Phosphor-Bomben gegen fliehende Nomadenfamilien eingesetzt wurden. Und auch die brutale Machtdemonstration der "Ersten" gegen die "Dritte Welt" im Golfkrieg fand wieder die militärische, finanzielle und politische Unterstützung aller europäischen Regierungen. Heute wird der Krieg Europas gegen die "Dritte Welt" in der Regel jedoch weniger spektakulär geführt. An die Stelle offener militärischer Einsätze sind unauffälligere wirtschaftliche Waffen getreten. In jedem Fall steigt die Zahl der Opfer. Allein im letzten Jahr finanzierte die verschuldete und im Elend lebende "Dritte Welt" die Regierungen und Banken der Industrienationen mit 50 Milliarden Dollar; netto, nach Abzug aller Investitionen und Entwicklungs-"Hilfe"-Gelder. Mindestens 50 Millionen Hungernde in der "Dritten Welt" hätten allein mit diesem Geld ein Jahr lang überleben können. Stattdessen wurden damit die Kassen der "Ersten Welt" saniert, auch und vor allem in Europa. Frantz Fanon, der Theoretiker des algerischen Befreiungskampfes, hatte die "Verdammten dieser Erde" schon 1961 vor diesem Europa gewarnt: "Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen, an allen Ecken der Welt."

Fanon verwies auf die unvergleichliche kriminelle Energie der Bande, die sich heute im "Gemeinsamen Haus Europa" zusammenrottet, und die sich nicht nur im Verhalten nach außen, sondern auch untereinander zeigt. Kein Kontinent der Erde hat auch nur eine annähernd ähnlich hohe Zahl von Gewaltherrschern und menschenverachtenden Ideologien hervorgebracht wie dieses Europa. Von den "christlichen" Kreuzzügen bis zum Faschismus in Deutschland und Italien, von den Weltkriegen bis zu den Nachkriegsdiktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland. Vom aktuellen Besatzungsterror in Irland bis zum Einsatz von Todesschwadronen des spanischen Staates im Baskenland.

In dieses "Gemeinsame Haus Europa" werden inzwischen auch die ehemaligen Gegner aus dem Osten gerne aufgenommen. Kein Wunder, haben sie doch mit dem Stalinismus Charaktereigenschaften nachgewiesen, die zum Rest der europäischen Geschichte passen. Und mit ihrer preußisch-militaristischen Form eines "realen Sozialismus" und seiner "revolutionären" Überwindung haben sie sich um dieses Europa noch insofern verdient gemacht, als nachhaltig alle Alternativen zu seinem aggressiven kapitalistischen Wirtschaftsystem diskreditiert wurden.

Trotz all dem ist Europa heute zum positiven Bezugspunkt des politischen Diskurses von Teilen der in jüngster Zeit eher national als international gesinnten "Linken" geworden. Schon konzentrieren sich einige darauf, mit einem Marsch durch die EG-Institutionen "ein anderes Europa" zu schaffen, statt neue internationalistische Utopien für "eine andere Welt" zu entwickeln und Wege, diese gegen dieses Europa mit seinen zentralisierten, undemokratischen und dem industriellen Konsummodell verpflichteten Strukturen durchzusetzen.

Für den positiven Bezug auf Europa werden internationalistische Sichtweisen immer weiter negiert. Dabei wird "Europa" oft schlicht als Synonym für den neuzeitlichen Kampfbegriff zur Durchsetzung der westlichen Ideologie gebraucht: die "Zivilgesellschaft". Den Oppositionsgruppen und Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt", die an antikapitalistischen Ideen festhalten und sich nicht dem eurozentristischen Ge-

doch in seinem Werk mehrere hundert Mal das Wort "Austausch" benutzt, dessen Konzept ignoriert.

schwätz vom "Ende der Geschichte" anschließen, schlagen dementsprechend immer ungeduldigere und aggressivere Stimmungen entgegen.

Bekenntnisse zum "Endsieg" des Kapitalismus sind an der Tagesordnung, hierzulande wie auch in anderen EG-Staaten. So scheute sich etwa Santiago Carillo, der ehemalige Vorsitzende der "euro"-kommunistischen Partei Spaniens (PCE) nicht, mit einem Teil seiner Genossen in die sozialistische Regierungspartei (PSOE) des europäischen Musterknabens Felipe Gonzalez einzutreten, obwohl dieser sein Land - trotz aller gegenteiligen Wahlversprechen - gerade erst in die NATO, dann in die EG hineinmanövriert hatte.

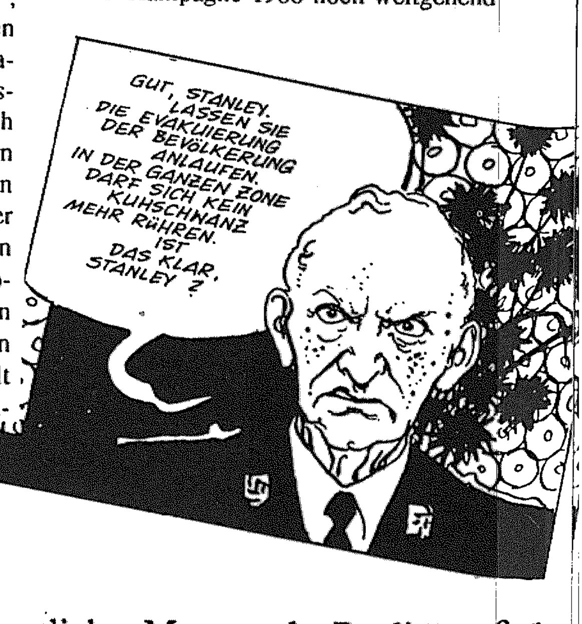
"Terre des Hommes France" arbeitet eng mit der Stiftung der Präsidentengattin Danielle Mitterand zusammen, die - mit EG-Geldern - zur Finanzierung der derzeitigen 500-Jahres-Kampagne beiträgt. Ihre Organisation ist Mitglied in einem "Netzwerk" von "europäischen" Nicht-Regierungs-Organisationen, die allesamt die EG keineswegs grundsätzlich ablehnen, sondern ihr durch Lobbyarbeit zu einem "ökologischen", "sozialen" und "demokratischen" Mäntelchen verhelfen wollen.

Auch in der Bundesrepublik wächst die Europa-Begeisterung. In Vorbereitung auf das "Kampagnen-Jahr 1992" gab es etwa im Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) den ernstgemeinten, wenn auch (noch) nicht mehrheitlich akzeptierten Vorschlag, es sei Aufgabe der Internationalismus-Bewegung, ein "Not- und Sofortprogramm" zu entwickeln, um damit "die dringenden Mißstände der bislang vorherrschenden Politik der EG gegenüber der Dritten Welt anzugehen" (Rainer Falk in seinem Beitrag zum Vorbereitungsreader des BUKO 1991 unter der Überschrift "Entwicklungspolitische Alternativen im Zeichen des Binnenmarktes"). So wie die Umweltverbände DNR (Deutscher Naturschutz Ring) und BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) ausgerechnet Bundesumweltminister Töpfer zum Gärtner und Bewahrer der weltweiten Ökologie machten, indem sie sich im Vorfeld der UNCED-Konferenz von Rio mit ihm auf ein "gemeinsames Positionspapier" einigten, das keinerlei grundsätzliche Systemkritik mehr enthält, so lehnt auch Falk die EG nicht mehr ab, sondern betrachtet sie als "politischen Gestaltungsraum für einen alternativen entwicklungspolitischen Ansatz". Sie soll ihre Macht sogar ausdrücklich nutzen, um in der Dritten Welt als Zuchtmeister aufzutreten: "Statt Lippenbekenntnisse zur regionalen Integration der 'Partner' im Süden abzugeben, sollte die EG dazu übergehen, die von ihr mitgesetzten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, daß Alleingänge einzelner Länder oder Ländergruppen des Südens bei der Verfolgung ihrer Interessen nicht weiter begünstigt werden." Ausgerechnet den "Binnenmarkt" sieht Falk als "eine gute Gelegenheit, um von der EG eine internationale Initiative zur Entschuldung der Dritten Welt zu fordern". Daß der ureigenste Zweck dieses Binnenmarktes darin besteht, die Profite ihrer Gläubiger weiter in die Höhe zu treiben, muß bei solchen Aufpolierungsvorschlägen der "Politik des niedrigen Profits" außen vorbleiben.



Doch aus vielen Protagonisten des Internationalismus, die nach einer ersten Hochkonjunktur der Bewegung um 1968 noch den "Marsch durch die Institutionen" antreten wollten, um die imperialistische Ordnung "von innen" zu "stürzen", sind längst gewendete Solidaritätsfunktionäre geworden, die die "Macht des Faktischen", das heißt: die Macht der herrschenden Ordnung, weitgehend verinnerlicht haben und nur noch immanente Nachbesserungsforderungen stellen, die letztlich nur ihre Legitimationsbasis verbreitern helfen. Sie tummeln sich heute etwa in Kampagnen wie "Eine Welt für alle" unter der Schirmherrschaft von Richard von Weizsäcker, die das Thema "internationale Solidarität" ideologisch in derselben Weise aufzubereiten und mit einigen kosmetischen Korrekturen für den Erhalt der bestehenden Verhältnisse umzufunktionieren versuchen, wie es die Propagandisten der spanischen 500-Jahres-Feiern tun. Selbst die geplante EXPO 2000 in Hannover ist - trotz aller Erfahrungen mit Sevilla - für sie noch begrüßenswert.

Lobbyvereine wie die "Nord-Süd-politische Initiative Germanwatch", die nach US-amerikanischem Muster aufgebaut sind, erfreuen sich seit Anfang der neunziger Jahre wachsender Beliebtheit. In der Arbeitsplattform von Germanwatch stehen "Forderungen" wie: "EG-Europa muß eine neue weltpolitische Verantwortung übernehmen." Analysen wie die von Frantz Fanon darüber, welche Folgen es hat, wenn Europa "Verantwortung" in der Weltpolitik übernimmt, sind offensichtlich verdrängt und vergessen. Selbst aktuelle Aufrufe, wie der "Brief an Europa" des nigerianischen Schriftstellers Chinweizu, wonach das "Erbe des Imperialismus, das bis heute Zerstörung und Verderben über Afrika bringt, klar und deutlich benannt" werden muß, werden bestenfalls gönnerhaft zur Kenntnis genommen, führen jedoch kaum noch zu Konsequenzen für die politische Praxis. Chinweizu wünscht sich eine "Zusammenarbeit mit anti-imperialistischen Europäern ..., die den Gedanken akzeptieren, daß ein Afrika, das sich ökonomisch selbst trägt, sehr viel besser ist als eines, das an Spendenkrücken daherwankt." Chinweizu fordert nicht nur die "Streichung der Schulden Afrikas, sondern darüberhinaus Reparationen ... für fünf Jahrhunderte Sklaverei und Zwangsarbeit, für die Ausbeutung riesiger Landstriche mit ihren Wäldern und Bodenschätzen, die allesamt für die Entwicklung Europas beschlagnahmt wurden." Demgegenüber knüpft die aus Germanwatch hervorgegangene "Initiative Pro-Afrika", laut Selbstdarstellung eine "politische Lobby für die Demokratisierung", selbst die während der Anti-IWF-Kampagne 1988 noch weitgehend



Er läßt also, entgegen seinen Jugendäußerungen die Idee als wesentliches Moment der Realität außer

konsensfähige Forderung der Schuldenstreichung inzwischen an die Bedingung, daß sich "die afrikanischen Staaten" zuvor "für den Weg der Mehrparteiendemokratie" (offensichtlich in Kopie des "Modells Europa") und "für eine marktfreudige Wirtschaftsordnung entschieden haben" müssen. All dies könnte wortgleich auch aus den Strategiepapieren multinationaler Konzerne oder des IWF stammen.

Ein weiteres Beispiel für diese politische Richtung des "internationalistischen" Zeitgeistes ist die Erklärung der Frauen-Fraktion Hamburg und des Grünen Forums über die "deutschen" (!) Perspektiven aus dem Jahr 1991. Darin heißt es: "Der alte 'Antikapitalismus', der an dem Aufbau einer Gegenwelt orientiert war, ist gescheitert." Gefordert wird stattdessen, "die kapitalistische Welt" zu "demokratisieren" und zu "feminisieren". Denn: "Eine andere haben wir nicht." Die Hauptopfer dieser kapitalistischen Welt kommen in Erklärungen wie dieser nicht einmal mehr vor. Daß Menschen in El Salvador oder auf den Philippinen weiter für eine andere Welt kämpfen, wird ebenso verdrängt wie die imperialistische Geschichte und Gegenwart des europäischen Kapitalismus.

Es ist erschreckend, wie schnell sich viele Linke hierzulande mit der Aufgabe aller Alternativ-Vorstellungen zum herrschenden kapitalistischen (Welt-)Wirtschaftssystem und mit der damit verbundenen Verdrängung aller internationalistischen Überlegungen letztlich dieser europäischen Tradition anschließen.

Auch die Grünen haben in ihrem Programm "Für eine ökologische und solidarische Weltordnung" schon das "Ende des Zeitalters von Imperialismus und Kolonialismus" ausgemacht und folgerichtig Gefallen am "Gemeinsamen Europäischen Haus" gefunden. Nur wer den neokolonialistischen Charakter der heutigen europäischen Politik leugnet, kann die "Rolle der EG in der Weltwirtschaft" so bewerten, wie es die Grünen tun: "Die Herausbildung supranationaler Strukturen in Europa ist eine im Prinzip richtige Antwort auf den zunehmenden Verlust an Entscheidungskapazität der alten Nationalstaaten." Nur mit der "Demokratisierung der EG" hapert+s noch ein wenig. Warum sich nicht gleich für eine basisdemokratisch kontrollierte NATO oder einen feminisierten IWF stark machen?



"Die EG", so die Grünen, "verfügt als überaus wohlhabende und wirtschaftlich äußerst leistungsfähig Gemeinschaft über die Möglichkeit ... eine Vorreiterrolle bei der Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen wahrzunehmen."

Von "vorteilhaften Regelungen" der EG in ihren "Verträgen ... mit den Ländern der Dritten Welt" wissen die Grünen zu berichten. Offensichtlich ist zu ihnen noch nicht durchgedrungen, daß der Handelsanteil der Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks trotz der mit ähnlichen Argumenten von der EG-Bürokratie gepriesenen Lomè-Verträge stetig gesunken ist, und daß die auch von der EG aufoktroyierte IWF-Strukturanpassungspolitik vor allem in vielen afrikanischen Staaten zur Zerstörung der Bildungs- und Gesundheitssysteme geführt hat.

Wenn bestehende Herrschaftsformen nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt werden, ist es nur folgerichtig, auch die Herrschenden selbst zu Hoffnungsträgern für Veränderungen zu erklären. So schreiben die Grünen: "Sicherlich lohnt es sich, den Dialog mit den heutigen Wirtschaftsführern über eine Umgestaltung zu suchen." "Adressat" grüner Forderungen soll darüberhinaus "in steigendem Maße die EG-Kommission" sein. Die Vereinten Nationen sollen - Golfkrieg hin, UN-Bombardements her - zur "wichtigsten Referenzebene für weltwirtschaftliche Fragen werden". Und noch "die Weltkirchen" werden gelobt, weil sie nach Einschätzung der Grünen "darauf hinweisen, daß zur Überwindung der fundamentalen Weltwirtschaftskrise auch die ethisch-politische Anstrengung des einzelnen notwendig" sei. Individualisierung statt kollektivem Widerstand - dieses Konzept versucht auch der Vatikan, immerhin die Zentrale der mächtigsten "Weltkirche", schon seit Jahren in seinem ideologischen Rollback gegen lateinamerikanische Befreiungstheologen und Basisgemeinden durchzusetzen. Er hat jetzt den Segen der "alternativen Partei Deutschlands" dazu.

Daß aus staatstragender Theorie eine ihr entsprechende politische Praxis folgt, zeigte sich spätestens im auch von grüner Seite lautstark angekündigten "Widerstandsjahr 1992" mit dem Rückzug der Grünen und anderen "Oppositionsgruppen" von allen Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München.

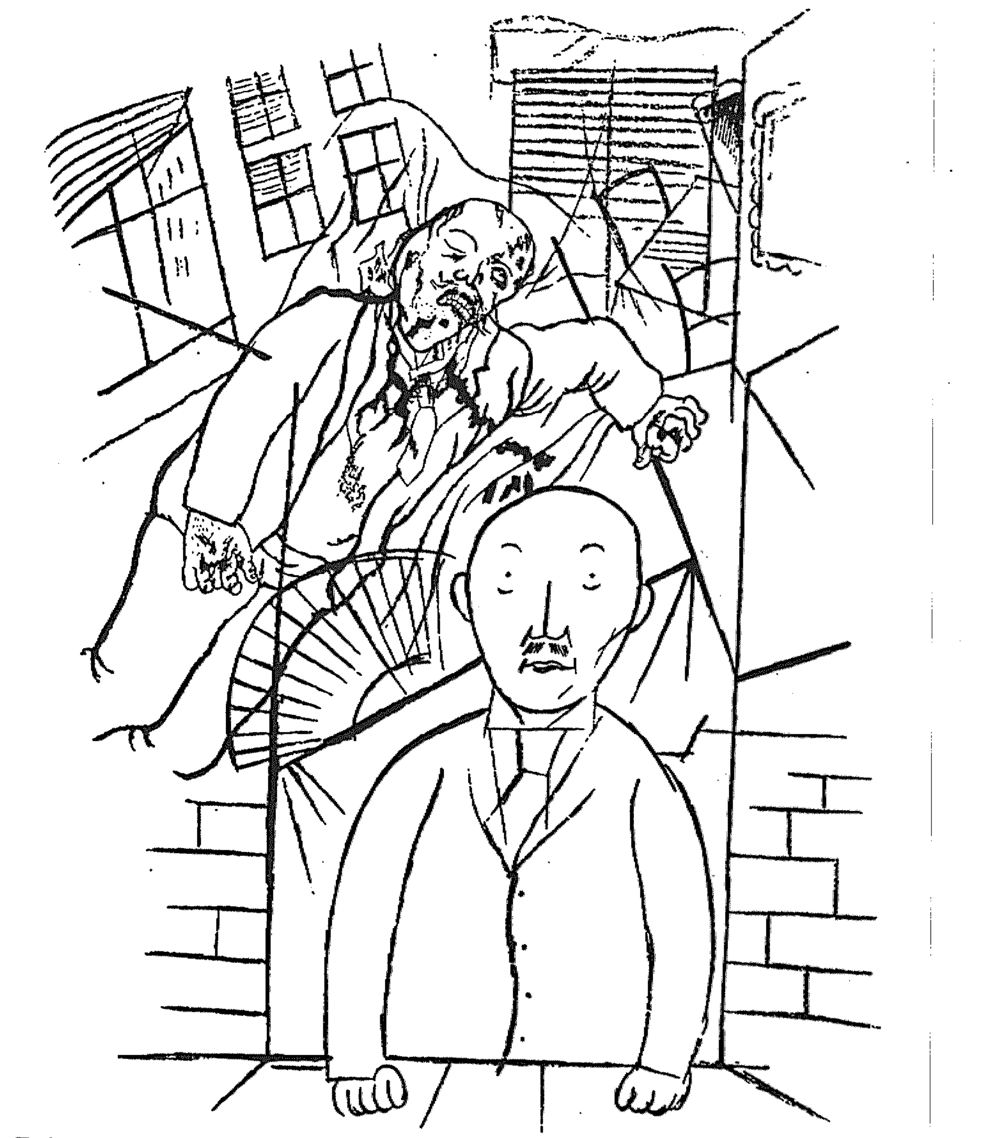
Internationalismus ist out, weil Europa und hierzulande selbst Großdeutschland in sind. Dagegen gilt es, eine internationalistische Kampagne aufzubauen, die Diskussionszusammenhänge und Aktionsformen mit dem Ziel entwickelt, gegen Institutionen der Herrschaftssicherung wie UNO, EG und dem Staatsapparat der Bundesrepublik eigene Vorstellungen von einer solidarischen, basisdemokratischen, ökologisch bewußten und nicht patriachalischen Welt durchzusetzen. Dazu gehört auch die enge Zusammenarbeit mit Oppositionsbewegungen in diesem Europa, aber vor allem mit denen in der Dritten Welt, die noch keinen Frieden mit den Vertretern der herrschenden Weltordnung und den Eliten in ihren eigenen Ländern geschlossen haben. Hierzulande wird eine andere Geschichte nicht "gemacht", indem sich Oppositionelle die Grenzen ihrer politischen Arbeit von den Herrschenden und ihren Institutionen vorgeben lassen, sondern erst dann, wenn sie (wieder) bereits sind, Widerstand zu praktizieren, der ihnen die Legitimationsbasis entzieht. Nur so haben Utopien wie die der Mapuche-Vertreterin Rayen Kuyeh aus Chile eine Durchsetzungschance, daß "die nächsten 500 Jahre anders werden sollen, als die letzten".

acht. Er konnte deshalb die Ökonomie absolut nicht als schamhaftes und heuchlerisches Denken

Wenn die Fassade reißt

von Jan Myrdal

Bei nachfolgendem Beitrag handelt es sich um eine Montage zweier Artikel des schwedischen Publizisten *Jan Myrdal* zum Fall der Bestätigung des Richterspruchs gegen Carl von Ossietzky, der bekanntlich 1931 wegen Geheimnisverrats verurteilt worden war. Beide Artikel wurden nach der Abweisung durch das Berliner Kammergericht geschrieben und konnten sich noch die Frage stellen, ob der Bundesgerichtshof ein anderes Urteil fällen würde und damit die neue Bundesrepublik als Führungsmacht eines neuen Europas aus ihrem fatalen obrigkeitsstaatlichen Rechtsnachfolgedenken lösen würde. Wir haben die Artikel unter Auslassung der Überschneidungen zusammenmontiert, weil beide jeweils wichtige Details enthielten.
wh



Zeichnung von George Grosz

Was ist eine Folterbank dagegen? Jetzt ist es fast vier Monate her, seit das Kammergericht in Berlin das neue Urteil wegen Landesverrat gegen Carl von Ossietzky bestätigt hat. Und die Richter sitzen weiter da und brüten stumm über der Berufung, hoch geehrt und hoch bezahlt.

Ja, ja. Daran ist wohl nichts verwunderlich. Wer die Geschichte Deutschlands kennt, versteht ihr Problem. Es sind traditionelle deutsche Beamte, – vollgestopft mit Autoritätsfurcht und der Hoffnung, daß sich das Schicksal ihrer Amtstätigkeit erbarmt. Denn jetzt stehen sie vor einer entscheidenden Wahl:

Entweder müssen sie das Urteil vom Sommer letzten Jahres bestätigen und tun sie dies, dann anerkennen sie, daß sich hinter der Fassade des übermäßig gepriesenen deutschen Rechtsstaats ein Un-Rechtsstaat verbirgt, in dem die Eigeninteressen dieses Staates über jeder anderen Verordnung stehen, über jedem Gesetz, über dem Grundgesetz und über internationalen Verpflichtungen.

Oder aber sie anerkennen, daß internationales Recht über deutschem Staatsrecht steht. Tun sie dies, bestätigen sie gleichzeitig das, was das andere Deutschland seit Generationen behauptet hat, dann stoßen sie die Beschlüsse und Urteile um, auf denen das deutsche Staatsrecht beruht und machen aus Deutschland einen normalen, europäischen Staat.

(...) Es gibt nämlich ein anderes Deutschland als jenes, das von den hohen Herren und Beamten beherrscht wird. Ein Deutschland, das sich über das Urteil gegen Ossietzky heute genauso empört zeigt, wie es 1931 empört war. Es wußte damals, was geschehen würde und weiß jetzt, was geschehen kann. Nun ja, die deutsche Botschaft in Schweden braucht nichts über große Proteste in Schweden nach Hause zu schreiben. Die schwedischen Medien kennen ihre Pflicht, – sie brauchen nicht einmal graue Zettel[1], um an sie erinnert zu werden. Fichtelius ist schon ein guter Freund und war einmal als Redakteur für Folket i Bild/Kulturfront (FiB/K) tätig; – aber hat er jemanden wie Svante Weyler darum gebeten, in der Ossietzky-Sache zu graben. Nein. Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand, es richtig zu verwalten.

Die einzige Publikation von der ich weiß, daß sie direkt aus Berlin über das Urteil berichtete, ist (das syndikalistische Blatt, Anm. SF) *Arbetraren*. „Ossietzky weiterhin Verräter" titelten sie am 23.8.1991. Der Artikel stammte von Franz Gluckman. Ich selbst habe in *Aftonbladet* (gewerkschaftliches Blatt, SF-Red.) und FiB/K geschrieben. Svante Nycander hat die Sache in *Dagens Nyheter* gebracht. Ansonsten herrscht die totale Stille in diesem informationsverfaulten Randgebiets-Land.

Vor diesem Hintergrund werde ich die Frage noch einmal behandeln und dies auf eine so pädagogisch deutliche Weise tun, daß kein Redakteur oder Jurist oder Diplomat die Chance erhält, sich damit zu entschuldigen, daß sie nichts wußten.

Um die Bedeutung des Neuen in der Ossietzky-Sache zu verstehen, müssen wir wissen, daß es nicht Hitler war, der die rechtswidrige Aufrüstung Deutschlands vor dem 2. imperialistischem Angriffskrieg einleitete. Hitler ging an den gedeckten Tisch. Er vollendete die Kriegsvorbereitungen, welche die Regierungen der

demaskieren, das versucht, sich als Realität auszugeben, das versucht, sich als widersprüchliche



Original Lithographie von E. Stumpp

Carl von Ossietzky
wurde Donnerstag abend auf Grund des Amnestie-Gesetzes nach siebenmonatiger Haft aus dem Strafgefängnis Tegel entlassen. Die Leitung der „Weltbühne“ durfte nunmehr wieder in seine Hände übergeben. Die deutsche Linke aber hat damit einen ihrer tapfersten und ehrlichsten Kämpfer für den freien, sozialen und demokratischen Volksstaat zurückerhalten

Weimarer Republik angefangen hatten. Ohne ihre Vorbereitungsarbeit wäre weder der deutsche Feldzug gegen Polen, noch gegen Frankreich 1940 gelungen.

Aber – und darauf komme ich zurück – während der Weimarer Republik war die deutsche Aufrüstung ungesetzlich. Darum war sie geheim – ein Staatsgeheimnis im Deutschen Reich. Hitler veröffentlichte das Geheimnis und schaffte die Gesetze ab, welche die Aufrüstung verboten hatten.

Carl von Ossietzky gehörte zu den Repräsentanten des anderen Deutschland, die in der Zeit der Weimarer Republik versuchten, die verbrecherischen Handlungen zu enthüllen und zu veröffentlichen, die von Beamten und Offizieren und der Regierung ausgeführt wurden. Er tat dies um des Friedens willen. Am 23.11.1931 wurde Carl von Ossietzky in seiner Eigenschaft als Zeitschriftenredakteur der *Weltbühne* nach dem „Gesetz über die Entlarvung militärischer Geheimnisse vom 3.Juni 1914“ wegen Spionage verurteilt.

(...) Carl von Ossietzky wurde am 23.11.1931 als landesverräterischer Spion zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das geschah in einem Prozeß, der international Aufsehen erregte. Der Versuch der internationalen Friedensbewegung, eine Begnadigung zu erzwingen, mißlang und seine Strafzeit begann am 23.Mai 1932. Durch die Weihnachtsamnestie kam Ossietzky am 22.12.1932 wieder frei, wurde aber am 27.2.1933 erneut verhaftet und dann in ein Konzentrationslager gebracht. Hier wurde seine Gesundheit ruiniert. Der früher so gesunde Ossietzky bekam Tuberkulose – wahrscheinlich durch Spritzenbehandlung. Auf Druck einer sehr starken internationalen Öffentlichkeit wurde der todkranke Gefangene am 28.5.1936 ins „Staatskrankenhaus der Polizei“ nach Berlin überführt. Trotz der Anstrengungen und Proteste der deutschen Reichsregierung, ihrer Diplomaten und ausländischen Freunde, erhielt er am 23.11.1936 – dem 5.Jahrestag des gegen ihn ergangenen Urteils – den Friedensnobelpreis. 1 1/2 Jahre später starb er im Hausarrest in Berlin an der Tuberkulose.

Sein „Verbrechen“, das jetzt wieder deutsche Richter verurteilten, wurde in der Zeitschrift *Die Weltbühne* am 12.3.1929 (Jg.25, Nr.11, St.402-407) begangen. Carl von Ossietzky war der verantwortliche Redakteur. In dieser Ausgabe wurde ein Artikel publiziert mit der Überschrift: „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“, signiert von Heinz Jäger. Der Mann hinter dem Pseudonym war der Flugspezialist und Schriftsteller Walter Kreiser (der sich vor der deutschen Rechtsmaschine durch die Flucht nach Frankreich rettete.)

Im ersten Urteil, das am 23.11.1931 vom „4.Strafsenat des Reichsgerichts“ verkündet wurde, wurden alle Prämissen des Urteils geheim gestempelt, den Angeklagten wurde Schweigepflicht auferlegt. *Die Weltbühne* Nr.11, 1929 und ihre gesamten Matrizen sollten auch zerstört werden. Doch nach dem 2.Weltkrieg ist



Zeichnung
von Wassilij Masutin

Urteil

des Reichsgerichts gegen den Herausgeber der ‚Weltbühne‘, Carl von Ossietzky, und den Schriftsteller Walter Kreiser ergangen:

> *Die Angeklagten werden wegen Verbrechen gegen § 1 Absatz 2 des Gesetzes über Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 ein jeder zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Nr. 11 der ‚Weltbühne‘, Jahrgang 1929, ebenso wie die zu ihrer Herstellung notwendigen Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.*

Für die Verkündung der Urteilsbegründung hat der Senat des Reichsgerichts die Öffentlichkeit ausgeschlossen, „da die tatsächliche und rechtliche Würdigung des inkriminierten Artikels durch das Gericht naturgemäß nicht erfolgen konnte, ohne die in Rede stehenden geheimen Nachrichten zu erwägen und zu beleuchten“

Dazu haben wir im Augenblick nur zu sagen: Die Arbeit der ‚Weltbühne‘ wird fortgesetzt.

Anläßlich dieses Urteils veranstaltet die Deutsche Liga für Menschenrechte am Freitag, dem 27. November, um 8 Uhr abends, im Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstr. 58, eine Protestkundgebung.

Beilage der Weltbühne vom 24. 11. 1931

Einheit des Bestehenden und der Idee vom Bestehenden auszugeben Er konnte auch nicht den

die *Weltbühne* – sogar die Ausgabe mit dem „verbrecherischen" Artikel neu herausgegeben worden. Das geheime Urteil wurde in den 60er Jahren in der damaligen DDR Forschern in der „Bibiothek des Obersten Gerichts" zugänglich gemacht und die Unterlagen waren im „Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED" archiviert. Aufgrund dieser Entwicklungen konnte das Berliner Kammergericht es sich 1991 erlauben, die „Prämissen" des Urteils offen zu diskutieren.

In dem Artikel von 1929 wurde mit Hilfe von Beispielen aus der geheimen Arbeit der Lufthansa im Dienst des Militärwesens aufgezeigt, wie eine deutsche Wiederaufrüstung gesetzeswidrig durchgeführt worden war und das zudem mit Hilfe einer fremden Macht. Der Reichstag war übergangen und von Beamten betrogen worden. Sowohl das Gesetz, wie die Verfassung waren gebrochen worden. Die internationalen Verträge und die deutschen Verpflichtungen, die nach der damaligen deutschen Rechtsordnung sogar über der deutschen Verfassung und dem Gesetz standen, waren bewußt gebrochen worden. Eine ganze Serie von Vergehen war von verschiedenen Repräsentanten des deutschen Staates begangen worden. Sie umfaßten den einfachen Bruch der Durchführungspflicht ebenso wie Vergehen, die nach dem Nürnberger Prozeß in den Katalog der Kriegsverbrechen eingehen sollten („Verbrechen gegen den Frieden").

Das bundesdeutsche Gericht befand 1991 – entsprechend den geheimen Urteilsprämissen von 1931, daß das Verbrechen Ossietzkys darin bestanden habe, daß der Artikel wahrheitsgetreue Informationen enthalten habe. Versuche des Rechtsanwalts Heinrich Hannover, die Informationen als nicht ganz richtig darzustellen, wurden zur Seite geschoben. Das Gericht bewertete die Frage, inwieweit die Informationen geheim (in der Bedeutung: zuvor unbekannt) waren als uninteressant.

Im Sinne des Gesetzes wurde die Sicherheit des Reiches allein durch die Möglichkeit gefährdet, daß Informationen, die geheimzuhalten für die Streitmacht des Reiches als wichtig angesehen wurden, an eine ausländische Regierung oder eine Person gelangen könnten, die im Interesse einer ausländischen Macht arbeitete. (...)

(Selbst diese seltsame Rechtssprechung ist jedoch nur dann möglich,) wenn – und hier muß man aufpassen – das „Gesetz über die Entlarvung militärischer Geheimnisse vom 3.Juni 1914" auch 1929 für die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen galt, was die Aufrüstung während der Weimarer Republik faktisch war, dann – und nur dann – wäre das Urteil vom 23.11.1931 und das dieses Urteil bestätigende Urteil des Kammergerichts in Berlin vom 11.7.1991 rechtlich korrekt.

(Selbst innerhalb dieser Rechtsnachfolge) wäre (es aber heute möglich gewesen) die Frage zu stellen, ob das „Delikt" nicht so unbedeutend war, daß eine Anklage nicht hätte erhoben werden sollen oder, ob es möglich ist, Fehler im Urteil zu finden.

Das bundesdeutsche Gericht stellte (stattdessen) fest, daß die Frage, in welchem Grad die Sicherheit des Reiches durch die Verletzung der Verfassung, des internationalen Rechts oder eingegangener Verträge in historischem Sinn gefördert oder geschädigt wurde ohne Interesse sei.

(...) Zum Hintergrund: Nachdem Deutschland in seinem ersten Versuch in diesem Jahrhundert die Hegemonie zu erreichen, verloren hatte, wurden die Repräsentanten des Landes dazu gezwungen, den Frieden von Versailles zu unterzeichnen. In diesem Dokument wurde die militärische Stärke Deutschlands begrenzt. Diese Verpflichtungen aus dem Vertrag schlugen sich in der deutschen Gesetzgebung nieder und stimmten mit dem Artikel 178 der deutschen Verfassung überein. Diese Verfassung war sowohl 1929 wie 1931 gültig und stand über allen anderen Verordnungen, Gesetzen und Bestimmungen. Dies bedeutete, daß sich jeder deutsche Politiker, Beamte, Offizier und Bürger nach diesen Bestimmungen richten mußte.

Ich wiederhole: Die deutsche Aufrüstung war in Deutschland im strengsten Sinne des Wortes ungesetzlich.

Die Offiziere, Beamte und Politiker, die sie durchführten, waren Verbrecher. Die Richter, die Carl von Ossietzky verurteilten – und eine große Zahl ähnlicher Repräsentanten Deutschlands – begingen diese Verbrechen als Beamte.

(...) (Aber auch 1991 wurde) nur nach einem Umstand gefragt: Hat der Angeklagte sich darin schuldig gemacht etwas zu verraten, das er gemäß seiner untertänigsten Treuepflicht gegenüber dem deutschen Vaterland aus militärischen Gründen hätte verschweigen müssen. In diesem eingeengten Sinn verurteilte das Gericht 1991 Ossietzky erneut wie 1931 – ganz nach deutschem Gesetz.

Damit ist noch einmal festgestellt, daß diese deutsche Treuepflicht über der Verfassung, über internationalem Recht und über eingegangenen Abmachungen und Verträgen steht. Das heiligste Versprechen eines deutschen Staatsmannes, eines deutschen Botschafters, einer deutschen Regierung sind Worte – internationale Verträge mit Deutschland sind nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind! (Sie können jederzeit durch Vorgehensweisen, die zu „Staatsgeheimnissen" erklärt werden außer Kraft gesetzt werden!)

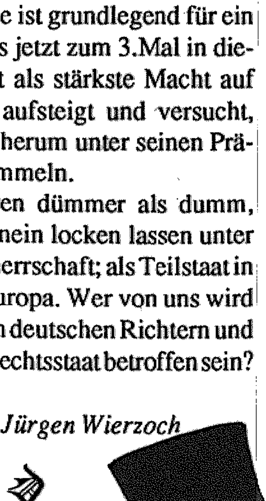
Dieses Urteil in Berlin vom 11.Juli 1991 verletzt ganz offenbar das allgemeine Rechtsempfinden und es schadet den Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Es trifft jemand, der zu einer Minderheit der Deutschen aus den 30er Jahren gehörte, die vom gegenwärtigen offiziellen Deutschland – von der Spitze bis zur Basis – im Blick auf die internationale Öffentlichkeit gefeiert werden kann und gerne gefeiert wird. Vor diesem Hintergrund sollte es den gesetzestreuen und klugen Richtern im Bundesverfassungsgericht nicht schwer fallen, einen akzeptablen und juristisch haltbaren Ausweg zu finden. Einen Weg, der es Deutschland möglich machen würde, sich von den Aussagen der nationalsozialistischen Kriegsregierung in Verbindung mit dem Nobelpreis an Carl von Ossietzky zu distanzieren und so den Spionagestempel von Deutschlands Friedenspreisträger wegzuwischen.

Doch schau an: das können die hohen Richter einfach nicht.

Denn die Frage ist grundlegend für ein Deutschland, das jetzt zum 3.Mal in diesem Jahrhundert als stärkste Macht auf dem Kontinent aufsteigt und versucht, Europa um sich herum unter seinen Prämissen zu versammeln.

(...) Wir wären dümmer als dumm, wenn wir uns hinein locken lassen unter deutsche Lehnsherrschaft; als Teilstaat in seinem neuen Europa. Wer von uns wird nächstes Mal von deutschen Richtern und dem deutschen Rechtsstaat betroffen sein?

Übersetzt von Jürgen Wierzoch



Montage von John Heartfield

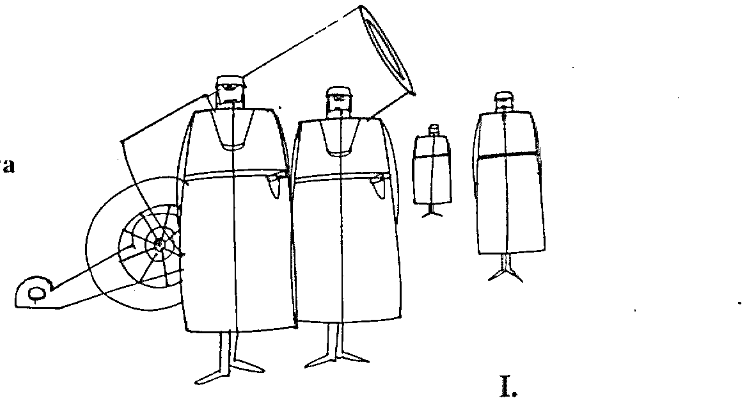
wahren Skandal der Entfremdung, die die Entfremdung der Idee vom Bestehenden ist, begreifen. Die

Der rechte Hintergrund der deutschen Rechtsstaatgeschichte

Der Bundesgerichtshof (BGH) bestätigt das Berliner Kammergericht

Nachtrag von Wolfgang Haug

Zeichnung von Paul Flora



Der BGH hat sich im Dezember 1992, also ein Jahr nach Jan Myrdals oben übersetzten Veröffentlichungen, zur Entscheidung des Berliner Kammergerichts bekannt. Rechtsanwalt Heinrich Hannover faßte die Bedeutung des Urteils prägnant zusammen:

„Der BGH bekennt sich noch 1992 zu der Auffassung, daß nach der damals vorherrschenden Ansicht das Wohl des Staates darin habe bestehen können, unter Verstoß gegen deutsches und internationales Recht geheime Aufrüstung zu betreiben. Man hat den Kollegen des Reichsgerichts auch zugebilligt, daß sie einen übergesetzlichen Notstand annehmen durften, der die Heeresleitung zum illegalen Aufbau einer Luftwaffe berechtigte. Das sind politische Wertungen, die ganz rechts angesiedelt sind. Man vermißt die Erörterung der Frage, ob es nicht auch damals dem Wohl des Staates entsprochen hätte, wenn die Öffentlichkeit durch kritische Journalisten aufgeklärt worden wäre." (*taz*, 23.12.1992)

Da die Richter und explizit auch Generalbundesanwalt Alexander von Stahl in dieser Richtung kein Interesse zeigten und noch nicht einmal das von Jan Myrdal aufgeworfene Problem, welches Urteil der BRD heute „zum Wohl gereichen" würde, in eine nähere Betrachtung zogen, darf mensch der Ansicht Heinrich Hannovers folgen und den Richtern von 1991 und 1992 unterstellen, daß sie *„mit der Auffassung der Richter von damals sympathisieren."* (*taz*, 23.12.92) Ist das Pferd erstmal solchermaßen am bundesdeutschen Schwanz aufgezäumt, stellt sich die Vermutung ein, daß die Beteiligten in dem damaligen Verfahren gegen Ossietzky, das so Entscheidendes für die Tradition des deutschen Rechtsstaats beitrug, erstens damals etwas anderes aburteilten als einen Geheimnisverrat und zweitens politisch weit rechts gestanden haben dürften.

I.

Ossietzkys Herausgeberschaft wurde nicht abgeurteilt, weil er ausländischen Mächten konkrete Geheimnisse verriet, sondern weil er durch sein Publikmachen das Ausland, genauer die Siegermächte des 1. Weltkriegs, direkt dazu aufforderte gegen die verbotene illegale Aufrüstung einzuschreiten. Die vollständige Ossietzky-Prozessakte existiert vermutlich irgendwo in einem russischen Militärarchiv, so daß nach wie vor nicht alle Details des Urteils bekannt sind. Wir wissen aber, daß die Anklage diesen Hintergrund formulierte:

„Ihre Veröffentlichung war dazu geeignet, auf die rechtliche und politische Stellung des Reiches negativ einzuwirken und die Regierungen fremder Mächte, besonders die Vertragsunterzeichner (von Versailles, wh) *zu direktem Eingriff gegen das deutsche Reich und sein Wohl zu veranlassen."*

Die Verurteilung spricht dafür, daß das Gericht der Anklage weitgehend folgte und die illegale Aufrüstung dadurch bewußt deckte. Ein bekannter Auszug aus dem Urteil deutet die Kriegsvorbereitungen direkt an:

„Der Schaden, der dem deutschen Reich und seinen führenden Organen durch vergleichbare, ernste Indiskretionen leicht zugeführt werden kann, kann bedeutend sein, ja unübersehbar, nicht nur für die Armee, sondern auch für die Lebensinteressen des deutschen Volkes, besonders wenn man an die große Bedeutung denkt, welche der Luftfahrt in einem möglichen zukünftigen Krieg zukommt."

II.

Wer war nun dieser Ankläger? Geht man der Frage nach der politischen Einstellung nach, findet man sich schnell in einem fürchterlichen Sumpf und man bekommt zudem das Gefühl, daß sich hier ganz Wesentliches in der deutschen Geschichte zugetragen und im Kampf zwischen links und rechts abgespielt hat, und ich benutze hier ganz bewußt dieses scheinbar „alte" Begriffspaar, da mir die heutige (grüne) Überwindung dieser alten Schemata nichts anderes als Geschichts- und Positionslosigkeit zu kaschieren scheint. Bleiben wir aber zunächst im Jahr 1931 und gehen danach ins Jahr 1919!

Der Artikel von Walter Kreiser, einem Flugzeugingenieur, hatte behauptet, daß die deutsche Luftwaffe unter dem Decknamen „Kunstflugabteilung der Lufthansa" aufgebaut würde und daß die verbotene „frühere Abteilung M" der Luftwaffe unter dem Namen „Versuchsanstalt Albatros" weitergeführt würde. Dies konnte nur dann Geheimnisverrat sein, wenn die Informationen wenigstens wahr waren. Die Sachverständigen der Luftwaffe, die 1931 im Prozeß gegen Ossietzky aussagten, bezeichneten diese Angaben Kreisers wider ihr besseres Wissen als richtig und betonten damit den „Landesverrat". Nach heutigem Forschungsstand ist sicher, daß „Albatros" kein Deckname für die ehemalige „Abteilung M" war und kein wesentlicher Zusammenhang zur Kunstflugabteilung bestand. Wenn die „Sachverständigen" der Luftwaffe dies dennoch bestätigten, dann deckten sie eigentlichen Zusammenhänge und brachten von Ossietzky ins Gefängnis. Unter den „Sachverständigen", die so handelten, befand sich ein Major Himer, der selbst Mitglied der rechtsradikalen illegalen „Schwarzen Reichswehr" war.

Wichtiger war jedoch der Vertreter der Anklage im Ossietzky-Prozeß. Sein Name war Paul Jorns. Jorns war von 1906-1909 in Deutsch-Südwest-Afrika", er war 1925 Reichsanwalt geworden. 1933 wurde Jorns Mitglied der NSDAP und 1936 leitender Staatsanwalt an Freislers Volksgerichtshof. Nachdem er 1937 pensioniert wurde, meldete er sich 1939 freiwillig zurück und war bis zum Dezember 1941 weiter als Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof tätig. 1942 endete diese rechtsradikale Musterkarriere mit seinem Tod. Jorns hatte aber auch in seiner Vergangenheit eine äußerst kitzlige Angelegenheit zur Zufriedenheit aller rechtsradikalen Kreise gelöst: Er hatte die staatliche „Untersuchung" im Mordfall Rosa Luxemburg

Dinge mussten sich erst verschlechtern. Erst als sich die Dinge verschlechterten, die letzten



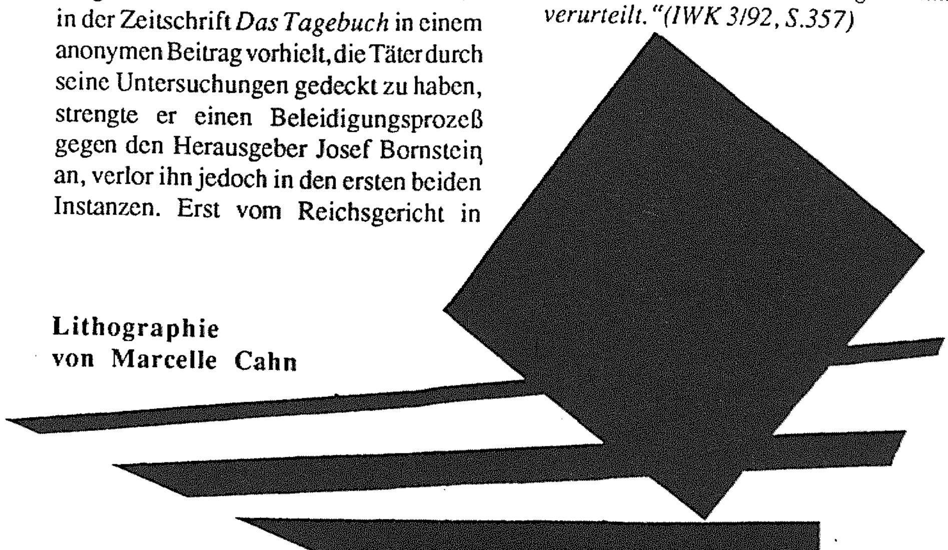
Zeichnung von Piet Klaasse.

geleitet und mit den mörderischen Offizieren um Waldemar Pabst gemeinsam deren Mord vertuscht. Unter seinen Mitarbeitern bei der Luxemburg-Untersuchung befand sich der Hauptmann Horst von Pflugk-Harttung, der seinerseits am Liebknecht-Mord beteiligt war und über dessen Schreibtisch alle Informationen wiederum direkt und rechtzeitig Pabst vorgelegt wurden. Über die genauen Umstände dieser „Untersuchung" und die Tatbeteiligten existiert seit kurzem eine sehr empfehlenswerte Untersuchung von *Klaus Gietinger:* „Nachträge, Betreffend Aufklärung der Umstände, unter denen Frau Dr. Rosa Luxemburg den Tod gefunden hat" (in: *IWK 3/92, S.319-373; IWK-Red., Kirchstr.33, 1000 Berlin-38).*

Auch mit den intellektuellen Zeitschriften hatte Jorns seine speziellen Erfahrungen: Als ihm Berthold Jacob Salomon in der Zeitschrift *Das Tagebuch* in einem anonymen Beitrag vorhielt, die Täter durch seine Untersuchungen gedeckt zu haben, strengte er einen Beleidigungsprozeß gegen den Herausgeber Josef Bornstein an, verlor ihn jedoch in den ersten beiden Instanzen. Erst vom Reichsgericht in Leipzig konnte er ein ihm genehmes Urteil erreichen, das ihm eine korrekte Untersuchung bescheinigte.

Auch dieses letzte Urteil hat Rechtsgeschichte gemacht: Als der Süddeutsche Rundfunk 1968 eine Sendung zu Rosa Luxemburg ausstrahlte, in der als Todesschütze der Leutnant Herrmann W. Souchon, ein Mitglied der Marine-Eskadron Pflugk-Harttung, genannt worden war (die Recherche Ertels hatte diese Aussage aus Waldemar Pabst herausgebracht, der sie jedoch widerrief, nachdem Souchon dies eidesstaatlich leugnete) klagte dieser gegen den Sender, seinen Intendanten Bausch und den Hörspielautor Dieter Ertel. Da deutsche Richter im Zweifelsfall deutschen Akten am meisten Glauben schenken und am allermeisten solchen "aus letzter Instanz" wurde der Leipziger Freispruch für Jorns 1930 zum Stuttgarter Justizerfolg für Souchon 1970!

Klaus Gietinger: *„In Ermangelung weiterer Zeitzeugen wurde sodann nach Aktenlage entschieden, und dies macht das eigentlich Beschämende dieses Prozesses aus. Denn der Richter am Landgericht Stuttgart behandelte die Akten des Feldgerichts der GKSD (des aus Offizieren gebildeten Freikorps unter Waldemar Papst) wie jede andere Akte, mit der er es sonst zu tun hatte: Er sah keinen Grund, an ihrem Wahrheitsgehalt zu zweifeln. Die Fälschungen von Jorns, seine Vorschubleistungen, der Rücktritt der Beisitzer, das Kameradengericht, der Fall Canaris, all diese Vorgänge hatten kein wirkliches Gewicht für ihn. Es zählten nur die Akten und die Aussage des „unbescholtenen Offiziers preußiescher Prägung" Souchon. Ein Offizierskomplott wurde in Zweifel gezogen, die planende Hand Pabsts als nicht bewiesen hingestellt.... Der SDR und Ertel wurden zum Widerruf (in der Tagesschau!) verurteilt."(IWK 3/92, S.357)*



Lithographie
von Marcelle Cahn

Bastionen, wo man miteinander plauderte, die letzten Orte, an denen die Ware noch das Schwätzen

"Europäischer Kulturchauvinismus"

von Herby Sachs

I

Die idealtypische Trennung von Natur und Kultur (Gesellschaft) war die Grundvoraussetzung für das mechanistische-naturwissenschaftliche Weltbild, daß die Neuzeit nicht nur einleitete, sondern überhaupt als Grundmotiv den Fortschrittsgedanken der europäischen "Zivilisation" hervorrief.

Mit dem Zeitalter der Vernunft, besonders beschleunigt von der Aufklärung und den nachfolgenden wissenschaftlich-kulturellen Entwicklungen, gewann "das Rationale" die Vorherrschaft über das Irrationale. Das "rationale Denken" oder "das moralische Gewissen" stellten Regeln auf, die den Menschen in ein äußeres und in ein inneres Wesen spalteten. Gesellschaftliches Denken und Gefühlsimpulse wurden getrennt." Im Denken der Menschen über sich selbst wurde das geozentrische Weltbild weitgehend in einem egozentrischen Weltbild aufgehoben." (Norbert Elias)

Die Definition der Natur und ihre Ausweitung auf die Menschen, insbesondere eine daraus abgeleitete Ökonomie (Natur und Mensch als Ware) bildeten die Grundlage für die Menschenverachtung des europäischen Systems. Die verschiedenen Etappen dieser Entwicklung der Neuzeit erreichen heute ihren Höhepunkt in dem Natur künstlich geschaffen werden muß, um überhaupt noch Lebendiges vorzufinden. Der Gedanke der Beherrschung von Natur war über Jahrhunderte hinweg die ideologische Vorraussetzung für die Zivilisation des Abendlandes.

"Aber wenn man prüft, welches eigentlich die allgemeine Funktion des Begriffs "Zivilisation " ist, und um welcher Gemeinsamkeit willen man alle diese verschiedenen menschlichen Haltungen und Leistungen gerade als "zivilisiert" bezeichnet, findet man zunächst etwas sehr Einfaches: dieser Begriff bringt das Selbstbewußtsein des Abendlandes zum Ausdruck. Man könnte auch sagen: das Nationalbewußtsein." (Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, 1.Band, suhrkamp 1976)

II

Der weiße europäische Kolonialismus hat Territorien und Menschen erobert, um beides auszubeuten.

Sein Ziel war und ist die Vernichtung anderer Kulturen, um Ressourcen zu sichern (Arbeit und Ökonomie).

Sein Ziel war und ist die Besetzung der Köpfe und Sinne, um ein gemeinsames Denken und Handeln kontrollieren zu können und das Prinzip der allumfassenden ökonomischen Verwertung durchzusetzen.

Europa schützt sich seit Jahrhunderten vor dem angeblich drohenden Gespenst der "Überfremdung" (Herrschaftssicherung). Dafür stand der offene Zusammenschluß der christlich, europäischen Welt gegen den Islam (vor 500 Jahren ebenso vereint wie heute - die Vertreibung der Mauren oder der gemeinsame Krieg gegen die Türken) wie die Inquisition als Ausschaltung aller Opposition, legitimiert durch die unheilige Allianz von Kirche und Staat.

Europäische Kultur okkupierte notwendige Elemente anderer Kulturen, nicht nur um Europa zu festigen, sondern andere ihres Lebens zu berauben, sie im Kern zu töten und sie zugleich als aussterbende exotische Kultur auszustellen. und zu vermarkten.

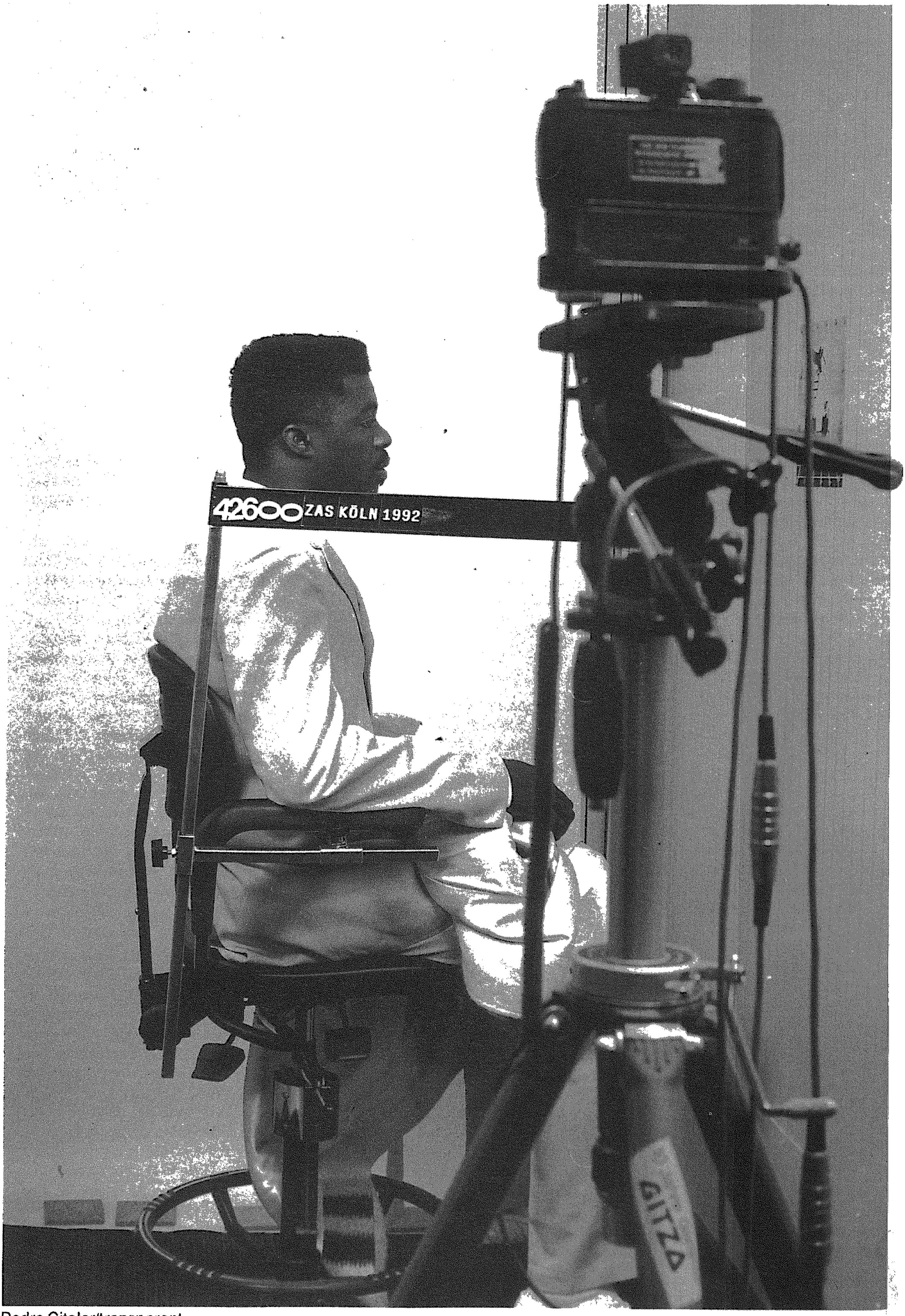
III

Die Neuzeit und ihre historische Entwicklung gab dem Europäer die Überzeugung, daß sich das Abendland auf dem richtigen Weg befände und zudem noch einen uneinholbaren Vorsprung gegenüber außereuropäischen Ländern besäße. Im Gegensatz zu Vorurteilen und Mißtrauen, die gegenüber Fremden in vielen Kulturen ebenso verbreitet sind wie das Gastrecht, ist dieser europäische Rassismus ein Herrschaftsinstrument. Die totale Herrschaft bedarf der totalen Entmenschlichung, weshalb der Rassismus als System sich Legitimation zu schaffen sucht, indem er seine Opfer zu Un-oder Nicht-Menschen erklärt. Montesquieu schrieb über schwarze SklavInnen:" Man kann unmöglich annehmen, daß diese Leute Menschen sind, denn sonst könnte man auf den Gedanken kommen, daß wir keine Christen sind."

Es bedurfte bereits bei der Entstehung des ersten europäischen Wirtschaftsraumes im ausgehenden Mittelalter der Definition des Anderen zum Zwecke seiner Ausgrenzung. Dieser Prozeß der Ausgrenzung erst ließ das entstehen, was heute mit dem Begriff "europäische Zivilisation" bezeichnet wird. Der "Zivilisationsprozeß" ging einher mit äußerer wie auch innerer Kolonisierung, besonders dem Auftreten rassistischer Denkmuster. Gerade das Zeitalter der Aufklärung hat Denkmuster entwickelt, die bis heute ihre Gültigkeit besitzen. Fast alle Philosophen, auch Marx und einige anarchistische Theoretiker können da nicht ausgenommen werden, sahen die Wiege der Zivilisation in der europäischen Kultur. Die folgenden Zitate, veranschaulichen die Denkweise : "In den heißen Ländern reift der Mensch in allen Stücken früher, erreicht aber nicht die Vollkommenheit der temperierten Zonen. Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Rasse der Weißen. Die gelben Inder haben schon ein geringeres Talent. Die Neger sind weit tiefer, und am tiefsten steht ein Teil der amerikanischen Völkerschaften." Oder an anderer Stelle: "Die Einwohner des gemäßigten Erdstriches, vornehmlich des mittleren Teil desselben, ist schöner an Körper, arbeitsamer, scherzhafter, gemäßigter in seinen Leidenschaften, verständiger als irgendeine andere Gattung der Menschen der Welt. Daher haben diese Völker zu allen Zeiten die anderen belehrt und durch die Waffen bezwungen. Die Römer, die Griechen, die alten nordischen Völker,..., die Europäer nach Columbus Entdeckungen haben alle südlichen Länder durch ihre Künste und Waffen in Erstaunen versetzt. (...)" Solche und ähnliche Dinge behauptet der berühmte deutsche Philosoph Immanuel Kant, der Königsberg kaum verlassen hat. Wes Geistes Kind die deutsche Philosophie ist, müßte an anderer Stelle ausführlicher untersucht werden. Die Franzosen ,Spanier und Engländer standen ihnen allerdings in Nichts nach.

IV

Aus der philosophischen Überzeugung an dieser Art religiösem Glauben und der kriegerischen wie ökonomischen Expansion Europas entstand am Ausgang des Mittelalters eine Denk-und Lebensweise der Dominanz. Die bis dahin bestehenden Gesellschaften sollten eines Tages einer anderen, "entwickelteren" Ordnung weichen. Vorraussetzung dafür war die Grundannahme eine Kultur sei der anderen qua Existenz überlegen und besitze somit das Naturrecht über den Lebensraum des Anderen zu befinden: Das Andere wurde als "Zivilisation" gesehen die noch im Werden sei und daher gelenkt und zugerichtet werden müsse.



Pedro Citoler/transparent

Im 15. und 16.Jahrhundert mit der Verdrängung des scholastischen Weltbildes der göttlichen Ordnung und Vorsehung durch die Aufklärung und das sich entwickelnde aufgeklärte Bürgertum, wurde dem Menschen als handelndes Subjekt, das in Naturprozesse eingreifen und sein eigenes Schicksal mitbestimmen kann, mehr Gewicht beigemessen. Daß die bürgerliche Auffassung von einer Stufenfolge der Entwicklung und Naturaneignung ihren Keim bereits in der Kolonisierung der Anderen hatte und sich über die aufklärerische Philosophie (franz. Revolution) bis in die heutige Zeit fortsetzt, ist kein Geheimnis. Zugrunde liegt der Aufklärung die Auffassung " Machet Euch die Erde untertan" in Verbindung mit einem Fortschrittsgedanken (u. a.der Proklamation der Menschenrechte die später bekannte Art von Freiheit und Democracy), der nicht nur den Entwicklungsmodellen des Kapitalismus eigen ist, sondern ebenfalls den Sozialismus prägen sollte.

V

Spätestens seit dem 15./16. Jahrhundert im Zusammenhang mit den "Entdeckungen" beginnt man das Verhältnis zwischen Natur und " Nicht Natur" als Gegensatz zu begreifen und darüber hinaus als Hierarchie, als notwendige Unterordnung des einen unter das andere, und zwar der Natur unter die "Nicht-Natur". Was wir heute unter Natur verstehen, ist also nicht natürlich, sondern historisch, gesellschaftlich bedingt, also selbst Ausdruck eines bestimmten Verständnisses von Kultur. Aus der Sicht der Herrschenden (seien es Weiße, Unternehmer oder auch nur der Mann) ist alles das Natur, wofür sie nichts bezahlen oder bezahlen wollen. Dazu gehört heute alles was sie sich durch Raub aneignen können, und letztlich dem expansiven eurozentristischen Denken entsprechend, also der ganze Erdball mit seinen Rohstoffen, Menschen und Waren. " Es ist eine ideologische Leistung ersten Ranges, uns wiederum als "Natur" weisgemacht zu haben, was das Resultat einer jahrhundertelangen Gewaltorgie gegen die Natur ist. Immerhin ist die Zwangsbewirtschaftung der Mehrheit der Weltbevölkerung dabei herausgekommen, der Frauen und der Farbigen. Dazu mußten sie erst als Gefahr beschworen, daraufhin immer wieder gejagt und vernichtet, anschließend gehirngewaschen und dressiert werden: erzogen, zivilisiert, missioniert, Kultiviert. Von natürlich bösen Hexen und Wilden zu ebenso von Natur aus passiv duldsamen Arbeitstieren abgerichtet, sollen sie auch noch selbst glauben, daß Fortschritt und Zivilisation mit der Ankunft des weißen Mannes begannen." (Claudia v. Werlhof in "Frauen, die letzte Kolonie", rowohlt Taschenbuch, 1983)

Das Jahrhundert der Aufklärung ist zugleich das Jahrhundert neuer rassistischer Theorien, die allesamt ein Ziel verfolgen: Die Rechtfertigung der Kolonialisierung der Welt durch die "weiße Rasse". Selbst Rousseau, der den schwarzen Menschen immerhin eine Seele und hohe Kulturfähigkeit zugesteht, spricht von den "Negern als Sklaven aller Menschen".

VI

Heute konstituiert sich ein " Modell Europa", das sich als Weltmacht und natürlich nach wie vor als Hort der Zivilisation zu präsentieren sucht. Jene Regionen, die das Sand im Getriebe, die die Störfaktoren dieser Entwicklung sind, gelten in der Alltagssprache wie im herrschenden Medienzauber als der "nichtzivilisierte" und auch "nichtdemokratische" Teil dieser Welt. Besonders deutlich wird dies aktuell in Bezug auf die islamische Welt. Bezeichnend ist daher, wie sehr die heutigen Argumentationsmuster denen des spätmittelalterlichen Europas gleichen.

Ab dem 12. Jahrhundert war das in Europa verbreitete Bild des Islam von einem barbarischen, degenerierten "Irrationalismus " geprägt. Weit verbreitet war z. B.die Ansicht, die von Mohammed verbreitete Lehre fördere Gewalt und Sexualität. Für ein sich konstituierendes abendländisches Bewußtsein repräsentierte die islamische Kultur mithin das Gegenteil der "idealen christlichen Lebensweise", die jede Übertretung der Gesetzte reglementierte .Dem Islam wird ein Mangel unterstellt im Vergleich zur "zivilisierten" christlichen Lebensweise, den es zu beheben gilt: Die durch Verzicht, Enthaltsamkeit, Arbeitssamkeit und Ausmerzung des Lustprinzips sich neu entwickelnde Rationalität in Denk und Lebensweise. Die Ausschaltung all jener Faktoren, die rebellisch oder störend sein können, sind ein Merkmal des puritanischen Rationalismus, der den Übergang vom "düsteren" Mittelalter zur "aufgeschlossenen" Neuzeit einleitete.

Das negativ besetzte Orientbild spiegelte sich auch im Sprachgebrauch wider. So bezeichnet der Begriff "Fanatismus" (eine westliche Sprachschöpfung des 16./ 17 Jahrhunderts) eine Überzeugung, die sich jeglichem Diskurs entzieht. Zunächst wurde dieser Begriff von Katholiken gegen Protestanten verwendet, später jedoch von Protagonisten der Aufklärung gegen jede Form von Offenbarungsglauben und bewegtem Protest - wobei der Islam für Voltaire als der " Prototyp des Fanatismus " galt. Fanatismus war und blieb der Gegenbegriff zum Ideal der Vernunftherrschaft, der Zivilisation.

VII

Das europäische innerhalb der geographischen Grenzen Europas entwickelte Einheitsbewußtsein, zur Zeit der Kreuzzüge entstanden und zur religiös-politischen Idee des " Abendlandes" geworden, bildete sich im Laufe der " Entdeckungen" und Kolonisierung außereuropäischer Länder zu einer gemeinsamen historischen Erfahrung heraus. Der heutige Eurozentrismus charakterisiert eine besondere Variante des Rassismus: der moderne Kulturchauvinismus dessen Folge subtile Formen der Ausgrenzung alles "Fremden" sind. Kulturheuchelei ist die Folge. Verbale Lippenbekenntnisse zu Gleichheit und Demokratie sind so an der Tagesordnung, während auf allzu auffällige Weise die Rechte eines immer größeren Teils der Menschheit verletzt werden. Diese Doppelzüngigkeit sucht, liberale, aufgeklärte Gesinnung zu demonstrieren, um den real existierenden Rassismus zu kaschieren, der nicht dem Ideal des aufgeklärten, rational denkenden Demokraten entspricht.



Zutritt verboten

Verwendete Literatur:

iz3W Sonderausg. 500 Jahre Kolonialismus, Jan.92

ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika- Nr. 155, Mai 1992

1992, Kampagne 92, 5oo Jahre Kontinuitäten kolonialistischer Politik

Hannah Arendt, Ursprünge totaler Herrschaft, Piper Verlag, München 1987

Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1976

Frauen die letzte Kolonie, Rowohlt, Reinbek

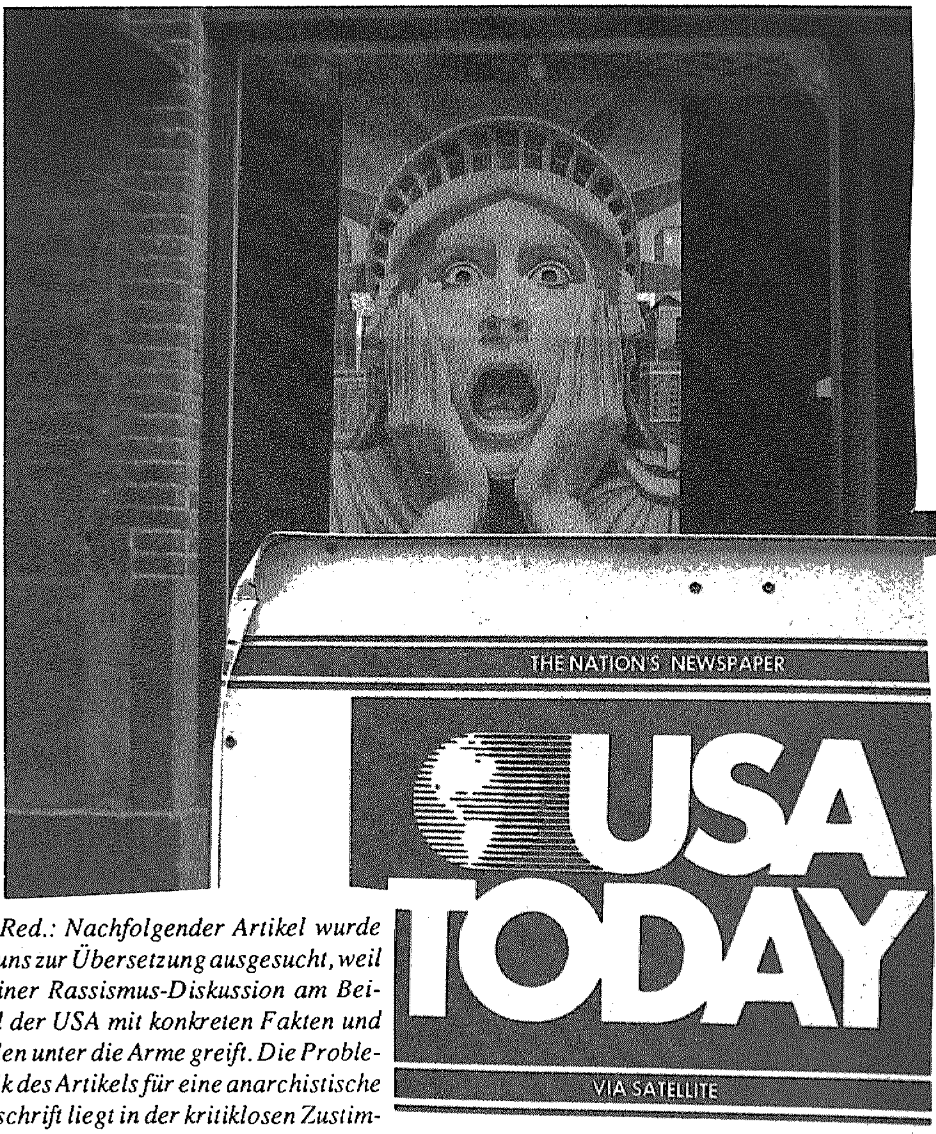
- einem dem Menschen absolut feindlichen Ort - Platz machten, lernte man das Schwätzen wieder

Rassismus in den USA

von Assata Shakur

Ein Vortrag in Havana

Übersetzt von Häger aus Prison News Service



Mathilde Kohl/transparent

(SF-Red.: Nachfolgender Artikel wurde von uns zur Übersetzung ausgesucht, weil er einer Rassismus-Diskussion am Beispiel der USA mit konkreten Fakten und Zahlen unter die Arme greift. Die Problematik des Artikels für eine anarchistische Zeitschrift liegt in der kritiklosen Zustimmung Assata Shakurs zur Politik Fidel Castros in Cuba, der ja nicht zuletzt auch die große anarchistische Bewegung Cubas in den Knästen oder im Exil verschwinden ließ. Wir schenken uns deshalb die ersten zwei Absätze und den letzten Absatz, die eine ausführliche Danksagung an die cubanische Regierung etc. enthalten. Aufgrund Assata Shakurs eigener Biografie halten wir ihre Auffassungen für sie persönlich für verständlich, sie wurde als schwarze Aktivistin in den USA eingeknastet und erhielt politisches Asyl in Cuba. Für die nächste Ausgabe des SF bereiten wir die Übersetzung eines Interviews mit Assata Shakur vor, in dem ihr persönlicher Politikansatz durchsichtiger wird. Wir beginnen diesen Artikel mit Absatz drei:)

Zu einer Zeit in der die Politik der US-Regierung in der Welt immer militaristischer wird, vergrößert sich auch die Repression innerhalb der US-Grenzen. Rassismus und Polizeibrutalität sind Teil der US-Realität, doch erreichen sie jetzt Ausmaße, die vorher nicht bekannt waren. Der Fall von Rodney King in Los Angeles ist kein isolierter Zufall. In den letzten fünf Jahren gab es Aufstände oder Massendemonstrationen in jeder größeren City in den Vereinigten Staaten, die gegen Polizeibrutalität und Repression demonstrierten. Obwohl es auch weiße Opfer der Polizeibrutalität gibt, sind schwarze und andere dritte Welt-Leute hauptsächlich betroffen. In african-american, latino, native american und in der asiatischen community hat die Polizei praktisch den Freibrief zum Töten. Jedes Jahr werden gegen hunderte von PolizistInnen ermittelt, bei Anklagen wie Anwendung extremer Gewalt oder mutwilligem Mord, doch nur eine kleine Anzahl wird offiziell verurteilt und nur ein winziger Prozentsatz wurde jemals für schuldig befunden. Und kommt es zu dieser seltenen Gelegenheit, daß PolizistInnen tatsächlich für tätlichen Angriff, Folter oder Mord für schuldig gesprochen werden, dann verbringen die GewalttäterInnen selten viel Zeit im Knast.

Die rassistischen Massenmedien und die Unterhaltungsindustrie verharmlost diesen Polizeiterror durch die Darstellung, daß Schwarze und Dritte-Welt-Menschen gewalttätige Kriminelle seien und durch die Darstellung der Polizeigewalt als etwas Normales, als gerechtfertigter Bestandteil des Lebens. Diese Nachricht wird auf tausenden verschiedenen subtilen Wegen wiederholt, einschließlich daß Schwarze und andere „people of colour" es irgendwie verdienen, geschlagen oder erschossen zu werden.

Aufgrund der Realität in armen und unterdrückten communities ist es nicht verwunderlich, daß Polizeibrutalität einen Aufstand in Los Angeles auslöste. Was tatsächlich überraschend ist, ist, daß es bisher nicht mehr Rebellionen gegeben hat. Der Polizeichef *Daryl Gates* geriet ins Kreuzfeuer als sein Department kritisiert wurde, weil eine große Anzahl an Schwarzen, ungefähr 20, aufgrund von Polizeigriffen starben. Gates sagte: „Wir sind der Meinung, daß bei einigen Schwarzen, wenn Zwang angewendet wird, die Adern und Venen sich nicht so schnell öffnen, wie sie es bei normalen Leuten tun."

Polizeirassismus in L.A. gehört zum Alltagsgeschäft. Daß die Polizei über das Zusammenschlagen von Rodney und anderen ohne zu zögern im Polizeifunk und Computer Witze machte und lachte, von „Eidechsen" und „Gorillas" sprach, ist „normal". Seit Jahren. L.A.-Swat Teams (Sturmabteilungen) hielten in den african-american und latino communities große Einsätze ab bei denen viele Jugendliche gezwungen wurden am Boden liegend sich zu erniedrigen, zu lügen während die Polizei ohne Ursache Durchsuchungen durchführte, um angeblich Drogen und Bandenaktivitäten zu bekämpfen. In einigen communities in L.A. wurden Betonbarrikaden errichtet an de-

richtig zu schätzen...

ren Ausgängen Polizei postiert ist. Es wurden Schilder aufgestellt auf denen zu lesen ist „Rauschgiftuntersuchungsgebiet – offen nur für Ortsansässige" und jedeR, der/die der Polizei als Gangmitglied oder DrogendealerIn oder -nutzerIn verdächtig vorkommt, wird aus Routine gestoppt und durchsucht.

Diese Ereignisse aus L.A. wiederholen sich ähnlich in den ganzen USA. Obwohl junge Schwarze und Dritte Welt Jungen zwischen 10 und 30 Jahren das hauptsächliche Ziel der Polizeigewalt sind, ist keineR sicher.

In California brach die Polizei in ein verschlossenes Appartment ein und erschoß einen fünfjährigen schwarzen Jungen, der mit einer Spielzeugpistole spielte. Der Officer, der den Jungen erschoß, behauptete, daß er dachte, der Junge sei ein Mann, der versuche ihn zu erschießen. Er wurde niemals gerichtlich verfolgt.

Eleanor Bumpers, eine 67-jährige Großmutter und Schwarze, wurde erschossen als die Polizei versuchte, sie aus ihrer Wohnung zu räumen, weil sie mehrere Monate mit ihrer Miete im Rückstand war. Die Polizei behauptete, daß Bumpers angegriffen hätte und das, obwohl diese fast 300 Pfund wog und sich kaum bewegen konnte, weil sie unter starker Arthritis (Gelenkentzündung) litt.

Der 18-jährige Michael Stewart wurde von der Polizei erschlagen, weil er in der Subway die Wände angemalt hatte. Bei ihrem Versuch die Todesursache und -umstände zu klären, änderte New Yorks medizinischer Chefuntersucher den Autopsiebericht gleich dreimal: erst stellte fest, daß Stewart an Herzstillstand, dann an bronchialer Lungenentzündung und schließlich an Rückenmarksverletzungen gestorben war. Die sechs Polizisten, die wegen des Zusammenschlagens angeklagt wurden, wurden für nicht schuldig befunden.

In Philadelphia startete die Polizei ein Luftbombardement, bei dem 11 african-americans getötet wurden. Fünf davon waren kleine Kinder. 61 Wohnungen wurden zerstört und hinterließen 253 Obdachlose. Obwohl die Gruppe keine Straftaten begangen hatte, initiierte die Polizei das Bombardement, um sie aus der Gegend zu vertreiben. Es wurde behauptet, sie wären Radikale und NaturalistInnen.

In vielen Staaten sind nicht nur Schläge sondern auch andere Formen des Quälens ganz alltäglich geworden. Gewöhnlich um ein Geständnis zu erhalten. In Texas, Alabama, California und New York wurden PolizistInnen angeklagt und verurteilt, weil sie Gefangene mit „stun guns" gefoltert hatten – Polizeiknüppel, die eine 50.000 Volt Ladung abgeben.

Dies ist nur eine kleine Sammlung rassistischer Polizeigewalt in den USA. Die umfassenden Statistiken sind alarmierend. In New York zum Beispiel waren 1990 92,5% der von der Polizei Ermordeten aus den Minderheiten. 41 Menschen wurden damals von der Polizei ermordet, 15 african-americans, 23 latinos und drei Weiße. Das US-Justizministerium berichtet über 15.000 Fälle von Polizeibrutalität und übertriebener Härte, die in den letzten 6 Jahren untersucht wurden. Das Justizministerium hat nur annähernd 40 Prozesse wegen Polizeibrutalität zur Anklage gebracht. In fast allen Gegenden, wo die Fälle von Rassismus und Brutalität zugenommen haben, schaut die US-Regierung weg.

Rassismus ist in den Vereinigten Staaten modern geworden, besonders durch die offene Feindseligkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Not der Armen und Dritte Welt-Leute durch die Reagan- und Bushregierung. Beide Regierungen haben sich ganz entschieden gegen Bürgerrechte ausgesprochen, haben sich allen Programmen, den Armen zu helfen widersetzt und die Fonds für Gesundheit, Erziehung und Soziale Wohlfahrt gekürzt. Anfang der 90er Jahre wurden die meisten Programme und Einrichtungen, die den städtischen Armen einen kleinen Beitrag an Hilfe gewährten, gestrichen.

Reagan und Bush starteten politische Kampagnen, die die Interessen der reichen Weißen Amerikas repräsentierten. Anstatt einer offenen rassistischen Sprache verhüllten sie ihre rassistischen Botschaften mit neuen Codes, stellten „Quoten" einander gegenüber, redeten von „besonderen Interessengruppen", von „umgekehrter Diskriminierung" etc. 1988 bezahlte die Georg Bush Wahlkampagne hohe Beiträge für Werbespots zu „Willie Horton", die direkt an den weißen Rassismus appellierten. Willie Horten war ein Schwarzer, der auf Freigang, angeblich eine weiße Frau vergewaltigt haben soll. Bush schloß sich still und leise den rechten Elementen an und spickte seine Reden mit ultrarechter Rhetorik.

Unter diesen Bedingungen wuchs eine neue weiße Herrenmenschenbewegung in den USA heran. Zwischen 1990 und 1991 ist die Anzahl der „Haßgruppen" um 27% gewachsen: 1990 gab es 69 KuKluxKlan-Gruppen, 1991 waren es 97. 1990 gab es 160 Neonazigruppen, 1991 waren es mehr als 200. 1991 gab es 25 vorurteilbedingte Morde, davor 20.

Die unterdrückten communities sind in der Krise: Drogenkonsum, Gewalt, Kriminalität, die AIDS-Epidemie und Armut haben für Schwarze und andere Dritte Welt communities verheerende Folgen gehabt. Diese Bedingungen sorgen für die unterschwellige Wut und die extreme Unzufriedenheit, die sich in der Rebellion in L.A. und anderen Orten entlud.

Armut

Es gibt mehr als 5 Millionen erfaßte Obdachlose in den USA. Zwischen 1986 und 1990 gab es einen 40%igen Ansteig bei Schwarzen, die in den großen Armutszentren der Innenstädte leben. 1989 lebte die Hälfte der schwarzen Kinder unter sechs Jahren in Armut – zusammen mit 40% der Latinokinder.

Für die reichsten 5% aller Familien stieg das durchschnittliche Einkommen von 120.253 (1979) auf 148.438 Dollar (1989). In den gleichen 10 Jahren fiel das durchschnittliche Einkommen des ärmsten Fünftels aller Familien auf 559 Dollar. 1990 verdiente ein durchschnittlicher schwarzer Arbeiter 329 Dollar die Woche, verglichen mit 427 Dollar für einen durchschnittlichen weißen Arbeiter. (Anm. d.Üb.: Ich denke die Zahlen von schwarzen Arbeiterinnen wären noch aufschlußreicher, gibt es die nicht?)

Erziehung

Weil die Regierungsfonds gekürzt werden, wird der Zugang zu qualitativer Bildung für arme Kinder immer schwieriger. In vielen großen Städten liegt die Rate der Hochschulabbrüche bei 30 bis 70 %. Rassismus folgt den Kindern vom Kindergarten bis ins College. Schwarze Kinder werden dreimal mehr als „zurückgeblieben" klassifiziert als weiße; schwarze Teenager hinken ihren weißen MitschülerInnen im Lesen ca. 4 Jahre hinterher. 1980 gaben die reichsten Schul-Distrikte in New Jersey 800 Dollar mehr pro Kind aus als die ärmsten. Heute sind es 3000 Dollar. 1978 gaben die reichsten Distrikte in Texas 600 Dollar mehr aus als die armen Distrikte, heute ist die Differenz auf über 5000 Dollar gestiegen.

Schulgeldkosten haben sich seit 1977 an privaten Colleges mehr als verdreifacht. Die Durchschnittsrechnung im letzten Jahr lag bei 8700 Dollar. An öffentlichen Schulen hat sich das Schulgeld mehr als verdoppelt, es stieg auf 1700 Dollar letztes Jahr. Der Prozentsatz von schwarzen HochschulabsolventInnen mit geringem elterlichen Einkommen lag 1988 bei 30% und ging damit von 40% (1976) zurück. 1976 waren 53% der schwarzen HochschulabsolventInnen aus Familien mit mittlerem Einkommen eingetragen,

1988 waren es nur noch 28%. Die Präsenz von Schwarzen auf dem Campus sinkt – obwohl die Collegeteilnahme insgesamt steigt, wie *Newsweek* feststellte:

„Wer geht zum College?
4% Schwarze Männer
6% Schwarze Frauen
39% Weiße Männer
46% Weiße Frauen“

Gesundheit

Die Todesrate von schwarzen Säuglingen (17,6 auf 1000 Geburten, 1988) liegt mehr als zweimal höher als die der Weißen (8,5 auf 1000). Gemäß der *Comission to prevent infant mortality* liegt die Sterblichkeitsrate in Detroit, Washington und Philadelphia höher als in Jamaica oder Costa Rica. In Central Harlem ist die Säuglingstodesrate genauso hoch wie in Malaysia:

Central Harlem: (auf 1000)	23,4
Bedford-Stuyvesant:	21,0
East Harlem:	14,9
New York City:	13,3

Eine Studie von Dr. Harold Freeman, Direktor der Chirurgie im Harlem Hospital und Dr. Colin Mccord stellte fest, daß ein Mann in Harlem, der über 40 Jahre ist, geringere Lebenschancen hat, als ein Mann im ausgelaugten Bangladesh. In Bangladesh leben 55% der Männer mit 65 Jahren noch, während in Harlem nur 40% so lange leben.

Fast 7% aller US-Babies, eine viertel Million jährlich, werden zu klein geboren. Der Prozentsatz ist bei den Minderheiten weit höher und steigt jährlich. 1988 kamen 13% aller schwarzen Kinder stark untergewichtig zur Welt. Hauptursache: der Kokainkonsum bei jungen Frauen, der seit den 80ern stark zugenommen hat. Jüngste Untersuchungen deuten an, daß sich das Problem zuspitzt. ExpertInnen schätzen, daß zwischen 100.000 und 300.000 Frauen jedes Jahr kokainabhängige Kinder entbinden werden. In Harlem ist die Häufigkeit des Koks-Konsums bei werdenden Müttern von 1% (1980) auf 20% (1988) hochgeschnellt. Eine Studie für Philadelphia aus dem Jahr 1989 belegt, daß 17% aller geborenen Kinder abhängig waren.

Mehr als 34 Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung. Von den Unversicherten sind 27% Hispanics, 20% Schwarze und 12% Weiße.

Knast

Schwarze Männer machen weniger als 6% der US-Bevölkerung aus, stellen aber fast 50% der Gefangenen. Die Vereinigten Staaten haben derzeit die höchste (bekannte) Einfahrquote (426 Gefangene auf 100.000 Staatsbürger) (Südafrika folgt auf Platz 2 mit 333.)

Schwarze Männer werden in den USA viermal öfter eingekerkert als schwarze Männer in Südafrika (3109 mal auf 100.000 gegenüber 729 mal in Südafrika).

Zwischen 1973 und 1988 verdreifachte sich die Zahl der VerbrecherInnen in Staats- und Bundesgefängnissen von 204.000 auf 603.000. 1989 überstieg die Zahl *aller* Knast- und ZuchthausinsassInnen erstmals die Millionengrenze!

Fast jeder vierte schwarze Mann zwischen 20 und 29 Jahren ist entweder im Knast, in U-Haft, auf Bewährung oder mit täglichem Rückruf bedingt frei. (Bei den Weißen trifft einen von 16 (6%) diese Kontrolle des Justizsystems....

Die Anzahl weiblicher Insassinnen hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdreifacht. 3/4 dieser Frauen sind Mütter und viele von ihnen alleinerziehend. Die *typische* Straffällige ist eine junge Minderheitenmutter (belegt durch eine nationale Studie von 1988, die von der amerikanischen *Correctional association* durchgeführt wurde.)

Todesstrafe

Annähernd 2400 Menschen sitzen in Todeszellen. Mehr als 41% dieser Gefangenen sind African-American, mehr als 6% Hispanic.

UreinwohnerInnen (Native Americans) werden im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsteil mehr als 3 mal öfter zum Tod verurteilt als die gewöhnliche Bevölkerung.

Ein *House Judicary Komitee* stellte fest, daß in Alabama 60 von 115 Gefangenen in den Todeszellen African American waren und daß seit der Wiedereinführung der Todesstrafe in diesem Staat (Anfang der 80er Jahre) 71% der Exekutierten schwarz waren.

Selbst das regierungseigene *General Accounting Office* kam zu dem Schluß, daß „in 82% der Fälle die Rasse der Opfer ausreichte, um die Wahrscheinlichkeit zu beeinflussen, wegen Mords verurteilt zu werden. Dabei wurden solche, die Weiße ermordeten eher zum Tode verurteilt als solche die Schwarze ermordeten.“

Politische Gefangene

Gegenwärtig sind mehr als 100 politische Gefangene und Kriegsgefangene in US-Gefängnissen. Das *„internationale Tribunal über die Verletzungen der Menschenrechte von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den Gefängnissen und Untersuchungsknästen der Vereinigten Staaten“* stellte im Dezember 1990 fest, daß:

– innerhalb der Gefängnisse und Untersuchungsknäste der USA eine wesentliche Anzahl von Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen existiert

– diese Gefangenen für ihre Opposition zur Politik und den Aktionen der US-Regierung inhaftiert wurden, eine Politik, die gegen US-Gesetze und internationale Gesetze und gegen das Recht auf Selbstbestimmung verstößt

– die US-Regierung Personen verknastet, die im Kampf um Selbstbestimmung für Native Americans, Puerto Ricans, Schwarze und Mexicano-Chicanos innerhalb der USA engagiert sind

– die US-Regierung weiße NordamerikanerInnen und andere verknastet, die aus Solidarität mit den Selbstbestimmungskämpfen mitarbeiten, die für Frieden und gegen Atomwaffen, gegen Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung kämpfen.

– politische Menschen überproportional langen Gefängnisstrafen ausgesetzt sind und gefoltert bzw. härterer, inhumanerer und entwürdigenderen Vollzugsbedingungen ausgesetzt sind.

Die Alltagsrealität der USA

Das was Leben in den USA wirklich bedeutet, hängt davon ab, welcher Rasse und Klasse mensch angehört. In vielen Fällen ist die Lebensqualität weit von der „silbernen Bildschirmrealität“ entfernt. Während die US-Führer in anderen Teilen der Welt gern von Menschenrechten reden, treten sie diese im eigenen Land mit Füßen.

Demokratie bedeutet für die meisten Amerikaner ein wenig mehr als die Wahl des kleineren Übels. Nur weil du zwischen Hitler, Franco und Mussolini wählen kannst, nur weil diese im Wahlkampf gegeneinander anrennen, heißt das noch lange nicht, daß das Demokratie ist. Es gibt in den USA keine Meinungsfreiheit, lediglich Flüsterfreiheit. Alle, die sich wirklich gegen die US-Politik stellen und dies laut und effektiv aussprechen, werden für das FBI und den CIA zur Zielscheibe. Die Regierungssprecher machen Lippenbekenntisse zur „Vielparteiendemokratie“, doch jede Partei, die sich von der prokapitalistischen Politik der Republikaner und Demokraten unterscheidet, wird infiltriert und von den Regierungsagenturen angegriffen.

Unterdrückte Menschen in den Vereinigten Staaten identifizieren sich mit Cuba und unterstützen es ...

denken, sich vorstellen" , der selbst von einer Idee, einer Vorstellung ausgeht: der Ökonomie, aus

Noam Chomsky

Das Jahr 501

Teil 1

Alte und neue Weltordnungen



"Baile del torro" ist ein Tanz, der seit der conquista zum Gedenken an die Toten getanzt wird

Herby Sachs/transparent

Das Jahr 501 stellt eine kritische ethische und kulturelle Herausforderung für die priviligierteren Bereiche der dominanten Gesellschaften dar. Die Herausforderung wird durch den Umstand, daß innerhalb dieser Gesellschaften, namentlich unserer eigenen, die bekannten Anstrengungen über viele Jahrhunderte ein Maß der Freiheit erreicht haben, welches die Möglichkeiten des freien Denkens und des bewußten Agierens einschließt. Wie sich dieser Herausforderung gestellt wird, und ob sie überhaupt auf einer breiten Basis angenommen wird, kann schicksals-schwere Konsequenzen haben.

Wie jedermann weiß treten wir in das fünfhundertste Jahr der alten Weltordnung ein, die manchmal als kolumbische oder Vasco da Gama Ära der Weltgeschichte bezeichnet wird, abhängig davon, welcher der beiden blutdrstigen Abenteurer dort zuerst ankam. Diese Ära wird auch als das "5oo- jährige Reich" bezeichnet, um den Titel eines kürzlich erschienen Buches zu entlehnen, welches die Methoden und die Ideologie der Nazis mit denen der europäischen Eroberer, die sich den größten Teil der Welt untertan machten, vergleicht. (1)Das Hauptthema der alten Weltordnung bestand in der Konfrontation zwischen Eroberern und Besiegten auf globaler Ebene. Dies hat verschiedene Formen angenommen und ist mit unterschiedlichen Namen bezeichnet worden: Imperialismus, Nord- Süd Konflikt, Industrieregion gegen Peripherie, die G-7 und deren Satelitten gegen den Rest. Oder einfacher ausgedrückt: Die Beherrschung der Welt durch Europa.

Unter dem Begriff "Europa" schliessen wir die von Europäern besiedelten Kolonien, die jetzt den Kreuzzug anführen, ein; südafrikanische Gepflogenheiten adoptierend werden die Japaner als "honorable Weisse" zugelassen, reich genug um sich dafür zu qualifizieren. Japan war ein Teil des Südens, der der Eroberung entkam, und war vielleicht nicht zufälligerweise in der Lage dem Gürtel mit einigen seiner Kolonien im Schlepptau beizutreten. Die Idee, daß es in der Korrelation zwischen Unabhängigkeit und Entwicklung mehr gibt als den reinen Zufall wird durch einen Blick auf Westeuropa unterstützt, wo

der er etwas absolut Wirkliches machen will, das Wirkliche par excellence, "den Prozeß des

kolonisierte Gebiete dem Dritte-Welt Pfad der Unterentwicklung folgten. Ein erwähnenswertes Beispiel dafür ist Irland, zunächst gewaltsam erobert, dann von seiner Fortentwicklung durch die gewöhnliche Freihandelsdoktrin ausgeschlossen; in selektiver Weise angewandt um die Subordination des Südens zu sichern - heute "Strukturanpassung", "Neoliberalismus", oder "unsere noblen Ideale" genannt, von denen wir uns aber natürlich ausschließen.(2)

Ein wenig Geschichtliches

Die frühen spanisch- portugiesischen Eroberungen hatten ihre eurpäischen Entsprechungen. Im Jahre 1492 wurde die jüdische Gemeinde in Spanien gewaltsam vertrieben oder zur Konvertierung gezwungen. Millionen von Mauren litten am selben Schicksal. Der Fall von Granada im Jahre 1492, eine Maurische Hoheit über acht Jahrhunderte beendend, erlaubte es der spanischen Inquisition, ihre barbarische Gewalt auszuweiten. Die Eroberer zerstörten unbezahlbare Bücher und Manuskripte mit kostbaren Aufzeichnungen von klassischen Wissen und vernichteten eine Zivilisation, die unter der toleranteren und zivilisierteren maurischen Herrschaft aufblühte. Die Bühne war frei für den Niedergang Spaniens und auch für den Rassismus und die Schlächtereien der Welteroberungen- mit den Worten des Afrikahistorikers Basil Davidson: "der Fluch des Kolumbus".

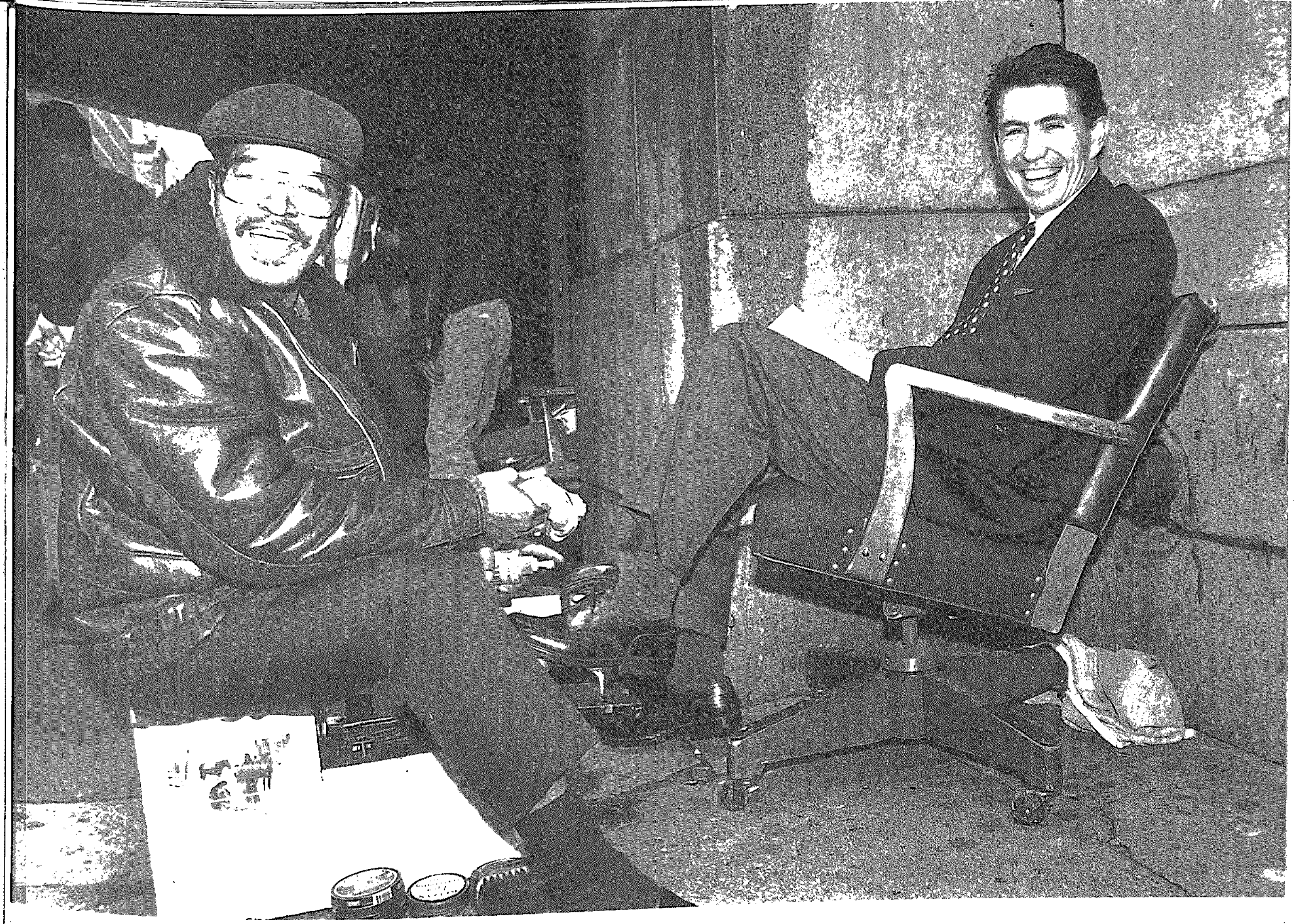
Spanien und Portugal wurden bald ihrer führenden Rolle entledigt, indem englische Piraten, Plünderer und Sklavenhändler die Meere überfluteten. Der lästigste von ihnen war vielleicht Sir Francis Drake. Später nahm sich der neu konsolidierte englische Staat der Aufgabe der "Kriege für Märkte" an im Gegensatz zu den früheren "Kaperfahrten der elisabethischen See-Hunden" (Christopher Hill). Die Macht seines Staates ermöglichte es England außerdem die keltische Peripherie zu unterwerfen, um die feingeschliffenen Verfahren dann mit noch größerer Zerstörung auf die Opfer in Übersee anzuwenden. Im Jahre 1651 war England mächtig genug, um den Navigationsakt zu erzwingen, der eine geschlossene Handelszone über große Teile der Welt etablierte, wobei die englischen Handelsherren das Monopol besaßen. Sie waren somit dazu in der Lage, sich durch Sklavenhandel und Ihren "Plünderungshandel mit Amerika, Afrika und Asien"(Hill) zu bereichern, unterstützt durch "vom Staat finanzierte Kolonialkriege" und die vielfältigen Vorrichtungen des ökonomischen Mannagements durch welche die Staatsmacht die Entwicklung vorantreibt. (4)

Es sollte hervorgehoben werden, daß die von den Mächtigen gepredigten ökonomischen Doktrine für andere bestimmt sind, um diese effizienter auszurauben und auszuschlachten. Keine der wohlhabenden Gesellschaften akzeptiert diese Bedingungen für sich selbst, es sei denn sie bedeuten einen zeitweiligen Vorteil; und ihre Geschichte zeigt, daß ein scharfes Abweichen von diesen Doktrinen eine Grundvorraussetzung für ihre Entwicklung war. Mindestens seit der Arbeit von Alexander Gerschenkorn in den fünfziger Jahren wird von Historikern der Ökonomie weitestgehend akzeptiert, daß "Spätentwicklung" in kritischer Weise von Staatsintervention abhängt. Japan und die "Newly Industrializing Countries (NIC)" in seiner Peripherie sind dafür zeitgenössische Beispiele. Das gleiche gilt für die "frühe Entwicklung" von England und den Vereinigten Staaten. Hohe Zollgebühren und andere Formen der Staatsintervention mögen zwar die Kosten für amerikanische Konsumenten erhöht haben, erlaubten es aber der einheimischen Industrie sich zu entwickeln, von Textilien über Stahl bis zu den Computern, hielten in den früheren Jahre die billigeren englischen Produkte ab, ermöglichten einen vom Staat garantierten Markt und die öffentliche Subvention für Forschung und Entwicklung in hochentwickelten Bereichen aufrechtzuerhalten. usw. " Den Import durch staatliche Maßnahmen zu ersetzen ist so ziemlich der einzige Weg sich zu industrialisieren", beobachtet die Entwicklungsökonomin Lance Taylor, dem hinzufügend, daß es " im Endeffekt keine laissez-faire Übergänge zum modernen wirtschaftlichen Wachstum gibt. Der Staat an sich hat immer interveniert, um eine kapitalistische Klasse zu erschaffen. Und dann muß diese Klasse reguliert werden, der Staat muß sich Sorgen darüber machen von dieser Klasse übernommen zu werden. Der Staat hat aber immer überlebt". Desweiteren wurde der Staat regelmäßig von der kapitalistischen Klasse dazu angehalten sie vor den destruktiven Kräften eines unregulierten Marktes zu schützen, Quellen, Märkte und Möglichkeiten der Investitionen zu sichern und im allgemeinen die Maximierung und Ausdehnung ihrer Profite zu garantieren. Das Pentagon- System für die Unterstützung der "High Tech Industrie" durch die öffentliche Hand gibt dafür das glänzendste Beispiel. (5)

Es verwundert einem kaum, daß die Regierung nach neuen Wegen sucht, um die auf dem Pentagon basierenden Industriezweige zu erhalten, da jetzt der konventionelle Zusammenhang verschwunden ist. Ein Weg besteht im verstärkten Waffenverkauf in fremde Länder, was auch zur Linderung der Zahlungsschwierigkeiten beiträgt. Die Bush- Administrationhat zur Stimulation von Waffenverkäufen ein Zentrum für Abwehrhandel gegründet. Die US- Botschaften wurden angewiesen daran aktiv mitzuwirken, während gleichzeitig Anleihen durch die Regierung für Waffenverkäufe in Höhe von einer Milliarde US Dollar bereitgestellt wurden. Es wird berichtet, daß die "Defense Security Assistance Agency" mehr als neunhundert Beamte in rund fünfzig Länder geschickt hat, um dem Verkauf von US Waffen Vorschub zu leisten. Der Golfkrieg wurde hauptsächlich als Werbeveranstaltung gesehen. Larry Kolb von der Brooking Instituion, vormals Assistenzsekretär der Verteidigung für Logistik, bemerkt, daß das Versprechen auf Waffenverkäufe die Aktienkurse der Militärindustrie trotz dem Ende des Kalten Krieges oben hielt. Die Waffenverkäufe schossen in die Höhe und zwar von 12 Milliarden 1989 zu beinahe 40 Milliarden im Jahre 1991. Geringfügige Einbussen bei Verkäufen durch das US-Militär wurden durch Waffenverkäufe anderer US Firmen mehr als wett gemacht. (6) Solche Überlegungen sollten aber nicht die fundamentale Rolle des Pentagon System (einschließlich NASA und DOE) verschleiern, die darin besteht, die High Tech Industrie im allgemeinen aufrecht zuerhalten, genausowie die Intervention des Staates in der Unterstüzung der Biotechnologie, der Pharmaforschung, der Agrarindustrie und den meisten konkurrenzfähigen Bereichen der Wirtschaft eine bedeutende Rolle spielen.

Nach den Richtlinien des IWF sind die USA nach einer von George Bush vor seiner Amtszeit recht treffend beschriebenen Dekade der "Voodoo Economics" ein ernsthafter Kandidat für einschneidende wirtschaftliche Sparmaßnahmen zu sehen. Die USA sind allerdings viel zu mächtig,

wirklichen Lebens". Die Ökonomie existiert ausschließlich als Handlung in der Bourgeoisie und als



Mathilde Kohl/transparent

als daß sie den für die Schwachen vorgesehenen Regeln unterlägen. Kein Land vertrat die Doktrin des Liberalismus vehementer als Großbritanien, nachdem sie die Staatsmacht zum Raub und zur Zersztörung anstellten, damit den Grundstein für die erste industrielle Revolution und ihre Vormachtstellung in der Welt legten. Die leidenschaftliche Rhetorik verschwand aber sobald sie den Bedürfnissen der Herrschenden nicht länger entsprach. In den zwanziger Jahren nicht in der Lage mit den Japanern zu konkurrieren, schloß Großbritannien Japan erfolgreich vom Handel mit dem Commonwealth (einschließlich Indiens) aus. Die Amerikaner und Holländer folgten dem in ihren kleineren Einflußsphären. Diese bedeutsamen Faktoren führten zum pazifischen Krieg, indem Japan seinen mächtigen Vorgängern nacheiferte, deren Liberalismus naiverweise übernehmend, nur um herauszufinden, daß es sich dabei um einen den Schwachen auferlegten Betrug handelt, von den Starken nur solange akzeptiert, wie er sich als nützlich erweist. So ist es immer gewesen. Einschätzungen der Weltbank zufolge reduzieren die Protektionsmaßnahmen der Industrienationen das nationale Einkommen der "Entwicklungsländer" ungefähr um den doppelten Betrag der offiziellen "Entwicklungshilfe". Der Begriff "Entwicklungsländer" steht als Euphemismus für diejeingen, die sich nicht entwickeln (mit ein wenig Hilfe ihrer Freunde). Wir wollen nun auf ein paar Beispiele zurückkommen.

"Entwicklungshilfe" kann deren Empfängern nützen oder schaden, was aber nebensächlich ist. Typischerweise ist es eine Form der Exportförderung. Ein anschauliches Beispiel ist das "Food for Peace Program", zur Unterstützung der US Agrarwirtschaft gedacht und dazu, andere von "unseren Nahrungsmitteln abhängig zu machen" (Senator Hubert Humphrey); und zur Unterstützung des globalen Sicherheitsnetzwerks, daß die Ordnung in der Dritten Welt aufrechterhält, indem die dortigen Regierungen andersweitig vorgesehene Gelder zu Waffenverkäufen verwenden (und damit widerum die US Rüstungsindustrie unterstützen). Ein anderes bekanntes Beispiel der Exportförderung war der Marshallplan und andere Programme dieses Zeitabschnittes, hauptsächlich durch die "Dollarlücke" verursacht, die der US-Industrie ihrer Absatzmärkte beraubte und eine Wiederkehr der Depression der dreißiger Jahre heraufbeschwor. Allgemeiner gesprochen lag das Ziel in der "Verhinderung eines wirtschaftlichen, sozialen und politischen Chaos in Europa, in der Bändigung des Kommunismus (im Zusammenhang mit dem Erfolg der europäischen kommunistischen Parteien, nicht aber der sowjetischen Einmischung), desweiteren in der Verhinderung des Kollapses der US- Außenhandels und dem Ziel der Multilateralität" (mehrseitige internationale Handelsbeziehungen Anm. der Übersetzer) und zur ökonomischen Stimulierung der "Eigeninitiative und des privaten Unternehmertums auf den europäischen Kontinents und der USA", um die Gefahr von "planwirtschaftlichen Experimenten und der Verstaatlichung" die "das private Unternehmertum gefährden" würden abzuwenden (Michael Hogan, in einer der wichtigsten Schulstudie). Der Marshallplan "bereitete auch den Boden für umfangreiche private Direktinvestitionen in Europa", wie

Idee im bürgerlichen Denken. Als Handlung ist die Ökonomie nichts als die Ökonomie der Arbeit

Reagans Handelsministerium 1984 bemerkte, damit die Grundlage schaffend für moderne multinationale Unternehmen, die mt den "transnationalen Geschäften prosperierten und expandierten,... eigentlich von den Dollars des Marshallplans gesponsert" und "unter der Obhut der amerikanischen Macht" vor "negativen Einflüssen" geschützt, wie von der Business Week 1975 bemerkt wurde, darüber lamentierend, daß das goldene Zeitalter der Staatsintervention vorübergehen wird. Die Hilfe an Israel, Ägypten und die Türkei, den gößten Nutznißern amerikanischer Hilfeder letzten Jahre, resultiert aus deren Rolle die US Dominanz im Mittleren Osten mit seine enormen Ölreserven zu sichern. (8)

So ist es bei jedem Fall. "Unser Idealismus" und die "amerikanischen Werte" (Henry Kissinger) sind Werkzeug der herrschenden Klasse in den staatlichen und ideologischen Institutionen. Die Wirklichkeit wandelt auf anderen Pfaden.

Die Nützlichkeit des freien Handels als Waffe gegen die Armen wird sehr gut durch eine Studie der Weltbank über die globale Erwärmung illustriert, dazu erstellt um einen "Konsens unter den Nationalökonomen" zu erreichen (gleichzusetzen mit dem Beraterstab der Regierenden) und zwar vor der Konferenz über die globale Erwärmung in Rio de Janeiro. Der Wirtschaftskorrespondent der New York Times Silvia Nasar berichtet darüber unter der Unterschrift "Kann der Kapitalismus die Ozonschicht retten?" (mit der Andeutung: ja, er kann). Lawrence Summers, Wirtschaftswissenschaftler an der Harvard Universität und gleichzeitiger Chefökonom der Weltbank erklärt, daß die weltweiten Umweltprobleme hauptsächlich als "Konsequenz der fehlgeleiteten Politik der Einschränkung auf wirtschaftliche Fragen" zu sehen sind. Im besonderen dabei die Politik der ärmeren Länder, die "ihr Öl, ihre Kohle und Erdgas an einheimische Käufer in der Hoffnung abgeben ihre Industrie zu stützen und die Lebenshaltungskosten der Arbeitenden in den Städten gering zu halten" (Nasar). Wenn die armen Länder nur die Courage aufbringen könnten dem "extremen Druck zu widerstehen, ihre Wirtschaftslage zu verbessern", indem sie die Entwicklung vorantreiben und gleichzeitig ihre Bevölkerung vor dem Verhungern retten, dann würden die Umweltprobleme verschwinden. "Den freien Markt in Russland und anderen armen Ländern einzuführen kann mehr zu langsamen globalen Erwärmung beitragen als jedes von den reichen Ländern in den neunziger Jahren begonnene Unternehmen", so schließt die Weltbank - korrekterweise, denn die Reichen werden kaum eine für ihre Interessen schädliche Politik verfolgen, und sie besitzen viele Waffen gegen die Armen einschließlich des selektiven Einsatzes des "freien Marktes" (zwischen den Zeilen gelesen sehen die maßgeblichen Wissenschaftler auch, daß "ein effektiverer Einfluß des Staates" die Umweltverschmut zung reduziert, aber auf die Kleinen einzudreschen seine Vorteile hat).

Auf derselben Seite des Wirtschaftsteils der New York Times findet sich eine Sparte, die sich auf ein vertrauliches Memorandum der Weltbank bezieht, das gerade auch von "London Economist" veröffentlicht worden ist. Er schreibt: "Nun mal unter uns, sollte die Weltbank nicht eine verstärkte Migration von den dreckigen Industrien in die Dritte Welt unterstützen?" Dies sei aus wirtschaftlichen Gründen laut Simmers plausibel, da zum Beispiel ein krebserzeugender Stoff größere Auswirkungen "in einem Land haben wird, in dem Menschen so lange überleben bis sie Prostatakrebs bekommen gegenüber einem Land in dem die Sterblichkeitsrate unter 5 Jahren bei zweihundert von tausend liegt". Arme Länder sind "weniger stark verschmutzt" und es erscheint aus Gründen der wirtschaftlichen Rationalität nur vernünftig, daß die "dreckige Industrie" dazu ermutigt wird, dorthin zu ziehen. "Die wirtschaftliche Logik in der Frage des Abladens von Giftmüll im ärmsten aller Länder ist ohne Einwand und darüber sollten wir uns im Klaren sein". Sumers sieht "Argumente gegen diese Vorschläge", nämlich eines Exports der Umweltverschmutzung in die Dritte Welt: "uneingeschränkte Rechte auf bestimmte Waren, moralische Gründe, soziale Belange, Mangel an entsprechenden Märkten, etc". Das Problem aber sei, daß diese Argumente "umgedreht, und so mehr oder weniger effektiv gegen jeden Vorschlag der Weltbank zur Liberalisierung verwendet werden könnten". "Mister Summers stellt Fragen, die die Weltbank am liebsten ignorieren würde", schreibt der "Econmist", aber "in Wirtschaftsfragen ist seinen Streitpunkten schwer zu begegnen". Wir hätten die Schlußfolgerungen zu akzeptieren oder sie als ein "Reductio ad absurdum- Argument" gegen die Ideologie des "freien Marktes" zu verstehen.

Die Dogmen sind somit sehr klar. Aus Gründen der wirtschaftlichen Rationalität sollte die Dritte Welt ihre Die Die Dogmen sind somit sehr kla: Aus Gründen der wirtschaftlichen Rationalität sollte die Dritte Welt ihre Die fehlgeleiten Bemühungen eine wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen einschränken, die die Bevölkerung vor einem Disaster bewahrt, während die Reichen - den gleichen Prinzipien dieser ökonomischen Rationalität unterliegend - die Verschmutzung in die Dritte Welt exportieren sollten. Auf dieser Weise kann der Kapitalismus die Umweltkrise bewältigen. Der Kapitalismus des freien Marktes ist tatsächlich ein schon sehr merkwürdiges Werkzeug. Es sollten jährlich zwei Nobelpreise verliehen werden, nicht nur einer.

Mit dem Memorandum konfrontiert sagte Summers, daß es "nur dazu diene eine Debatte zu provozieren" - irgendwo und daß es eine "sarkastische Entgegnung" auf eine andere Erhebung der Weltbank im Stile von Jonathan Swift sei. Vielleicht gilt dasselbe für die "Konsensus- Studie" der Weltbank über die auf derselben Seite der New York Times berichtet wird. Es ist in der Tat oft sehr schwer festzustellen, ob es sich bei den intelektuellen Produkten der Weltbank und anderer Experten um ernsthafte Vorschläge oder um eine perverse Art des Sarkasmus handelt. Unglücklicherweise kann sich eine große Zahl von Leuten, die diesen Dogmen anhängen den Luxus nicht leisten über diese Frage nachzudenken. (9)

Obwohl für uns nicht vorgesehen, "hat der freie Handel doch seine Vorzüge", beschreibt Arthur McEwan in einer Revision der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung durch Protektionismus und andere Formen der Staatsintervention, besonders in den USA: "Hochentwickelte Länder können den freien Handel dazu benutzen ihre Maacht und ihre Kontrolle auf das Wohlergehen der Welt auszudehnen; und die Wirtschaft kann den freien Handel als Waffe gegen die Arbeit verwenden. Und am wichtigsten: Der freie Handel kann die Bemühungen einer Gleichverteilung der Einkommen entgegnen, kann progressive soziale Programme untergraben, und Leute davon abhalten ihr wirt-

schaftliches Leben auf demokratische Weise zu kontrollieren". (10) Es ist kein Wunder, daß die neoliberale Doktrin einen solch grandiosen Sieg im ideologischenSystem errungen hat. Die Beweise der erfolgreichen Entwicklung und den eigentlichen Konsequenzen der neoliberalen Doktrin werden mit einer Verachtung zurückgewiesen, die irrelevante Belästigungen verdient.

All dies ist entscheidender Teil des Doktrinären und des politischen Rahmens der alten und der neuen Weltordnung.

Die englischen Einwanderer Nordamerikas verfolgten den von ihren Vorfahren im eigenen Land vorgegebenen Kurs. Von den frühesten Tagen der Kolonisation an war Virginia ein Zentrum der Piraterie und der Plünderung, spanische Händler überfallend und französische Siedlungen bis an die Küste von Maine verwüstend. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts war "New York zum Markt für Piraten geworden, die dort Beutegüter der hohen See abluden", bemerkt der Historiker Nathan Miller, während in England "die Korruption die Räder der Staatsmaschinerie schmierte"; "Bestechung und Korruption spielten eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der modernen amerikanischen Gesellschaft und in der Bildung eines Komplexes der ineinader verzahnten Staats- und Wirtschaftsmaschinerie, der momentan unser Schicksal bestimmt", schreibt Miller, damit diejenigen Ideologen ins Lächerliche ziehend, die sich angesichts von Watergate schockiert gaben.

Indem sich die Staatsmacht konsolidierte, wurde die Piraterie weniger aktzeptabel als Bestechung und Korruption, obwohl es die USA nicht zuließ, daß der Sklaverei oder anderer Straftaten schuldige Landsleute von internationalen Gerichten verurteilt wurden. Die USA aktzeptierten nicht die vernünftigen, von Lybiens Ghaddafi eingebrachten Vorschläge, daß ihr erklärter Terrorismus vor den Weltgerichtshof gebracht wird. Diese Vorschlägewerden von den USA natürlich mit Hochmut zurückgewiesen, da sie von Instrumenten wie den Weltgerichtshof wenig Nutzen haben - vielleicht deshalb weil, wie der anerkannte Spezialist für Internationales Recht, Alfred Rubin, vorschlägt, "die USA und seine zwei europäischen Freunde nach einer legalen Basis für einen Militärschlag gegen Lybien suchen, der einem amtierenden Präsidenten oder Premierminister bezüglich eines sich nähernden Wahltermins helfen könnte".Die us-amerikanische Weigerung, ein Verurteilung von Kriminellen zuzulassen war keine geringe Sache. Zur Mitte des Jahrhunderts führten "die meisten Sklavenschiffe nicht nur die amerikanische Flagge, sondern waren in Besitz von amerikanischen Bürgern".(12) Unter der amerikanischen Unabhängigkeit wurde die Macht des Staates zum Schutz der einheimischen Industrie, zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, zur Manipulation des Handels, zur Monopolisierug der Rohstoffe und zum Landraub benutzt. Mit den aufmunternden Worten des diplomatischen Historikers Thomas Bailey gesprochen "konzentrierten sich die Amerikaner auf die Aufgabe Bäume und Indianer zu fällen und ihre natürlichen Grenzen auszuloten". (13) Diese Aufgaben erschienen durch die erprobten Standards der politischen Korrektheit besonders vernünftig; die Herausforderung dessen hat in den letzten paar Jahren, wie vorrauszusehen, unter denen, die allles außer einer totalen Kontrolle über das ideologische System als unaussprechliche Katastrophe begreifen, eine große Hysterie erzeugt. Hugo Grotius, ein führender Humanist des 17. Jahrhunderts und Begründer des modernen Internationalen Rechts bestimmte, daß "der gerechteste Krieg der gegen die wilde Bestieund danach gegen das Bestienhafte im Menschen ist". George Washington schrieb im Jahre 1783, daß "die allmähliche Ausdehnung unserer Siedlungen den Wilden, wie den Wolf sicher zum Rückzug zwingen wird; weil sie trotz ihrer unterschiedlichen Gestalt beide Raubtiere sind". Washington erachtete den Ankauf von Indianerland (typischerweise durch Betrug und Zwang) als eine bessere Taktik als Gewalt. Das schlechte Gewissen wurde desweiteren durch die vom Chief Justice John Marshall entwickelte legale Doktrin erleichtert nach der: "die Entdeckung der Indianer das Recht auf deren Auslöschung entweder durch Ankauf oder Bezwingung beinhaltet"; "daß das Recht, welches im Notfall die Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten regelt, auf die Stämme der Indianer keine Anwendung finden kann.... auf grimmige Wilde deren Passion der Krieg war, und deren Subsistenz sich hauptsächlich auf die Wälder gründete".

macht und von der sie will, daß man sie sich zu eigen macht. Was ist das für eine Idee? Es ist die Idee

Die Kolonialisten wußten es aber mit Sicherheit besser. Ihr Überleben hing von der landwirtschaftlichen Fortschrittlichkeit der "grimmigen Wilden" ab. Wie Roger Williams bei Betrachtung der Narragansett-Pequot Kriege erkannte, daß deren Art zu kämpfen "wesentlich unblutiger und weniger vernichtend als die grauenhaften Kriege in Europa war". John Underhill machte höhnische Bemerkungen über die "klägliche Art" der indianischen Krieger, die "kaum diesen Namen verdienten" und ihre lachhaften Proteste gegen den "wilden" Kampfstil der Engländer der "zu viele Männer abschlachtet" - nicht zu sprechen von Frauen und Kindern in ungeschützten Dörfern, einer europäischen Taktik, die den rückständigen Einheimischen erst noch beigebracht werden mußte. Die nützlichen Doktrine von John Marshall und anderen blieben dank der modernen humanistischen Bildung erhalten; so schrieb die hochangesehene anthropologische Autorität A.L. Kroeber den Indianern der Ostküste eine Art von "verrückter, nicht endenwollender Kriegsführung" zu, unbeschreiblich "aus unserer Sicht der Dinge" und so "dominant in ihrer Kultur verwurzelt, daß ein Abgehen davon so gut wie unmöglich ist". Eine Gruppe, die sich von diesen hinterwäldlerischen Verhalten entfernt "würde mit Sicherheit rasch aussterben". Diese "harte Anklage würde mehr Gewicht haben, wenn sie sich auf ein Beispiel oder eine Referenz stützen könnte", bemerkt Francis Jennings in seiner einflußreichen Studie. Die Indianer waren sicherlich keine Pazifisten, mußten aber die Technik des "totalen Krieges" erst noch von den europäischen Eroberern lernen, die diese Erfahrung in Irland und anderswo gemacht hatten. (14)

Angesehene Staatsmänner standen zu diesen Werten. Für Theodore Roosevelt ist der "gerechteste aller Kriege der gegen die Wilden", um die Rolle der "weltdominanten Gesellschaften" zu festigen. Dieser "noble Misiionar", wie er von heutigen Ideologen genannt wird, beschränkte seine Sicht nicht nur auf die "Raubtier", die aus ihrem angestammten Gebieten innerhalb der "natürlichen Grenzen" der amerikanischen Nation vertrieben wurden. Die Reihe der "Wilden" beinhaltete auch die "Dagos" im Süden, die "malayischen Banditen" und die "chinesischen Halbblute", die sich der Eroberung der Philipinen durch die USA entgegenstellten. Alles "Wilde, Barbaren, wilde und ignorante Menschen, Apatschen, Sioux, chinesiche Boxer", wie ihr widerspenstiges Verhalten deutlich zeigte. Winston Churchill erachtete die Anwendung von Giftgas auf "unzivilisierte Stämme" (Kurden und Afghanen im besonderen) als angemessen. Lloyd George bemerkte, um es kurz und bündig zu sagen, daß "wir auf dem Recht bestanden, Nigger zu bombardieren". Die Metapher vom "Kampf gegen die Indianer" fand sich auch bei den Indochinakriegen. Diese Gepflogenheiten gibt es auch in den neunziger Jahren, wie wir im Frühjahr 1991 sahen und sie werden über kurz oder lang wieder auftauchen.

"Die Aufgabe, Bäume und Indianer zu fällen und ihre natürlichen Grenzen einzunehmen" benötigte auch Maßnahmen, um die europäischen Konkurrenten vom Kontinent fernzuhalten. Hauptfeind war England, mächtiges Abschreckungsmittel und Ziel frenetischen Hasses in weiten Kreisen. Dieser Hass wurde von England, verbunden mit einer gewissen Verachtung, erwidert. So bot sich im Jahre 1865 ein progressiver englischer Gentleman für eine Gastprofessur an der Cambridge Universität für amerikanische Studien an. Die Oberen von Cambridge protestierten mit Entrüstung gegen diesen, wie er von jemand mit bemerkenswertem literarischen Flair bezeichnet wurde, "Blitzschlag in der transatlantischen Dunkelheit". Sie fürchteten, daß die Vorlesungen bei den unteren Semestern "Unzufriedenheit und gefährliche Ideen erzeugen könnten". Einige dachten, daß "Die Auswahlvewrfahren für Lehrende in Harvard eine defensive Art der Vorlesungen garantieren würde", wie der Historiker Joyce Appleby bemerkt, einen Oberen zitierend, der zugab die Lehrenden von der Klasse zu entfernen, die "sich durch die niederen Elemente der Demokratie einer zunehmende Gefahr ausgesetzt sehen". Die meisten befürchten den subversiven Einfluß dieser niederen Elemente. Die Bedrohung wurde in einer eindrucksvollen Schau der politischen Sauberkeit abgewendet, wie sie auch heute in weiten Teilen der akademischen Welt vorherrscht; immer noch voller Angst vor den sogenannten niederen Elementen und deren merkwürdigen Ideen.(16)

Die Demokraten der Jackson-Regierung sahen ein, daß die militärische Stärke Englands für eine Konfrontation zu groß war. Sie verlangten nach einer Annexion von Texas, um den USA ein weltweites Monopol in der Baumwolle zu sichern. Die USA wären dann in der Lage, England und das aufmüpfige Europa zu lähmen. "Durch die Sicherung des Baumwollmonopols" gewannen dieUSA "einen größeren Einfluß auf das Weltgeschehen, als sich durch noch so große Armeen erreichen ließe", bemerkte Präsident Tyler nach der Annexion und der Eroberung eines Drittels von Mexiko. Er schrieb, daß "diese, nun abgesicherte Monopol, uns alle anderen Nationen untertan macht. Ein einjähriges Embargo würde in Europa ein größeres Leid zufügen, als ein Krieg über fünfzig Jahre. Ich zweifle daran, ob England politische Unruhen vermeiden könnte". Dieselbe Macht des Monopols neutralisierte den britischen Widerstand gegen die Eroberung des Oregon Gebietes.

Der Herausgeber der führenden New Yorker Tageszeitung frohlockte, daß Großbritanien "völlig an den Baumwollgürtel der USA gebunden ist, einem Hebel, mit dem wir diesen gefährlichen Rivalen erfolgreich kontrollieren können". Dank der, das Monopol über den Welthandel wich-

von einer Welt, in der die Bourgeoisie nicht herrschen würde, in der das bürgerliche Handeln kein



Mathilde Kohl/transparent

tigsten Produkt sichernden, Eroberungen, tönte die Polk Regierung, könnten die USA den Welthandel kontrollieren und somit der amerikanischen Union unschätzbare Vorteile im Politischen und im Wirtschaftlichen sichern. "Es werden weniger als fünfzig Jahre vergehen, bis das Schicksal der menschlichen Gesellschaft in unseren Händen liegt", proklamierte ein Kongressmitglied aus Louisiana, als er und andere mit ihm nach der "Herrschaft über den Pazifik" und nach der Kontrolle, der für den europäischen Rivalen wichtigen Rohstoffe schaute. Polks Schatzmeister berichtete dem Kongreß, daß der Sieg über die Demokraten das "Kommando über die Weltwirtschaft garantieren würde".

Der Heimatdichter Walt Whitman schrieb, daß unsere Siege "die Menschheit von den Fesseln befreien, die sie davon abhalten zufrieden und gut zu sein". Die Länder Mexikos wurden zum Nutzen der Menschheit übernommen: "Was hat das jämmerliche, unfähige Mexiko mit der großen Mission zu tun, die Neue Welt mit edlen Menschen zu bevölkern?" Andere wiederum sahen die Schwierigkeit, Mexikos Rohstoffe in Besitz zu nehmen ohne uns dabei die Last ihrer "dummen" Bevölkerung aufzubürden; "geschwächt" durch die "Durchmischung der Gesellschaften". Die New Yorker Presse ware trotzdem voller Hoffnung, daß deren Schicksal "ähnlich dem unser Indianer sein würde- ihre Geselschaft wird vor Ablauf des Jahrhunderts ausgestorben sein".

Die Interessen der Anhänger der Expansionspolitik gingen weiter als die Sorge, ein unabhängiges Texas könnte das Rohstoffmonopol der USA brechen und zu einem Rivalen werden; Texas könnte die Sklaverei abschaffen und damit gefährliche Funken des Egalitarismus versprühen. Andrew Jackson dacht, daß ein unabhängiges Texas mit einer Mischung aus Indianern und geflohenen Sklaven durch die Briten dazu manipuliert werden könnte, den "gesamten Westen in ein Flammenmeer zu werfen". Jacksons frühere Eroberung Floridas wurde von John Quincy Adams gerechtfertigt; mit Thomas Jeffersons ausgesprochener Billigung, um die britischen Anstrengungen zu vereiteln, "gemischte Horden von gesetzeslosen Indianern und Negern" in einem "Kampf der Wilden" gegen die "friedlichen Einwohner" der Vereinigten Staaten loszuschicken.

Es liegt auf der Hand, daß die Logik der Jackson- Demokraten auf Saddam Hussein nach seiner Eroberung Kuwaits in der US- Propaganda Anwendung fand. Die Vergleiche sollten aber nicht zu sehr strapaziert werden. Anders als seine Jacksonsche Vorgänger ist von Saddam Hussein nicht bekannt, daß er von einer Gefährdung der Sklaverei im Irak durch angrenzende unabhängige Staaten Angst hatte oder daß er öffentlich nach der "Auslöschung" der "dummen" Einwohner gerufen hätte, so daß die "große Mission den Mittleren Osten mit einer edlen Rasse" der Irakis zu bevölkern weitergeführt und das "Schicksal der Menschheit in die Hände der Eroberer gelegt werden könnte". Auch die wildesten Phantasien sind auf Saddam Hussein unzutreffend in Bezug auf seine momnentane Kontolle über den heutzutage wichtigsten Rohstoff, im Vergleich

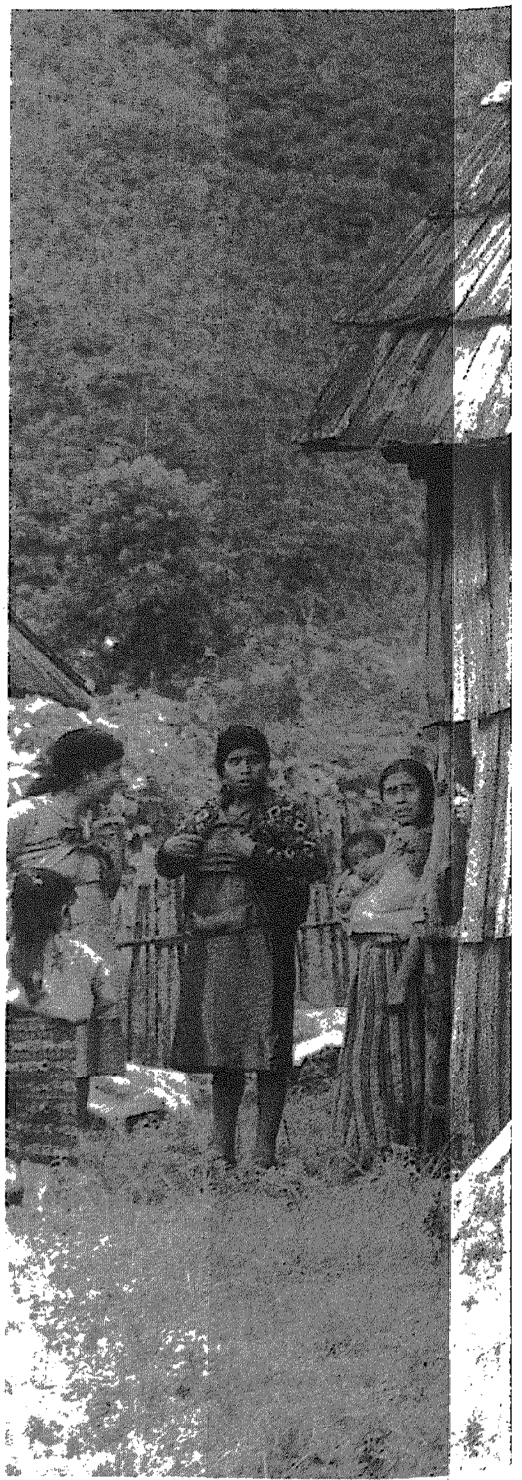
herrschendes Handeln wäre, einer Welt also, in der die Bourgeoisie notwendig wäre. Die Bour-

zu der Art von Macht, wie sie die Eroberer um 1840 genossen. Genauso wie Ghaddafi muß Saddam noch einiges über unsere Geschichte lernen, die von entzückten Intellektuellen so gerühmt wird.

Nach den erfolgreichen Eroberungen Mitte des 19.Jahrhunderts stellten die Herausgeber in New York mit Stolz fest, daß die USA die "einzige Macht war und ist, die niemals einen Fußbreit Boden durch Gewalt erlangen will"; "Von all den weitläufigen Gebieten unserer großen Konföderation, über die das Sternenbanner weht, wurde nicht ein Fußbreit durch Gewalt oder Blutvergießen erlangt". Die Überlebenden der einheimischen Völker wurden dazu nicht befragt. Die USA sind einmalig unter anderen Nationen in der Hinsicht, "daß sie sich durch ihre eigenen Verdienste ausbreiten". Das ist nur natürlich,denn "alle anderen Gesellschaften müssen buckeln und verblassen", vor der "großen Aufgabe der Unterwerfung und Eroberung durch die angelsächsische Gesellschaft"- Eroberung ohne Gewalt. Führende Historiker dieser Tage akzeptieren dieses schmeichlerische Selbstverständnis. Samuel Flagg Bemis schrieb im Jahr 1965, daß die "amerikanische Expansion auf praktisch unbesiedelte Gebiete keiner Nation Unrecht antat". Arthur M. Schlesinger hatte davor schon Präsident Polk schon als "einen der Männer der amerikanischen Geschichte bezeichnet, die unverdienterweise in Vergessenheit geraten waren": "Indem er die Fahne zum Pazifik trug gab er Amerika die kontinentale Breite und sicherte die zukünftige Bedeutung in der Welt". Dies ist eine realistische EInschätzung, wenn auch nicht genau im beabsichtigten Sinne. (17)

Solch doktrinären Vorstellungen konnten den Vietnam- Krieg nicht so einfach überleben, am wenigsten außerhalb der intelektuellen Klasse, wo wir regelmäßig mit Lobpreisungen darüber erfreut werden, wie "die Vereinigten Staaten seit zweihundert Jahren fast unbefleckt die Ideale der Erleuchtung aufrechterhalten haben ... und, über allem, die Universalität dieser Werte bewahrten" (wie unter anderen Yale- Professor Michael Howard, früherer Ordinarius der Modernen Geschichte in Oxford). Richard Bernstein, Korespondent der New York Times,schreibt heute über "das Selbstverständnis der Amerikaner" und beobachtet, daß "viel von denen, die während der Proteste der sechziger Jahre das Erwachsenenalter erreichten, niemals mehr mehr das Vertrauen in die Güte Amerikas und die amerikanische Regierung, wie sie früheren Jahren vorherrschte, wiedererlangten". (18)

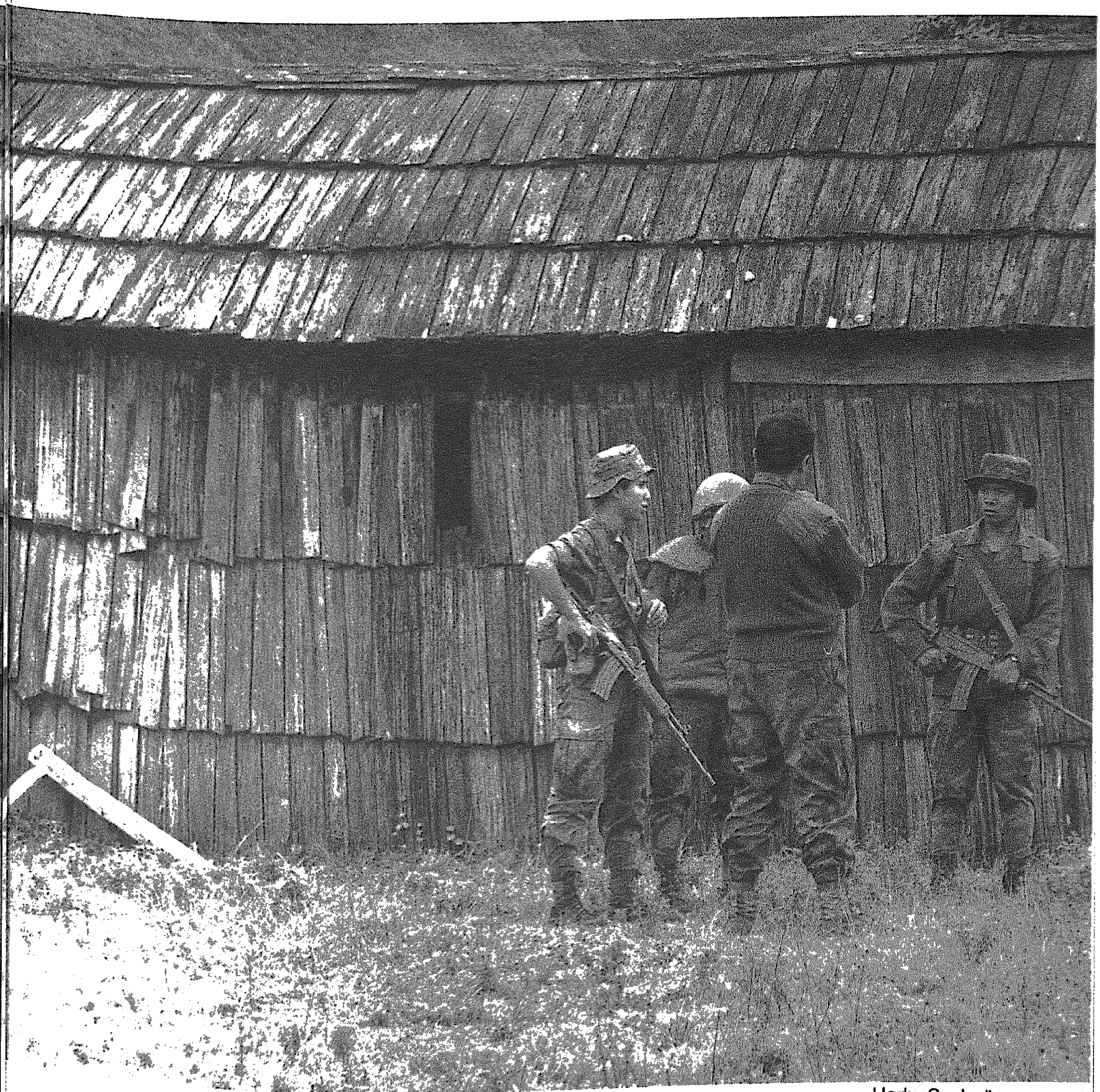
Die Eroberungen der Neuen Welt bedingte zwei gewaltige vorhersehbare Katastrophen, die ohne Parallelen sind: die faktische Zerstörung der einheimischen Bevölkerung der westlichen Hemisphäre und die Verwüstung Afrikas, indem sich der Sklavenhandel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Eroberer rasch ausbreitete. Diese Grundmuster gelten auch heute noch. Während des Abschlachtens der Indigenas durch das guatemaltekische Militär, das faktisch ein Genozid war, haben Ronald Reagan und seine Beamten dem Kongreß berichtet, während sie den demokratieliebenden Mördern Beifall spendeten, daß die USA Waffen liefern würden "um die Menschenrechtssituation nach dem Putsch von 1982 zu verbessern", der Rios Montt, dem wohl größten Mörder alller, an die Macht brachte. Die Hauptquelle der Waffenlieferungen an Guatemala lag, wie das General Accounting Office of Congress bemerkte, in den vom Handelsministerium genehmigten privaten Waffenhandel (von dem Netzwerk von Leuten zu schweigen, die immer dazu bereit sind aus einem Genozid Profit zu machen). Die USA waren außerdembei den Blutbädern und Terror von Mocambique bis Angola behilflich, während die "stille Diplomatie" den südafrikanischen Freunden half, in den anliegenden Staaten von 1980 bis 1988 einen Schaden von über 60 Milliarden US Dollar anzurichten und dabei 1,5 Millionen Tote zu hinterlassen. Die größten



Verwüstungen der allgemeinen Katastrophe, des Kaptialismus fanden während der achtziger Jahren auf zwei Kontinenten statt: Afrika und Lateinamerika. (19)

Einer der bedeutendste guatemaltekischen Killer, General Hector Gramajo, wurde für seine Beteiligung am Genozid in den Hochländern Guatemalas mit dem Mason Fellowship to Harvard's John F. Kennedy School of Gouverment ausgezeichnet - nicht ohne Grond, wenn man Kennedys entschiedene Befürwortung der Counterinsuregency (den technischen Term des internationalen Terrorismus der Herrschenden) berücksichtigt. Die

geoisie ist eine sich schämende herrschende Klasse, sie ist eine herrschende Klasse, die behauptet,



Herby Sachs/transparent

Oberen von Cambridge sind sicherlich darüber erleichtert, daß Harvard nicht länger gefährliches Zentrum der Subversion ist.

Während der Verleihung in Harvard gab Gramajo der Harvard International Review ein Interview, indem er eine differenziertere Sichtweise seiner Rolle einforderte. Er sagte, daß er den Vorsitz in der Kommission innehatte, die das "70 zu 30% Zivilprogramm" verabschiedete, "das von der guatemaltekischen Regierung während der achtziger Jahre angewandt wurde um Oppositionelle oder deren Organisationen zu kontrollieren." (Central America Report (CAR) Guatemala City). Er führte die von ihm eingeführten doktrinären Erneuerungen mit einem gewissen Stolz aus: "Wir haben eine humanitärere, billigere und mit dem demokratischen System übereinstimmendere Strategie geschaffen. Wir haben die zivilen Programme eingerichtet, die 70% der Bevölkerungwirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, während wir 30% ermorden. Zuvor war die Strategie 100% zu töten." Dies ist ein "fortschrittlicheres Vorgehen", als die vorherige Überzeugung, daß "jeder umgebracht werden muß" um die Widersprüche zu kontrolllieren.

Es ist nicht fair von Alain Nairn, der Journalist der den us amerikanischen Ursprung der mittelamerikanischen Todesschwadrone aufzeigte, Gramajo als "einen der bedeutendsten Massenmörder in der westlichen Hemisphäre" zu bezeichnen, als Gramajo von dem Center for Constitutional Rights In New York für des Mordes, des Verschwindenlassens, der Folter und der Vertreibung von guatemaltekischen Bürgern verurteilt wurde. Wir können jetzt auch verstehen, warum der frühere CIA Direktor William Colby Gramajo ein Exemplar seiner Memoiren schickte, versehen mit der Widmung: "Für einen Mitstreiter in dem Bestreben eine

nicht zu herrschen. Marx hat diese List sehr gut erfaßt. Er nimmt den Krieg auf, um den

anständige und demokratische Counterinsuregency- Strategie zu finden", a lá Kennedy. Wir können davon ausgehen, daß Gramajo, genauso wie William Colby, sehr wohl weiß , was "mit dem demokratischen System vereinbar" ist, wie es die Lehrer verstehen.

Bei seinem Verständnis von Humanismus, Anstand un d Demokratie verwundert es einen nicht, daß Gramajo der Lieblingskandidat des US- Außenministeriums für die Wahl 1995 ist, wie CAR berichtet oder umAmericas Watch on the Harvard Fellowship zu zitieren "die Art und Weise des Außenministeriums, der Vorbereitung Gramajos" auf die Präsidentschaft; oder ein Mitglied des US Senat zu zitieren, der sagte: "Er ist ihr Mann dort unten". Die Washington Post berichtete, daß viele guatemaltekischen Politiker von einem Wahlsieg Gramajos ausgehen, sicher keine gewagte Prognose, wenn er der Mann des US- Außenministeriums ist. Gramajos Image wird zudem aufpoliert. Er bot der Washington Post eine gereinigte Version seines Interviews über das 70 zu 30% - Programm an: "Die Bemühungen der Regierung lagen zu 70% im Bereich der Entwicklung und zu 30% in dem des Krieges. Ich bezog mich nicht auf Menschen, sonndern lediglich auf Posten". Zu schade, daß er sich vor der Preisverleihung so schlecht- oder besser gesagt- so ehrlich ausgedrückt hat. (20)

Es ist überhaupt nicht untypisch, daß die Herrschenden der Welt, die sich auf den G-7 Konferenzen treffen, große Teile der afrikanischen und lateinamerikanischen Bevölkerung als überflüssig in der Neuen Weltordnung abschreiben, genauso wie viele andere in den Industriegesellschaften.

Die Diplomatie sah Lateinamerika und Afrika in einem ähnlichen Licht. Entwicklungsprogramme betonen die Rolle Lateinamerikas als Rohstofflifcrant, als Markt und für Möglichkeiten der Investition unter der Prämisse der Entnationalisierung des Kapitals und im Allgemeinen einem günstigen Geschäftsklima. Wenn dies mit formalen Wahlen zu erreichen ist, die Geschäftsinteressen dabei gewahrt werden können, so ist dies gut; wenn Todesschwadrone benötigt werden "um den permanenten Angriff auf die Strukturen der sozioökonomischen Privilegien zu bekämpfen, indem man die politische Partizipation der Mehrheit climiniert...", so ist das schlecht, aber der Alternative der Unabhängigkeit vorzuziehen, so die Worte von Lars Schoultz, dem führenden Intelektuellen im Bereich der Menschenrechte in Lateinamerika, die nationale Sicherheit beschreibend, die ihre Wurzeln in der Kennedy-Politik hat. Was Afrika betrifft, empfahl der Planungschef des Außenministeriums, George Kenan, indem er jeden einzelnen Teil des Südens seine spezielle Funktion in der Weltordnung der Nachkriegszeit zuwies, daß er für den Wideraufbau Europas ausgebeutet werden mußte, hinzufügend, daß die Möglichkeit Afrika auszubeuten den Europäern "ein greifbares Ziel bietet, an das sich jeder bisher ohne Erfolg herangetastet hat", ein schwer benötigten psychologischen Schub in der schwierigen Nachkriegslage. Solche Emfehlungen sind, soweit akzeptiert, daß sie weder kommentiert noch erwähnt werden. (21)

Die genoziden Episoden der Komumbus - oder Vasco da Gama-Ära sind nicht auf die eroberten Länder des Südens beschränkt, wie die Handlungen des führenden Zentrums der westlichen Zivilisation vor fünfzig Jahren hinreichend belegen. Durch diese Ära hindurch gab es ebenso regelmäßig weit um sich greifende barbarische Konflikte zwischen den Gesellschaften des Nordens, vor allem in diesen schrecklichen Jahrundert. Von dem Gesichtspunkt der meisten Menschen auf dieser Welt aus gesehen, hatten sie vieles von Duellen zwischen rivalisierenden Drogenbanden oder Mafia - Paten. Die Frage ist nur, wer bekommt das Recht zu rauben und zu töten. In der Nachkriegsära waren die USA die Vormacht, die die Durchsetzung der Interessen der Reichen garantierte. Es hat sich deshalb eine lange Liste der Aggression, des internationalen Terrorismus, der Blutbäder, der Folter, der chemischen und bakteriologischen Kriegsführung und Menschenrechtsverletzungen von jeder nur erdenklichen Art ergeben. Dies ist nicht überraschend, es liegt im Trend. Es ist auch nicht überraschend, daß die gelegentlichen Dokumentationen dieser Tatsachen fernab des Mainstreams üble Laune unter den Herrschenden erzeugt, wie es regelmäßig geschieht.

Diese Horrorliste wird - falls überhaupt bemerkt - als unbedeutend betrachtet, ja sogar als ein Beweis unseres Edelmutes angesehen. Und

apologetischen Charakter des Ökonomie aufzuzeigen. Doch zu welchem Ergebnis kommt er? Er



wieder einmal liegt es im Trend. Der mächtigste Mafiapate wird sehr wahrscheinlich ebenfalls das System der Indoktrination dominieren. Einer der großen Vorteile des Reich- und Mächtigseins ist, das du niemals sagen mußt: es tut mir leid. Genau hier erscheint die ethische und kulturelle Herausforderung am Ende der ersten fünfhundert Jahre.

Fortsetzung in Schwarzer Faden 2/93

Anmerkungen:

1. Bruni Höfrer, Heinz Diterich, Klaus Meyer Das fünfhundert- jährige Reich (medico international 1990)
2. Siehe L.S. Stavrianos, Global Rift (Morrow, 1981) Seite 276
3. Jan Carew, "The end of moorish enlightenment and the beginning of the Columbian era"; Davidson, "Columbus and Racism" Race & Class (Januar/März 1992)
4. Hill, A Nation of Change & Novelty (Routledge & Kegan Paul 1990)
5. Taylor, Dollars and Sense Nov 1991 Siehe mein Aufsatz Deterring Democracy Kapitel 1 Anmerkung 19 für Quellen
6. Steven Elliott- Gower NYT News Service 23.Dez. 1991; Korb, Christian Science Monitor 30. Jan. 1992
7. Zum Hintergrund des Pazifikkrieges, siehe mein American Power and the New Mandarins (Pantheon Kapitel 2) Weltbank Antwort auf die NGO Arbeitsgruppen-Papier zur Weltbank, in Trocaire Development Review /Catholic Agency for World Development, Dublin, 1990)
8. Zu Food for Peace, siehe Necessary Illusions von mir (South End Press 1989) Seite363 und zitierte Quellen, teilweise William Borden Pacific Alliance; Hogan, The Marshall Plan (Cambridge, 1987) Comerce Department Analyse zitiert nach Howard Wachtel The Money Mandarins (M.E. Sharpe, 1990) Seite 44f; Business Week 7. April 1975
9. Nasar NYT, 7. Februar; Furor on Memo at World Bank, 7.Feb; Reuters und Peter Gosselin, "Export Pollution - Summers" Boston Göobe 7. Feb. Economist 8. Feb. 1992
10. Mac Ewan, Dollars and Sense, Nov. 1992
11. Nathan Miller, The Founding Finaglers (McKay, 1976)
12. Alexander Saxton, The Rise and Fall of the White Republics (Verso,1990, s.41) Rubin, "Who isn't Cooperating on Lybian Terrorist? Christian Science Monitor, 5. Feb. 1992 Daniel Mannix und Malcolm Cowley, Black Cargoes (Viking, 1962) Seite 274
13. Bailey, A Diplomatic History of the American People (New York, 1969) Seite 163
14. Richard Drinnon, Facing West (Univ. of Minnesota, 1980)Seite 65 und 43; Jennings, The Invasion of America (Univ. of North Carolina. 1975) Seit 60
15. V.G. Kiernan European Empires from Conquest to Collaps (Fontana, 1982) Seite 200; Zur rassistisch faschistischen Rhetorik siehe Aloysius Farell, Boston Gobe Magazine 31. März 1991; Für eine Sammlung aus der liberalen Presse Siehe mein Artikel in Z- Magazine, Mai 1991
16. Appleby, Capitalism and a New Social Order (NYU, 1985)
17. Thomas Hietala, Manifest Design (Cornell, 1985); Reginald Horsman, Race and Manifest Destiny (Harvard, 1981); Deterring Democracy, Seite 34f
18. Howard Harper's März 1985, Bernstein NYT 2. Feb. 1992
19. Military Sales: the United StatesCountinuing Munition Supply Relationship with Guatemala, US General Accounting Office, Jan.1986, Report to Committee on Foreign Affairs, House of Representives, Seite4; South African Destabilization: the Economic Cost of Frontline Rewsistance to Apartheid, NY, UN, 1983, Seiote 13 zitiert aus Fletcher Forum, Winter 1991
20. CAR, Nov. Seite 22; Economist (London), 20.Juli 1991; Shelly Emling, WP, 6 Jan. 1992
21. Siehe mein Buch On Power and Ideology (South End Press,1986) Kapitel 1; Deterring Democracy Kapitel 1; Grundsätzlich Gabriel Kolko, Confronting the Third World /Pantheon, 1988) Schoultzt, Human Rights and United States Policy toward Latin America (Princeton, 1981) Seite

verewigt die Bourgeoisie in der Theorie besser, als die Bourgeoisie es sich jemals hätte wünschen



Guatemalas Flüchtlinge: "Wir kämpfen um zurückzukeh Wir kehren zurück um zu kämp

von Dorothea S

Nach 10 Jahren Exil in Mexiko und monatelangen Verhandlungen mit der guatemaltekischen Regierung sind die ersten 2.500 Flüchtlinge nach Guatemala zurückgekehrt - in ein Land, das nach wie vor von Krieg, Verfolgung und Unterdrückung der indianischen Bevölkerung geprägt ist.

Anfang der 80er Jahre flüchteten über 150.000 Indianer vor einer Welle grausamster Verfolgung und Massakern an der Zivilbevölkerung durch das Militär. Die größte Flüchtlingsrückführung in der Geschichte Amerikas, selbstorganisiert mit Unterstützung des UNHCR, hat nun begonnen und wird über die kommenden Jahre andauern.

Allein der Geduld und Hartnäckigkeit der Flüchtlinge ist es zu verdanken, daß die erste Karawane die mexikanisch-guatemaltekische Grenze schließlich am 20. Januar passieren konnte. Denn als die guatemaltekische Regierung trotz vertraglicher Zusage die Transportmittel zur Grenze versagte, brachen die Indianer zu Fuß aus den mexikanischen Lagern auf. Präsident Serrano mußte dem Druck nachgeben. "Victoria del 20 de enero" ("Sieg des 20. Januar") haben die Flüchtlinge deswegen ihr Dorf im vorübergehenden Ansiedlungsgebiet Polígono 14 (Ixcán, Guatemala) genannt.

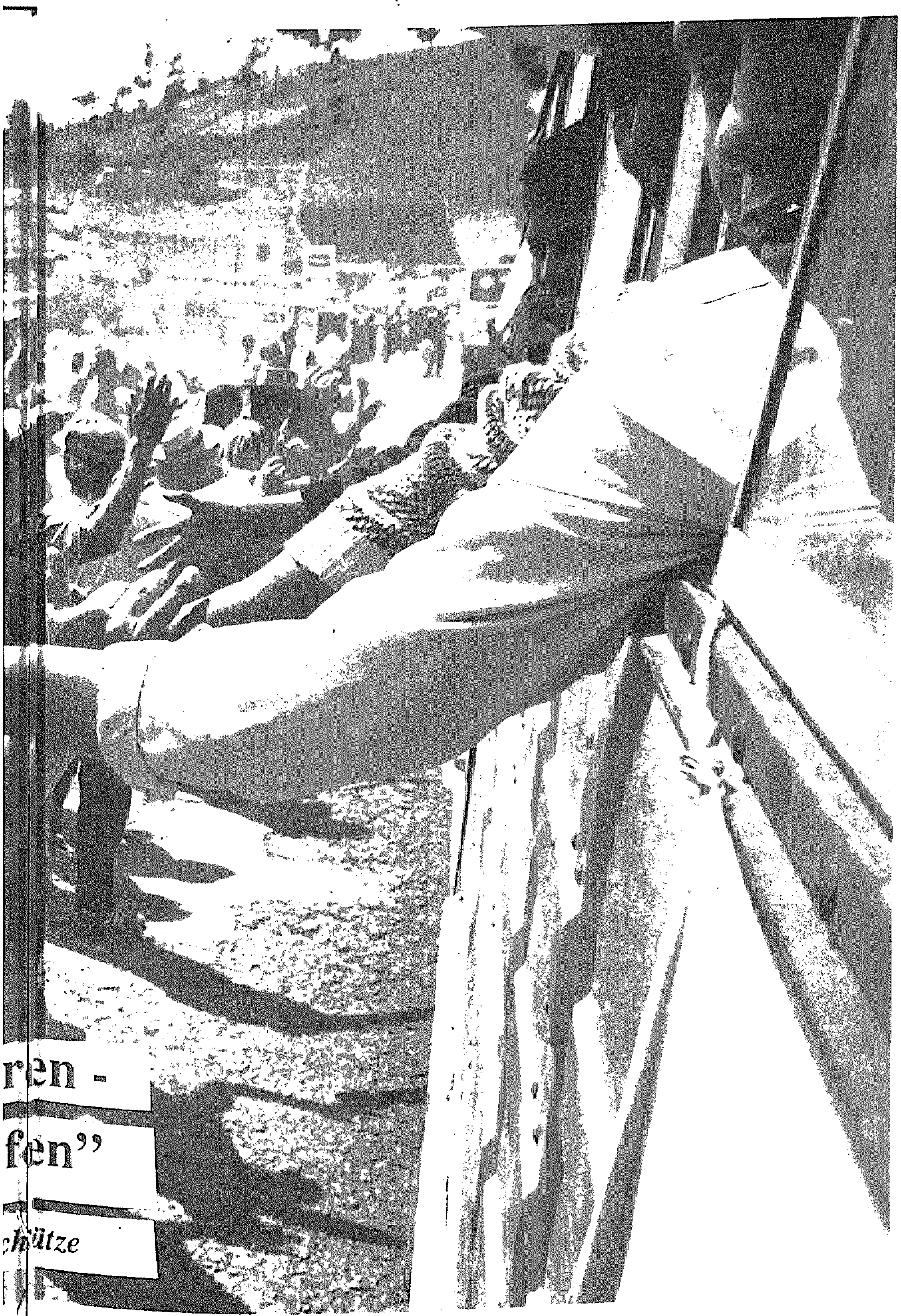
Sind die Flüchtlinge willkommen?

An der feindseligen Haltung der guatemaltekischen Regierung und des Militärs gegenüber den indianischen Flüchtlingen besteht kein Zweifel. Doch wie wird sie die Bevölkerung Guatemalas aufnehmen? Werden sie mit offenen Armen empfangen oder als sogenannte "Subversive" auf Ablehnung und Skepsis stoßen? Diese Fragen stellen sich viele der 2.500 Flüchtlinge, die am 20. Januar nach monatelangen Verhandlungen endlich die mexikanisch-guatemaltekische Grenze überqueren. Schließlich ist die Macht der zum Teil flächendeckenden Propaganda besonders in stark militärisch kontrollierten Gebieten Guatemalas nicht zu unterschätzen. Immer wieder wird den Flüchtlingen von Seiten des Innen- und Verteidigungsministeriums unterstellt, sie seien "von der Guerilla infiltriert" und schadeten dem angestrebten "Friedensprozeß" im Land.

Noch kurz vor der Grenze und während der ersten Kilometer auf guatemaltekischen Straßen sind die Flüchtlinge sehr unsicher. In den Sitzen zurückgelehnt und in abwartender Haltung lugen sie nur sehr vorsichtig aus den Busfenstern. Die Begrüßungszeremonie an der Grenze ist von Volksorganisationen Guatemalas initiiert. Aber ob dies vielleicht nur ein einmaliges Spektakel ist, das den zahlreichen Pressefotografen zwar gut verkäufliche Motive bietet, aber doch nicht die Stimmung im Land widerspiegelt?

Doch da stehen die guatemaltekischen Campesinos entlang der Straßen, vor ihren Hütten und auf den entfernten Hügeln. Sie wissen genau, worum es geht und jubeln ihren Landsleuten zu. Vielen stehen Freude und Begeisterung in die Gesichter geschrieben, anderen Neugierde, Erstaunen, fast Ungläubigkeit. So lange sind ihre Brüder und Schwestern im Exil gewesen, so lange schon ist die Rede von ihrer gemeinsamen und selbstorganisierten Rückkehr. Ebenso lange und hartnäckig haben aber auch Regierung und Militär versucht zu verhindern, daß die Menschen auf Guatemalas Straßen Anteil nehmen an dem Schicksal der Vertriebenen. Nicht zuletzt ist die Rückkehrroute einer der Haupt-Konfliktpunkte bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Flüchtlingsvertretern gewesen. Am liebsten hätte Staatschef Serrano die Busse über die "Ruta de Ingenieros" mitten durch den Dschungel geschickt, damit die Rückkehr ohne Aufsehen und Öffentlichkeit von statten gehen kann.

können, so daß die Theorie, zu der er gelangt, es erlaubt, eine bürgerliche Welt ohne Bourgeoisie zu



ren -

fen"

chütze

Niederlage der Regierung

Mit diesem überwältigendem Empfang in Guatemala erleidet die Regierung eine ernstzunehmende Niederlage. Überall, wo ein Stop der Karawane eingeplant ist, füllen die 69 Busse und mindestens 30 Begleitfahrzeuge Parkplätze und Straßen. Alle sind auf den Beinen, Begrüßungszeremonien, Ansprachen und Messen vorbereitet. Einzelne aus der Bevölkerung nähern sich bald den Bussen und lassen sich erzählen, wann, warum und unter welchen Umständen die nun Zurückgekehrten Anfang der 80er Jahre ihr Land verlassen mußten. Sie hören von den tage- und wochenlangen Fußmärschen auf der Flucht durch den Dschungel, vom Militär verfolgt und bedroht, getrennt von Familien und Freunden. Tränen der Trauer und der Freude fließen, Menschen, die sich zum ersten Mal treffen, umarmen sich. Obst, Tortillas und Bohnen werden durch die geöffneten Busfenster gereicht. Oft dauert es viele Stunden, bis die Karawane im Schrittempo durch die engen Straßen und Menschenmassen vorwärtskommt und die Reise fortsetzen kann.

Auf den zuvor skeptischen und nachdenklichen Gesichtern der Zurückgekehrten stellt sich Freude und Zufriedenheit über die alle Erwartungen übertreffende Begrüßung ein. Weit lehnen sie sich mittlerweile aus den Busfenstern und winken unermüdlich den Jubelnden zu. Die Kinder strecken ihre Hände in den Himmel, ihre Blicke streifen von links nach rechts, von oben nach unten. Dort ist ein Fluß, da ein Wasserfall, da drüben die Berge, so viele Menschen, Dörfer, Städte, Land - weites wunderschönes Land. Ganz aufgeregt und entzückt sind sie über all die neuen Eindrücke. Nach zehn Jahren Flüchtlingslager eröffnet sich da eine unbekannte Welt für sie. Wünsche, Hoffnungen, aber auch die Gefahren, die auf sie lauern, sind den Kindern jetzt noch fern - auf sie, auf alle stürzt das neue Leben ein.

Zurückhaltung in der Hauptstadt

Ein zweitägiger Aufenthalt steht der Karawane bevor, Demonstration und Kundgebung sind in Guatemala-Stadt vorgesehen. Nach der Überlandfahrt an Plantagen und ärmlichen Campesino-Hütten vorbei bietet sich allen ein kontrastreiches Bild bei Ankunft in der Hauptstadt. Noch vor den Toren der Stadt haben die Großgrundbesitzer - die zahlenmäßig verschwinden geringe Oberschicht in Guatemala - ihre pompösen Festungen errichtet, abgeschirmt und geschützt durch meterhohe Stacheldrahtzäune und Steinmauern, gespickt mit Glasscherben zur Abschreckung von potentiellen Eindringlingen.

Bei Eintreffen in den ersten Außenbezirken wechselt das Stadtbild häufig. Auf verhältnismäßig "gepflegte" Wohnungen und Geschäfte in Stadtteilen des Mittelstandes folgen dunkle und verdreckte Straßen in den Elendsvierteln. Vielleicht kann diese kontrastreiche und explosive Mischung extremen Reichtums, relativen Wohlstands und massenhaften Elends auch mit ein Grund dafür sein, daß der Empfang in Guatemala-Stadt recht enttäuschend ausfällt. Nur 8.000 bis 10.000 Menschen versammeln sich auf dem Platz vor dem Präsidentenpalast, die 2.500 Flüchtlinge inbegriffen. Mißtrauisch, fast feindselig schauen sich die gut gekleideten Ladinos (Mischlinge) den Demonstrationszug an, reihen sich nicht ein. Ob sie die Rückkehr der Flüchtlinge eher als eine Bedrohung empfinden? Schließlich sind auch sie diejenigen, die bei wirklichen politischen Veränderungen in Guatemala etwas zu verlieren hätten. Und die vielen Indianer aus den Elendsvierteln, wo sind sie? Wahrscheinlich ausreichend damit beschäftigt, sich um ihren tagtäglichen Überlebenskampf zu

konzipieren, eine Welt die, was auch immer geschieht, bürgerlich bleibt, eine Welt, in der die

kümmern, vielleicht wissen sie noch nicht einmal von diesem historischen Ereignis. Stunden verstreichen - viele Reden werden auf der Tribüne gehalten. Doch die Flüchtlinge sind müde. Am nächsten Tag soll sehr früh die Reise Richtung Polígono 14, ihrem Bestimmungsort im Ixcán, fortgesetzt werden.

Kommt die Karawane zum Erliegen?

Ab Cobán, der nächsten Station der Rückkehrroute, wird die Reise etwas beschwerlicher, aber auch nicht minder aufregend und abenteuerlich. Mehrere Tage des Wartens verstreichen. Zeitweise erscheint es, als könne es kaum ein Fortkommen geben, die Karawane hier zum Erliegen kommen. Allzu pessimistisch sind die Einschätzungen des Verkehrsministeriums, die auch den UNHCR (den Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen, zuständig für die logistische Abwicklung des Transportes) dazu bewegt, dringend von einer Weiterfahrt abzuraten. Die Straßen nach Chisec, der nächsten Station, seien schon äußerst schwer zu passieren. Ab dort bis nach Playa Grande allerdings gäbe es überhaupt keine Chance, die hunderte von Metern langen Schlammlöcher zu durchqueren.

Die Flüchtlinge selbst lassen sich aber nicht beirren. Schließlich ist vertraglich festgeschrieben, daß sich die Regierung um die Ausbesserung der Dschungel-Straßen zu kümmern hat. Nicht zum ersten Mal werden von dieser Seite die Vereinbarungen nicht eingehalten, was aber für die Flüchtlinge noch längst nicht heißt, daß damit die geplante Rückkehr verhindert werden könnte.

Eine Verhandlung jagt die nächste, und am 27. Januar fährt die erste Karawane schließlich mit 400 Leuten in Lastwagen los. Der UNHCR hat sich letztendlich doch entschlossen, den Transport zu organisieren. Alte, Kranke und kleine Kinder sollen allerdings per Flugzeug in den Polígono gebracht werden. Nach wie vor ist unsicher, ob diese erste Karawane durchkommen wir. Als aber bekannt wird, daß sie es irgendwie geschafft hat, werden schon die Gruppen für die zweite Karawane zusammengestellt, bei der ich als internationale Begleiterin dabei bin. 36 Personen und Gepäck sind auf einem Lastwagen zusammengepfercht. Doch das trübt die Stimmung nicht. Alle sind sehr glücklich, daß es endlich losgeht. Viele sitzen auf ihren zusammengebundenen Bündeln, einige stehen. Für die heißt es jetzt, besonders weich und locker in den Knien bleiben, um bei den zahlreichen Schlaglöchern flexibel und geschmeidig mitzufedern. "Tanzen läßt sich ganz gut hier oben", und alle lachen über Pedros Scherz. Das kann eine lustige Fahrt werden. Oft quietschen und knacken die Balken des LKW so laut, als würden sie jeden Augenblick auseinanderbrechen. Doch nichts kann den Flüchtlingen den Mut nehmen, alles grölt und freut sich.

Wunderschön ist die Gegend, durch die wir kommen. Immer ähnlicher wird sie der Landschaft um Polígono 14, die nur etwa 150 Kilometer entfernt liegt und aus der die meisten Flüchtlinge stammen. Das Land ist außerordentlich fruchtbar, das Grün auf den Hügeln dunkel und saftig, Blumen blühen in allen Farben, Cardamom, Bananen und Kaffee wachsen hier.

Im Schlamm versunken ...

Schon am frühen Nachmittag kommen wir in Chisec an. Tags darauf bricht die Karawane sehr zeitig auf. Der vor uns liegende Weg soll sehr schwierig werden, doch die Flüchtlinge zweifeln keinen Moment daran, daß sie auch diesmal ankommen werden. Wenige Stunden später steckt aber die Karawane schon fest. Bisher sind die LKW's durch mehrere tiefe Gräben gerade noch so durchgerutscht, doch dieser mindestens 150 m lange und 50 m breite regelrechte Schlammsee - das macht auch der stärkste Lastwagen nicht mit. Gleich der erste der Karawane, glücklicherweise nur mit Gepäck und nicht mit Menschen beladen, versinkt bis zur Ladefläche im Morast. Ein kleiner Landwirtschafts-Traktor taucht auf um zu helfen. Ehrlich gesagt glaubte ich anfangs nicht daran, daß diese winzige Maschine irgendetwas ausrichten könnte. Doch der Fahrer beginnt zuversichtlich, den glibbrigen, weichen und tiefen Schlamm mit seiner Schaufel um den eingesackten LKW herum wegzuschieben, einfach beiseite. Stunden später ist es soweit. Schwere große Steine werden in zwei Fahrrinnen geworfen und mit vereinten Kräften - vorne vom Traktor gezogen, hinten von bis zum Bauch versunkenen Flüchtlingen geschoben - tatsächlich der dicke LKW aus dem Morast katapultiert - unglaublich! Bis alle zehn Lastwagen der Karawane durch den Schlammsee gezerrt, geschleppt und geschoben sind, dauert es weitere Stunden. Bei Einbruch der Dunkelheit atmet alles auf - geschafft!

"Hoch lebe die Rückkehr - und die Traktoren!"

Müde und erschöpft, aber doch außerordentlich zufrieden stehen nun fast alle auf der Ladefläche, zu aufgeregt zum Ausruhen und Schlafen, denn schon bald wird die Karawane in Playa Grande ankommen. Die Schlaglöcher, durch die die Wagen jetzt noch schaukeln, können die Flüchtlinge mittlerweile gar nicht mehr beeindrucken. Nach den Strapazen zuvor scheint dieser letzte Abschnitt sanft wie das Wiegen auf ruhiger See. Roselia steht in der Mitte des LKW. Ich halte mich mit einer Hand am Geländer fest, mit der anderen ihre Hand, um ihr etwas Halt zu geben. Von weitem sind schon die Lichter des Militärstützpunktes von Playa Grande und die große Eisenbrücke über den Río Cixoy zu sehen. 13 Jahre ist Roselia nicht hiergewesen, kann sich aber noch genauestens an alles erinnern. Als wir direkt an der Militärstation vorbeifahren frage ich Roselia, ob sie Angst hat. "Nein, keineswegs", sagt sie, beugt sich dann aber zu mir rüber un flüstert mir ins Ohr:"Da drüben in den Wachposten, da sitzen die Soldaten."

Im Zentrum von Playa Grande, dem "Mercado de Paz" ("Markt des Friedens"), wird die Karawane von einer jubelnden Menschenmenge begrüßt. Grell leuchtet das Feuerwerk und mit lautem Krachen verpuffen hunderte von Knallfröschen. Vor lauter Qualm können wir kaum durchatmen. Die Lastwagen halten auf dem Parkplatz vor der Kirche, in der alle übernachten werden.

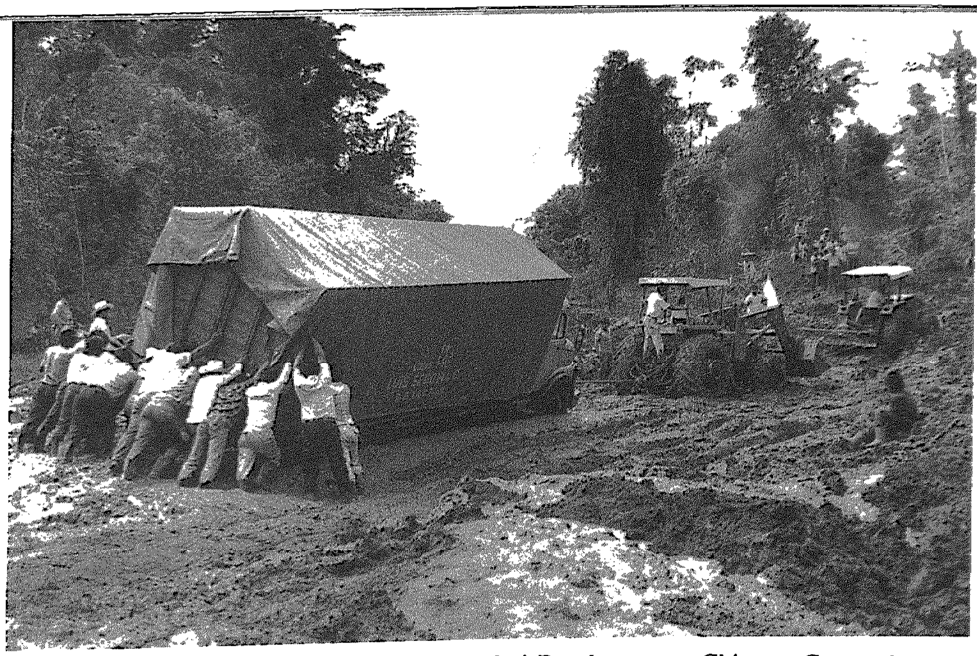
Mitten im Dschungel

Die letzte Fahrtstrecke am nächsten Morgen dauert nur etwa eineinhalb Stunden. In Cari wird das Gepäck abgeladen und in kleinen Jeeps bis nach Santa Clara, eine Stunde Fußweg entfernt, transportiert. Schnellen Schrittes laufen die Flüchtlinge mit ihrem Handgepäck los, ich komme kaum hinterher. 19 Tage ist die Karawane nun unterwegs seit Aufbruch in den Flüchtlingslagern Mexikos. Die Zurückgekehrten können es kaum erwarten, Polígono 14 zu erblicken. Ab Santa Clara gibt es nur noch kleine Trampelpfade durch den Dschungel, aber auch dieser Weg ist innerhalb von 25 Minuten zurückgelegt. Der Pfad ist gut begehbar, eine stabile Brücke führt über den nahegelegenen Fluß, aus dem an einer Stelle das Wasser für die Aufbereitung von Trinkwasser entnommen, an anderer Stelle gebadet und gewaschen wird. Doch das alles kann noch warten, denn das viele Gepäck muß in Santa Clara abgeholt werden. Ein, zwei oder drei schwere Säcke

Ökonomie die Realität der Welt ist. Nun ist die Ökonomie aber nichts anderes, als eine Lüge der

laden sich die Flüchtlinge auf, oft sind es mindestens 50-70 Kilo auf einem gebeugten Rücken. Bis zum Abend sind sie beschäftigt.

Von weitem schon sind die Rauchsäulen der unzähligen Feuerstellen im Camp von Polígono 14 zu sehen. Das Lager befindet sich mitten im Dschungel: riesige Bäume bedeckt mit hängenden und schlingenden Schmarotzerpflanzen und umringt von unzähligen Büschen, Farnen und anderem Gewächs, ragen in den Himmel.



Organisation und Aufbau

Eine Delegation der Flüchtlinge hatte bereits im Dezember vergangenen Jahres Latrinas (Toiletten) und Galeras (Wellblechdächer auf Holzpfählen), ausreichend für die Unterbringung von etwa 300 Personen, aufgebaut. Um die Aufbereitung des Trinkwassers kümmern sich die "Mèdicos del Mundo", eine kollektive Küche ist auch schon errichtet. Doch die eigentliche Phase des Aufbaus beginnt erst jetzt. Fast täglich kommen neue Flüchtlinge im Lager an, der Platz unter den Galeras reicht trotz Anbauten längst nicht mehr aus. Aber sehr bald schon entstehen um die Galeras herum schnell sich vergrößernde Ansiedlungen. Die Familien konstruieren sich aus mehreren dünnen Stämmen eine Art Gestell, eine große blaue oder weiße Plastikplane wird darübergeworfen und fertig ist das "Haus". Dicht an dicht stehen die Notbehelfsunterkünfte, doch keineswegs wild und planlos durcheinandergewürfelt. Schon nach wenigen Tagen sind eindeutige Strukturen auf dem abgeholzten Regenwald-Gelände zu erkennen. Die ehemaligen Bewohner der verschiedenen mexikanischen Flüchtlingslager, aufgeteilt in die drei Bundesstaaten Chiapas, Campeche und Quintana Roo, finden sich gezielt an bestimmten Plätzen im Polígono 14 erneut zusammen. So entstehen wiederum regelrechte kleine Staaten, die vorsorglich Platz für die noch erwarteten Flüchtlinge bereithalten und mittlerweile erste Dorfstrukturen aufbauen.

Die Organisation des Lebens beginnt. Alltägliche Probleme und Aufgaben wie die Müllentsorgung, der Umgang mit Trinkwasser oder die Benutzung der Maismühlen, aber auch längerfristige

Photos: Dorothea Schütze



Bourgeoisie über die Herrschaft der Bourgeoisie. Und eine Welt, in der die Ökonomie die Realität

gemeinsame Projekte werden in den morgendlichen Arbeitskommittees in jedem "Staat" besprochen und geplant. Diese Kommittees wiederum entsenden jeweils einen Vertreter, um sich über die verschiedenen Aktivitäten und Vorstellungen der drei "Staaten" auszutauschen und ihre Arbeit untereinander zu koordinieren.

Ganz deutlich sind hier nicht nur die Notwendigkeit von Absprache und Zusammenarbeit erkennbar, auch ist es für die Flüchtlinge selbstverständlich, daß die in Mexiko bereits erarbeiteten Organisationsstrukturen in Zukunft genutzt und weiterentwickelt werden müssen. Anders wäre diese schwierige Phase des völligen Neuanfangs kaum zu bewältigen.

Ein Berg von Problemen baut sich vor den Zurückgekehrten auf, der schon zu einem Großteil abgetragen wäre, würde sich die Regierung Guatemalas an die vertraglich festgelegten Abmachungen halten und ihren Verpflichtungen nachkommen. Das Gegenteil ist der Fall. Noch immer fehlt die pro Familie zugesicherte Mindestausrüstung für den Bau von einfachsten Unterkünften wie z.B. Wellblech für Dächer, Bretter und Werkzeug. Nur aufgrund von Hilfslieferungen durch katholische Basisgemeinden und Nichtregierungsorganisationen erhielten sie pro Staat eine Anzahl Macheten zur kollektiven Nutzung, um zumindest Äste hauen und Wege freilegen zu können. Läßt die Mindestausrüstung noch lange auf sich warten, so werden in wenigen Wochen die einfachen Ast-Konstruktionen mit Plastik-Dächern mitsamt dem wenigen Hab und Gut vom monatelang andauernden Regen weggespült.

Die erste Ration der einjährigen Lebensmittelversorgung mit Basisnahrungsmitteln wie Bohnen und Mais ist inzwischen eingetroffen. Sie soll pro Familie für 48 Tage genügen. entspricht mengenmäßig allerdings den Rationen für 16 Tage, die in den Flüchtlingslagern Mexikos zugeteilt wurden. Zusätzlich ist der Mais alt und keimt schon. "Die behandeln uns nicht wie Menschen, sondern wie Tiere. Wir sind denen nicht willkommen", ist die naheliegende Einschätzung von Franzisco, die von allen Flüchtlingen geteilt wird.

Das Militär ist präsent

Die ablehnende, ja feindselige Haltung der Regierung zeigt sich allerdings nicht nur an der Verweigerung von einfachsten Grundvoraussetzungen für ein halbwegs menschenwürdiges Dasein der Zurückgekehrten. Zusätzlich sind Verunsicherung und Einschüchterung durch das guatemaltekische Militär an der Tagesordnung. Während der gesamten Rückkehrroute quer durch Guatemala hielten sich die Streitkräfte dezent im Hintergrund. Nicht ein einziges Mal traf die Karawane auf Einheiten der Soldaten. Selbst das nahegelegene Militärcamp in Santa Clara wurde kurz vor der Rückkehr der Flüchtlinge (vorübergehend?) stillgelegt. Doch nachdem nun die internationale Presse ihre Bilder entwickelt, ihre Stories geschrieben und sich aus dem Ansiedlungsgebiet zurückgezogen hat, tritt das Militär immer häufiger in Erscheinung. Schon bald nach Ankunft in Polígono treffen Flüchtlinge beim Holzschneiden im Wald auf Soldaten. Wiederholt tauchen auf dem Gelände Einsatzkräfte der Nationalpolizei und Militärs in Zivil auf. Hubschrauber der Streitkräfte fliegen bei Nacht und Tag über das Camp, was bei den Zurückgekehrten jedesmal das Trauma der erlebten Massaker und Verfolgungsjagden vor und während ihrer Flucht wieder aufleben läßt. Selbst Bombardierungen in höchstens ein bis zwei Stunden Fußweg Entfernung waren schon eines Nachts Anfang Februar zu vernehmen.

Polígono 14 befindet sich mitten im Hauptkonfliktgebiet der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Militär und Guerilla. Seit langem schon muß diese Tatsache immer wieder als Vorwand für Bombardierungen der Zivilbevölkerung in der Region herhalten.

Trotz all dieser Unwägbarkeiten und der latenten Bedrohungssituation sind die Flüchtlinge nach wie vor glücklich, nun endlich in ihr Land zurückgekehrt zu sein und fest entschlossen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Auf viele Entscheidungen und zugesicherte Hilfen werden sie lange warten müssen. Völlig ungeklärt ist die schwierige und gleichzeitig entscheidende Landfrage. Viele wollen auf ihr angestammtes Land zurück oder zumindest gleichwertigen Wohn- und Lebensraum erhalten, der ihnen von der Regierung vertraglich zugesichert worden ist. Andere werden vielleicht im Polígono bleiben.

Zwei Voraussetzungen bzw. Hoffnungen der Zurückgekehrten für deren zukünftiges Leben in Guatemala scheinen besonders wichtig:

Die Entscheidung der einzelnen Familien, dortzubleiben, in ihre Dörfer zurückzukehren oder in andere Gebiete umzusiedeln, wird niemals eine individuelle Entscheidung sein. Sie wird sich untrennbar an der Entwicklung der Organisationsstrukturen vor Ort orientieren und in Absprache mit weiteren Familienangehörigen und noch in Mexiko lebenden Bewohnern der Flüchtlingslager von statten gehen, die mit dem zweiten Rückkehrtreck nach Guatemala kommen werden..Das kann vor dem Hintergrund der jüngsten Erfahrungen noch einige Monate dauern.

Außerdem können und dürfen Begleitung und Beobachtung des Rückkehrprozesses an Intensität nicht verlieren. Besonders in den nächsten Monaten und Jahren wird die internationale Präsenz in den neuen Ansiedlungsgebieten von existentieller Bedeutung für die Flüchtlinge und den politischen Prozeß in diesem Land sein. Die Angst der indianischen Bevölkerung Guatemalas, vergessen zu werden und unter Ausschluß der internationalen Öffentlichkeit erneut der staatlichen Repression zum Opfer zu fallen, ist trotz ihrer bewundernswerten Geduld, Stärke und Entschlossenheit sehr ernst zu nehmen.

der Welt ist, ist eine Welt, in der die Herrschaft der Bourgeoisie die Realität der Welt ist. man begreift,

Comunicación popular – dem herrschenden Diskurs entgegen

Chilenische Basismedien im Demokratisierungsprozeß

von Boris Scharlowski

"Daß die Medien, die über uns berichten, uns gehören, damit wir endlich das beim Namen nennen können, unter dem wir tagtäglich zu leiden haben", so umreißt einer der Aktivisten eines kleinen Radiosenders das politische Ziel der demokratischen Medien Chiles. Der Sender ist in der Peripherie Santiago de Chiles angesiedelt und darf nunmehr seit über einem Jahr nicht mehr auf Sendung gehen.

Die Situation der demokratischen Medien ist im heutigen, nachdiktatorialen Chile für die sozialen Bewegungen zum Prüfstein des sogenannten Demokratisierungsprozesses geworden. Nicht ohne Grund. Denn das neoliberale Modell beginnt seit längerem, faulige Früchte zu tragen. Unter dem Schutze der Diktatur und teilweise sogar mit deren tatkräftiger finanzieller Unterstützung konnte die Konzentration der Informationsmedien ungehindert fortschreiten. Zwei Konzerne (Copesa und die Besitzerin der größten chilenischen Tageszeitung El Mercurio, die Edwards Gruppe) besitzen 80 % der schriftlichen Medien. Bei den audiovisuellen Medien sieht es ähnlich aus. Unter dem Blickwinkel dieser ökonomischen Monopolisierungstendenzen stellt sich das Problem der juristisch garantierten Pressefreiheit in deutlich anderer Form.

In Chile finden der Logik des neoliberalen Modells folgend gleichzeitig eine solche staatlich geförderte wirtschaftliche Zentralisierung und ein (gegenüber der Diktatur allerdings leicht gebremster) Rückzug des Staates aus dem sozialen Sektor statt. Der Preis für die breite Mehrheit der Gesellschaft ist extrem hoch. Über 50 % der Chilenen leben unter der Armutsgrenze, der Mindestlohn liegt bei 38.000 Pesos (ungefaehr 100 US $). Laut der offiziellen Zahlen des Wohnungsministeriums fehlen derzeit 800.000 Wohnungen, 330.000 weitere sind quasi unbewohnbar. Dies sind Beispiele, die sich in allen anderen sozialen Sektoren in ähnlicher Schärfe dokumentieren ließen.

Zugleich fielen zur Zeit der Diktatur einige ursprünglich staatliche Funktionen in die Hände der Kommunen, so z.B. der Bildungsauftrag. Diese Aufgabe konnten die zunehmend verarmenden Kommunen in den meisten Fällen nur noch notdürftig verrichten. Massive, während der Diktatur durchgeführte Umsiedlungsprogramme vergrößerten die Not der ärmeren Kommunen deutlich. Durch die neuen Bewohner der Kommunen wurden die Sozial- und Gesundheitseinrichtungen über Gebühr beansprucht. Die soziale Schere ging noch einmal weiter auseinander.

Während die Demokratisierung also in politischer Hinsicht einige Liberalisierungen (Pressefreiheit, Wahlen....) zur Folge hatten, fanden bisher im sozialen und ökonomischen Sektor keine oder lediglich recht verhaltene Entwicklungen statt. Es sind Nichtregierungs- und Basisorganisationen, die nicht aufhören, diese katastrophalen Mißstände zu thematisieren. Ein Mittel ihren Protest und ihre Kritik an den herrschenden Zuständen nach außen zu tragen, aber auch zu einem höheren Grad an Kommunikation unter den Betroffenen zu gelangen, sind Kleinstmedien, die in den meisten Fällen in direkter Kooperation mit diesen Organisationen gemacht werden.

Im folgenden soll ein Modell anderer gesellschaftlicher Kommunikation vorgestellt werden, auf das in Chile große Hoffnungen gesetzt werden.

Ein Attribut sperrt sich

Man tut sich etwas schwer bei der Übersetzung des Begriffes 'comunicación popular'. Weniger liegt es an der Auslegung des Konzeptes 'comunicación' als des Attributes 'popular'. Weder 'populäre' noch 'Volks'-Kommunikation können wegen der jeweiligen deutschen Konnotationen einer Annäherung dienlich sein. 'Lo popular' bezieht sich auf die Basis der Gesellschaft.

Aber auch die Idee einer 'alternativen Kommunikation' führt in die falsche Richtung. Sie meint eine zumeist weniger in Sprache und Form als in den transportierten Inhalten andere Kommunikation. Auch die Notwendigkeit solcher Medien, ihre Produkte auf dem freien Markt zu verkaufen und ihre fehlende direkte Verankerung bei sozialen Organisationen distanziert sie von einem solchen Konzept. Für die Übersetzung der 'comunicación popular' muß man sich deshalb des etwas holprigen Begriffes 'Basiskommunikation' (im Sinne einer Kommunikation an der Basis) bedienen.

Diese andere Form der gesellschaftlichen Kommunikation unterscheidet sich deutlich vom vorherrschenden gesellschaftlichen Diskurs. Sie umfaßt alle Formen von Medien (auch und vor allem neuer Medien), die sich in den Dienst der Basis stellen lassen können. Unter den beteiligten Basis- und Nichtregierungsorganisationen, die sich um eine Verbreitung der Basiskommunikation verdient machen; herrscht weitestgehend ein breiter Konsens über die Konzeption der andern Kommunikation. Übereinstimmung gibt es hinsichtlich des demokratischen (sowohl was die Inhalte als auch was die Struktur der Medien betrift), des partizipativen und des interaktiven Charakters der anderen Kommunikation. Sprache, Form und Inhalte richten sich direkt an den Gewohnheiten der Basis aus. Ihre wichtigste Funktion soll in direkter Verbindung mit bestimmten Basisorganisationen in der Unterstützung der Demokratisierung der Gesellschaft liegen. Aufgabe vor allem der beteiligten Organisationen soll es weiterhin sein, politische Rahmenrichtlinien für die Verankerung dieser anderen Kommunikation in einer demokratischen Gesellschaft zu diskutieren.

Ein neues Konzept mit alter Tradition

Der Basiskommunikation zeitlich vorgeordnet ist das Konzept der 'prensa popular', der Basispresse, die in Chile ihre Wurzeln bereits im 19.Jahrhundert hatte und vor allem in der frühen Arbeiterpresse um die Jahrhundertwende einen ersten Höhepunkt fand. Ende der siebziger Jahre, Anfang der achtziger Jahre wurde unter dem Eindruck der sich ausdehnenden neuen Medien von Mexiko bis Chile über die Wirksamkeit schriftlicher Medien in intensiv oral geprägten Gesellschaften, in denen zumal der Grad der Alphabetisierung immer noch sehr nie-

warum Marx sich getäuscht hat, denn das bürgerliche Denken, das Denken einer sich schämenden





Mapuce-Photos:

Consejos de Todas los Tierros

drig ist, diskutiert und der Begriff der Basiskommunikation entwickelt. Es wurde offensichtlich, daß neue Formen der Kommunikation im Kontakt mit der Basis stärker genutzt werden müßten. Von der Wandzeitung bis zum Lokalradio oder Lokalfernsehen, alle Medien sollten in den Dienst der Demokratisierung der Gesellschaft von unten gestellt werden. Unterstützt wurde diese Einsicht durch die Entwicklungen im technologischen Bereich. Mit dem Beginn der achtziger Jahre wurden die audiovisuellen Medien zunehmends auch für kleinere Initiativen erschwinglich.

Das neue Konzept trug aber auch den veränderten Bedingungen der durch die verschiedenen Diktaturen der siebziger und achtziger Jahre geprägten Gesellschaften Rechnung. Das Verbot der Gewerkschaften und Parteien, die klassischen Träger der lateinamerikanischen Volksbewegungen, führten, zunächst unter dem Schutz der Basiskirchen, später verstärkt unter dem der Nichtregierungsorganisationen, zur Herausbildung neuer, autonomer Basisorganisationen. Diese nutzten schon bald unterschiedlichste, wenn auch häufig sehr improvisierte Formen der Öffentlichkeitsarbeit.

Nicht nur gezwungenermaßen löste sich die Basispresse allerdings von ihren ehemaligen Trägern, den Gewerkschaften und den Parteien. Neue Themen, die von diesen bisher nicht oder kaum berücksichtigt worden waren, rückten und rücken in den Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung: die Menschenrechte, die Frauenfrage, die Umweltsituation oder die Problematik der indigenen Völker.

Einen wahren Boom erlebten die Basismedien in Chile mit der beginnenden Liberalisierung der Diktatur Ende der achtziger Jahre. Margarita Fernandez von der Red de Prensa Popular, dem Zusammenschluß der chilenischen Basispresse: "Die Basismedien begannen sich auf den Straßen zu zeigen, sich die verschiedenen Orte der Öffentlichkeit wieder zurückzuerobern." Auch viele der Zeitschriften der Basispresse entschlossen sich, zugunsten eines breiteren Publikums aus den engen Grenzen der schriftlichen Kommunikation auszubrechen und andere Medien für sich zu entdecken. Angesichts des bevorstehenden Sturzes Pinochets trat zunehmend die Rolle der sozialen Basis im Demokratisierungsprozeß in den Mittelpunkt der Debatte. Im besonderen wurde dabei die Frage nach einer die gesamte Gesellschaft umfassenden, horizontalen Kommunikation gestellt. Die comunicación popular mit ihrer direkten Verbindung zur Basis war für eine solche Aufgabe besonders geeignet.

Im neuen Kleid

"Si la mujer no está, la democracia no va" oder auf einen Nenner gebracht, ohne Frauen keine Demokratie, so war es noch vor einigen Jahren auf den Mauern Santiago de Chiles zu lesen. Und wenn auch die chilenische Frauenbewegung gut auf einige Jahrzehnte Geschichte zurückblicken kann, war dies der Beginn eines neuen Aufbruchs, des Aufbruchs der Frauen gegen die Diktatur des Generals Augusto Pinochet.

Vor allem in den Medien ist die Präsenz der Männer erdrückend. Viviana Erazo, stellvertretende Chefredakteurin von FEMPRESS, die einzige lateinamerikanische Presseagentur von Frauen für Frauen mit Sitz in Santiago, dazu: "Die

herrschenden Klasse, ist ein sich schämendes Denken. Da das bürgerliche Denken eine Lüge über

lateinamerikanische Presse ist extrem sexistisch, extrem verschlossen für Frauenthemen". Viele der Frauen, die in den Basismedien arbeiten, lassen sich von diesen Entwicklungen nicht entmutigen. Sie greifen die Themen auf, die an anderer Stelle nicht unterkommen. Und ihre Themen wie die Gewalt in der Familie, eine nicht sexistisch geprägte Erziehung oder das Recht auf die Selbstbestimmung ihrer Körper in der Form der Abtreibung (eines der schlimmsten Tabus der chilenischen Gesellschaft) sind so aktuell wie immer.

Gleich zwei bedeutende und für ihre Art einzigartige Initiativen von Frauen für Frauen sind in Santigo anzutreffen: FEMPRESS und Radio Tierra, weltweit die einzige feministische Radiostation. Über letztere soll hier berichtet werden.





Ein Jahr auf Sendung: Radio Tierra

"Radio Tierra, das Radio, das Dir zuhört", so wirbt seit nunmehr einem Jahr der erste und bisher einzige feministische Radiosender der Welt. Und das nicht ohne Erfolg. Allein 5.000 Anrufe erhalten die fünf Radakteurinnen und deren annähernd 25 Mitarbeiterinnen monatlich. In der dichten Radiolandschaft Santiago de Chiles ist das alles andere als gewöhnlich. Fast ausschließlich Frauen sind es, die in Santiagos Künstlerviertel Bellavista im Schoße des Frauenzentrums La Morada tagtäglich 17 Stunden damit beschäftigt sind, die unterschiedlichsten Programme in den Äther zu schicken. Und dennoch sind es an manchen Tagen erwiesenermaßen mehr Männer, die dem Frauenradio ihre Aufmerksamkeit schenken. Eine für deutsche Verhältnisse erstaunliche Tatsache.

Da die ZuhörerInnenschaft durchaus heterogen ist, ist auch die Programmgestaltung interessant, da abwechslungsreich. Nachrichtenprogramme wechseln sich mit Beratungssendungen zu den unterschiedlichsten frauenrelevanten Themen, Kindermärchen, Sportsendungen oder politischen Magazinen ab. Zwischendrin immer wieder Musikprogramme, die einen eindeutigen Akzent auf lateinamerikanische Musik legen, ohne aber, wie beispielsweise Radio Umbral, der andere alternative Sender Santiagos, quasi ausschließlich andine Musik zu bringen. Mit seinen 5 Kilowatt erreicht der Sender die gesamte Haupstadt und damit potentiell ein Drittel aller Chilenen und natürlich Chileninnen.

Die Diversität ist für die Macherinnen von Radio Tierra trotz aller feministischen Orientierung Programm. Unleugbar zu allererst aus einem politisch-demokratischen Anspruch heraus. Aber, und da besteht auch keine Frage, aus der Notwendigkeit heraus, finanziell über die Runden zu kommen. "Denn wir müssen dieser enormen Aufgabe gerecht werden, eine politische Überzeugung und die Anforderungen eines kommerziellen Senders miteinander zu vereinbaren", gibt Victoria Quevedo, die erst vor kurzem aus dem schwedischen Exil zurückgekehrte Chefredakteurin, unumwunden zu. Momentan kommt dieser Druck noch nicht voll zur Geltung, da Radio Tierra zu einem Gutteil noch mit europäischen Geldern finanziert wird. Aber die Verträge mit den europäischen Geldgebern sehen mittelfristig eindeutig eine vollständige Eigenfinanzierung vor. Und wenn es schon immer schwieriger war experimentelle Sendungen zu verkaufen, so sind die künftigen Auftragsgeber aus der

das bürgerliche Handeln ist, legt sie, wie jede Lüge, Wert darauf, ihre Realität als Lüge ignorieren

Werbebranche zumindest deutlich an einer finanzstarken Mittelschichtszuhörerschaft interessiert. Ein Dilemma für die Frauen von Radio Tierra, die trotz allem an einer breiten ZuhörerInnenschaft in den poblaciones, Chiles Armenvierteln, interessiert sind.

Obwohl sich Radio Tierra für die kurze Zeit seiner Existenz mehr als gut in die Radiolandschaft integrieren konnte und zudem als kommerzielles Radio nicht den Unwägbarkeiten der neuen Gesetzgebung für Kommunalradios unterworfen ist (bis Anfang 1993 ist denen landesweit jeglicher Betrieb untersagt worden), ist seine Existenz aus anderem Grunde gefährdet. Die Redakteurinnen fürchten wegen ihres Engagements für das Recht auf Abtreibung eine spontane Schließung. Victoria: "Wir haben sehr große Angst, daß unser Radio schon morgen aus moralischen Gründen geschlossen werden könnte."

Die Red de Prensa Popular - ein Netzwerk von unten

Eine alte mechanische Olympiaschreibmaschine ziert das Logo der Red de Prensa Popular, dem Netzwerk der chilenischen Basispresse. 'Jeder Anschlag auf dem Papier ein Anschlag auf die Sprachlosigkeit einer Gesellschaft', so hätte es in revolutionäreren Zeiten geheißen. Heute ist nichtsdestotrotz der Kampf des Wortes gegen die Lethargie jener Menschen, denen im Laufe von 17 Jahren Diktatur ihre Sprache genommen wurde, aktueller denn je. Vielleicht nicht umsonst bedeutet 'incomunicación' in seiner deutschen Übersetzung sowohl die Unmöglichkeit von Kommunikation als auch schlichtweg Einzelhaft.

"Es ähnelt der Arbeit einer Ameise, aber wir hören nicht auf, die Leute zu fragen, was sie von unseren boletines halten.", so umreißt Margarita Fernandez von der Red de Prensa Popular den Versuch, dicht an der Basis zu bleiben. Die Koordinadorin der Red de Prensa Popular, einem Netz, dem fast alle Zeitschriften der chilenischen Basispresse angeschlossen sind, ist von dem Problem der Partizipation nur mittelbar betroffen. In ihrem Büro in Santiago in den Räumen von ECO - Educación y Comunicaciones, einer der wichtigsten chilenischen NRO (Nicht-Regierungsorganisation) im Bereich der Kommunikation, koordiniert sie den Kontakt zwischen 180 boletines aus dem Bereich der Basismedien. Hier laufen von jeder Zeitschrift Austauschexemplare für die jeweils übrigen ein, hier werden Weiterbildungsseminare in journalistischen Techniken organisiert und hier wird der Austausch zwischen den boletineros, den Journalisten einzelner Projekte abgestimmt. Jeden Monat erscheint ein Informationsbulletin für die teilhabenden Projekte.

Das Netzwerk wurde mit der direkten Unterstützung von ECO inmitten der Diktatur von verschiedenen Initiativen aus dem Raum Santiago im Mai 1984 aus der Taufe gehoben. Schon sehr bald wuchs die Red zu einem nationalen Projekt an, das in allen Regionen Chiles eigene Koordinationen hat. Miguel Farías bisher Koordinator der Red in der aktivsten aller Regionen, der fünften, beschreibt die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses als eine politische Notwendigkeit, den Menschen von unten ein Organ zu verschaffen, in dem sie ihre Bedürfnisse äußern können. Aber auch die boletineros wollten aus der Isolation heraus und sich eine Struktur geben, die ihnen die Möglichkeit geben würde, ihre eigenen Interessen gemeinsam zu verfolgen.

Die Strukturen der Red sind basisdemokratisch. Die Mitglieder treffen sich einmal pro Jahr, zwischenzeitlich berät ein Initiativkomitee über Aktivitäten. Eine der wichtigsten ist die jährliche Verteilung von Minimalstipendien an einzelne boletin-Projekte. Der lockere Zusammenschluß, der nicht zuletzt der Instabilität vieler Projekte zu verdanken ist, verhindert zwar eine Bürokratisierung des Netzwerkes, gibt aber auch im Rahmen der Kontinuität und der Notwendigkeit, als Projektpartner gewisse legale Strukturen aufweisen zu können, bestimmte Schwierigkeiten auf. Aber bei den regionalen Koordinationen potenzieren sich die Schwierigkeiten. Häufig fehlt, so wie in Viña del Mar, das Geld um ein eigenes Informationsbulletin herauszugeben oder etwas weiter abgelegene boletines zu besuchen.

Basismedien und Demokratisierung - enttäuschte Hoffnungen

Grundsätzlich herrscht hinsichtlich des Entwicklungszieles des Demokratisierungsprozesses in den Nichtregierungsorganisationen Chiles soweit Übereinstimmung, daß "... sich Entwicklung auf die Menschen und nicht auf die Gegenstände beziehen muß. In diesem Sinne könnte man sagen, daß sie das Resultat der Mobilisierung aller Faktoren, die das Leben der Menschen, aller Menschen ohne Ausschluß, und deren Verhältnis zur Umwelt bestimmen, ist." Es handelt sich also um eine Entwicklung in deren Zentrum der Mensch steht. Diese Vorstellung von Entwicklung sieht sich als eine, die vor allem die Veränderung hin zu einer demokratischen Gesellschaft meint, die den Menschen Platz für eine autonome, gerechte und partizipative Beteiligung läßt.

Aber: Jorge Moraga, einer der Initiatoren von CANAL 3, LA VICTORIA, einem Lokalfernsehprojekt aus Santiagos Vorstadt La Victoria, das die ruinöse Anschaffung einer Sendestation durch die Videoaufführung seiner Programme in der Straße umgangen hat, beurteilt die Situation der Basismedien in der Demokratisierung folgendermaßen: "Wir hatten die Vorstellung, daß die Regierung sich nicht nur formal, d.h. in der Form von Gesetzen zur Demokratie bekennen würde, sondern daß besonders die tatsächliche Demokratisierung des Kommunikationswesens eine vorrangige Rolle spielen würde. Heute befinden wir uns in der Situation, daß die alten Monopole aus der Zeit der Diktatur im Bereich der Medien weiterbestehen und die Regierung, mal von vereinzelter Unterstützung abgesehen, uns weder finanziell noch institutionell bei der Demokratisierung der Medien zur Seite steht."

Das Urteil ist hart aber es trifft die Situation der kleinen Basismedien. Bisher fehlt ihnen jeglicher weitergehender Schutz, der sie vor der Übermacht der Massenmedien bewahren könnte. Oder wie Luis Gallego, einer der Koordinatoren der chilenischen Lokalradioorganisation ANARAP, es ausdrückt: "In einer Situation, in der so große Interessen und so großes Kapital im Spiel ist, ähnelt die Lage der Basismedien der eines David im Kampfe gegen einen Goliath."

In seinem Umgang mit anderen politischen und kulturellen Vorstellungen wird das neue Gesellschaftsmodell Chiles, genannt Demokratie, zeigen müssen, ob es letztendlich nicht doch lediglich die humanere Fortführung des vorhergenden sein will.

Anm.:
Stand Juni 1991

boletines sind kleine Zeitschriften der Basisorganisationen

Comisión Plataforma y Organización del Seminario de ONG chilenas e italianas, Hacia una plataforma de las ONG chilenas para construir futuro, (Hektografierte Diskussionsvorlage des Seminars "El Sur todavia existe", das in Santiago de Chile vom Juni 1992 stattgefunden hat), Santiago de Chile 1992. Kapitel 'Desarrollo Local', Comisión, S. 1.

zu lassen. Es unternimmt alles uhd würde immer alles unternehmen, um vergessen zu lassen, daß es

Demokratie und die Linke – Literatur zu Uruguay

Sammelrezension

von Michäel Seligmann



Die Montevideaner begrüßen die letzten politischen Gefangenen der Diktatur bei ihrer Entlassung vor dem Polizeipräsidium im März 1985.

Der Nationalheld Artigas

Ein vom Schmuggler zum General der antikolonialistischen Befreiungstruppen aufgestiegener Mann, Verkünder der ersten Agrarreform Lateinamerikas im Jahre 1815 ("Die Unglücklichsten werden die Bevorzugten sein"), in dessen Heer die Charrúa, Tape und Minuano ebenso für ihre Freiheit kämpften wie die freien Schwarzen, die Mischlinge und armen Kreolen. Verraten und verfolgt vom Bürgertum starb er im Exil. Der nationale Mythos: Landstreicher und Viehdieb, Inbegriff von Freiheit und Feind jeglicher Autorität, der kein Eigentum anerkannte, der Gaucho. "Sein Geist der Ungezwungenheit, des fehlenden Respekts vor den Behörden und seine anarchistische Improvisation ist heute noch vielen Uruguayern eigen", schreibt Ernesto Kroch.

Uruguay, das kleine Land im Süden des lateinamerikanischen Halbkontinentes fand bislang wenig Beachtung in der (west-)deutschen Literatur und den Medien hierselbst. Nach knapp 12+Jahren Diktatur, herrscht dort seit sieben Jahren wieder die vielbeschworene parlamentarische Demokratie oder, wie sie Eduardo Galeano nennt: die "Demokratur", oder, wie sie die bekannteste Gesangsgruppe Uruguays, "Los Olimareños", in einem ihrer Lieder heißt: "die bewachte Demokratie, die beschnittene Demokratie, die 'gut' geführte Demokratie". Vor dem Hintergrund einer Geschichte des Landes in Schlagzeilen werden die in den letzten Jahren auf deutsch erschienenen Bücher und Broschüren vorgestellt, die sich mit der bewegenden Gegenwart Uruguays beschäftigen.

Vom Gestern zum Heute

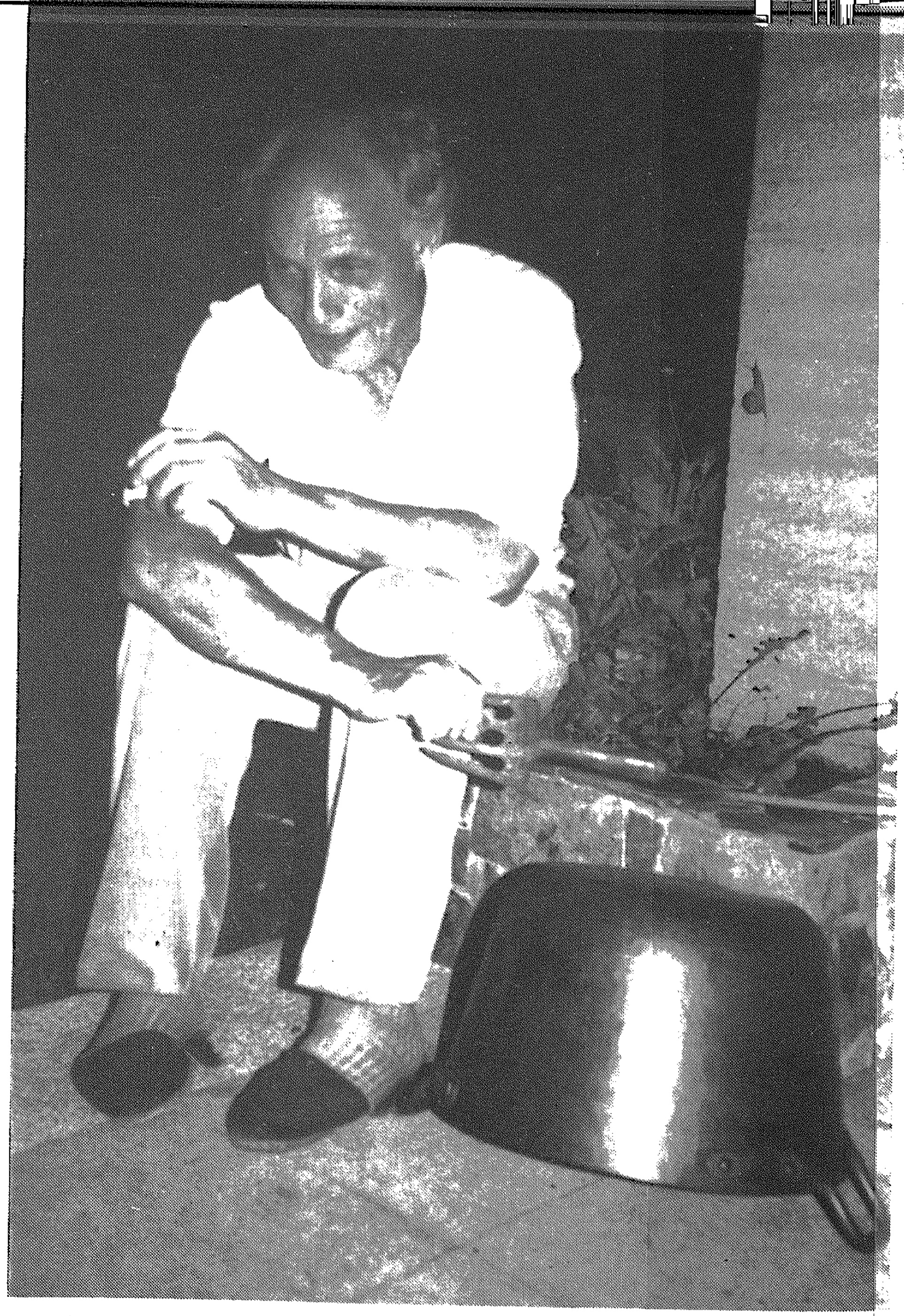
1830 unter dem Druck britischer Kriegsschiffe als "unabhängiger" wirtschaftlicher Brückenkopf des Vereinigten Königreichs von Großbritannien auf lateinamerikanischem Boden gegründet, lagert das Original der ersten Verfassung der "República Oriental de Uruguay" heute immer noch im Tresor der englischen Staatsbank. 1970 erschütterten Militärberater der USA das Land, dessen Ökonomie auch heute noch unter US-amerikanischer Dominanz steht. "Fluß der singenden Vögel" bedeutet Uruguay in der Sprache der Tupi-Guaraní; von den Ufern des Rio Uruguay, Grenzfluß im Norden des Landes, machten sich die armen Reis- und Zuckerrohrarbeiter Mitte der fünfziger Jahre auf, ihre Menschenrechte einzufordern. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das kleine Land als "Schweiz Lateinamerikas" gegolten, eine der ältesten parlamentarischen Demokratien des Subkontinentes, in der eine breite städtische Mittelschicht europäischen Lebensstandard genoß und der Acht-Stunden-Tag, Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, kostenloser Schulbesuch seit ihrer Einführung in den Jahren zwischen 1915 und 1920 für die städtische Bevölkerung Alltag war. Auf dem Land regierten jedoch seit der Niederlage der Truppen des Artigas' im Jahre 1820 immer noch die Großgrundbesitzer und scherten sich einen Dreck um die papiernen Rechte ihrer Landarbeiter. Den Landarbeitern und ihrer Gewerkschaft jagte der demokratische Staat die Polizei auf den Hals. Die Erfahrungen, gegen die Landoligarchie nicht mit gewerkschaftlicher Organisation innerhalb des proklamierten demokratischen Rechtsstaats obsiegen zu können, führte den Führer der Landarbeitergewerkschaft, Raúl Sendic, und eine Gruppe linker Intellektueller, die der Kommunistischen Partei Uruguays nicht nahestanden, dazu, einen bewaffneten Arm der anwachsenden neu entstandenen Volksbewegungen zu gründen, die Tupamaros. Ihren Namen hatten sie mit Blick auf historische Vorbilder gewählt: Tupac Amarú II war der peruanische Anführer eines mächtigen Aufstandes gegen die spanische Kolonialherrschaft gegen Ende des 18. Jhdt.s, Tupac Amarú (I), Inka-Herrscher, der der spanischen Eroberung bis zu seiner Ermordung 1572 widerstanden hatte.

Die seit den fünfziger Jahren bis heute andauernde wirtschaftliche Krise der exportorientierten uruguayischen Wirtschaft stieß in den sechziger Jahren auf den immer breiter werdenden Widerstand von Gewerkschaften und Studentenvereinigungen, denen die immer noch parlamentarisch-demokratischen Regierungen mit zunehmender Repression zu begegnen suchten. Meistgehaßter Gegner der konservativ-reaktionären Regierungen, der Wirtschaftsoligarchie und der Militärs wurde die Stadtguerrilla der "Nationalen Befreiungsbewegung (MLN-) Tupamaros", deren Aktionen auf breite Sympathie unter der hauptstädtischen Bevölkerung stießen.

Als die Tupamaros 1972 besiegt, ihr Apparat zerschlagen, die Volkskämpfe dadurch aber nicht unter Kontrolle zu bringen waren, lösten Militär und Regierung im Jahr darauf das Parlament auf und

ein Denken ist. Es erinnert sich zu gut daran, daß die Bastille gegen alles abgesichert war, - nur gegen

verboten die hinderliche Demokratie. Einem der systematischsten Terrorregime Lateinamerikas -jede/r fünfzigste wurde gefoltert - gelang es jedoch nicht, das Volk dauerhaft zu unterjochen. Im Frühjahr 1985 übernahm wieder eine demokratisch gewählte Regierungsmannschaft die Regierungsgewalt, nachdem es in den Jahren zuvor zu zahlreichen Massenstreiks und großen Demonstrationen der noch verbotenen Gewerkschaftskomitees und Studentengruppen gekommen war. In den ersten Jahren nach dem Ende der Diktatur herrschte mit der öffentlichen Auseinandersetzung über Diktatur und bewaffnetem Kampf in Uruguay ein liberaleres Klima als zur gleichen Zeit in der BRD.



Das Buch

Nur ein Buch auf Deutsch widmet sich dieser Geschichte annähernd in seiner ganzen Fülle. Der vor dem deutschen Faschismus nach Uruguay geflohene Ernesto Kroch, längst Wahl-Uruguayer, läßt in seiner Darstellung Uruguays für die ersten Jahrhunderte uruguayischer Geschichte nicht viel Raum. Eine zwar instruktive aber nur grobe Skizze der gesellschaftlichen Entwicklung auf nicht einmal 50 Seiten genügt ihm für die Jahrtausende bis zu Anfang der sechziger Jahre des 20.Jahrhunderts. Dreiviertel seines Werkes widmet er der ausführlichen Schilderung der Krise der vergangenen 30 Jahre. Hier nennt er viele Namen und Fakten, die er in den Zusammenhang von Wirtschaftsimperialismus der USA und Europas und des sich von Demokratie über Diktatur bis zur heutigen Demokratie hindurchziehenden Wirtschaftsliberalismus' mit der daraus folgenden Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung und den Volksbewegungen dagegen stellt. Er beschreibt die Kämpfe der Gewerkschaften von der Bildung der Einheitsgewerkschaft 1964 über ihr Verbot nach 1973 und ihr Überdauern im Untergrund sowie ihr öffentliches Wiederauferstehen Anfang der achtziger Jahre aus der Sicht eines "militante", eines Gewerkschaftsmitglieds aus den Reihen der Kommunistischen Partei Uruguays (KPU), die immer eine wichtige Rolle in der uruguayischen Gewerkschaftsbewegung gespielt und immer versucht hat, ein zentrale Rolle einzunehmen. Seine Position versucht er an keiner Stelle zu verdecken oder aufzudrängen. Aus der Sicht eines Sympathisanten der Tupamaros wäre die Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf und den Aktionen der Tupamaros stärker hervorzuheben, der Darstellung der Ereignisse durch Kroch aber ist insgesamt zuzustimmen. Sein Buch stellt für alle, die sich dem kleinen Land am Rio de la Plata nähern wollen eine unverzichtbare Grundlage dar und ist das Beste, was es auf Deutsch dazu gibt. Und, es ist, mit einfachen Worten erzählt, gut zu lesen.

Tupamaros

Wer sich darüberhinaus den Tupamaros nähern will, ist darauf angewiesen, sich die Informationen aus drei Broschüren: "Tupamaros. Von der Stadtguerrilla zur Massenpartei", "Materialien zu Uruguay" und "Uruguay-Reader" zusammenzuklauben, die von sympathisierenden Deutschen und Uruguayern zusammengestellt worden sind oder die packende Erzählung "Hände im Feuer. Ein Tupamaro blickt zurück" zu lesen, die Erinnerung des Tupamaros David Cámpora bearbeitet von dem exzellenten uruguayischen Journalisten Ernesto Gonzalez Bermejo. In ihrem 22-seitigen Nachwort zu dem bereits 1986 erschienenen Buch schildert Gaby Weber distanzlos aber nicht ungenau den Werdegang der Stadtguerrilla und die Verarbeitung der militärischen Niederlage in der 1985 wieder neu entstandenen Organisation. Heute sind die "Tupas" eine im politisch-parlamentarischen Rahmen agierende Organisation, Teil des Linksbündnisses "Frente Amplio", der drittgrößten Partei Uruguays, die bei den letzten Wahlen in der Hauptstadt die mit Abstand stärkste geworden ist. Gaby Weber veröffenlichte Ende der achtziger Jahre auch einige Interviews mit fünf Zentralkomitee-Mitgliedern der MLN (=Nationale Befreiungsbewegung) - Tupamaros, die für alle spannend zu lesen sind, die schon einiges über die Geschichte Uruguays und der Tupamaros

Ideen nicht! Im Einverständnis mit dem bürgerlichen Denken und dessen Wünsche erfüllend, hat

wissen. Für uns, Linke in der BRD, wichtig erscheint mir die meines Wissens nach historische Einmaligkeit, daß die Gründergeneration der Guerrilla deren militärische Niederlage und die brutalste Repression überlebte, die eigenen Fehler ansatzweise öffentlich diskutierte und aufrecht genug war, ohne Aufgabe ihrer Grundpositionen Taktik und Form ihrer Politik in Abstimmung mit den und auf die Volksbewegungen neu zu bestimmen.

Im "Uruguay-Reader", Ende 1992 erst erschienen, findet sich viel Aktuelles. Interviews mit Tupamaros und Tupamaras über ihr Verhältnis zur Frente Amplio und zum Parlamentarismus, zu den Volksbewegungen der neunziger Jahre, über die Rolle der Frauen, über ihre Positionen innerhalb der uruguayischen Gewerkschaften, über ihre Medien. In diesem Reader finden sich aber auch Artikel über die Geschichte des Anarchismus in Uruguay, über die von der Federación Anarquista Uruguaya (FAU) betriebene Poliklinik, ihre Druckerei, ihre Zusammenarbeit mit den Tupamaros und anderen linken Organisationen im Land. Der Anarchismus hat in Uruguay eine ungebrochene Tradition seit Anfang dieses Jahrhunderts, die Übergänge zur radikalen Linken sind immer schon undogmatisch fließend gewesen. Als die Zuckerrohrarbeiter demonstrierten waren anarchistische GenossInnen genauso dabei, wie in der Gründungsphase der Tupamaros; die Überbetonung des bewaffneten Kampfes gegenüber den Kämpfen der Volksbewegungen ließ sie aber schließlich eine eigene, kleine Guerrilla gründen. Wer mehr darüber wissen und Mosaiksteine über Uruguay in den neunziger Jahren zusammentragen möchte, sollte sich unbedingt diese billige Broschüre besorgen.

Das Parlament und das Volk

"Das Volk entscheidet", lautet der programmatische Titel eines Buches über die größte Massenbewegung im Uruguay des Jahrhunderts. Die deutsche Autorin, Monika Bossung, arbeitete 1989/1990 in Montevideo bei der Menschenrechtsorganisation SERPAJ und verarbeitete ihre Eindrücke und viele Interviews. Zahlreiche Zitate aus Gesprächen, Dokumenten, Verlautbarungen und Zeitungsartikeln geben ein lebendiges Bild der Volksbewegung gegen das Amnestiegesetz für die Folterer, das vom demokratisch gewählten Parlament unter dem Druck der Militärs und der Rechten 1986 beschlossen, alle Täter der Diktatur freisprach. Im Verlauf der atemberaubenden Entwicklung dieser Volksbewegung sprachen sich über 600.000 wahlberechtigte Uruguayer und Uruguayerinnen namentlich für die Bestrafung der Folterer aus; in Uruguay leben nur ca. 2,9 Millionen Menschen! Ermessen kann man diesen Akt von Zivilcourage erst, wenn man bedenkt, daß der Folter- und Militärapparat ungebrochen in die Demokratie hinübergegangen ist, die Archive der Repression sich nach wie vor in den Händen von Polizei und Militär befanden (und befinden) und die Militärführung in Form des Verteidigungsministers, der nebenbei auch der Chef der letzten Militärjunta gewesen ist, öffentlich erklärte, die zur Zeit der Diktatur inhaftierten und gefolterten Linken bedauerlicherweise nicht allesamt á la Argentina hingerichtet zu haben, man diesen Fehler aber zukünftig nicht noch einmal begehen würde. Knapp ging die hart erkämpfte Volksabstimmung zugunsten der Amnestie für die Folterer aus. Gescheitert ist die Volksbewegung letztlich daran, daß sie, wie die Linke im Land, eine städtisch ausgerichtete Bewegung gewesen ist, die die Weite des Landes mit ihrer Dominanz reaktionärer Landeigner zu wenig erreicht hat.

Monika Bossungs Buch darüber ist ihr Engagement anzumerken, daß sie angerührt ist von dem Kampf der Menschen gegen die Folterer. Ihre Darstellung lebt von den im Jahr ihres Aufenthaltes gemachten Erfahrungen. Ihre Skizze der uruguayischen Geschichte jedoch beruht im Wesentlichen und oft wörtlich auf dem Manuskript des Buches von Kroch über Uruguay, das ihr zur Verfügung stand und bleibt für die, die wenig über Uruguay wissen unverständlich.

Ungefähr zur gleichen Zeit wie Monika Bossung hielt sich Christoph Wagner mit einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung in Uruguay auf, um über die "Konsolidierungsprobleme Uruguays" nach der Diktatur seine politikwissenschaftliche Magisterarbeit zu schreiben. Das Buch bestätigt alle Vorurteile gegenüber jenen, die Politik wissenschaftlich-technokratisch zu betrachten vorgeben. Es ist bis auf kleinere Fehleinschätzungen korrekt aber bar jeder Erfahrung mit der bewegenden Volksbewegung geschrieben; Interviews oder gar Gespräche fehlen so als Grundlage gänzlich. Für die eine oder andere Uruguay-Expertin mag die Arbeit von Interesse sein und sei deshalb hier erwähnt; sie sollten jedoch darauf gefaßt sein, sich durch hunderte von Fußnoten quälen zu müssen.

Teil 2 dieser Rezension folgt in SF-2/93

Monika Bossung, **Das Volk entscheidet. Uruguays Widerstand gegen die Militärdiktatur,** AG SPAK Publikationen München 1991, DM 24,-.

Ernesto Kroch, **Uruguay zwischen Diktatur und Demokratie,** dipa-Verlag Frankfurt/M. 1991, DM 32,-.

Materialien zu Uruguay. Broschüre im Zusammenhang mit dem Spanischkurs in Montevideo, zusammengestellt in Berlin 1992, DM 9,- in Briefmarken (einschl. Porto). Anfragen an: Enrique Alemán, Arndtstr. 28, W-1000 Berlin 61.

READER zur Frauenbewegung in Uruguay, zusammengestellt von , Duisburg 1991, DM 8,- in Briefmarken (einschl. Porto). (Bestelladresse: Cotidiano Mujer c/o Caroline Kappler, Fischerstr. 94, W-4100 Duisburg 1)

Tupamaros. Von der Stadtguerrilla zur Massenpartei. Texte und Interviews von und mit Eleuterio Fernández Huidobro u.a., hg. v. Arbeitskreis Internationalismus Karlsruhe (AKI) 1991, DM 6,- (Bestelladresse: AKI, Postfach 2067, W-7500 Karlsruhe).

Uruguay-Reader, hg. v. Archiv '92, Redaktion: Ak Pitirre in Bremen Dezember 1992, DM 7,- (einschl. Porto). Bestellungen an: Archiv '92, Eichenberger Str. 9, W-2800 Bremen 1.

Christoph Wagner, **Politik in Uruguay 1984-1990.** Probleme der demokratischen Konsolidierung, LIT-Verlag Münster, DM 48,80.

Gaby Weber, **Ein Mythos stirbt. Tupamaros heute,** in: Ernesto Gonzalez Bermejo, Hände im Feuer, Focus Verlag Frankfurt/M. 1986, DM 24,80, S. 243 - 265.

Gaby Weber, **Die Guerrilla zieht Bilanz.** Gespräche mit Guerrilla-Führern in Argentinien, Bolivien, Chile und Uruguay, Focus Verlag Frankfurt/M. 1989, DM 29,80, S.98 - 185.

Goldenes Land

Killing Fields

von Michael Höltig



Vorspann: Seit über 40 Jahren befindet sich Burma in permanentem Kriegszustand. Einer der Gründe hierfür liegt in der ethnischen Vielfalt begründet. Eine Vielzahl verschiedener Völker besiedelt das Land; über 100 verschiedene Sprachen existieren. 2/3 der Menschen gehören zum Volk der Burmanen und besiedeln das zentrale Tiefland entlang der Flußebenen. Zu den größten ethnischen Minderheiten zählen im Westen Burmas die Rohingyas und Chin, im Norden Naga und Kachin, im Nordosten und Osten die Shan, Pa-O, Kayah, Karen und Mon.

Die ausgedehnten Berggegenden an der Peripherie wurden schon zu Zeiten der Kolonialmacht Emgland weitgehend sich selbst überlassen. Der Gedanke einer Einheit Burmas blieb den meisten Volksgruppen fremd, da sie relativ unbehelligt von der Zentralmacht lebten und auch so gut wie keine finanzielle Unterstützung zur Verbesserung ihrer Infrastruktur erhielten.

Der japanische Siegeszug durch Südostasien im 2.Weltkrieg trug zur Polarisierung Burmas bei. Die erstarkte, nationalistisch gesinnnte burmesische Unabhängigkeitsbewegung unterstützte anfangs die Japaner als Befreier von der Kolonialmacht England. Ethnische Minderheiten (Chin, Karen und Kachin) organisierten Guerillagruppen und kämpften auf Seiten Englands. Erst gegen Ende des Krieges schlugen sich die Nationalisten auf die Seite der Alliierten. Nach dem Rückzug der Japaner versuchte vor allem Aung San, der „Vater" der burmesischen Unabhängigkeitsbewegung, das in Burma herrschende gegenseitige Mißtrauen abzubauen und die ethnischen Minderheiten in die geplante burmesische Union zu integrieren. Mit seiner Ermordung war diese Idee zum Scheitern verurteilt. Nur wenige Monate, nachdem das Land im Januar 1948 die Unabhängigkeit erlangt hatte, ging die „Kommunistische Partei Burmas" in den Untergrund. 1949 folgten im Osten Burmas Karen, Mon, Kayah, Pa-O und im Westen, in Arkan State, etablierte sich eine moslemische Guerilla.

Die Forderungen der aufständischen Völker verlangten größere Autonomie, bessere Unterstützung der traditionell vernachlässigten Randgebiete durch die Zentralregierung, in einzelnen Fällen auch das Recht auf Abspaltung von der burmesischen Union. Dieses Recht war in der Verfassung von 1947 den Shan und Kayah zugesprochen worden. 1958 nahmen die Shan den bewaffneten Kampf zur Durchsetzung dieses Anspruchs auf, die Kachin folgten 1961.

Die Machtübernahme durch General Ne Win 1962 zerstörte die geringen Chancen auf eine politische Einigung. Die Militärdiktatur unterdrückte jede Art von Widerstand rigoros. Vor allem die im Laufe der Jahre immer wieder aufflackernden Studentenproteste wurden blutig niedergeschlagen. Die zusammengeschossenen Demonstrationen für Demokratie 1988 *(vgl. SF-29, „Putsch in Birma" von Wolfgang Haug)* erregten erstmals das Interesse der Weltöffentlichkeit. Auch die Vorgehensweise gegen die ethnischen Minderheiten beschränkte sich auf militärische Mittel; Friedensverhandlungen wurden seitens der Diktatur nie ernsthaft geführt. Außer der Forderung nach bedingungsloser Unterwerfung hatten die Militärs den aufständischen Völkern nie etwas zu bieten.

Diesen kurzen historischen Vorspann wollen wir zum besseren Verständnis dem Bericht Michael Höltigs über seine 1992 durchgeführte Reise zu den verschiedenen Guerilla-Gruppen in Burma vorausschicken.

istische Widerspiegelung gemacht. Da liegt sehr genau das von der Bourgeoisie verfolgte Ziel: sich



Photo:Marcin Rutkiewicz/transparent

Trotz wachsenden Widerstandes gegen die seit 30 Jahren in Burma herrschende Militärdiktatur ist ein Ende derselben nicht in Sicht. Unter weitgehendem Ausschluß der Weltöffentlichkeit sind die Menschen dieses südostasiatischen Landes sich selbst überlassen in ihrem Kampf um Demokratie und Menschenrechte. Die internationale Reaktion auf den Terror der Machthaber ist geprägt von Gleichgültigkeit und Opportunismus.

„Soldaten und Einheiten der *Lon Htein*, der Aufstandsbekämpfungstruppen, hatten am Tag vorher das Rangoon Institute of Technology überfallen. Wir versammelten uns daraufhin auf dem Campus der Rangoon University und beschlossen, einen Protestzug zum RIT durchzuführen. Wir waren Hunderte von Studenten, und während des Zuges gesellten sich immer mehr Menschen zu uns, vor allem High-School-Schüler. Aber wir kamen nicht weit.Bis zur 'Weißen Brücke', nahe dem Ufer des Inya-See gelegen. Dort warteten sie auf uns, Militär und *Lon Htein*. Vielleicht hast du davon gehört, was dann geschah, es war im März 1988. Man nannte es den Zwischenfall an der 'Weißen Brücke'."

Kyaw Win zögerte und sein nachdenklicher Blick fragt, ob es Sinn machen würde, zu viele Details zu erzählen, ob sich sein Gegenüber wirklich vorstellen könne, was an der Weißen Brücke geschah. Nach einigen Zügen and seiner Cheroot, der allgegenwärtigen burmesischen Zigarette, entscheidet er sich für die komplette Geschichte. Einige Minuten später wird ihm mein nachdenklicher Blick antworten, daß ich mir von diesem 'Zwischenfall' eigentlich keine Vorstellung machen könne - ein Eingeständnis, das sich noch häufig wiederholen würde.

„Die Soldaten hatten ihre Waffen auf uns gerichtet, aber die *Lon Htein* griffen zuerst an. Sie prügelten gnadenlos auf uns ein, und da wir nahezu umzingelt waren, gab es für viele kein Entkommen. Die Soldaten schossen auf Fliehende und stachen mit Bajonetten auf sie ein. Einige, die versuchten, am Ufer des Inya wegzurennen, wurden ins Wasser getrieben und ertränkt. Ich hatte mit anderen das Glück von Bewohnern anliegender Häuser versteckt zu werden. Die 'Weiße Brücke' war hinterher nicht mehr weiß, das Blut der Verletzten und Getöteten hatte sie rot gefärbt. Mehr als Hundert von uns wurden ermordet."

„Das ferne Brummen von Flugzeugen dringt durch die mittägliche Stille und wir gehen vorsichtshalber zu den Schützengräben. Dumpfes Grollen von Explosionen zeigt, daß der Angriff den Stellungen der weniger als 10 km entfernten Frontlinie gilt. Kyaw Win deutet in die Richtung und seine Stimme ist nicht ohne einen Anflug von Stolz als er sagt: „Dort sind auch unsere Einheiten, zusammen mit denen der Karen. In der ABSDF, der 'All Burma Students Demokratic Front', haben wir 3000 Mann, die mit der Waffe Widerstand gegen die Diktatur in Rangoon leisten. Morgen wirst du mehr sehen..."

Früh am nächsten Morgen liegen Boote bereit, um Kämpfer der ABSDF und der 'Karen National Union (KNU)' von Manerplaw zur nahen Front zu bringen. Manerplaw, an der Grenze zu Thailand gelegene Hauptstadt der selbsternannten autonomen Republik Kaw Thoo Lei der ethnischen Minderheit der Karen, hatte sich in den vergangenen Jahren zu einem Zentrum des Widerstandes, zu einem Hauptquartier nahezu der gesamten Opposition gegen die Militärdiktatur in Burma entwickelt. Wie jedes Jahr war es das Ziel der Generäle in Rangoon, Manerplaw von der Landkarte zu wischen, doch erstmals waren die burmesischen Truppen in gefährliche Reichweite gekommen.

Diskussionen im Hauptquartier der KNU verzögern den Aufbruch zu früher Stunde, vom späten Vormittag bis vier Uhr nachmittags, der üblichen Angriffs-

als herrschende Klasse, die handelt und denkt, in Vergessenheit zu bringen. Die Ökonomie ist eine

zeit der burmesischen Luftwaffe ist jeglicher Transport auf den Flüssen tabu. Am späten Nachmittag schließlich klettern erwartungsvoll blickende Bewaffnete in die bereitliegenden Boote.

Nach kurzer Fahrt auf dem Thaungyin ist der Salween erreicht. Eine atemberaubende Fahrt auf den Flüssen verdrängt die Gegenwart des Krieges. Die hohen umliegenden Berge, bedeckt mit dichtem Grün, strahlen eine majestätische Schönheit und Faszination aus, der man sich nicht entziehen kann. Bizarre Felsformationen säumen die Täler, ausgewaschen und geformt von der Kraft des Wassers, das die Flüsse während der Regenzeit anschwellen läßt. Hoch auf einem Berg eine winzige Pagode, deren Kuppel im Licht der untergehenden Sonne funkelt. Erzählungen vermischen sich mit Träumen und Legenden: Burma - das Goldene Land. Ein kurzer Ruf holt mich in die Wirklichkeit zurück: „Dort liegt Me Pa, wir sind angekommen!"

Das Basislager Me Pa am Ufer des Salween ist die letzte Station auf dem Weg zur Front. Ein Kette von Bergen und Gebirgskämmen bildet ein nur schwer überwindbares Hindernis für die burmesische Armee. Vier Stunden anstrengender Marsch sind es von Me Pa bis zum *Bu Thaw Kyo*. Auf dem sonnendurchglühten Höhenzug haben sich Einheiten der KNU und der ABSDF eingegraben. Am südlichen Rand die ruhigen, stoische Gelassenheit und Zurückhaltung ausstrahlenden Karen, in der Mehrzahl Jugendliche unter 20, die ihren siebenjährigen 'revolutionären Dienst' verrichten. Nach Norden ausgelassene, muntere Kämpfer der ABSDF, auch hier nur wenige über 20. Ein ruhiger Tag heute, keine Luftangriffe, noch nichteinmal Schußwechsel mit den nur wenige hundert Meter entfernten burmesischen Truppen. Freudige Erregung beim Anblick des fremden Gesichts: - Aus Deutschland kommst du? Erzähle uns etwas über dein Land, über die Vereinigung! Herrscht jetzt endgültig Frieden bei euch? -

Mit 15 oder 16 Jahren verließen vieler ihr Zuhause, nach den blutig niedergeschlagenen Demonstrationen für Demokratie, die 1988 Burma aus dem erzwungenen Dornröschenschlaf seiner jüngeren Geschichte herausrissen. „Zu jene Zeit dachten wir, daß wir unser Land verändern könnten durch unsere *people's power*. Das ganze Land nahm damals an den Demonstrationen teil, Studenten und Schüler, Kaufleute, Büroangestellte, Lehrer, Arbeiter, selbst viele Angestellte staatlicher Institutionen. Millionen Menschen waren auf der Straße für den Fall der Ein-Parteien-Regierung, der Militärherrschaft."

Im August und September 1988 erreichten die Demonstrationen ihren Höhepunkt. Jegliche Hoffnung auf politische Reformen und Demokratie erlosch am 18. September als vom Militär die Einsetzung des 'State Law and Order Restauration Council (SLORC)' bekanntgegeben wurde. Allgemein als Militärputsch bezeichnet, war dies dennoch nicht viel mehr als ein weiterer Schachzug der Machthaber, um mit neuem Namen ihre wankende Herrschaft zu konsolidieren. Ab jenem Tag wurde wieder gnadenlos geschossen, selbst demonstrierende Schulkinder wurden nicht verschont. Rund 10 000 Schüler und Studenten flohen im September und Oktober jenes Jahres vor der Verfolgung durch den Geheimdienst in die Berggegenden entlang der thailändischen Grenze, wo die aufständischen Völker der Mon und Karen weite Gebiete unter ihrer Kontrolle hatten.

"Manche von uns marschierten wochenlang durch den Dschungel, bis sie in den Gebieten der Aufständischen ankamen. Wir wollten uns dem bewaffneten Widerstand anschließen, denn wir wußten, daß mit friedlichen Mitteln nichts erreicht werden konnte. Am 5. November 1988 wurde die ABSDF gegründet. Die meisten von uns kamen zuerst zum 'Three Pagoda Pass', der damals unter Kontrolle der Karen war. Die Karen gaben uns Lebensmittel, Kleidung und militärisches Training, danach die Waffen, mit denen wir heute kämpfen. Komm, wir zeigen dir unsere Stellungen!"

Entlang des gesamten Höhenzuges ziehen sich die Gräben und Bunker. Kahlgeschlagen die Kuppen des Kamms, zum Bau der Bunker und von burmesischen Granatwerferfeuer. Zwei bis drei Monate müssen alle während der halbjährigen Trockenzeit, in der Krieg geführt werden kann, ununterbrochen hier in dieser Ödnis aushalten, dann gibt es eine Woche Pause in Manerplaw. Verpflegung - Reis mit chiligewürzter Fischpaste - und Wasser werden mühsam von Me Pa durch Träger herauftransportiert.

„Zieh den Kopf ein", mahnen die Jugendlichen, als wir das nördliche Ende des Kamms erreicht haben, „burmesische Scharfschützen können diesen Teil einsehen!" Für sie die normalste Sache der Welt, nichts, worüber man übermäßig besorgt sein müßte. Vorsichtig lugen wir zwischen einigen abgerissenen Zweigen hindurch, auf einen kahlen, 200 Meter entfernten, etwas niedrigeren Hügel. Nichts zu sehen, vielleicht genießen auch die Jungs auf der anderen Seite den ruhigen Tag. - Habt ihr keine Sehnsucht nach Hause, nach eurer Familie? - Kaum einer zögert, ihre offenen Jungengesichter mit den viel älteren, erfahrenen Augen strahlen mich an und überzeugen mich, daß sie es ernst meinen: „Fast keiner hat Kontakte zu seiner Familie oder Nachrichten von Freunden. Einige wissen, daß ihre Familien gezwungen wurden, wegzuziehen, doch sie wissen nicht, wohin. Aber solange SLORC an der Macht ist, kann es für uns keine Zukunft geben."

SLORC - das Synonym für Unterdrückung und Terror in Burma. Nur selten werden Namen genannt, denn die Figuren an der Spitze sind auswechselbar. Nicht nur der unheilvolle Klang des gesprochenen Begriffes und der volle Name - 'Staatsrat für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung' - lassen Orwell's totalitäres Imperium des Großen Bruders Gestalt annehmen. Wer von SLORC spricht, meint eine Militärclique, die die Reichtümer des Landes als ihre eigenen betrachtet, beschreibt Folter, Repression und einen die gesamte Gesellschaft durchdringenden Geheimdienst.

Im Hintergrund, darüber sind sich alle einig, zieht noch immer der Mann die Fäden, von dessen Willkür das ganze Land seit Jahrzehnten abhängig ist: General Ne Win, einer der 'Dreißig Kameraden', die in den Vierziger Jahren die Speerspitze der burmesischen Unabhängigkeitsbewegung bildeten. 1962 hatte Burma's Großer Bruder mit einem Staatsstreich die Macht übernommen und das Land in eine nahezu perfekte Isolation geführt. Mit einer einzigen Ausnahme wurden alle ausländischen Firmen enteignet oder gezwungen, ihre Niederlassungen aufzugeben. Durch strikte Pressezensur sogar der internationalen Nachrichtenargenturen und die komplette Schließung der Grenzen gelang es Ne Win, Burma in den Schatten der Weltgeschichte zurückzudrängen. Sein „burmesischer Weg zum Sozialismus" entpuppte sich las starre Propaganda, mit der die Ausplünderung und der wirtschaftliche Niedergang des potentiell reichen Landes übertüncht werden sollte. Der Mythos vom 'Goldenen Land' überlebte jedoch dessen Schattendasein und wurde sorgsam gepflegt von den spärlichen Touristengruppen, die auf wohlbegrenzte Touren nur die faszinierende Sonnenseite eines Märchenlandes präsentiert bekamen.

Mystisch wie das Land auch die Gestalt Ne Wins, Legenden und Erzählungen umranken sein Leben. Überliefert ist sein ausgeprägter Hang zur Astrologie, von der viele Entscheidungen abhängig gemacht werden.. Ne Wins Rücktritt als Parteivorsitzender und Kommandeur der Armee im Juli 1988 wird keine große

Idee, die geheim bleiben muß, weil sie eine Idee ist, die gegen Ideen plädiert. Marx macht also eine

Bedeutung beigemessen. Ein Mann, der 26 Jahre lang ein Land nach seinen Vorstellungen geformt hat, verläßt nicht spurlos die Bühne. Daß zumindest der Geist des Großen Bruders lebendig ist, zeigt die Tatsache, daß noch immer Protest und Widerstand mit vielfältigen Formen der Repression beantwortet werden.

Zurück in Me Pa, erhalten die Erzählungen über den Umgang der burmesischen Armee mit der eigenen Bevölkerung eine beklemmende Bestätigung. Ein halbes Dutzend ausgemergelte, abgerissene Gestalten drängen sich um eine Feuerstelle und starren auf einen Topf, in dem Reis kocht. „Träger, die entkommen sind, erklärt Major Kaw Soe, Offizier der KNU, „sie sind vor wenigen Stunden von einer unserer Patrouille gefunden worden." Nähere Erklärungen sind kaum nötig, alle wissen Bescheid, das Äußere der Männer spricht auch für sich. Hemden und *longyi*, die traditionellen knielangen Röcke, nur noch Fetzen, in den Fetzen Körper, die wohl seit Wochen keine vernünftige Mahlzeit mehr bekamen. Und Augen, die in der Hölle waren, die es noch nicht glauben können, daß sie diese hinter sich gelassen haben.

„Möchtest du mit ihnen sprechen?", fragt Major Kaw Soe. und er deutet mein schweigendes Zögern richtig. „Kein Problem, du kannst auch von anderen, die sich schon wieder erholt haben, erfahren, was passiert ist."

Die Offensiven der burmesischen Armee gegen die ethnischen Minderheiten in Burma lassen Erinnerungen an das Kambodscha Pol Pots wach werden. Zur Bewältigung der Nachschubprobleme auf Grund der geographischen Gegebenheiten - gebirgiges, dicht bewaldetes Terrain und häufiges Fehlen von Straßen oder für Motorfahrzeuge geeigneten Wegen - werden Tausende von Zivilisten als Träger zwangsverpflichtet. Dörfer durch die das Militär zieht, werden dem Erdboden gleichgemacht, Bewohner, die nicht fliehen können, ermordet oder zu Trägerdiensten gezwungen.

„In früheren Jahren jagten sie häufig Frauen und Kinder über verminmtes Gelände, bevor die Soldaten weiter vorrückten. Jetzt zwingen sie die Träger, zu Seiten der Soldaten zu gehen, damit sie vor Angriffen besser geschützt sind." Major Kaw Soe's Blick kann sich nicht von den am Boden kauernden Häufchen Elend wenden. „Auch wenn sie unsere Stellungen angreifen, benutzen sie hin und wieder Zivilisten als menschliche Schutzschilde."

Maung Ni ist einer der Wenigen, die alles glücklich überstanden haben. Die Karen versorgen geflüchtete Träger mit Nahrungsmitteln und Medizin, nicht wenige bieten, sobald sie wieder bei Kräften sind, der KNU ihre Dienste an. Schon vor einigen Wochen entkommen, sieht Maung Ni wieder einigermaßen erholt aus. Der 51-jährige Dachdecker wurde von Soldaten auf der Straße aufgegriffen. „Sie brachten uns in das Min Lat Camp des 14. Bataillons der 66. Infanterie-Division. Zu Beginn des Marsches waren wir ungefähr 650 Leute: 400 Männer, im Alter von 16 bis 60, und ungefähr 250 Frauen, von 15 bis 50.

Uns allen wurden schwere Lasten zu tragen gegeben, Reis, Verpflegung, Munition. Aber alles, was wir selbst zu essen bekamen, war ein kleines bischen Reis. Wir wurden sehr schwach und dünn dadurch. Wir hatten keine Decken, warme Kleider oder Medizin, daher wurden viele von uns krank, denn die Nächte in den Bergen waren eiskalt. Die letzten 14 Tage erhielten wir gar keine Verpflegung mehr, sie sagten uns, es gäbe keinen Nachschub mehr wegen der Kämpfe. Wir sahen mehrere Träger vor Erschöpfung und Hunger sterben."

Im Laufe der sich endlos dehnenden Wochen durchlebten diese Menschen ein Martyrium, das die gewöhnliche Vorstellungskraft übersteigt. Träger, die langsamer wurden oder ihre Last nicht mehr shleppen konnten, wurden mit Gewalt gezwungen, sich aufrechtzuhalten. Wer nicht mehr weiterkonnte, wurde getötet oder einfach zum Sterben im Wald zurückgelassen.

„Während wir versuchten, von den Soldaten umgeben zu schlafen, mußten die Frauen nahebei bleiben, in einem gesonderten Haufen zusammen mit den Soldaten. Dort wurden sie vergewaltigt, die ganze Nacht von allen Soldaten., die sich danach fühlten, dort hinüberzugehen. Das ging nicht nur nachts so, sondern auch jederzeit tagsüber, wenn wir in Bewegung waren. Das Leben war schrecklich für die Frauen, weil sie Lasten zu tragen hatten, die beinahe so schwer wie unsere waren und mit derselben Verpflegung überleben mußten. Fast alle wurden jede Nacht vergewaltigt, gewöhnlich von mehreren Soldaten."

Maung Ni fragt nach einer Cheroot, aber es bleibt keine Zeit, das Gehörte zu verdauen. Eine ruhige Stimme aus dem Halbdunkel hinter ihm übernimmt es, die Horrorgeschichte weiterzuerzählen. „Wenn manchmal Träger zusammenbrachen vor Erschöpfung oder Erkrankung, schlugen die Soldaten sie mit Gewehrkolben, bedeckten sie dann mit trockenem Laub und zündeten es an. Die Träger fingen immer an zu schreien, und einige schafften es, sich unter dem Laub hervorzurollen. Aber andere, die zu schwach waren, verbrannten, ohne sich zu bewegen. Wer immer überlebte, wurde einfach zum Sterben zurückgelassen., schlimm verbrannt und im Todeskampf, während wir weitermarschierten."

„Wir schätzen, daß zu dem Zeitpunkt, als wir entkamen, ungefähr die Hälfte der 400 Männer tot waren und die Hälfte der 250 Frauen", zieht Maung Ni quasi ein Resumé. „Die andere Hälfte der Frauen schickte man nach Hause, denn fast alle waren schwanger und extrem schwach und für die Soldaten nicht mehr von Nutzen. Wir selbst entkamen, als sie uns ohne Bewachung zum Wasserholen schickten. Nach mehr als zwei Monaten derartigen Leidens und 14 Tagen ohne Nahrung erschien selbst der Gedanke, auf der Flucht erschossen zu werden, besser als der, langsam als Träger zu sterben." Realistische Schätzungen sprechen von 15000 -20000 Menschen, die währen der diesjährigen Offensive der burmesischen Armee zu Trägerdiensten gezwungen wurden. Mehrere Hundert entkamen in der Gegend um Manerplaw. Wieviele auf den burmesischen Killing Fields blieben, darüber kann nur spekuliert werden, ihre Leiden geht unter im Alltag der seit über 40 Jahren währenden Konflikte im Goldenen Land.

„Der Krieg des SLORC richtet sich gegen das gesamte Volk", murmele Major Kaw Soe. Ein Malariaanfall hat ihn niedergestreckt, wir sitzen in seiner winzigen Hütte. Eine rußende Petroleumlampe verbreitet düsteres flackerndes Licht, aus dem schrottreifen Radio berichtet der 'BBC Service' von der Massenflucht der Rohingyas. Die moslemische Bevölkerungsgruppe in Arakan State im Westen Burmas wurde von den Generälen über Nacht zu illegalen Einwanderern deklariert. Vorausgegangen waren Streifzüge burmesischer Truppen mit dem üblichen Terror gegen die Bevölkerung. Aus der Flucht mehrerer Tausend Bewohner einiger Dörfer wurde ein Massenexodus über die Grenze nach Bangla Desh. Über 200 000 Rohingyas haben in improvisierten Lagern im Nachbarland Zuflucht gefunden, die internationale Gemeinde ist mal wieder für einige Augenblicke an den Verhältnissen in Burma interessiert. Unbeeindruckt zeigen sich die Generäle in Rangoon, wider alle geschichtlichen Tatsachen halten sie ihre Version von den „illegalen Einwanderern" aufrecht.

„Für unsere Flüchtlinge hier interessiert sich keiner. Unser Krieg ist nicht spektakulär genug." Der Unmut der Karen ist nur allzu verständlich. 43 Jahre Kampf um Autonomie und Minderhei-

tenrechte, dennoch tendiert die internationale Aufmerksamkeit gegen Null, unterbrochen nur von kurzen Augenblicken wie den Demonstrationen 1988 und der Verleihung des Friedensnobelpreises 1991 an die Oppositionsführerin Aung Sun Suu Kyi. Major Kaw Soe sieht dennoch positives in der derzeitigen Situation. „200 000 Flüchtlinge sind ein zu großes Problem, um schnell wieder ignoriert zu werden. Die Welt ist gezwungen, Burma mehr Aufmerksamkeit zu schenken."

Am nächsten Morgen setzten wir über ans andere Ufer des Salween. Dichter Nebel liegt über dem Fluß, schemenhaft ragen Bäume und Felsen daraus hervor. Die mystische Stimmung verschwindet schlagartig, als wir den Schauplatz eines weiteren Dramas erreichen. Unter den gewaltigen Felsen leben die Höhlenmenschen von Me Pa: Hunderte von Karen, die vor der anrückenden burmesischen Armee gerade das nackte Leben retten konnten. Verstockte Blicke, verschlossene Gesichter, der Fremde interessiert sie nicht im geringsten. Was sollte er auch für sie tun könnnen? Sie sitzen um Feuerstellen, hocken in den Aushöhlungen, die die Kraft des Wassers erschaffen hat. Oder verstecken sich tagsüber unter ihren steinernen Fluchtstätten. Nach langem Zureden meines Führers kriecht eine ältere Frau aus dem winzigen Spalt unter einem riesigen Felsen hervor. Ein schüchternes Lächeln huscht über ein faltenreiches mageres Gesicht. Ihre Kinder würden leider nicht herauskommen, übersetzt Saw Htoo, sie hätten tagsüber schreckliche Angst vor den Bomben der Flugzeuge. Nach einer knappen Minute kriecht die Frau wieder zurück in die Nacht ihres Unterschlupfes.

Das physische Überleben sei gesichert, erklärt Saw Htoo, von der KNU würden die Menschen mit Verpflegung und Medizin versorgt. Die Felsen bilden nur eine temporäre Bleibe für die Flüchtlinge, mit Beginn der Regenzeit und dem Anschwellen des Salween steht ihre erneute Vertreibung bevor. - Wohin sie dann gehen würden? Vermutlich in eines der anderen Lager auf thailändischem Gebiet. Zurück in ihre Dörfer wohl kaum. - Es wird sich schon regeln, fügt Saw Hroo nicht allzu emphatisch hinzu.

„Über 40 000 Karen leben als Flüchtlinge in Thailand, aber genaue Zahlen kann ich dir nicht nennen. Allein in den letzten Monaten sind mehrere Tausend hinzugekommen." Es dauert einige Zeit, bis Wallace frei zu sprechen beginnt. Seine Erfahrung mit Internationalen Unterstützern und Journalisten sind nicht nur positiver Art. „Nenne mich einfach Wallace", entgegnet der Mitarbeiter des 'Karen Refugee Comitee' auf die Frage nach seinem Namen. Er möchte seine Arbeit im thailändischen Mae Sot nicht gefährden. Konflikte mit den lokalen Behörden gäbe es zum Glück relativ wenige, das größte Problem sei die Tatsache, daß das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen allen aus Burma Entkommenen die Anerkennung als Flüchtlinge versage. „Sonst würden sie damit auch die reale Situation in Burma anerkennen." Aus Andeutungen ist zu entnehmen, daß die Mitarbeiter des UNHCR sich thailändischem Druck beugten, denn Thailand verdient blendend am Krieg im Nachbarland.

Auch Mae Sot gehört zu den Kriegsgewinnlern. Aus einem verschlafenen Nest ist innerhalb weniger Jahre eine quirlige Kleinstadt geworden. Das Geld, das Mae Sot auf Trab brachte, wurde - und wird - mit Waren aus Burma verdient. Der Handel mit den geschmugelten Edelsteinen spielt hier die wichtigste Rolle, in anderen Gegenden sind es Edelhölzer, vor allem Teak, mit deren Verkauf thailändische Geschäftsleute glänzende Gewinne verzeichnen und rückständige Städtchen sich in hektische *'boomtowns'* verwandeln.

Die wirtschaftliche Kooperation vieler Länder besitzt entscheidenden Anteil daran, das Regime in Burma an der Macht zu halten. Um ihre Aufrüstung finanzieren zu können verscherbeln die Generäle in Rangoon zu Schleuderpreisen Konzessionen für Fischerei, Holzeinschlag und Ölförderung. Vor allem Thailand und seine südostasiatischen Nachbarländer, aber auch Japan und ein Dutzend westliche Erdölkonzerne nutzen die Zwangslage, in der sich SLORC befindet.

Als *constructive cooperation* bezeichnen die ASEAN-Staaten eine Politik, die die Ausbeutung der wertvollen Ressourcen Burmas zum Ziel hat, immer mit der -Ausrede, sich nicht in die 'internen Angelegenheiten' eines Landes einmischen zu dürfen. Außerdem könne man weit besser durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mäßigend auf die Militärs in Rangoon einwirken. Der Coca-Cola-Konzern begründet sein *engagement* in Burma mit der These, daß Geschäftsbeziehungen Brücken zwischen Völkern errichten und Mauern niederreißen würden. Die von allen propagierte „Nichteinmischung" geht immerhin so weit, daß thailändische Holzfirmen Straßen in entlegene waldreiche Gebiete bauen, die dann von der burmesischen Armee im Krieg gegen Karen und Mon genutzt werden.

Wallace sieht dennoch einen Hoffnungsschimmer: „Über 200 000 Flüchtlinge in Bangla Desh. 100 000 in Thailand - Mon. Karen, Shan, Karenni: die Situation in Burma hat längst die Dimension einer 'internen Angelegenheit' verloren. Der politische Druck muß verstärkt werden, von der UNO und von allen demokratischen Ländern." Eine Rückkehr der Flüchtlinge? Kein Thema! „In Burma sind noch dieselben Leute an der Macht wie seit vielen Jahren. Wenn sie in Rangoon selbst in unmittelbarer Nähe der ausländischen Botschaften Demonstrationen zusammenschießen, kannst du dir vorstellen, was sie weit weg, in den Gebieten der ethnischen Minderheiten machen. Aber wenn unsere Völker ihre Geschichte erzählen, will einfach niemand zuhören."

Von einer langen, wechselvollen Geschichte erzählt auch das Volk der Mon, die einstigen Herrscher Burmas, Doch die prachtvolle Vergangenheit liegt Jahrhunderte zurück, die Gegenwart ist geprägt von unbeachtet gebliebenen Kämpfen um die Wahrung einer eigenen Identität. Zurückgedrängt sehen sie sich heute, aber die Widerstandskraft ist ungebrochen. Wie jedes Jahr wird der 'Mon National Day' gefeiert, im äußersten Süden Burmas, in der Tenasserim Division in Mon State. Militärparaden und Ansprachen politischer und religiöser Führer erheben ein kleines Widerstandsdorf für zwei Tage zur Hauptstadt seines Volkes.

Seit 1949 kämpfen die Mon, ebenso wie die Karen , gegen die Zentralregierung in Rangoon. Konnten die aufständischen Ethnien bis vor wenigen Jahren noch viele Landstriche Burmas als 'befreit' betrachten, so hat die burmesische Armee weite Territorien zurückerobern können. Am spektakulärsten die Erstürmung des strategisch wichtigen *'Three Pagoda Pass'* Anfang 1990: Einheiten der Mon und der Karen - alte Erbfeinde seit Jahrhunderten - waren in heftigen Kämpfen übereinander hergefallen, die burmesische Armee nutzte die Gunst der Stunde.

„Es war ein bedauerlicher Zwischenfall, aber eine Ausnahme," charakterisiert General Yap das Verhältnis zwischen Mon und Karen. „Unsere alte Feindschaft exestiert nicht mehr, bestehende Probleme können durch Diskussionen gelöst werden. Viele Jahre lang haben sich die Minderheiten in Burma gegenseitig geschwächt. Heute besteht nur eine Chance, die Demokratie zu erlange, wenn wir gemeinsam gegen SLORC kämpfen."

Der Widerstand gegen die Militärdiktatur zieht sich durch alle Bevölkerungsschichten: auch eine große Anzahl budd-

histischer Mönche nimmt an den Feierlichkeiten zum 'Mon National Day' teil, ihre orangfarbenen Roben bilden einen schrillen Kontrast zum dunklen Grün der Uniformen der bestens ausgerüsteten Kämpfer. Mit einer harten Repressionswelle gegen buddhistische Klöster und deren Bewohner reagierte das Militär auf ihre Teilnahme an zahlreichen Demonstrationen in den vergangenen Jahren. Tausende von Mönchen flohen in die 'befreiten Gebiete' oder nach Thailand, wo sie aktiv den Widerstand gegen SLORC unterstützen.

Forderungen nach einem eigenen Staat werden von den Mon nicht mehr erhoben. Die meisten ethnischen Minderheiten, zusammengeschlossen in der 'National Democratic Front', bekennen sich heute zur Einheit Burmas. Eine begrenzte Autonomie und Minderheitenrechte sind ihre erklärten Ziele. Daß ihre Bemühungen in den vergangenen Jahren Rückschläge erlitten, wird nicht gerne zugegeben. Mit den Geländegewinnen der burmesischen Armee gehen auch wichtige Geldquellen besonders für die Mon und Karen verloren. Zu einem nicht geringen Teil finanzieren sie den Krieg durch die Besteuerung des immensen Schmuggels zwischen Thailand und Burma, der durch die Gebiete unter ihrer Kontrolle abläuft. Jeder verlorene Landstrich schränkt den finanziellen Spielraum der Aufständischen noch weiter ein.

Auch die Karen und ihre Bastion Manerplaw geraten zunehmend unter Druck. Burmesische Truppen gelingt es, den *Hti Pa Wi Kyo*, den 'Sleeping Dog Mountain', zu erobern. Die Kontrolle des höchsten Berges der Gegend ist von strategischer Bedeutung. Manerplaw liegt nun unter sporadischem Granatwerferfeuer, das aber keine größeren Schäden verursacht. Nachhaltiger allerdings die psychologische Wirkung: ein Teil der hier ansässigen Oppositionsgruppen evakuiert Häuser und Büros, zieht sich nach Thailand zurück oder in noch ungefährdete Gebiete unter der Kontrolle der Karen.

Im „Regierungssitz" der Parallelregierung Burmas, des 'National Coalition Goverment/ Union of Burma' herrscht Gelassenheit vor. Premierminister Sein Win wird von einer Auslandsreise zurückerwartet, wo er für politische Unterstützung seiner Gegenregierung werben wollte. Mehrere Minister befinden sich in Thailand, einer liegt, von Malaria geschwächt, schlafend auf einem Feldbett, zwei weitere Regierungsmitglieder diskutieren Neuigkeiten, die aus Rangoon gemeldet wurden.

U Bo La Tint, Minister für Bergbau und Energie, lächelt, as die Sprache auf die näherrückende burmesische Armee zu sprechen kommt. „Manerplaw, das Hauptquartier ist nur ein geographischer Ort. Wir haben viele solcher Orte in den liberated areas, den befreiten Gebieten. Sicherlich, politisch gesehen müssen wir Manerplaw verteidigen. Es ist das Symbol des Widerstandes gegen SLORC. Aber wie gesagt, es ist kein Problem, es ist nur ein Ort ..."

Ein Hauch von Zweckoptimismus liegt in seinen Worten. Immerhin entwickelte sich Manerplaw im Laufe der Jahre zum Sammelpunkt der Opposition gegen die Militärdiktatur. Nicht nur die Studenten der ABSDF fanden Schutz und Unterstützung hier im Hauptquartier der KNU. Neben weiteren Oppositionsgruppen organisieren geflüchtete Mitglieder der 'National League for Democracy (NLD)' - Siegerpartei der 1990 vom Militärregime erlaubten und dann nicht anerkannten Wahlen - in Manerplaw ihre Aktivitäten. Alle geben unumwunden zu, daß die KNU das Rückgrat des Widerstandes in Burma bildet. Auch die Ausrufung der Gegenregierung fand in der relativen Sicherheit von Manerplaw statt.

„Fast alle Mitglieder unserer 'Nationalen Koalitionsregierung' sind auch Mitglieder der NLD. Auf einem geheimen Treffen in Mandalay wurde der Beschluß zur Flucht und zur Bildung einer Gegenregierung getroffen." Den Begriff „Exilregierung" hört U Bo Hla Tint nicht gerne in diesem Regierungssitz in den Bergen. „Die meisten von uns kamen im November 1990 nach Manerplaw. Fast zwei Wochen lang diskutierten wir mit allen sich hier befindenden Oppositionsgruppen und den Vertretern der ethnischen Minderheiten. Im Dezember erfolgte dann die Regierungsbildung, mit der Unterstützung aller eben erwähnten Gruppen."

U Bo Hla Tint will sich nicht festlegen, wann seine Regierung ihren Sitz nach Rangoon verlegen kann. Nicht besonders günstig sehen die Zeichen aus. Die burmesische Armee wuchs seit 1988 von 180 000 auf nahezu 300 000 Mann, der Plan der Generäle sie einen Ausbau auf 500 000 Mann bis 1995 vor. Allein 1991 wurden von China Waffen im Wert von 1,2 Mrd. Dollar gekauft., darunter Düsenjäger und moderne leichte Infanteriewaffen. Die Liste weiterer wichtiger Lieferländer umfaßt Singnapur, Pakistan, Polen und bis vor kurzem Jugoslawien. Auch die BRD ist beteiligt: die deutsche Fritz Werner GmbH - einzige ausländische Firma, die nach der hermetischen Abriegelung Burmas nach 1962 weiter im Land tätig war - produziert nach burmesischen Quellen weiterhin G 3-Gewehre und steht im Verdacht, an der Entwicklung und

nichts anderes ist, als die bürgerliche Konzeption der Welt. Wenn die Ökonomie existiert, so nur als

Produktion von Chemiewaffen beteiligt zu sein.

Die menschliche Komponente der Aufrüstung wird selten beachtet. KNU-Offiziere führen mich zu einer Gruppe burmesischer Kriegsgefangener. Was ich zu sehen bekomme, sind eine Reihe kindlicher Gesichter, die ratlos um sich schauen und die Welt nicht mehr verstehen. Der jüngste ist 15 Jahre alt und seit einem Jahr beim Militär, nur ein einziger der Gruppe ist über 20. Ihre Aussagen gleichen sich in depremierender Weise: keine Arbeit, kein Geld, aber immer wieder Steuererhöhungen, die die Familie nicht mehr aufbringen konnte. Einziger Ausweg: Verpflichtung bei der Armee. Über die Karen wissen sie nichts. Warum sie gegen die Karen kämpften, wissen sie nicht. Über den Krieg dachten sie nicht nach, denn ihre Offiziere mußten wissen, warum sie ihnen zu kämpfen befahlen. Ein zynischer, durchaus sinnvoller Kreislauf: die Politik von SLORC läßt das Land verelenden, den Militärs wird so ein konstanter Nachschub an billigem Kanonenfutter gesichert für die zu führenden Kriege.

„Die militärische Aufrüstung zeigt, daß SLORC sich lange an der Macht halten will. Burma hat keine äußeren Feinde." NLD-Mitglied Myint Thaw sieht kein Anzeichen für eine Nachlassen der Repression. Wir sitzen unter einem beeindruckenden Gemälde, das die bekannteste Einwohnerin Burmas zeigt, Aung San Suu Kyi. Auf dem roten Hintergrund ein gelber Pfau, der *'Fighting Peacok'*, das Symbol der nationalen Einheit Burmas. Die Trägerin des Friedensnobelpreises 1991 befindet sich seit fast drei Jahren unter Hausarrest. Mit ihrer Ablehnung, die Freiheit zu erhalten unter der Bedingung, das Land zu verlassen, ist die Tochter des burmesischen Nationalhelden Aung San noch immer das Symbol des Widerstandes. Die um den Tisch sitzenden NLD-Mitglieder sind sich einig: „SLORC wird Aung San Suu Kyi nicht freilassen, denn sofort würde sich das Volk um sie versammeln."

Myint Thaw hält die verkündete Freilassung politischer Gefangener für Augenwischerei, für einen billigen Trick, um das Image des Regimes im Ausland zu verbessern. Er erzählt, daß gerade wieder ein halbes Dutzend Parteien von der Regierung für illegal erklärt wurden. Symbolisch für ihn die Verurteilung des ehemaligen Vorsitzenden der NLD, Tin Oo, zu weiteren sieben Jahren Gefängnis durch ein Militärgericht in Rangoon. „Tin Oo, erhielt erst drei Jahre, jetzt sieben mehr. Und danach, vielleicht weitere 20 Jahre? Das Urteil ist keine Überraschung für uns. Solange SLORC exestiert, wird es in Burma keine Gerechtigkeit geben.""

Einige auf dem Tisch liegende Ausgaben der *'Working People's Daily'*, einzige zugelassene Zeitung und Sprachrohr des Militärs, scheinen die düsteren Aussichten zu bestätigen. Dumpfe Parolen und dummdreiste Verdrehungen der Tatsachen lassen keine Andeutung erkennen, daß die Generäle sich gegenüber der Opposition konzilianter geben könnten.

Die Weichen für gesellschaftliche Veränderungen sind dennoch gestellt. In Verhandlungen zwischen der Nationalen Koalitionsregierung, allen anderen Oppositionsgruppen und den ethnischen Minderheiten wurde eine Verfassung ausgearbeitet, die wegweisend sein soll für das Burma nach SLORC und Ne Win. Am bedeutendsten hierbei die weitreichenden Autonomierechte für alle ethnischen Minderheiten, um einen der größten Konfliktherde der vergangenen Jahrzehnte für immer zu entschärfen. Mühevoll gestaltet sich die Arbeit um internationale Anerkennung, doch auch hier ist ein erster Schritt vollbracht: Norwegen hat die Gegenregierung unter Premierminister Sein Win als rechtmäßige Vertretung des burmesischen Volkes anerkannt und gewährt begrenzte finanzielle Unterstützung.

In der hereinbrechenden Dunkelheit verschwimmt das Bild Aung San Suu Kyis, eine nachdenkliche Stimmung löst die lebhafte Diskussion ab. Burmas Zukunft? Aller Hoffnung zum Trotz ebenso unklar wie die Umrisse der um den Tisch sitzenden Menschen. Die überraschende Ankündigung des neuen SLORC-Chefs Than Shwe, den Krieg gegen die Karen zu beenden, bringt niemand aus der Ruhe. Keiner wagt es, einen Silberstreif am Horizont sehen zu wollen. Die Entscheidung ist wohl eher als verstecktes Eingeständnis zu werten, daß trotz vollmundiger öffentlicher Versprechungen der Generäle Manerplaw wieder nicht erobert werden kann. Furcht liegt in der Luft, daß auch nächstes Jahr zahllose junge Menschen mit zerfetzten Gliedmaßen die armseligen Krankenhäuser entlang der Grenze füllen werden.

Diese Furcht sein ein beherrschendes Element der Geschichte Burmas, erzählt mit leiser Stimme Myint Thaw. „Mehr als 40 Jahre lebten wir mit der Angst. Mon fürchteten Karen, Karen fürchteten Burmanen, Burmanen fürchteten Kachin ... und nun fürchten alle SLORC. Es muß uns gelingen, unser Land von dieser alten Krankheit zu heilen. Das ist die wirkliche Herausforderung, das große Ziel: eine Zukunft ohne Furcht für alle Menschen in Burma!"

bürgerliche Konzeption der Welt und als Herrschaft der Bourgeoisie über die Welt, also die

Krieg ohne Ende?



von Helmut Oberdiek
Fotos: R. Maro

In der Türkei und Türkisch-Kurdistan werden JournalistInnen bedroht, gefoltert und ermordet. So lange der türkisch-kurdische Krieg anhält, wird sich ihre Situation nicht verbessern.

Leise Empörung ging im Januar durch die deutsche Presse, als der deutsche Journalist Stephan Waldberg nach seiner Recherche in Türkisch- und Irakisch-Kurdistan vom Staatssicherheitsgericht in Diarbakir zu 45 Monaten Haft verurteilt wurde. Es schien, als habe man hierzulande erst jetzt den Frontalangriff auf freie Berichterstattung über den seit mehr als 8 Jahre anhaltenden Krieg zwischen türkischen Sicherheitskräften und kurdischen Guerrilas der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, bemerkt. Dabei waren allein im vergangenen Jahr 12 Journalisten in den kurdischen Provinzen ermordet worden.

Fünf der 12 Ermordeten arbeiteten für die pro-kurdische Zeitung »Özgür Gündem« (Freie Debatte), deren besonderer Schwerpunkt türkische Menschenrechtsverstöße waren. Am 15. Januar 1993 mußte sie ihr Erscheinen einstellen. Behinderung des Vertriebes in den kurdischen Provinzen hatten die finanziellen Einbußen ins Unerträgliche gesteigert. So war u.a. die Hauptvertriebsgesellschaft gezwungen worden, »Özgür Gündem« nicht mehr auszuliefern, beim selbstorganisierten Vertrieb waren 2 Verteiler ermordet worden und Kioske, die auf den Verkauf der Zeitung nicht verzichten wollten, waren niedergebrannt worden.

Im Dezember besuchte eine Delegation der von medico international ins Leben gerufenen Initiative »Schutz für Jounalisten in Türkei-Kurdistan« die Region, um sich ein Bild von den Arbeitsbedingungen der KollegInnen vor Ort zu machen. Nach ihrer Rückkehr verglichen die Teilnehmer die Situation mit einem Belagerungszustand. An freie Berichterstattung sei unter diesen Umständen nicht zu denken. Nicht nur Journalisten, sondern fast alle Bewohner der Gegend seien in ständiger Furcht vor Killerkommandos; kaum jemand wage sich alleine oder im Dunkeln auf die Straße.

Auch bei Tageslicht wurde die Delegation von schwerbewaffneten Rambos aus den »Spezialteams« begleitet. »Zu ihrem eigenen Schutz«, hieß es offiziell, aber wohl eher, um einen unmittelbaren Kontakt zur Bevölkerung zu verhindern. Kein Wunder, daß einheimische Journalisten nicht zusammen mit Ausländern gesehen werden wollten und nur wenige den Mut aufbrachten, über ihre extreme Gefährdung zu reden.

Der 28jährige Mitarbeiter von Radio Dreyeckland, Stephan Waldberg, wurde am 23. Oktober 1992 bei seiner Rückkehr aus dem Nordirak festgeommen und bei der türkischen Polizei 10 Tage lang ohne Konakt zur Außenwelt verhört. Später sagte Waldberg vor Gericht, daß ihm bei der Polizei in Silopi und Sirnak die Augen verbunden wurden, splitternackt und mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen wurde ihm mit Folter und Exekution gedroht. Außerdem habe er ständig Folterschreie von Mitgefangenen gehört.

Schließlich wurde er unter dem Vorwurf, Kurierdienste für die PKK geleistet

Beherrschung der Welt durch die bürgerliche Konzeption der Welt. Wenn die Ökonomie als Denken

zu haben, in Untersuchungshaft genommen. Hauptbeweis für die Anschuldigungen war ein Brief, den Stephan Waldberg von einem PKK-Mitglied bekommen hatte. Der verschlossene Brief enthielt eine Grußbotschaft für eine Solidaritätsveranstaltung am 25. Oktober in Giessen und wäre wahrscheinlich gar nicht mehr rechtzeitig angekommen, selbst wenn Stephan Waldberg am 23. Oktober nicht verhaftet worden wäre.

Besonders makaber aber mutet die Logik des Staatsanwalts an, für den Stephan Waldberg deswegen ein »Kurier« ist, weil er den Brief nicht vernichtet hatte, obwohl er wußte, daß der Schreiber am 11. Oktober bei den Kämpfen mit den Peschmergas und den türkischen Sicherheitskräften gefallen war.

Ob auf Anweisung von oben oder eigenen Entschluß, die Richter folgten der öffentlichen Meinung in der Türkei, nach der Deutschland und die Deutschen die separatistische Bewegung im Südosten der Türkei untestützen. Mit dem freien Mitarbeiter eines kleinen Radiosenders war ihnen nun endlich der erste »Agent« ins Netz gegangen.

Ebenfalls als vermeintliche Kuriere waren am 22. November der für das ZDF arbeitende Michael Enger und sein Dolmetscher Yavuz Fersoglu an dem gleichen Grenzübergang verhaftet und - wiederum ohne Kontakt zur Außenwelt - über drei Tage und drei Nächte, mit verbundenen Augen und unter massiven Drohungen von der regulären, der politischen Polizei und schließlich vom Geheimdienst MIT verhört worden.

Sie wurden danach auf freien Fuß gesetzt. Das inzwischen eingestellte Ermittlungsverfahren zielte ebenso auf Einschüchterung ausländischer Beobachter wie die Äußerung des obersten türkischen Polizeichefs, Yilmaz Ergun, der am 8. Dezember 1992 der Zeitung Milliyet gegenüber sagte: »Bei Kontakten von Personen, die aus verschiedenen Ländern in die Türkei kommen, werden von Zeit zu Zeit üble Absichten festgestellt. Zur Verhinderung schädlicher Aktivitäten müssen Personen und Gruppen, von denen angenommen wird, daß sie Aktivitäten entfalten, die die Einheit und Gesamtheit unseres Landes zerstören, umgehend den zuständigen Behörden mitgeteilt werden.«

Als Beispiele für »deutsche Spione« wurden in diesem Artikel u.a. folgende Personen aufgeführt: Stefanie Schöne, sie untersuchte in der Provinz Tunceli die Lage der Alewiten; Elizabeth Schmid, als Journalistin konzentrierte sie sich auf die Probleme der Kurden; Ulla Jelpke, MdB der PDS, mit ihr zusammen AnwältInnen wie Albert Timmer, Heike Krause und Paul Tiefenbach, sie hatten eine Landkarte von Kurdistan und Fotos bei sich; Barbara Harnhammer, MdL Bayern, sie wollte Geld einer Lehrerhilfsorganisation zu den Kurden im Nordirak bringen.

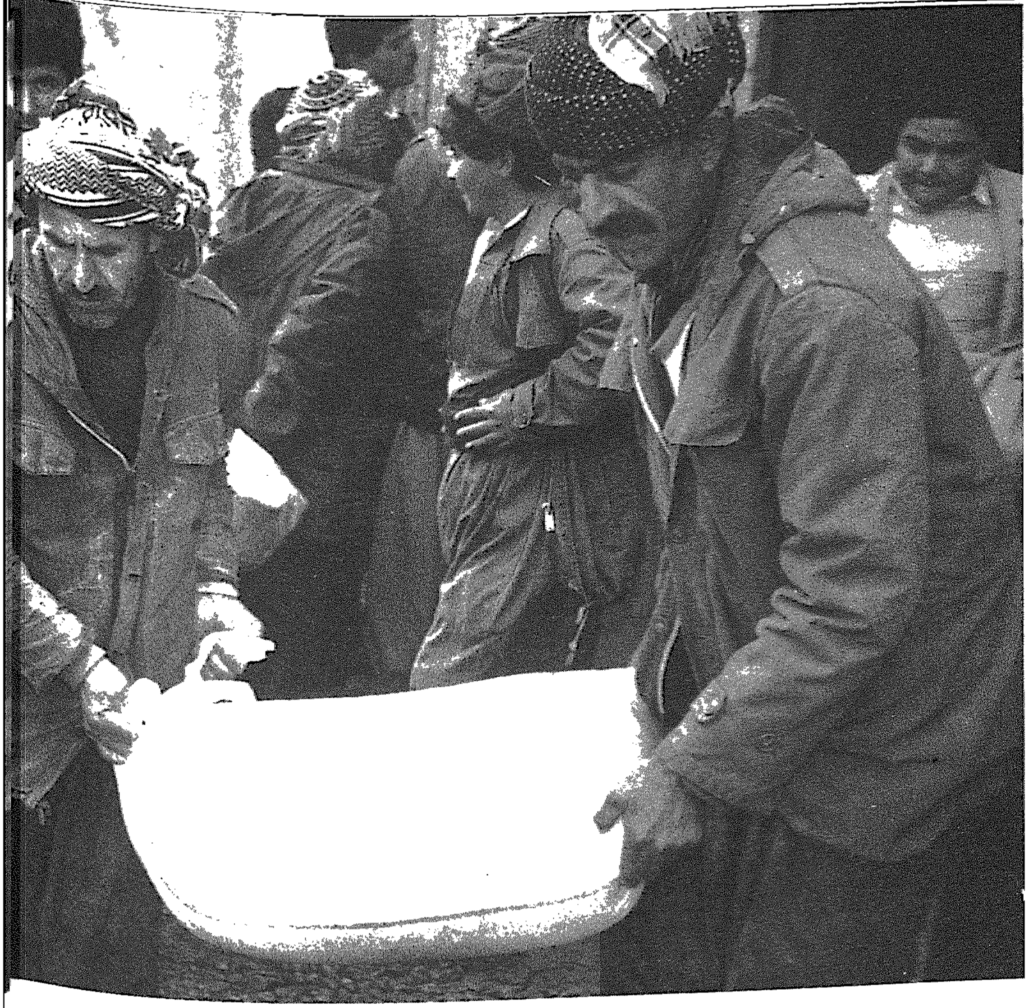


Der in den Medien und offiziellen Kreisen geäußerte Verdacht, daß die PKK von Deutschland und den Deutschen unterstützt werde, ist nur schwer nachvollziehbar. Einige Minister in Ankara möchten nicht wahrhaben, daß »Separatismus« auf türkischem Boden entstanden ist, sondern glauben darin einen von ausländischen Mächten auf Schwächung der Türkei gerichtetes Komplott zu erkennen. Zum Beweis dieser These wird angeführt, daß die PKK in den Nachbarländern Lager betreiben darf, daß die Organisation - wenn auch unter anderem Namen operierend - in der BRD nicht verboten ist, Spendengelder sammeln darf und nichts gegen »separatistische« Propaganda in den bundesdeutschen Medien unternommen wird.

Im Kriegsgebiet ist jedoch offensichtlich, wen die Bundesregierung in diesem Konflikt wirklich unterstützt. Nicht nur die Polizei (insbesondere die Eingreiftruppen gegen Demonstrationen), sondern auch die Armee operiert für jeden Beobachter deutlich sichtbar mit deutschen Waffen (allem voran den 8-rädrigen NVA-Panzern). Nach den NATO-Verträgen darf die türkische Regierung diese Waffen auch gegen den »inneren (terroristischen) Feind« einsetzen, aber die Bewohner im umkämpften Gebiet sind Zeugen dafür, daß die Waffen - eben auch - gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Für einen kurzen Augenblick im Frühjahr 1992 durften türkische »Patrioten« ihre These vom kurdenfreundlichen Deutschland bestätigt sehen, als nämlich unter dem Druck der deutschen Medien Waffenlieferungen für ein paar Monate eingestellt wurden. Sofort entlud sich in der Türkei ein Gewitter von Stellungnahmen und Boykottaufrufen durch Unternehmerverbände bis hin zu Hochschulsenatoren, und zum ersten Mal wurde ein bis dahin unbekannter »Deutschenhaß« sichtbar. Die Rede war von Großmachtgelüsten des wiedervereinten Deutschlands, das der Türkei die führende Rolle in den Beziehungen zu den Turk-Republiken streitig machen wolle. Bedrohlich ist der Vormarsch eines seit knapp 10 Jahren nicht mehr aggressiv aufgetretenen türkischen Nationalismus jedoch nicht so sehr, wenn er sich gegen Deutsche richtet, sondern besonders in seiner Ausprägung als »Kurden-Haß«. Immer wieder kommt es bei Beerdigungen von Soldaten in den türkischen Städten des Westens und Nordens zu anschließenden

und Handeln falsch ist, dann deshalb, weil die Bourgeoisie falsch ist und keineswegs weil die



Pogromen in den kurdischen Elendsvierteln.

Nach einem Bericht der Zeitung »Cumhuriyet« (Republik) vom 4.5.92 wurden Ende April in Izmir Flugblätter verteilt, die zur Bekämpfung der Kurden aufforderten. In dem Flugblatt der »Patrioten von Izmir« wurde die Bevölkerung angehalten, nicht bei Kurden zu kaufen, keine Wohnungen an sie zu vermieten und ihre Kinder nicht mit Kurden zu verheiraten. Als Begründung hieß es: »Denn diese Kurden betrachten sich selbst nicht als Türken... Nehmt diese Feinde des Glaubens nicht unter uns auf. Diese Handvoll kommunistischer Kurden schicken von 5 Pfennig, die sie in Izmir von dir verdienen, 3 Pfennig in ihre Heimat für die Guerilla. Das Geld, das du ihnen gegeben hast, wird zur Kugel, die auf deinen Sohn abgeschossen wird, der dort Soldat oder Beamter ist...«

Als im November 1991 die jetzige Koalitionsregierung an die Macht kam, gehörten ihr mehr als 20 Abgeordnete an, die als Kandidaten der pro-kurdischen »Volkspartei der Arbeit« (HEP) im Bündnis mit der sozialdemokratischen SHP ins Parlament gekommen waren. Schon bei der Vereidigung kam es zum ersten Eklat, als einer der HEP-Abgeordneten auf die restriktive Verfassung verwies, die ihn zu einem solchen Eide zwinge und die Frau des ehemaligen Bürgermeisters von Diyarbakir, Leylu Zana, dem türkischen Text des Eides auf Kurdisch hinzufügte, daß sie ihn für die Völkerfreundschaft zwischen Kurden und Türken leiste.

Anschließend gelang es den kurdischen Abgeordneten kaum noch, auf die Rednerlisten gesetzt zu werden, und wenn, wurden sie gewaltsam vom Rednerpult entfernt. Die SHP-Führung verhielt sich bei all diesen Angriffen passiv bis feindlich, so daß der Austritt von 18 Abgeordneten vorprogrammiert war. Als nichtfraktionsfähige Oppositionspartei gerieten die HEP-Abgeordneten aber vollends ins Abseits, obwohl sie immer wieder betonen, daß es ihnen um eine friedliche Lösung geht und fordern, daß beide Seiten die Waffen niederlegen und das sinnlose Blutvergießen aufhört.

So wie ein Angebot aus dem Schweizer Parlament, zwischen den kriegführenden Parteien zu vermitteln, ausgeschlagen wurde, hat die politische und militärische Führung der Türkei zu keinem Zeitpunkt eine Vermittlerrolle der HEP ernstgenommen. Wenn diese nun auch noch vom Verfassungsgericht verboten wird, gibt es keine kurdische Vertretung mehr im Parlament. Am Staatssicherheitsgericht in Ankara laufen mehrere Prozesse, in denen Funktionären der Partei gewaltsamer Separatismus vorgeworfen wird. Hierauf steht die Todesstrafe. Auch die PKK-Führung hat ihre Linie geändert und spricht nun davon, daß der parlamentarische Weg nicht gangbar ist. In Zukunft soll ein eigenes kurdisches Parlament Entscheidungsbefugnis haben. Bislang schweigen wenigstens im Winter in den schneebedeckten Bergen von Kurdistan die Waffen. Doch fast alle Beobachter sind sich einig, daß zum kurdischen Neujahrsfest Newroz im März dieses Jahres die Kämpfe zwischen türkischen Sicherheitskräften und Guerillas der PKK wieder entflammen werden. Zu befürchten ist das Schlimmste, denn in keinem Jahr zuvor starben soviele Menschen in dem Krieg um Anerkennung der kurdischen Nation wie 1992. Erste Schätzungen sprechen von 3.000 Todesopfern. Das sind fast genau soviele Opfer, wie in den 7 Jahren der Kämpfe zuvor, wobei die zivile Bevölkerung am stärksten betroffen ist.

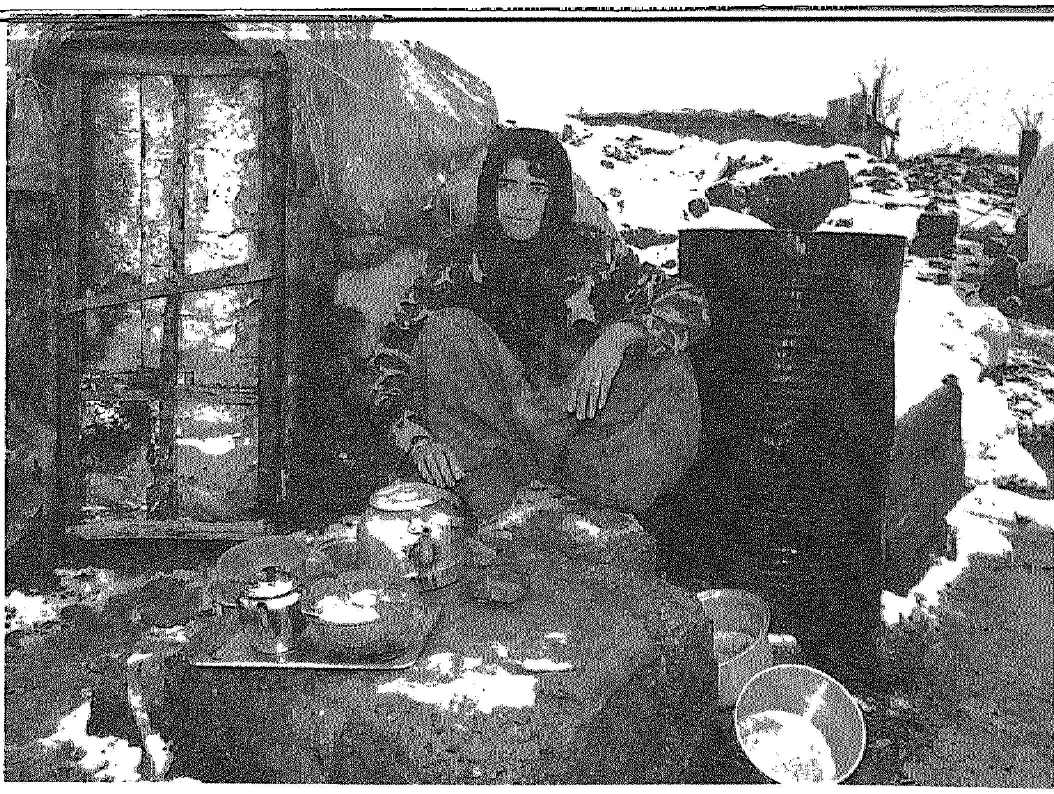
Zu befürchten ist auch, daß die Zahl der gezielten Morde an »kurdischen Patrioten« (einfache Bauern bis hin zu Bürgermeistern, die sich zum Kurdentum bekennen) nicht zurückgehen wird. Nach Angaben von »Özgür Gündem« wurden im ersten Jahr der Koalitionsregierung 315 Menschen von staatlich protektionierten Todesschwadronen ermordet.

Einige dieser Morde sollen auf das Konto von »Dorfschützern« (einer vom türkischen Staat bewaffneten Miliz) oder im Nahkampf mit PKK-Militanten ausgebildeten »Spezialteams« gehen. Diese Teams begeben sich als Guerillas verkleidet in Dörfer und fordern die Bevölkerung unter Waffengewalt auf, ihnen Verpflegung zu geben. Am nächsten Tag werden dann bei Razzien Dorfbewohner als Unterstützer der PKK verhaftet.

Im »Kurden-Krieg« ist die »Kontr-Guerilla«, eine Einheit, die im »Amt für besondere Kriegsführung« des Generalstabs angesiedelt sein soll, verstärkt seit 1991 aufgetreten. Zusammen mit militanten Anhängern einer türkischen »Hizbullah«-Variante, denen Schulung in staatlichen Einrichtungen nachgesagt wird, werden sie für die Mehrzahl der »unaufgeklärten« Morde verantwortlich gemacht. Im Gegenzug formieren PKK-Einheiten »Strafexpeditionen« und vollstrecken die von »Volksgerichten« verhängten Todesstrafen gegen Dorfschützer oder Hizbullah-Anhänger.

Unübersehbar ist, daß die PKK zu einer Kraft angewachsen ist, die zumindest in der umkämpften Region den Propagandakrieg längst gewonnen hat. In der Türkei wird nicht offen darüber gesprochen, aber Kennern der Lage ist bekannt, daß die Einwohner von Kreisstädten wie

bürgerliche Konzeption der Ökonomie falsch ist.



Cizre und Idil private Streitigkeiten nicht mehr vor einem türkischen Gericht, sondern vor dem örtlichen Komitee der PKK schlichten.

PKK-Führer Abdullah Öcalan hatte für das Jahr 1992 den großen Sprung nach vorne angekündigt und eine Kriegsregierung mit Hauptlager der Organisation auf türkischem Gebiet angekündigt. Das ist ihm allerdings nicht gelungen, auch wenn im Ausland Wahlen zu einem kurdischen Parlament durchgeführt wurden. Trotz enormer Verluste auf türkischer Seite fällt es sehr schwer, die Guerillatruppen als die Sieger zu feiern. Wiederholt haben sie zwar ihre Präsenz nicht nur in den Bergen, sondern auch in den Städten unter Beweis gestellt, aber bei den als »Machtprobe« lancierten Massakern zu »Newroz« 1992 und anderen »Vergeltungsschlägen« der Armee gegen Siedlungsgebiete bis zu der Größe einer Provinzhauptstadt wie Sirnak war die PKK nicht in der Lage, enorme Verluste unter der Zuvilbevölkerung zu verhindern.

Wieviele bewaffnete Einheiten »fest auf türkischem Gebiet stationiert« sind, ist ebenso unbekannt wie die Zahl der Lager auf iranischem Gebiet. Die von Abdullah Öcalan genannte Gesamtzahl von 10.000 Kämpfern unter Waffen dürfte aber leicht überhöht sein. Hinzu kommt jedoch eine beträchtliche Anzahl von »Milizen« (tagsüber Schafhirte, nachts Guerillero), die in dem ständig eskalierenden Krieg eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Militärisch ist jedenfalls das Problem nicht so einfach zu lösen, wie es Vize-Premier Erdal Inönü der Sozialistischen Internationale weismachen wollte, als er meinte, daß die PKK in drei bis sechs Monaten vernichtet sein werde, wenn das türkische Militär ungehindert agieren könne. Diese Lösung hieße im Klartext »Völkermord«, Massenvernichtung und Deportation. Das aber kann sich die Türkei - wegen der internationalen Ächtung - nicht leisten.

Als sich George Bush mit Angriffen auf Stellungen im Irak aus dem Amt verabschiedete, wurde erneut klar, daß die Golfkrise noch nicht ausgestanden ist. Die türkische Regierung unternahm dabei den plumpen Versuch, Angriffe von Basen in der Türkei zu verheimlichen, denn nach offizieller Version sind die US-Truppen des »poised hammer« (schwebender Hammer) nur zum Schutz der Kurden im Nordirak da.

Erst Ende Dezember 1992 hatte das türkische Parlament den Auftrag des »schwebenden Hammers« um weitere 6 Monate verlängert. Die Entscheidung war dabei stärker umstritten, als es das Stimmenverhältnis von 234 zu 157 deutlich macht. Die Anschuldigungen der Opposition richteten sich nicht nur gegen die kolonialistische Großmacht USA und ihren Schutz für einen ungeliebten kurdischen Staat südlich der türkischen Grenzen, viele Redner äußerten zudem die Überzeugung, daß die Truppen des »schwebenden Hammers« auch die Guerillas der PKK unterstützten.

Außenminister Hikmet Cetin von den Sozialdemokraten, die vor Eintritt in die Koalitionsregierung US-Soldaten auf türkischem Boden strikt abgelehnt hatten, wollte nun von alledem nichts mehr wissen. Sowohl der Generalstab als auch sein Ministerium seien nach eingehenden Studien zu der Überzeugung gelangt, daß die USA die PKK nicht unterstützten. Schließlich sei nichts gegen die militärischen Aktionen gegen Stellungen der PKK auf irakischem Gebiet eingewandt worden. Der Kurde Hikmet Cetin schloß seine Bemerkungen mit der vielsagenden Bemerkung: »Terrorismus ist nicht mit der Kurdenfrage gleichzusetzen. Eine Veränderung an diesem Punkt (Abzug der US-Truppen) würde ernsthafte Probleme in der Bekämpfung des Terrorismus mit sich bringen.«

Das kann im Klartext nur heißen, daß die USA der Türkei bei der Bekämpfung des »Terrorismus« hilft. Dies mag für das Vorgehen der türkischen Polizei gegen die Stadtguerilla der Organisation »Devrimci Sol« (Revolutionäre Linke) durchaus zutreffen. So wurden 1991 bei Razzien auf sogenannte Organisationswohnungen 22 vermeintliche Militante »tot festgenommen«. Im Jahre 1992 waren es 63. Die meisten dieser »außergerichtlich hingerichteten« Personen waren der Mitgliedschaft in »Devrimci Sol« verdächtigt. Die Adressen sollen in einigen Fällen vom CIA über den syrischen Geheimdienst an die türkische Polizei geliefert worden sein.

Die Rolle der USA in Bezug auf die PKK ist allerdings nicht so eindeutig. Als gute Berater des Staatspräsidenten Turgut Özal, der erst Ende Januar wieder einen »Kuraufenthalt« in den USA einlegte, streben die Amerikaner eher eine föderative Lösung der Kurdenfrage an (womöglich unter Anschluß des nördlichen Irak an die Türkei) und haben natürlich längst erkannt, daß nicht nur die Stammesfürsten Barzani und Talabani in Südkurdistan, sondern auch der PKK-Führer Abdullah Öcalan für die Kurden in Nordkurdistan ernstzunehmende Gesprächspartner sind.

Die Türkei wird auch aus militärischen Überlegungen heraus nicht auf eine Zusammenarbeit mit den USA verzichten wollen. So traf kaum einer der mehr als 10 Übergriffe auf irakisches Gebiet existierende PKK-Lager, weil logistische Hilfe der US-Truppen versagt blieb. Erst die Luft- und Bodenangriffe im Oktober 1992 hatten - nach Absprache mit den USA - gewisse Erfolge aufzuweisen.

Aus all dem kann nur gefolgert werden, daß die Kurdenpolitik der Türkei weiterhin in Washington mitgestaltet werden wird. Mögliche Veränderungen der Nahost-Strategie unter der neuen Administration von Bill Clinton sind unklar. Klar ist aber, daß die USA auf die Rolle der Weltpolizei nicht verzichten werden.

Infos und Termine



Langen Müller Verlag unterstützt und fördert rechtsradikale Blätter

Diese Aussage der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) wurde im Einstweiligen-Verfügungs-Verfahren durch die 9.Zivilkammer des Landgerichts München (Vorsitzender Richter Heiss) in vollem Umfang für Recht erklärt.

Anlaß waren Fakten und Bewertungen über die Verlagsgruppe, die die HBV in einem Flugblatt anläßlich der Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises in der Aula der Ludwig-Maximilian-Universität München verbreitet hatte. Gegen die Behauptung der HBV, die Verlagsgruppe unterstütze Rechtsradikalismus, hatte die Verlagsgruppe F.A. Herbig, zu der u.a. die Verlage Langen Müller, Herbig, Amalthea, Universitas, Ullstein und Nymphenburger gehören, eine Einstweilige Verfügung beantragt. (Geschäftsführer dieser Verlagsgruppe ist Dr. Herbert Fleissner.)

Die Verlagsgruppe beantragte, der Gewerkschaft HBV bei Meidung eines Ordnungsgeldes von bis zu 500.000.-DM die Behauptung oder Verbreitung zu verbieten:

- in der Zeitung „Deutsche Rundschau" seien von den Verlagen Langen Müller, Herbig, Nymphenburger und Amalthea wiederholt Werbeanzeigen geschaltet worden
- der Langen Müller Verlag unterstütze finanziell rechtsradikale Blätter
- der Langen Müller Verlag wolle rechtsradikale Blätter und deren rassistische Ziele fördern.

Dieser Antrag wurde vom Gericht in allen Punkten zurückgewiesen. Das Gericht sah die Aussagen der HBV als Werturteile an, die durch die Meinungsfreiheit des Grundgesetzes gedeckt sind. Die vom Rechtsanwalt der HBV, Dr. Gerd Tersteegen, zur Glaubhaftmachung vorgelegten Anzeigen der Verlagsgruppe – z.B. in der „Deutschen Rundschau", der „Jungen Freiheit" und dem „Republikaner" – genügten dem Gericht als Beleg.

Auffallend war die Anmerkung des Vorsitzenden Richters in der Urteilsbegründung, der Kläger habe versucht, das Gericht mit der eidesstattlichen Versicherung einer Buchhalterin der Verlagsgruppe F.A. Herbig irrezuführen.

Der Vorsitzende der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der HBV, Harald Pürzel, äußerte sich befriedigt über den Ausdgang des Verfahrens: *„Wir sehen uns durch das Urteil bestätigt und werden die Öffentlichkeit auch weiterhin über rechtsradikale publizistische Aktivitäten von Verlagen oder Gruppen aufklären. Bei der Verlagsgruppe F.A. Herbig handelt es sich nach unserer Meinung um ein publizistisches Zentrum des rechten Netzwerkes dieser Republik."*

In der Presse wars dann nur noch ein Reiterdenkmal, mit einem „Hitler-ähnlichen Kopf"

Am 15.1.93 sägte die Gewaltfreie Aktionsgruppe Clara Wichmann den Kopf eines nationalsozialistischen Kriegerdenkmals in Landstuhl/Pfalz ab. Das Kriegerdenkmal, das unverkennbar Adolf Hitlers Kopf modelliert bekommen hatte, dürfte das einzige Denkmal Hitlers gewesen sein, das unbeschadet bis ins Jahr 1993 kam. Die Reaktion auf die Aktion zeigt, daß dies kein Zufall war: die Öffentlichkeit schaute offiziell lieber nicht so genau hin und war ansonsten mit ihrem reitenden Hitler „im Gebet vor der Schlacht" ganz zufrieden. Seit dem 12.August 1934 stand er da, damals hieß der Platz auch noch ihm zu Ehren „Adolf-Hitler-Platz". Mit der Umtaufe in „Postplatz" schien es für die Landstuhler getan. Zwar wurde das Denkmal schon mal um 8 Meter versetzt, aber der „Kopf" niemals problematisiert. Jetzt ist der Sandsteinkopf abgesägt, ein gutes Zeichen in Zeiten, wo Deutsche vor jüdischen Wohnungen Schmähparolen rufen und mordende Brandstifter sich mit „Heil Hitler" melden. *ac*

Libertäre Tage in Frankfurt Ostern 1993

Vom 8.April bis zum 12.April finden an der Universität Frankfurt *Libertäre Tage* statt. In einer Zeit, in der weltweit Menschen ausgebeutet und unterdrückt werden, wollen wir darauf aufmerksam machen, daß Freiheit und Selbstbestimmung keine Forderungen sind, die der Vergangenheit angehören.

Im Gegenteil: Herrschaft muß in all ihren Erscheinungsformen (z.B. Staatsherrschaft, Patriarchat, Sexismus, Antisemitismus, Ausbeutung durch Lohnarbeit...) öffentlich gemacht und bekämpft werden. Zur Zeit wird der Ruf nach dem „Retter" Staat auch von „linker" Seite gegenüber dem aktuellen Neonazismus immer lauter.

Wir richten uns stattdessen an alle interessierten Menschen, die mit uns Wege hin zu einer menschlicheren, libertären (freiheitlichen) Gesellschaft weiterentwickeln wollen. Nur so können wir den ökologischen und sozialen Herausforderungen der nächsten Jahre gerecht werden.

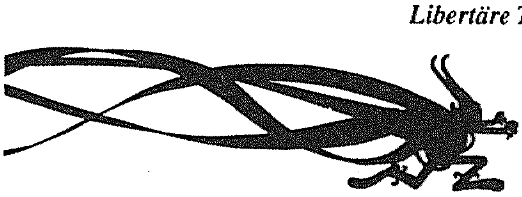
Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft – lautet das grundlegende Thema der Libertären Tage 1993. Darüber wollen wir informieren und diskutieren. Dabei soll es nicht nur um die Kritik an den bestehenden Herrschaftsverhältnissen gehen.

der Bourgeoisie ist, kann nicht wahr sein. Die Ökonomie stellt keine wirkliche Kategorie der Welt

Vielmehr möchten wir praktische Ansätze und Wege aufzeigen, die Herrschaft abbauen und zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft führen. Angesichts der vielfältigen Erscheinungsformen von Unterdrückung und Ausbeutung können wir uns nur auf einige wichtige Bereiche, in denen Herrschaft ausgeübt wird, konzentrieren.

Während der Libertären Tage wird es in den Räumen der Frankfurter Universität vom 9.April bis 11.April eine **Buchmesse libertärer Verlage und Initiativen** mit freiem Eintritt geben. Teilnehmen werden 22 Verlage, ausstellen 24 (Stand Febr.93), u.a. dabei sein werden Anarko, Berlin; Anti-Quariat Berlin; Dipa, Frankfurt, Direkte Aktion, Duisburg; Edition ID-Archiv, Berlin; IBDK-Verlag, Aschaffenburg, M 99-Bücher, Berlin; Trotzdem-Verlag, Grafenau; Verlag Klemm&Öhlschläger, Ulm; Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg; Verlag Unrast, Münster; Verlag Weber, Zucht & Co, Kassel. Ein Rahmenprogramm mit zwei Ausstellungen über **Verbotene Schriften** und **Graue Literatur** sowie Lesungen (*Helene Manos*: über Gewidmet den Mädchen - Edition Nautilus und *Hans-Christian Kirsch* über William Morris – Klemm & Öhlschläger) begleitet diese „Gegenbuchmesse".

Als **Arbeitsgruppen** stehen fest: Anarchistische Bewegung heute – Stand und Perspektiven; Verschiedene Formen der Unterdrückung; Staatlichkeit als Okkupation – Libertäre Utopie und veränderte Machtmechanismen (Ausgangstext siehe SF-44); Stellenwert reformistischer politischer Arbeit für den Weg zu einer libertären Gesellschaft; Antifaschismus als Teil des Weges in eine anarchistische Gesellschaft; „Der Antisemit macht den Juden..." AG Antisemitismus; Nationalismus; Der anarchistische Antimilitarismus, seine Geschichte und aktuelle Bedeutung; Kulturkritik / Europa und seine 500jährige Kolonisation (Ausgangstexte siehe SF-45); Filosofie als ein Weg zur Anarchie; Diskussion über Drogen; Anarchismus, Feminismus und Staat; Feminismus und Streiks und Direkte Aktionen als Mittel für soziale und politische Veränderungen; Gewerkschaftliche Strategien; Selbstverwaltete Betriebe; 5 Stunden sind genug – Wege in eine anarchistische Räterepublik; Soziale Ökologie (zu den Theorien Murray Bookchins) (Ausgangstext siehe SF-43); Bildung und Erziehung ohne Herrschaft; Antipädagogik – oder die Kraft der Negation.
Wer Lust und Interesse oder das absolute Bedürfnis hat nach Frankfurt zu kommen, melde sich bitte bei der Pressegruppe an.



Libertäre Tage -Pressegruppe
c/o DEZENTRAL
Sandweg 131a
6000 Frankfurt-1
Tel. 069-4909203
Fax 069-4940943

Anarcho-Syndikalistisches Ost-West-Treffen in Berlin

Vom 25. bis zum 29.11.1992 trafen sich im „Wissenschaftshaus" in der Mulackstrasse Anarcho-SyndikalistInnen aus Ost- und Westeuropa zwecks Informationsaustausch und Koordination gemeinsamer Projekte. Bei diesen geht es schwerpunktmäßig um den Schutz der Rechte der Arbeitenden sowie die betriebliche und kommunale Selbstverwaltung in den oft chaotischen Bedingungen nach dem Zusammenbruch des stalinistischen Systems. Unter den 30 Teilnehmerinnen des Treffens waren Delegierte aus Ungarn, Bulgarien, Rußland und der Ukraine sowie aus Spanien, Schweden und der Bundesrepublik. Beschlossen wurde ein gemeinsamer Rundbrief, ein Nachfolgetreffen im Juli 1993 in Saporoshje (Ukraine) und eine Resolution zugunsten der Anarcho-SyndikalistInnen Igor Gergenreder und Tamara Burdenko in der Republik Moldawien verfaßt, die wegen ihrer Überzeugungen von der Arbeit entlassen, mit gerichtlichen Repressalien bedroht und Erpressungs- und Abrechnungsversuchen ausgesetzt worden sind. (Leider erwähnt die Presseresolution keine näheren Informationen zu dem Fall der beiden. SF-Red.)

Das Ende einer schönen Zeit

13 Monate und 21 Tage lebten ständig mindestens 20 Menschen in der Schwabstrasse 16b in Stuttgart. Das 13 Jahre leerstehende Haus wurde am 6.12.91 besetzt und war in der Zeit bis zum 27.1.93 ständiger Treff und Anlaufpunkt von hunderten von Menschen. Allein beim Einjahresfest waren ca.600 Personen anwesend. Über 100 Bands traten in der Zeit der Besetzung auf. Das Haus gab den BewohnerInnen und Gästen die Möglichkeit ihr Leben und ihre Freizeit so zu gestalten wie sie es wollten. Es war anders als im städtischen Jugendhaus, anders als im Elternhaus und auch besser als nachts auf der Straße. Das Haus war Wohnraum, Zwischenstation und Begegnungsstätte für Menschen aus der ganzen Welt. Es war eine schöne Zeit.

Geräumt wurde die „Schwabe", weil sie nicht mehr in das bonzige Bild der näheren Umgebung passte. Sie muß nun wahrscheinlich einer breiten Einfahrt für die fetten Daimler der benachbarten SüdWestBank weichen. Außerdem ist in Stuttgart seit einiger Zeit eine Säuberungsaktion des Amtes für öffentliche Ordnung am laufen. SW-Bank und Amt für Öffentliche Ordnung arbeiten seit Monaten auf eine Räumung hin und es wurde der erstbeste Grund genommen. Der Grund war eine fünfmarkstückgroße Beule an einem Auto. Natürlich war es kein Kleinwagen sondern ein Mercedes und auch noch der eines Frankfurter Bankers.
Der erste Kontakt von offizieller Seite und Beginn des Terrors gegen die BewohnerInnen war das Konzertverbot vom 15.1.93. In dieser Verfügung wurde uns bei Zuwiderhandlung eine Strafe von 5000.-DM und die Beschlagnahmung aller Musikinstrumente und Verstärker angedroht.

Die Räumung selber wurde als große Show inszeniert bei der zwei Hundertschaften SEK (+ Staatsschutz, Göppinger-, Drogen- und Feldpolizei) zeigen konnten, wie der Staat mit BesetzerInnen umgeht. Den 12 Menschen, die sich zur Zeit der Räumung im Haus aufhielten, blieb keine andere Wahl als sich zu stellen, um nicht außerhalb der Sichtweite der Öffentlichkeit der willkürlichen Gewaltanwendung des Räumkommandos ausgesetzt zu sein.

Nach der Räumung wurde den BesetzerInnen von der *Caritas* freundlicherweise etwas Futter zum Fraß vorgeworfen. Auch das *Jugendamt* bemühte sich um neuen Wohnraum, aber nur solange die „Schwabe" noch aus der Presse in den Hinterköpfen der BürgerInnen war. Das Ergebnis ist – wie zu erwarten – negativ.

Ins Bild paßt, daß zwei BewohnerInnen Probleme mit der Ausländerbehörde bekamen und zwei Tage nach der Räumung ausreisen mußten.

Das Amt für öffentliche Ordnung zerstörte nicht nur unsere Lebensgrundlage sondern versucht der ganzen Sache den Boden zu entziehen. Die Wagenburg wurde schon vertrieben, die afrikanische Kneipe „Uprising" und die Diskothek „ON-U" sind auch dichtgemacht worden. Was noch bleibt, ist ebenfalls gefährdet. Stuttgart wird eine Stadt der Bonzen, wenn nichts passiert.

dar. Die Ware, das Geld, das Kapital - ja. Die Ökonomie ist lediglich die Lüge einer bestimmten

Projekt @-Treffen

Über 50 Leute trafen sich vom 12.-14.2.93 in Blessenwohl, um über Perspektiven "nicht-plakativen" Anarchismus' zu sprechen, sich auszutauschen, vorzubereiten, sich kennenzulernen und die "neuesten Geschichten" zu hören. Die Krise des Projekt @-Ansatzes (Kurzform für die Inhalte eines Großprojekts, das sich der Selbstverwaltung, der gegenseitigen Hilfe verpflichtet weiß und sich für Freiheit und Ökologie einsetzen will, mit lokalfixierten Standorten nicht mehr nur in Deutschland) scheint überwunden. Ob es zu einer Modernisierung des Anarchismusbegriffs reicht, scheint noch zweifelhaft, obwohl in ökonomischen Teilbereichen tatsächlich praktische und hoffnungsvolle Schritte existieren, die am Beispiel der "WESPE" in Neustadt a.d.W. sichtbar werden. Fakt ist für mich, daß dieser Ansatz momentan der einzige im Bundes-gebiet ist, der eine gesellschaftliche Per-spektive anpackt und lernfähig zu sein scheint. Hier werden Theorie und Praxis im Sinne der praktischen Zielsetzung ver-bunden, Ansprüche an der Realität ge-messen.

Freitagabend stellten sich die Leute und ihre Projekte vor. Samstag gab es einen kurzen Abriß über die Entstehung des Projekt @, seine Schwierigkeiten und Brüche. Anschließend wurde im großen Plenum kreuz und quer, aber doch anregend und lebhaft diskutiert. Nachmittags gab es Arbeitsgruppen zu Öffentlichkeit, Projektevernetzung, Computerver-netzung, Ruhrpott & Projekt @, Ge-sundheit & Soziales, Lutterspektakel, Frauen. Anwesende Frauen kritisierten den Mangel an Frauenräumen, die Selbst-herrlichkeit und Unsensibilität der anwe-senden Männer, die mangelnde Beachtung ihrer Interessen. Das Projekt@ wird sich auf den *Libertären Tagen* mit diesen Ar-beitsgruppen vorstellen.

Sonntags dominierte die Diskussion um die Konsequenzen aus dem letztjährigen Lutterspektakel, eine lockere Verbindung von Spaß und Austausch für ProjektlerInnen und Interessierte. Wer dieses Jahr hinfahren möchte, sollte die Ankündigungen (z.B. im AHA-Bulletin) beachten.

Mir persönlich fiel auf, daß sich hier eine neue vielversprechende Strömung im anarchistischen Rahmen etabliert hat. Abgrenzungen und Unterschiede zur FAU, zur Graswurzel und noch stärker zu anarchistischen Autonomen wurden immer wieder sichtbar. Meiner Meinung nach wurde zu wenig auf konstruktive Möglichkeiten der Assoziierung geschaut. Gefehlt haben mir auch gesellschaftlich aktuelle Themen (Rassismus, ostdeutsche Situation, Ökologie etc.). Selbstver-ständlich wird nur das diskutiert, was jedeR für wichtig erachtet und einbringt, doch kann eine Kommunebewegung nicht an 30.000 entlassenen StahlarbeiterInnen vorbeischauen (und hier bleibt der Ansatz einer FAU in modernerer Form not-wendig); auch Projekt @lerInnen können wegen fehlender Kaufkraft oder Kriminalisierung pleite gehen. Auch ihre Häuser können brennen, was vielen sehr wohl bewußt ist. Und hier können die Erfah-rungen von Nicht-ProjektlerInnen sehr wohl helfen. Abgrenzung und eigenes Süppchen kochen, sollten wir endlich auf den Komposthaufen der Geschichte beför-dern.

H.'

Kontakte:
AHA-Bulletin, Per Schröder, Karlstr.7, 2900 Oldenburg
Verein WESPE e.V., Hauptstr.118, 6730 Neustadt a.d.W.

Bundesweiter Kongreß zum Thema "Triple Oppression" vom 26.-28.3.1993 in Halle

"Triple oppression" meint die Mechanismen patriarchaler, kapitalistischer und rassistischer Unterdrückung und deren wechselseitige Beziehungen. Dieser Ansatz soll kritisch betrachtet, erweitert und hinsichtlich seiner Tragfähigkeit für die politische praxis erörtert werden.
Infos bei: Vereinigte Linke Halle, Große Klausstr.11, O-4020 Halle, Tel. 25537

Aufruf zu einer Blockade des Bundestages

Aus Kreisen um die linkssozialistische Zeitschrift LINKS und separat davon aus einer gemeinsamen Initiative verschiedener Frankfurter Gruppen wie der autonomen LUPUS-Gruppe, dem Frauenplenum der Uni Frankfurt oder dem Wohlfahrtsausschuß Frankfurt (u.a. ehemals DIS-KUS) erreichte uns zum Lay Out ein Papier, das zur Blockade des Bundestags aufruft, um gegen die Asylrechtsänderun, staatlichen Rassismus, Abschiebe- und Abschottungspolitik zu protestieren. Blockadetag soll die Lesung des Gesetzes sein.
Die SF-Redaktion schickt Interessierten beide Aufrufe gegen Rückporto (0,80) zu

Klasse über die Welt. Die Ware, das Geld, der Wert, das Kapital sind die eigenen Lügen der Welt

HIV und AIDS – (k)ein Zusammenhang?

von Sophie Neuberg

Seit im Jahre 1983 von Prof. Luc Montagnier in Frankreich und 1984 von Prof. Robert Gallo in den USA das Retrovirus HIV beschrieben wurde, gilt dieses Virus als Ursache von AIDS. Weltweit hat die gesundheitspolitische Aufklärung und AIDS-Prävention auf die Entdeckung und die Erkenntnisse der beiden Wissenschaftler aufgebaut. Kampagnen für die Benutzung von Kondomen beim Geschlechtsverkehr und von sterilen Nadeln beim intravenösen Drogengebrauch sind daraus entstanden.

Demgegenüber gibt es seit langem einige Verfechter, darunter auch Heilpraktiker und Ärzte, einer ganz anderen Theorie: HIV ist nicht die Ursache von AIDS. Das zumindest ist die Kernaussage des deutsch-amerikanischen Molekularbiologen Peter H. Duesberg. Für die meisten Wissenschaftler, AIDS-Hilfen und Politiker gilt er als nicht ernst zu nehmender Spinner. Doch das hat den Anhängern Duesbergs noch nie etwas ausgemacht. Seit Jahren wettern sie gegen das, was sie „AIDS-Dogma" und „AIDS-Lüge" nennen.

Mit Fritz Poppenbergs Film *„Die AIDS-Rebellen"*, der in Berlin im Rahmen einer Tagung von Duesberg-Anhängern uraufgeführt wurde, geht man nun in eine neue Offensive.

Manche Argumente sind schlichtweg falsch bzw. verdreht. Angeblich sind Frauen hierzulande von AIDS nicht betroffen. Kein Wort darüber, daß man jahrelang von einer schwulen Krankheit ausgegangen ist und Erkrankungen bei Frauen nicht zu AIDS gerechnet hat. Dieses Problem besteht heutzutage immer noch, wird aber von Duesberg und seinen Anhängern ignoriert. Angeblich geben die Regierungen riesige Summen für die (sinnlose) AIDS-Prävention und AIDS-Bekämpfung aus. Im Film wird dazu ausgerechnet Ronald Reagan bei einem Auftritt gezeigt, als er ankündigt, wie viele Gelder für die AIDS-Bekämpfung bereitgestellt werden. Es wird nicht erwähnt, daß gerade die Reagan-Regierung die AIDS-Problematik sträflich vernachlässigt und sich immer bemüht hat, Gelder zu sparen und zu kürzen. Es hatte Jahre gedauert, bis Reagan sich dazu durchgerungen hat, überhaupt das Wort AIDS in den Mund zu nehmen.

Stilblüten

Die Duesberg-Anhänger bedienen sich einer ganzen Palette von Tricks, um ihr Publikum zu überzeugen. Sie arbeiten mit Halbwahrheiten und Gegenwahrheiten, verkennen Tatsachen, z.B. – wie erwähnt – was AIDS und Frauen anbelangt. Sie kritisieren die Art und Weise, wie mit Statistiken umgegangen wird, benutzen aber selber die Statistiken, die ihnen passen (z.B. solche über Drogenkonsum), und lassen andere unbeachtet bzw. interpretieren Statistiken so, daß diese ihre Theorie (scheinbar) untermauern. Daß Schwule große Drogengebraucher sind „beweist" Duesberg anhand einer Untersuchung über 359 Männer in San Francisco (für jeden Statistiker eine lächerlich kleine und keineswegs repräsentative Zahl). Ihre „wissenschaftlichen Beweise" schöpfen sie aus ganz wenigen Quellen und zitieren sich in ihren Veröffentlichungen gegenseitig, so daß sie nur scheinbar über zahlreiche Quellen verfügen, die ihre Thesen belegen sollen.

Das vorhandene Mißtrauen vieler Menschen gegenüber der Medizin, den Medien und der Regierung wird ausgenutzt, um sämtliche Forschungsergebnisse in Frage zu stellen. Um zu zeigen, wie die Bundesregierung uns anlügt, wird im Film Frau Pott von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gezeigt, die erklärt, daß durch Aufklärungsprogramme der Bundesregierung die Toleranz gegenüber HIV-Infizierten und AIDS-Kranken zugenommen hat. Dann werden Betroffene gezeigt, die von Diskriminierungen berichten oder aus Angst davor nur hinter einer Maske sprechen wollen. Durch dieses Spiel mit dem Mitleid wird der Eindruck erweckt, die Bundesregierung würde grundsätzlich lügen. Doch wer behauptet schon, es gäbe keine Diskriminierung von HIV-Infizierten und AIDS-Kranken? Trotzdem haben u.a. die Aufklärungskampagnen der Regierung dazu beigetragen, die irrationalen Ängste der Bevölkerung abzubauen.

Duesberg behauptet im Fim, er habe mit seiner Theorie, Drogen seien für AIDS verantwortlich, deswegen keinen Erfolg, weil sie nicht *politically correct* sei. Damit meint er, Drogen seien *in* und es gelte als reaktionär, sich gegen Drogen auszusprechen. Einen wichtigen Punkt läßt er unbeachtet: Wenn man der „offiziellen" Theorie Glauben schenkt, ist der beste Schutz gegen AIDS die sexuelle Abstinenz (bekanntlich können Kondome keinen hundertprozentigen Schutz bieten). Ist das etwa *politically correct?* Ist das *in?*

Außerdem wäre Duesbergs Theorie für alle Regierungen der Welt äußerst kostengünstig und damit ein Segen – es käme nur noch darauf an, für Drogenverzicht zu plädieren. Auch die Schwulen wären bestimmt dankbar, wenn sie auf Safer Sex verzichten könnten und statt dessen nur die Poppersflasche wegzuwerfen brauchten. Somit können die Duesberg-Anhänger beim schwulen Publikum Erfolg haben: Welch eine Erleichterung, wenn man ohne Drogen keinem Risiko ausgesetzt ist! Mit diesem Argument versuchen sie insbesondere Schwule aus den neuen Bundesländern für sich zu gewinnen. Ihnen geben sie zu verstehen, die Gefährdung käme ausschließlich von den Drogen (Popers, Heroin, Ecstasy...) aus dem Westen.

Die schlimmste aller Drogen sei übrigens das Medikament AZT, das für den Tod von zahlreichen HIV-Positiven verantwortlich sei. Daß dieses Präparat keine Heilung bedeutet und keinesfalls harmlos ist, dürfte aber hinlänglich bekannt sein. Doch es hat sich gezeigt, daß es in vielen Fällen das Leben verlängern kann, und wenn es wirklich um Leben und Tod geht, sind viele Kranke bereit, alle Nebenwirkungen in kauf zu nehmen. Muß noch daran erinnert werden, daß Gruppen wie ACT UP sich für eine beschleunigte Zulassung von Medikamenten einsetzen, auch wenn diese noch nicht abschließend erprobt sind, damit möglichst viele Menschen, die Chance haben, sie zu probieren? Wie Kritiker der Duesbergschen Theorie mal gesagt haben, ist es für ihn leicht, sich für bessere wissenschaftliche Beweise einzusetzen. Er hat Zeit, AIDS-Kranke nicht.

Gleichzeitig wird an das konservative Denken appelliert, wenn Schwule so dargestellt werden, daß sie ständig die sexuelle Befriedigung suchen und dafür gefährliche Aufputschmittel gebrauchen. Schlußfolgerung: Schwule sind für ihre Erkrankung selbst verantwortlich, und Otto Normalhetero hat nichts zu befürchten.

Duesberg = Death

Die Theorie von Duesberg et al. ist zunächst einmal wissenschaftlicher Unfug. Dazu der Öffentlichkeitsbeauftragte vom AIDS-Zentrum des Bundesgesundheits-

über sich selbst. Die Ware, das Geld, der Wert, das Kapital sind keine ökonomischen Kategorien.

amtes Dr. Marcus: „Die Argumentation von Herrn Duesberg steht auf tönernen Füßen. Was die Epidemiologie angeht, strotzt sie von Unkenntnis, was ihm seit Jahren vorgehalten wird. Er ist aber nicht in der Lage, eine griffige Argumentation zu entwickeln, weil die Epidemiologie geradezu beweist, daß HIV die Ursache von AIDS ist.“ Zu der Tatsache, daß der Leiter des AIDS-Zentrums Prof. Meinrad Koch in dem Film von Fritz Poppenberg erscheint, erklärte Dr. Marcus, die Poppenberg-Filmproduktion habe im letzten Jahr um Interviews für einen Film über den Stand der AIDS-Epidemie gebeten. Es war nicht davon die Rede, daß Duesberg im Vordergrund stehen würde. Es wurde vielmehr ausdrücklich auf die Filmförderung hingewiesen, und dies hatte wohl die beabsichtigte Auswirkung: Die Mitarbeiter des AIDS-Zentrums dachten, es handle sich um ein seriöses Filmprojekt. Nachdem Dr. Marcus nun den Film gesehen hat, fragt er sich, wie diese großzügige Förderung zustande gekommen ist. Die Frage ist berechtigt, der Film ist nach Presseberichten von Brandenburg mit 58.000.-DM, von Hessen mit 70.000.-DM, NRW mit 200.000.-DM und Niedersachsen mit 250.000.-DM unterstützt worden. Von einer derartigen Großzügigkeit können die regionalen AIDS-Hilfen nur träumen. Dies hindert die Duesberg-Anhänger nicht zu behaupten, die Beschäftigten der AIDS-Hilfen würden die „HIV-AIDS-Lüge“ deswegen verfechten, weil sie sich dadurch Jobs und Gelder sicherten! Daß die meisten Menschen in der AIDS-Hilfe ehrenamtlich arbeiten, vergessen die Duesberg-Anhänger allerdings.

Zweitens ist die Theorie Duesbergs gefährlich.

Leider verstehen es diese Leute, mit demagogischen Argumenten, Anekdötchen und billigen Witzen das Publikum für sich zu gewinnen. Sie ziehen über die Bundesregierung, die anfänglich übertriebenen Prognosen, die sexbesessenen Schwulen, den panikmachenden SPIEGEL usw. her und sichern sich somit auf ziemlich miese Art und Weise den Erfolg. Auf der Berliner Tagung erklärte der Schweizer Immunologe Alfred Hässig, es habe zu seiner Studienzeit keine Drogensüchtigen gegeben – und das Publikum lachte wohlwollend. Peter Duesberg wiederum erzielte einen großen Lacherfolg mit seiner Behauptung, die Lebenserwartung der Bluter habe sich seit dem Auftreten des HIV verdoppelt – eigentlich ein ziemlich makabrer Witz, aber keiner im Publikum konnte mit Zahlen kontern. In dem Zusammenhang und aus dem Mund des gewandten Redners kam die Behauptung als Beweis dafür an, daß Regierung und Gesundheitsamt uns anlügen. Übrigens kontern oder kritisch nachfragen kann man im Kreis der Duesberg-Anhänger gar nicht. Jedenfalls wurde es auf der Tagung geschickt unterbunden bzw. waren die Vorträge so genau eingeplant, daß keine Zeit für Fragen blieb. Wenn nötig – z.B. als der dort anwesende Dr. Marcus versuchte, eine kritische Bemerkung an Duesberg zu richten – sorgten die Anhänger dafür, daß er nicht zu Wort kam. Peter Duesberg zu widersprechen kommt offenbar einer Majestätsbeleidigung nahe…

Er behauptete, die AIDS-Forschung sei aufgrund des übergroßen Respekts vor der Keimtheorie schief gelaufen. Seiner Meinung nach ist AIDS keine infektiöse Krankheit – dies illustrierte er wiederum mit der „witzigen“ Behauptung, Safer Sex sei genauso nützlich gegen AIDS wie eine Gasmaske gegen ein Maschinengewehr. Infektiöse Krankheiten gebe es auch fast nicht mehr. Man stürbe vielmehr an Krankheiten, die aus der Zelle kommen. Doch mit einer derartigen Forschung, so Duesberg, wird man mit keinem Nobelpreis belohnt. Den Nobelpreiswitz wiederholte er übrigens mehrmals während seines Vortrags und damit entlarvte er sich vielleicht selbst: Peter Duesberg hat den Erfolg von Robert Gallo und Luc Montagnier nicht verkraftet. Gallo und Montagnier haben das HI-Virus als erste entdeckt und beschrieben, was zu einem ungeheuren Ruhm führte. Und was hat der arme Duesberg? Eine kleine sektenartige Anhängerschaft, aber keine großen Gelder und schon gar keinen Nobelpreis! Dies mag als Begründung für seinen wahnwitzigen Kampf trivial erscheinen, doch dieser Gedanke, der mich während Duesbergs Vortrag überkam, erscheint mir um so plausibler, wenn man bedenkt, welche Kämpfe es zwischen Gallo und Montagnier gegeben hat, als es darum ging, wer von beiden nun der *erste* Entdecker des HIV sei. Duesberg wäre nicht der erste Forscher, der mit einer abenteuerlichen Theorie versucht, den Durchbruch zu schaffen. Auf ihn achtet bisher, wie gesagt, nur eine kleine Anhängerschaft, darunter Fritz Poppenberg, der mit seinem Film „Die AIDS-Rebellen“ Duesberg reichlich Raum zur Selbstdarstellung gibt. Eine ganze Weile sieht man Duesberg am Rednerpult, leicht von unten gefilmt (ein gewöhnlicher Filmtrick, um Redner größer erscheinen zu lassen), und seine andächtigen StudentInnen, die im vollen Hörsaal aufmerksam lauschen. Duesberg, der Retter und neue Führer?

In dieser Rolle Duesbergs kristallisiert sich die ganze Tücke der „AIDS-Rebellen“. Sie geben vor, kritisch vorzugehen, stellen aber pauschal und fanatisch alles in Frage. Wo soll das enden?

(Nach ihnen gibt es) schon keine Infektionskrankheit AIDS. – Im Berliner Offenen Kanal, wo Duesberg-Anhänger regelmäßig Sendungen zur „AIDS-Lüge“ ausstrahlen, stellen die gleichen Leute inzwischen auch die Existenz des Ozonlochs in Frage. Wieviele Todesfälle haben diese Leute zu verantworten, wenn sie weiter die Meinung verbreiten, man könne auf Safer Sex verzichten?

Sie sind Kategorien der Welt. Das bedeutet, das diese Kategorien nicht der Bourgeoisie gehören, daß

Duesbergs Theorien



von Jürgen Poppinger

In mehreren Artikeln und Briefen, Vorträgen und Veranstaltungen in aller Welt hat der Molekularbiologe Prof. Peter Duesberg aus Berkeley, Kalifornien seit 1988 das Virus HIV als Ursache von AIDS in Frage gestellt und ist damit der herausragendste Kritiker der gängigen Ansichten über die verursachende Rolle von HIV bei der Entstehung von AIDS. Sollen wir nun wegen Duesbergs Argumenten die Kondome weglassen und kein AZT mehr nehmen? Ich möchte einigen Argumenten Duesbergs aktuelle Forschungsergebnisse gegenüberstellen.

(Die SF-Redaktion hat sich um nachfolgende zwei Duesberg-Kritiken bemüht, weil die Vorstellung von Duesbergs Ansichten in SF-37 „AIDS – ein medizinischer Irrtum?" in dieser Zeitschrift bislang undiskutiert blieb; wir danken der Redaktion der Berliner Schwulen-Zeitschrift Magnus und den beiden AutorInnen für die Nachdruckerlaubnis.)

Duesberg: Der Virus-Nachweis ist unmöglich

Duesberg stützt sich bei seiner Argumentation auf die „Henle-Kochschen Postulate", die 1840 von Henle formuliert und 1890 von Koch erweitert wurden. Das 1.Postulat besagt, daß „der Parasit in jedem einzelnen Falle der betreffenden Krankheit anzutreffen ist." Duesberg führt an, daß jedoch bei nur sehr wenigen symptomlosen Trägern von HIV und einigen wenigen Personen mit AIDS das Virusmaterial nachzuweisen ist, und dann nur in sehr geringen Mengen. Die Erbinformation von HIV sei praktisch bei keinem symptomlosen seropositiven Mann direkt nachgewiesen worden, und Antikörper gegen HIV träten nur bei 40% aller amerikanischen Fälle und nur bei 7% der AIDS-Fälle von New York und San Francisco auf.

Der Virusnachweis ist möglich

Zunächst ist einzuwenden, daß es möglich wäre, daß ein Virus den bis heute angewandten Regeln nicht gehorcht, zumal, wie im Falle der Kochschen Regeln, diese z.T. vor der Entdeckung der Viren aufgestellt worden sind. Darüber hinaus zeigen bessere Methoden der Virus-Isolation, daß eine HIV-Infektion letztlich bei allen AIDS-Kranken vorliegt. Erschwert wird der Nachweis des HIV-Antigens (eines Virusteils) durch die Bildung von Antigen-Antikörper-Komplexen, die das Antigen „maskieren". Bei Positiven läßt sich HIV mit Spezialtechniken in sehr hohen Prozentsätzen nachweisen, außerdem geht die verstärkte HIV-Vermehrung im Körper der Entwicklung des Immundefekts voraus, ist also kein Ausdruck „opportunistischer" Infektion mit HIV.

Duesberg: Die Erregeranzucht ist unmöglich

Das 2.Henle-Kochsche Postulat besagt, daß der Erreger bei allen Krankheitsfällen isoliert und vermehrt werden kann. Duesberg führt an, daß eine Virusisolierung bei AIDS-Patienten in 80% aller Fälle möglich ist, allerdings nur mit großen technischen Schwierigkeiten und außerhalb der virusunterdrückenden Umgebung des Immunsystems des Wirtes in einer Gewebekultur, und damit sei das 2. Henle-Kochsche Postulat verletzt.

Die Erregeranzucht ist möglich

Tatsächlich ist HIV bei Menschen mit einer asymtomatischen HIV-Infektion in ca. 90% der Fälle aus dem Serum anzüchtbar, wenn ausreichend empfindliche Methoden gewählt werden. Tatsächlich wird dabei die rauhe Umgebung des menschlichen Immunsystems vermieden, denn sonst würde der Nachweis so lange wie die Entwicklung von AIDS dauern – viele Jahre.

Duesberg: Ein Tiermodell fehlt, Nadelstiche sind ungefährlich

Duesberg fordert (gemäß Kochs 3.Postulat), daß es für Krankheitserreger ein Tiermodell geben muß. Das 3. Postulat verlangt, daß ein geeigneter Erreger nach experimenteller Infektion eines geeigneten tierischen oder menschlichen Wirts Krankheit hervorruft. Duesberg führt an, daß infizierte

es der Bourgeoisie all ihren Anstrengungen zum Trotz, nicht gelungen ist, von ihnen Besitz zu

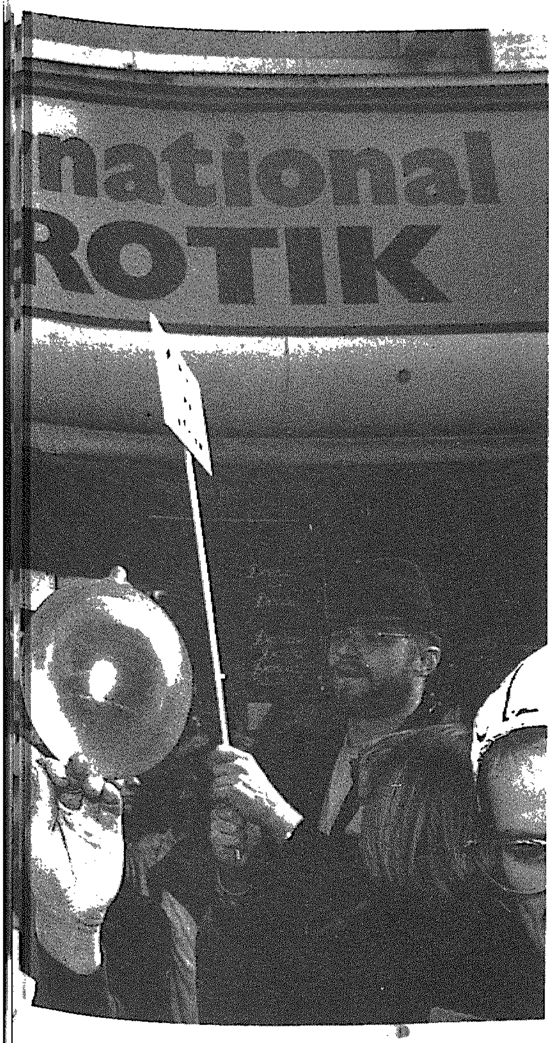


Photo: Herby Sachs/transparent

Schimpansen zwar die HIV-Antikörper, aber kein AIDS entwickeln. Darüber hinaus behauptet er, daß weder die Infektion von Hämophilen (Bluterkranken), Transfusionsempfängern noch von Beschäftigten im Gesundheitswesen zu einer erhöhten Rate von AIDS geführt habe und Personen mit häufig wechselnden Sexualpartnern kein AIDS entwickelt haben, obwohl sie wahrscheinlich HIV ausgesetzt waren.

Ein Tiermodell ist vorhanden, es gibt AIDS in Transfusionsempfängern

Obwohl es stimmt, daß HIV in Schimpansen kein AIDS hervorruft, ist dies aber bei der Spezifität (d.h. Bindung der Virusvermehrung an einen oder wenige Wirte) von HIV nicht verwunderlich, d.h. es ist sehr schwer, einen geeigneten Wirt im Sinne Kochs zu finden. HIV kann aber nach einigen Jahren auch bei Schimpansen zu einer Beeinträchtigung des Immunssystems führen.

Kein anderer Erreger als HIV kann mit transfusionsbedingtem AIDS in Verbindung gebracht werden. Während 95% der mit HIV infizierten Säuglinge innerhalb von sechs Jahren AIDS entwickeln, bekommen nicht infizierte Geschwister diese Krankheit nicht. Die routinemäßige Untersuchung von Blutspendern auf HIV hat die Übertragung der Erkrankung durch Bluttransfusion fast vollständig verhindert. Versehentliche Verletzungen mit Kanülen, die zu HIV-Seropositivität und schließlich AIDS führten, bestätigen dies. Da HIV nur schwer übertragbar ist, geht die Infektion nur bei wenigen Personen, die mit HIV Kontakt haben, an – vermutlich bei weniger als 10%.

Duesberg: HIV erfüllt die Kriterien der Epidemiologie nicht

Duesberg führt weiterhin an, daß HIV nicht die üblichen epidemeologischen Kriterien erfüllen würde, so seien etwa 10% der Einwohner von Zaire seit 1975 seropositiv, aber 1988 seien nur ca. 300 AIDS-Fälle aus Zaire gemeldet worden. Darüber hinaus sei das Risiko unter Amerikanern, AIDS zu entwickeln, nicht von der Tatsache abhängig, ob sie HIV-infiziert seien, sondern von ihrem Lebensstil. Es sei paradox anzunehmen, daß ein und dieselbe Infektionskrankheit in unterschiedlichen Teilen der Welt bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (z.B. überwiegend bei Männern) unterschiedliche Krankheitsbilder erzeugt.

HIV und AIDS folgen den üblichen Regeln der Epidemiologie

Die Epidemiologie von AIDS liefert die überzeugendsten Beweise dafür, daß HIV AIDS hervorruft. Der bedeutendste Beleg dafür sind epidemiologische Studien, die zeigen, daß eine HIV-Infektion für die Entwicklung der Erkrankung AIDS unbedingt (möglicherweise aber nicht hinreichend) notwendig ist. Es hat sich bei jeder untersuchten Bevölkerungsgruppe, sowohl in den USA als auch anderswo, gezeigt, daß in den Jahren nach der Infektion mit HIV und langsamer Serokonversion der Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppe die Symptome, die charakteristisch für eine progressive Immunstatusverschlechterung sind. Letztlich in vorhersehbarer Häufigkeit zu AIDS führen. Eine kanadische Studie konnte nun 1992 den von Duesberg lange geforderten Nachweis führen, daß allein HIV zum Immundefekt führt, nicht aber die von Duesberg gefürchteten Risiken Poppers, Drogen oder homosexuelle Kontakte. Eine Gruppe von über 700 schwulen Männern wurde über Jahre beobachtet. Außer der HIV-Infektion gab es kein anderes Risiko für die Entwicklung eines Immundefektes, das Auftreten von opportunistischen Infektionen, von Kaposi-Sarkom bzw. Tod an einer Krankheit. Drogengebrauch änderte dieses Risiko nicht. „Der Zeitpunkt für das Auftreten von AIDS in einem Land ist abhängig von dem Zeitpunkt, in dem HIV aufgetreten ist: erst wird HIV entdeckt, dann erscheint AIDS." Da die Ausbreitung von HIV – wie die Ausbreitung aller anderen Keime – auf sozialen Faktoren beruht und die klinischen AIDS-Symptome von der Umwelt abhängig sind, ist die vermeintliche Paradoxie spezieller Krankheitsbilder einzelner Gruppen bei AIDS gelöst.

Duesberg: AIDS gibt es nicht

Duesberg hält es für einen Widerspruch der „HIV-AIDS-Hypothese", daß HIV in verschiedenen Risikogruppen weltweit unterschiedliche Krankheiten auslösen soll. So überwiegen in den USA die PcP und das Kaposi-Syndrom im Gegensatz zum Vorherrschen anderer Erkrankungen im Zusammenhang mit der Immunschwäche in Afrika. Duesberg stellt dar, daß die AIDS definierenden Erkrankungen nicht neuartig seien und daß daher AIDS ein Kunstprodukt der Medizin sei.

AIDS ist eine Gruppe von Krankheiten, die in dieser Kombination neu ist

Tatsächlich gab es seit langer Zeit Men-

ergreifen, daß es diese Kategorien sind, die die Bourgeoisie immer beherrscht haben, und daß der in

schen, die an einer der im Krankheitskatalog von AIDS beschriebenen Störung litten. Nach dem 2. Weltkrieg erkrankten in Deutschland unterernährte Kinder an der PcP (weil Unterernährung einen zellulären Immundefekt erzeugt), alte Männer in Kleinasien und auf dem Balkan erkrankten am Kaposi-Syndrom. Bei Personen, die extremen immunschädigenden Einflüssen (wie z.B. einer aggressiven Chemotherapie oder Bestrahlung) unterlagen, traten diese Erkrankungen auch auf, bei anderen jungen Menschen allerdings nicht.

Warum also starben früher unzählige Schwule den „natürlichen" Tod der Heteros, während sie in den letzten zehn Jahren auch an den Krankheiten sterben, die zuvor nur bei Menschen mit angeborenen Immundefekten, Krebs des Immunsystems oder unter immunhemmender Behandlung auftraten? Die Antwort ist einfach: Einheitlich ist den Erkrankten der Defekt der zellularen Immunabwehr. Die Berechtigung, verschiedene Erkrankungen zu einem Syndrom zusammenzufassen, ist auf die gemeinsame Grunderkrankung (Immundefekt) und das verbundene Auftreten der Erkrankungen (z.B. bei Menschen mit HIV die PcP, Pilzinfektionen und dann Toxoplasmose) zurückzuführen. Tatsächlich verwenden viele Mediziner anstelle des Begriffes AIDS „HIV-Erkrankung", um das Grundproblem, nämlich die Beeinträchtigung des zellulären Immunsystems durch HIV auszudrücken.

Duesberg: AIDS entsteht durch Drogen und Lebensstil

Als Erklärung für die unter schwulen Männern und Junkies grassierenden Krankheiten führt Duesberg an, daß dies Ausdruck eines falschen Lebensstils mit Drogengebrauch, Fehlernährung und häufigem Analverkehr sei. Für Herrn Duesberg gilt: „The person with AIDS isn't the nice guy from next door" (Der Mensch mit AIDS ist nicht der nette Kerl von nebenan), sondern der promiske, popperschnüffelnde Diskoschwule und polytoxikomane Junkie.

Drogen und Lebensstil haben in der Vergangenheit kein AIDS ausgelöst und tun dies jetzt auch nicht

Wenn man unterschiedliche Gruppen untersucht, die Drogen (Morphine, Poppers etc.) gebrauchen oder nicht, so findet sich kein Unterschied im Verlauf des T-Helferzellenabfalls oder in der Häufigkeit der AIDS-Diagnosen. Der einzige Faktor, der AIDS einigermaßen sicher voraussagt, ist HIV. Personen, die Poppers gebrauchen, haben öfter Analverkehr mit einem HIV-Übertragungsrisiko, wenn sie sich aber keine HIV Infektion zuziehen, bekommen sie auch kein AIDS.

Vieles an unserer Lebensweise mag für einen amerikanischen Mittelschichtshetero unverständlich sein und bedrohlich klingen. Ist es dadurch aber krankhaft oder kranheitserregend?

Duesberg: AZT macht AIDS

Duesberg stellt den Einsatz von AZT in Frage, da er bei den AZT-Studien mangelnde „Wissenschaftlichkeit" zu erkennen glaubt. Darüber hinaus sei eine AZT-Therapie von Menschen mit HIV nicht zu verantworten. Duesberg behauptet, daß AZT „wirkungsvoll sich teilende Blut- und andere Zellen zerstört und deshalb auch direkt immunsuppressiv wirkt." Er beklagt ferner, daß wegen der unmittelbaren Nebenwirkungen von AZT die Versuche nicht ausreichend „doppelblind" sein konnten und somit eine völlige Abtrennung der körperlichen Befindlichkeit von den Gedanken der Versuchspersonen beim Versuchsausgang nicht gewährleistet werden konnte. So seien Studien zu früh (z.B. wenn sich eine Wirksamkeit gezeigt hat) abgebrochen worden.

AZT zögert die Entwicklung von AIDS hinaus

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, wenn man alle Studien anführen würde, die eine lebensverlängernde Wirkung von AZT beweisen, deshalb nur einige wichtige: In deutschen und US-amerikanischen Kohortenstudien konnte gezeigt werden, daß AZT und PcP-Prophylaxe das Progressionsrisiko bei Personen mit T-Helferzellen unter 350 stark reduzieren. Diese Aussagen gelten allerdings nur für Homosexuelle, bei HIV-Drogengebrauchern und Frauen bleibt dieser Trend aus, ein Ausdruck der Unzulänglichkeit einer adäquaten medizinischen Versorgung (und AZT-Einsatzes) dieser Gruppen von Menschen mit HIV. In epidemiologischen Studien in Deutschland beobachtet man eine ungebremste Dynamik des Auftretens von AIDS in der Provinz, dort, wo Menschen mit HIV nicht mit AZT oder Pentamidinen behandelt werden (wie es Herr Duesberg wohl gerne hätte).

Ähnliche Resultate erbrachte die San Francisco Chort Study mit mehr als 6700 Teilnehmern. Nach 11,8 Jahren nach Serokonversion wurde eine AIDS-Inzidenz von 81% vorhergesagt, die durch die Prophylaxe mit AZT und Pentamidine auf 61% absinkt.

AZT und PcP-Prophylaxe verringern die Wahrscheinlichkeit, an AIDS zu erkranken. Punktum. Daß die Behandlung nicht von allen vertragen oder gewünscht wird und nicht wirksam genug ist, um das Sterben unserer Freunde zu verhindern, steht auf einem anderen Blatt.

Zusammenfassung

Insgesamt hat Duesberg zu Beginn seiner Veröffentlichungsreihe noch das Verdienst gehabt, die allzu forsche Verknüpfung aller Erscheinungen von AIDS und HIV hinterfragt zu haben. Die Forderung, alles an einer Erkrankung verstehen zu wollen, bevor man sich auf ihre Behandlung oder Prävention einläßt, ähnelt aber einem Postboten, der erst dann Briefe austrägt, wenn er alle Adressen auswendig gelernt hat. In einer krisenhaft zugespitzten Situation muß man sich mit Wahrscheinlichkeiten als Grundlage zur Entscheidungsfindung begnügen. Duesberg muß sich aber fragen lassen, auf welcher ethischen Basis er sich bewegt, wenn er Menschen durch die Infragestelung von HIV-Prävention oder bewiesen wirksamer medizinischer Behandlung Lebenszeit raubt. Ich bin es leid, mir Duesbergs Ausführungen über den falschen Lebensstil anzuhören, während ich meine Freunde verliere, die allesamt einen sehr unterschiedlichen Lebensstil hatten. Ich kann nach all den zehn Jahren HIV-Epidemie gesammelten Informationen nur noch kopfschüttelnd auf die schauen, die uns glauben machen wollen, daß Safer Sex unwichtig sei, weil die HIV-Übertragung irrelevant ist. Schlimm genug, daß die Regierung gelassen und untätig dem Sterben zuschaut, unerträglich aber, wenn einem Mann, der noch nichts zum besseren Leben von Menschen mit HIV beigetragen hat, das Forum von verschiedenen Landesregierungen finanziert wird, damit er sich zum Motor der HIV-Epidemie machen kann.

(Der Autor ist Arzt in einer HIV-Schwerpunktpraxis)

die Grube gefallen ist, der sie gegraben hat. Die Ökonomie ist nichts anderes, als der "wissen-

Apokalypse-Blindheit und Widerstand

Ein Nachruf-Essay auf Günther Anders

von Gregor Dill

Am 6.August 1945 detonierte über der japanischen Großstadt Hiroshima eine Atombombe und tötete viele Tausend Menschen. Das Atomzeitalter war eingeläutet.

Auf den Spuren der Bombe traf der Schriftsteller und Philosoph Günther Anders, der am 19.12.1992 in hohem Alter verstarb, auf Überlebende in Nagasaki und Hiroshima sowie auf Clauda Eatherly, einen der Bomberpiloten, mit dem er von 1959 bis 1961 einen regen Briefwechsel führte.[1] Anders' Recherchen und Gedanken begründeten ein umfangreiches Werk, das mit radikalen Thesen ebenso wie mit trübem Pessimismus reichlich durchzogen ist.

Anders' Philosophie geht eine Kernfrage voraus: Wie ist es zu erklären, daß einerseits auf der ganzen Erde verteilt unzählige Atomsprengköpfe und Atomanlagen stationiert sind, andererseits aber Millionen und Milliarden von Menschen dieser existentiellen Bedrohung verhältnismäßig gleichgültig gegenüberstehen?

In seinem 1956 erschienenen Hauptwerk mit dem Titel *Die Antiquiertheit des Menschen* gibt Günther Anders auf diese Frage eine Antwort, an der er bis zu seinem Lebensende festhält. Noch in seinem letzten Interview meint er, „daß alles sich zurückführen läßt auf die schlimme Tatsache, daß wir nicht mehr das, was wir selber sind und tun, als Vorstellende uns vor Augen halten können..."[2] Die menschliche Gleichgültigkeit gegenüber der atomaren Drohung liege begründet in einer allgemein verbreiteten Unfähigkeit: Die Menschen seien gar nicht imstande, die atomare Situation als solche wahrzunehmen. Sie seien „apokalypse-blind".[3]

Günther Anders stellte sich die Aufgabe, die Ursachen dieser der Menschheit attestierten „Nicht-Leistung" zu erforschen. Seinen Resultaten zufolge sei die „Hauptwurzel der Apokalypseblindheit" in der „Eigentümlichkeit, die unser Menschsein betrifft"[4] zu finden. Nach Anders unterliegen die verschiedenen menschlichen Tätigkeiten einer Hierarchie von „Leistungskapazitäten", wobei sich das Leistungsvermögen der rationalen Fähigkeiten auf einem höheren Niveau befände als dasjenige des emotionalen Könnens. Es bestehe eine Leistungsdifferenz zwischen Rationalität und Gefühlswelt – ein „prometheisches Gefälle",[5] wie er es nennt. Damit werde es möglich, dank der Rationalität der Technik Produkte herzustellen, deren Effekte die Grenzen des emotionalen Fassungsvermögens übersteigen. Für Anders ist die Kluft zwischen dem, was hergestellt wird, und dem, was wir uns vorstellen können, das ausschlaggebende Merkmal einer „zweiten industriellen Revolution"[6] und bildet den „Hauptfund" seines philosophischen Schaffens.[7]

Die These von der Antiquiertheit des Menschen angesichts der von ihm selbst hergestellten Produktewelt vertritt auch der konservative Denker Ernst Jünger, um dem Soldaten des 19.Jahrhunderts nachzuweinen, der, noch Herr über die Waffen, seine sozialdarwinistische Funktion im Reinigungsprozess des Krieges habe erfüllen können.

Was beiden Denkern zugrunde liegt, ist die Einsicht in die Möglichkeit, daß das menschliche Fühlvermögen einer anthropologisch determinierten Konstante entspräche. Diesbezüglich nimmt Anders eine schwankende Position ein. Er ist hin- und hergerissen zwischen der Position, die Antiquiertheit des menschlichen Fühlvermögens sei eine Folge historischer Bedingungen, über deren Veränderung eine Art Aufholjagd der Emotionen eingeleitet werden könne, und der fatalen Einsicht, „die Kapazität unseres Fühlens (sei) starr".[8]

Augenscheinlich wird die Widersprüchlichkeit der Andersschen Philosophie dort, wo er Handlungsstrategien für den Widerstand aufzeigt. Die *Angst* bildet dabei den Katalysator zur Auflehnung. Weil jedoch jene als emotionale Fähigkeit von der Apokalypse-Blindheit paralysiert werde, gälte es, eine dem atomaren Bedrohungspotential angemessene Angst erst zu erzeugen. Der Ausbruch aus dem „Zeitalter der Unfähigkeit zur Angst",[9] die Umwandlung des nur Gleichgültigkeit hervorrufenden Unvermögens zur Angst in die Fähigkeit, Angst zu haben, gäbe den Weg frei für den Widerstand gegen das Atomzeitalter. Für Anders ist es einzig die Angst, welche die Apokalypse abzuwenden imstande ist. Es geht ihm darum, die Kapazität der Fühlkraft *Angst* zu steigern, um sie mit der Handlungsfähigkeit *Widerstand* gleichzschalten:

„Wenn es unser Schicksal ist, in einer ... Welt zu leben, die sich durch ihr Übermaß unserer Vorstellung und unserem Fühlen entzieht und uns dadurch tödlich gefährdet, dann haben wir zu versuchen, dieses Übermaß einzuholen."[10]

Anders nennt zwei Mittel, wie das Ziel, adäquate Angst zu erzeugen, erreicht werden könne: Die Aufklärung und die Panikmache.

Die permanente Aufklärung über den Komplex der atomaren Situation, was bedeute, „von dem Dinge zu sprechen wie von einerm Fluche, (um) diejenigen, die sich achselzuckend mit ihm abfinden, zu belehren",[11] gehöre zur Pflicht eines jeden. Es gälte, „Tag für Tag, Jahr für Jahr ein Anti-Atom-Rufer zu sein",[12] „das bisher Unvorgestellte und Ungefühlte" ununterbrochen vorzusagen, „um den inneren Schweinehund: die unwillige Phantasie und das faule Gefühl herauszulocken".[13] Ein durch Aufklärung geschaffenes „Apokalypse-Bewußtsein" solle sich „in einen kollektiven Proetst verwandeln, in ein Nein gegen die Möglichkeit des Untergangs."[14]

Anders versteht seine eigenen Veröffentlichungen als Teil einer solchen Aufklärungskampagne. Seine Schriften wollen sich nicht an einen engen Zirkel philosophisch Interessierter sondern an eine breite Öffentlichkeit wenden: „Da die Bombe nicht über unseren Universitätsgebäuden hängt, sondern über unser aller Häuptern, wäre es ja auch nicht angemessen, einer Fachgruppe etwas über die mögliche Apokalypse in einem Fachidiom vorzuphilosophieren."[15]

Da die Angst der Adressat einer solchen Aufklärung ist, sei die Genauigkeit der Inhalte unerheblich. mehr noch: Die Gleichgültigkeit gegenüber der atomaren Drohung zwinge den „Anti-Atom-Rufer" zur Übertreibung seiner Sprache. Aufklärende müßten sich der *Panikmache* bedienen: „Panikmacher werden wir genannt. Ja, das versuchen wir zu sein. Das Wort ist ein Ehrenwort. In der Tat besteht heute die wichtigste moralische Aufgabe darin, den Menschen klarzumachen, daß sie sich zu ängstigen haben."[16]

Auch in seinen eigenen Schriften bedient sich Anders des Mittels der Übertreibung. So entsprechen z.B. die in den „Thesen zum Atomzeitalter" aufgestellten Behauptungen Anders' eigenen Worten gemäß absichtlich nicht der Wahrheit, sondern sie sind in überspitzter Form niedergeschrieben um zu warnen, „damit

schaftliche" Versuch der bürgerlichen Klasse ihre Entfremdungskategorien zu beherrschen. Die

sie nicht wahr werden."[17]

Es ist die These von der Antiquiertheit der Menschen, ohne die Anders' Forderung nach mehr Angst unverständlich bleibt. Denn, – so möchte man gegen ihn argumentieren –, *ist es nicht die Angst selber, welche über ihre Verdrängung Indifferenz und geistige Lähmung erzeugt?*

Anders' Behauptung, Angst setze ein Widerstandspotential frei, kann zwar mit einer gewissen Logik aus dem „prometheischen Gefälle" abgeleitet werden; die praktische Erfahrung hingegen spricht eher für das Gegenteil und läßt die Vermutung nahe liegen, daß nur die Hoffnung selbstformulierter Handlungsperspektiven sowie die relative Geborgenheit einer alternativen Alltagspraxis abstumpfende Angstverdrängung verhindern und Widerstand entfachen könnten.

Fragen nach dem Wie zwischenmenschlicher Beziehungen und dem Wie denkbarer Gesellschaftsentwürfe lehnt Anders jedoch entschieden ab. Sie seien angesichts der Apokalypsedrohung antiquiert: „An die Stelle der „Wie-Fragen" ist die „Ob-Frage" getreten"[18]; es käme nicht mehr darauf an, die Welt zu verändern, sondern sie zu erhalten. Damit aber verstellt ihm die These der Antiquiertheit die Sicht auf einen sehr wohl möglichen kausalen Zusammenhang zwischen einem Wie der Veränderung und dem Ob der Welterhaltung und wird zur fixen Idee.

Es ist allerdings falsch zu denken, Anders würde seine Theorie des Widerstands nicht selbst in ein kritisches Licht rücken. Der Frage, ob das Unterfangen der Angsterzeugung letztendlich erfolgversprechend sei, steht er sehr pessimistisch gegenüber; wohl bemerkt ohne die Theorie der Antiquiertheit zu verlassen, sondern indem er sich auf die weiter oben bereits umschriebene anthropologisch determinierte Unveränderbarkeit des menschlichen Fühlvermögens zurückbesinnt. Damit, notabene, wird die postulierte Leistungsdifferenz für unüberbrückbar erklärt und Widerstand aussichtslos.

Vor dem Hintergrund dieses tiefen Pessimismus' wird Günther Anders' letzter großer Auftritt verständlich: 1987 veröffentlichte er seine Aufforderung, „diejenigen (zu) töten, die die Menschheit zu töten bereit sind."[19] Anders rief dazu auf, mit der Lächerlichkeit des symbolischen Blümchenüberreichens zu brechen, um sich auf den Ernst der bis zum Äußersten gehenden Gewaltanwendung einzustellen. Eine *Erklärung*, weshalb gerade damit die atomare Bedrohung abgewendet werden könne, enthielt uns Anders vor, weil er wußte, daß es seiner Philosophie zufolge eine solche Erklärung nicht geben kann. Es gelang Anders zwar, seinen Aufruf mittels dem Verweis auf die Moral des Tyrannenmords halbwegs zu legitimieren. Doch zur Frage nach den politischen Erfolgschancen schwieg er bis zu seinem Tode.[20] Denn Günther Anders war sich darüber im Klaren, daß sein Aufruf zum Töten Ausdruck seiner eigenen „Verzweiflung" ist, die „in Aktion umschlägt",[21] wie er es in seinen letzten Worten bestätigte.

Bleibt zu bemerken, daß mit Günther Anders zwar ein großer, aber auch ein verzweifelter Philosoph, der vor autoritären Gedanken nicht zurückgeschreckt war, die Lebenden verlassen hat.

Anmerkungen:

1 vgl. Hiroshima ist überall, München 1982
2 „Ich nehme nichts zurück", Interview mit G.Anders, aufgezeichnet von K.P. Liessmann, in: Wochenzeitung (Zürich) v. 25.12.1992, S.17
3 Die Antiquiertheit des Menschen Band I: Über die Seele im Zeitalter der industriellen Revolution (1956), München 1987⁷, S.284
4 ebenda S.266-267
5 ebenda S.267
6 vgl. ebenda S,VII
7 „Wenn ich verzweifelt bin, was geht's mich an?", ein Gespräch mit Günther Anders, geführt von Mathias Greffrath, in: Lassahn, Bernhard (Hrsg.), Das Günther Anders Lesebuch, Zürich 1984, S.318
8 Antiquiertheit des Menschen Bd.I, S.273
9 ebenda, S.265
10 ebenda, S.274
11 ebenda, S.308
12 vgl. „Wenn ich verzweifelt bin...", S.327-328
13 Antiquiertheit des Menschen Bd.I, S.275
14 G.Anders, Verantwortung im Atomzeitalter, in: Die Friedensrundschau 18, 4/1964, S.7
15 Antiquiertheit des Menschen Bd.I, S.237
16 „Wenn ich verzeifelt bin...", S.327
17 Die atomare Drohung, München 1983, S.104
18 Antiquiertheit des Menschen Bd.I, S.238
19 in: Bissinger, Manfred (Hrsg.), Gewalt – Ja oder Nein. Eine notwendige Diskussion, München 1987, S.145
20 „Ich nehme nichts zurück!", S.18
21 ebenda, S.17

LeserInnenbriefe

Nachträge zur Diskussion um den Individualanarchismus etc.

Noch ein paar Worte zur kritischen Nabelendoskopie. Ich finde Eure Entscheidung, die Leserbriefe nicht im SF sondern als gesonderte Doku zu veröffentlichen richtig, hätte mir aber eine genauere Aufdröselung über die Frage, was das „Dritte Reich" der (?) Individualanarchist(Inn?)en mit dem der Nazis zu tun hat, gewünscht – diese Unklarheit scheint für den Diffamierungsvorwurf verantwortlich zu sein. Ansonsten finde ich die Beiträge ziemlich überflüssig und vom Stil her geradezu widerwärtig. Bestenfalls amüsieren sich andere Linksradikale darüber, wie einige (selbsternannte) anarchistische „Koryphäen" aufs Neue einen „Sturm im anarchistischen Wasserglas" entfachen oder nur über die „im Parteikampf eingerissenen üblen Sitten der gegenseitigen rüden Beschimpfung, Verleumdung und Verächtlichmachung, die sogar leider am ärgsten zwischen den benachbarten proletarischen und revolutionären Gruppen im Kampf gegenbeinander im Gebrauch sind (*Mühsam* im Kapitel „Revolutionäre Moral" in „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat"). Erfahrungsgemäß führt ein solches miteinander-umgehen aber dazu, daß die, die im Koryphäen-Wettstreit nicht mithalten können oder wollen, sich abwenden und dann oft gar nichts mehr machen.

Ich finde es jedenfalls beachtlich, daß und wie ihr euch mit dem Protestaufruf auseinandersetzt. Den Vorwurf der Zensurausübung (beim SF immerhin real möglich) kenne ich aus eigener Erfahrung, und auch die Lustlosigkeit, auf geschickt-abstruse Konstruktionen einzugehen. Euer Selbstverständnis kommt übrigens nicht nur meinen Interessen entgegen (was nicht verwunderlich ist, da ich kaum an anarchistischer Theorie und vor allem in linksradikalen/autonomen Gruppen arbeite) sondern dürfte sich von dem anderer anarchistischer Zeitschriften (Direkte Aktion, Graswurzelreviolution) nicht sehr unterscheiden. Die generelle Kritik am SF verstehe ich daher umso weniger.

Ergänzend zu Maierbrugger und Portmann fände ich es spannend, nicht nur die Berührungspunkte von (individual-)anarchistischen Vorstellungen und faschistischer Ideologie zu untersuchen, sondern auch die zwischen der Neuen Linken und der Neuen Rechten. Am Beispiel Rassismus hat z.B. die autonome LUPUS-Gruppe Fehler der „klassischen" autonomen Antifa aufgezeigt. Es dürfte aber auch einen Zusammenhang zwischen (autonomer) Selbstbezogenheit und der überall beobachtbaren Entpolitisierung geben ...

Solidarische Grüße, Kai aus Bochum

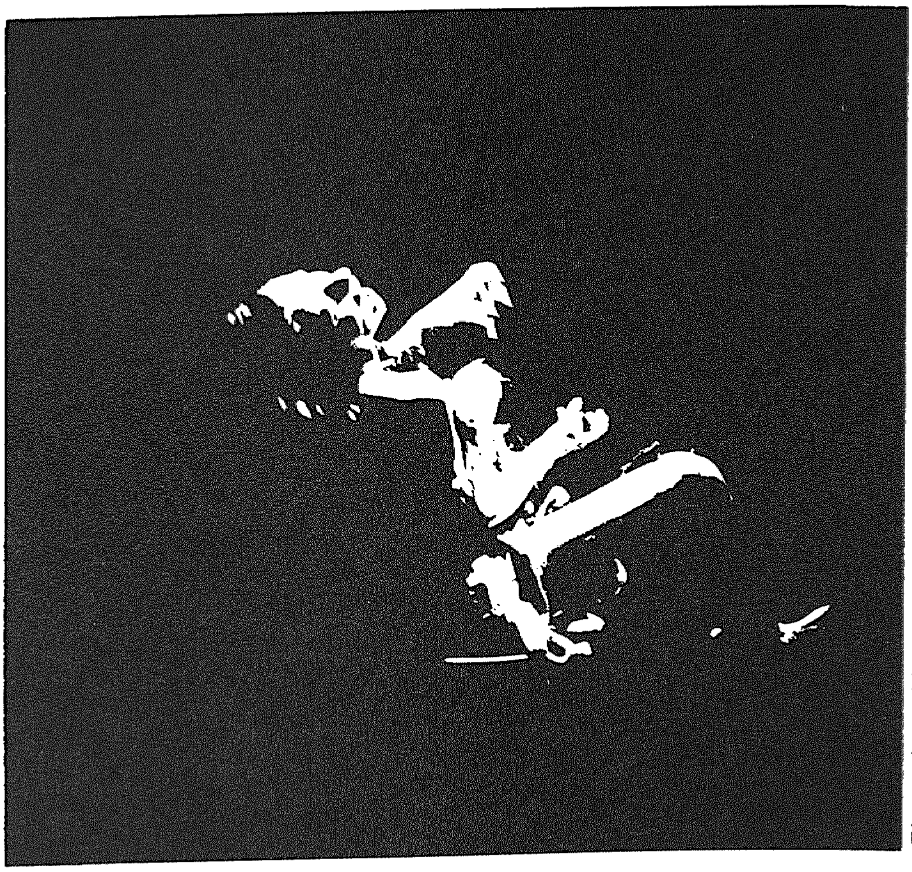


Photo: Anarchistische Fotozelle

Die Stellungnahme der SF-Redaktion kann ich nur stellenweise unterstützen. Was ich nicht unterstützen kann ist tatsächlich der Nichtabdruck von LeserInnenäußerungen mit dem Hinweis, daß es sich um persönlich gefärbte Streitereien und um Insider-Diskussionen handelt, wie die Nationalismusdiskussion, die die LeserInnen nicht interessieren. Dabei wäre ja gerade eine inhaltliche (!) Auseinandersetzung/Kontroverse wichtig und würde, wenn sie öffentlich ist, hoffentlich mehr Leute interessieren, ansprechen. Falls aber solche Diskussionen soviele anarchistische (?) LeserInnen nicht interessieren, muß frau sich fragen, wozu dann überhaupt eine anarchistische Zeitung gemacht werden soll. Gut, Euer Selbstverständnis ist, daß ihr kein Sprachrohr der verschiedenen anarchistischen Gruppen sein wollt. Ihr habt ausführlich dargelegt weshalb.

Ein anderer Punkt ist der Aufruf gegen Euch. Inhaltlich nehmen die UnterzeichnerInnen nicht Stellung zu den Aussagen. Den Vorwurf, daß diese KritikerInnen unsensibel sind, wenn sie sich mit Roma/Sintis vergleichen, kann ich nur unterstützen. Erinnnert mich ihre Argumentation fatal an den VPM (Verein psychologischer Menschenkenntnis, Ex-Lieblinge, der sich in Zürich vor einiger Zeit als die heutigen Juden bezeichnete), was halt doch auf eine sektenähnliche Gruppierung schließen lassen muß. Es ist tatsächlich ungeheurlich, wenn die Unterschreibenden sich vergleichen mit Verfolgten und es bleibt die Frage offen, ob Personen überhaupt lesen, was sie unterschreiben.

Zu den Leserbriefen: Uwe Timm muß kaum kommentiert werden, er entlarvt sich selber, der Ton ist überheblich, bösartig und beleidigt. Er diffamiert Gregor Dill als Nazi und kommt sich selber viel gewichtiger vor als so ein kleiner SF-Leser.

Die Kritik von Jochen Schmück und Jochen Knoblauch erachte ich als ihre Meinung, die man teilen kann oder nicht. Nur auf den Punkt des Antisemitismus gehen sie mir zu wenig ein, resp. verharmlosen ihn. Die anderen Briefe kann ich auch nur insofern kritisieren, daß auf den Inhalt der „kritisierten" Artikel nicht eingegangen wird, sondern die Verfasser beleidigt und niedergemacht werden.

Diese scheinen einen Punkt getroffen zu haben, den es sich lohnen würde, einmal genauer zu untersuchen. Statt nur Personen niederzumachen, soll doch mal ernsthaft geprüft werden, wo befinden wir uns auf der Gratwanderung zum Sektierer-

fremdung.

Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet es, den Reichen wie den Armen,

tum, was ist der Unterschied zwischen Anarchaos und Sekten?

Das interessiert doch AnarchistInnen oder nicht? Aber wenn solche Gedanken als Diffamierung bezeichnet werden, ist es mit einer anarchistischen Bewegung nicht mehr weit her, dann handelt es sich tatsächlich nur noch um Sektengrüppchen mit der reinen Lehre.

Sylvia Zweidler, Schweiz

Zwei indirekte Leserzuschriften erhielten wir noch zu dieser leidigen Diskussion: der eine, *Klaus aus Tanzania*, fragt sich aufgrund seiner eigenen unmittelbaren Umgebung in Afrika unserer Ansicht nach völlig zurecht, ob die deutsche @-Szene keine anderen Probleme mehr hat und der andere, *Steffen aus Mannheim*, wies uns auf die AIDS-Artikel in der Berliner Schwulen-Zeitschrift *Magnus* hin, da wir in SF-1/91 die *"Thesen des Herrn Duesberg dargestellt hätten und dies – im Gegensatz zu anderen, weniger lebensbedrohlichen Themen innerhalb der @-Familie – keinen Sturm im Wasserglas ausgelöst"* hätte, so daß es *"an der Zeit wäre dem unverantwortlichen Quatsch des Herrn Duesberg, der leider immer größere Verbreitung findet, etwas entgegenzusetzen."* Wir haben diesen Hinweis gerne aufgegriffen und uns vom *Magnus-Magazin* die Nachdruck-Erlaubnis besorgt, – zumal die AIDS-Diskussion auf SF-37 in schriftlicher Form leider ausblieb (telefonisch hatte es Widerspruch gegeben).

SF-Redaktion

auf den Straßen zu betteln, unter den Brücken zu schlafen

btr. Michael Wilk: Staatlichkeit als Okkupation



Ich finde, der Artikel von Michael Wilk gibt eine gute Standortbestimmung, in der sich viele undogmatische Linke wiederfinden können. Es ist dem Artikel eigentlich wenig hinzuzufügen. Lediglich zwei Aspekte sind mir nicht deutlich genug dargestellt.

I. Es sieht so aus, als sei unser Staat, wer immer das sein soll, derart geschickt, daß er mit Zuckerbrot und Peitsche seine Untertanen bei der Stange hält. Freiheiten erscheinen nur als die lange Leine um unseren Hals. Das halte ich für etwas einseitig. Ich glaube, daß wir erstens froh um viele Freiheiten sein können, die in einem demokratischen System existieren, und daß zweitens diese Freiheiten sehr oft von unseren VorstreiterInnen hart erfochten wurden. Die zumindest relative Meinungsfreiheit oder der Achtstundentag sind nicht nur überhebliche Zugeständnisse eines abstrakten Staates.



und Brot zu stehlen.

Anatole France

II. Die sogenannte 3.Welt ist einmal mehr etwas zu unschuldig dargestellt. Ich kenne diese Dritte Welt mittlerweile recht gut und habe feststellen müssen, daß es überall weise Menschen und Lumpen gibt. Und ich habe feststellen müssen, daß viele Fehler wider besseren Wissens hausgemacht sind, hier wie dort. Wenn zum Beispiel die Madagassen ihre Insel radikal abholzen und damit auch sich selber auf Dauer die Nahrungsgrundlage entziehen, dann können dafür nicht nur post- oder neokolonialistische Verhältnisse verantwortlich gemacht werden. Gleiches gilt für das ungebremste Bevölkerungswachstum und auch für die Ausbreitung der AIDS-Seuche in Afrika. Und wenn dem so ist, dann kann man Menschen, die rücksichtsvoll mit ihrer Umwelt und dem Leben umgehen, nicht ohne weiteres zumuten, daß sie immer und überall für die Sünden anderer einstehen sollen. Ich zumindest bin kein Christ, der nur in Nächstenliebe zerschmilzt.

Was ist die Alternative? Revolution ist nicht oder nicht mehr ein Zustand, der von uns anzustreben sein sollte. Wenn, dann kommt so eine Situation ohnehin unerwartet, das hat die Vergangenheit gezeigt. Evolutiv auf die Verhältnisse einwirken, Querdenken, das tut not. Ein selbstbestimmtes Leben führen und über den Tellerrand hinausblicken. Die Welt nicht verdammen aber auch nicht Teile der Welt verklären. Und sich vor allem nicht an dieser Welt zerreiben. Wenn die Menschheit schon untergeht und vieles spricht dafür, so sollten wir doch in ihr ein lustvolles Leben geführt haben. Übrigens sei Michael Wilk versichert, daß es Leute gibt, die Wilhelm Reich und die Sexpol noch nicht vergessen haben. In diesem Sinne und im Angedenken an Stirner und La Mettrie kann man auch in diesen beschissenen Zeiten selbstbestimmt und fröhlich leben.

Stephan Krall, Kronberg

Von wem stammt diese Marx-Kritik? In welchem Verlag wurde sie publiziert?

Alte SF-Nummern

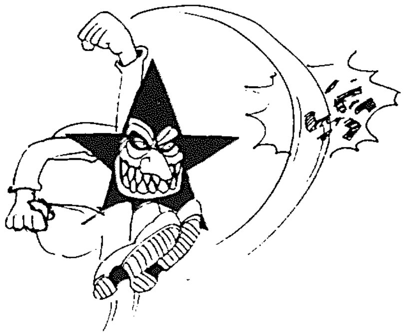
Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir nachstehende Angebote: Vorausgeschickt sei noch, daß die Nrn. 0-18, 23 nicht mehr lieferbar sind. Wir erinnern aber an die **Nostalgienummer mit Artikeln aus den Nummern 0 bis 12** Sie ist für 10.- DM nach wie vor lieferbar.
Nur noch wenige Exemplare gibt es von den Sondernummern Arbeit (5.-) und Feminismus (6.-).

Lagerräumaktion!!
Die Nrn. 19 - 32 bieten wir zum Sonderpreis von 20.- an; enthalten u.v.a.:
–Murray Bookchin: über Libertärer Kommunalismus, Ulrich Klan über Frauen in der FAUD; Clara Thalmann-Interview; Gottfried Mergner über Deutscher Kolonialismus; Martha Ackelsberg über Mujeres Libres; Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten; Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon ; Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories; Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik; Stefan Schütz über Künstler und patriarchalische Gesellschaft; Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni; Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni ; Rosella di Leo über Patriarchatskritik; Ynestra King über Ökofeminismus ; Interview mit Murray Bookchin; Detlef Hartmann über IWF; Wolfgang Haug über Alltag/Klasse; Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie; Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung; Jörg Auberg über Medienkritik Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft; Herby Sachs über Medien und Europa; Michael Seligmann über Räterepublik 1919 am Beispiel Fürth; Jörg Auberg über Carlo Tresca - italoamerikanischer Anarchist; Thomas Schupp über Leiharbeit in der BRD; Anita Wilmes und Monika Autenrieb über Frauenhandel; Jürgen Tobegen über Rassismus in der Linken; Karola Fings und Frank Sparing über Roma/Sinti ; Hans A. Pestalozzi über Esoterik ändert nichts!



Für die anderen lieferbaren Nummern gilt: **Für 5 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 20.-DM Schein**, Überweisung oder Briefmarken. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern

Nr.33: Radikale Linke von Michael Wilk * Hungerstreik-Kritik von Gerhard Linner * Sozialer Ökofeminismus, Teil 1 von Janet Biehl * Friedrich Wolf bei den Kapputsch-Kämpfen? von Wolfgang Fey * Romanauszug aus Frank Harris: »Die Bombe« etc.



Nr.34: Wi(e)dervereinigungsdiskussion-I * Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus heute von Siegfried Jäger * * Sozialer Ökofeminismus, Teil 2 von Janet Biehl * Italienische Centri Sociali Autogesti, vorgestellt von Egon Günter * Die Anarchisten in Mülheim-Styrum nach dem Sozialistengesetz von Andreas Müller * Romanauszug aus Kurt Kläber: »Passagiere der 3.Klasse« * Herbert Read's Ästhetik von Ulrich Klemm u.v.a.

Nr.35: Demorede: Nie wieder Deutschland! * Stasi-Konferenz 1989 * Was kostet der Anschluß? * Nationalismusdiskussion-II * Flüchtlingspolitik – Ausländergesetz * 500 Jahre Kolonisation * Subsistenzansatz, Teil 1 von Veronika Bennholdt-Thomsen * Märzrevolution 1920 von Erhard Lucas * Traven - Marut von Augustin Souchy * Interview mit Laid Thenardier * 10 Jahre SF! uva.

Nr.36: PDS/Linke Liste-"Basis"demokratie * Radikale Linke-Kongreß * Entmilitarisierung/ Totalverweigerung * Häuserkampf in Ostberlin * Festung Europa * Subsistenzansatz, Teil 2 von Veronika Bennholdt-Thomsen * TAZ lügt! * Füchtlingspolitik – Mexiko/USA * Nationalismusdiskussion-III * de Antonios Dokumentarfilme von Jörg Auberg * Kölner Progressive * etc.

Nr.37: Kapitalismuskritik von Alexander Zinovjew * 2 Reden bei „Keine Stimme für Deutschland" * Nationalismus und Befreiung. Die Kurdenfrage von Ronald Ofteringer * GATT-Gattastrophe * 500 Jahre Kolonisations-Feiern * Interview mit Alain Finkielkraut über Rassismus * Der Faschismus von Vichy von Maria A. Macciocchi * Über Ärzte in KZs von Jens Bjørneboe * AIDS - ein medizinischer Irrtum? * Über das Elend der Gegenöffentlichkeit von Jörg Auberg * Wider den libertären Nationalgedanken * Nachruf auf Rudolf Michaelis u.a.

Nr. 38 Kurdenverfolgung und kein Ende * US-Militärpolitik von Philipp Agee * Krieg und Geschwindigkeit von Ulrich Bröckling * Palästinenser aus jüd. Sicht (Adam Keller) * Int. mit Primo Levi (1986) * Holocaust-Historikerstreit * Doitschstunde von LUPUS * Nazis im Osten * Unruhen in Athen * Anarchisten in Polen * Black Panther - Veteran-Innentreffen (1986) * Int. mit p.m. , etc.

Nr.39 u.a. Multikulturelle Gesellschaft und die Frauen * Westliche Kultur und multikulturelle Gesellschaft * Murray Bookchin: Verteidigung der Aufklärung * LUPUS: Die Maskenbildner des Krieges * Herby Sachs: 500 Jahre Kolonisation * Pasolini von Maria A. Macciochhi

Nr. 40 u.a. Ausländerquotierung? * Bleiberecht für alle Roma von ROM e.V. * Pogrome beginnen im Kopf von Wolfgang Haug * Freihandelszone in Amerika von Herby Sachs * Desinformation und der Golfkrieg von Noam Chomsky * Artikel zum Ende der Sowjetunion
Nr. 41 u.a.: Flüchtlinge in Norderstedt * Skins - Ästhetik der Gewalt * Kurden zwischen Saddam und der Neuen Weltordnung * Zeitschriften: der Wiener Salto * Protest und Revolte in China von Klaus Haag * Theorie und Praxis von Class War * Ort der (Geschlechter-)Differenz von Rosella di Leo * Anarchistenpresse in Österreich-Ungarn

Nr.42 u.a.: EXPO: Wallfahrt zum Fetisch Ware von Tommy Hohner * Was hat das multikulturelle Konzept mit Verkehrsberuhigung zu tun? von LUPUS * Interview mit Jutta Ditfurth und Manfred Zieran (ÖkoLi) * Interview mit dem schweizer Schriftsteller Otto F. Walter * Interview mit Jean-Christophe Ammann, Museumsdirektor in Frankfurt u.v.a.

Nr. 43 u.a.: Weltwirtschaftsgipfel in München * Rassismus in Schönau?! * Libertärer Kommunalismus von Murray Bookchin * Interview mit Noam Chomsky * "Drogenkrieg" von Andi Ries * "Kriegstreiberdiskurs von Klaus Schönberger und Claus Koestler * Auffanglager in Ungarn von Keno Verseck * Diskussion um Maierbrugger-Buch, Stirner und Protest gegen den SF u.v.a.

Nr.44 u.a.: Rostock, "Junge Freiheit", Toronto-Riot, RAP & Rebellion, Hardcore-Music, Flüchtlinge wollen zurück nach Guatemala, Interview mit Alfonso B. Paiz, Michael Wilk: Staatlichkeit als Okkupation, Murray Bookchin: Von einem Narren der Freiheit (Antwort auf Ulrike Heider), Interview mit Martha Wüstemann (Ex-Gruppe DAS, FAUD), Das verdrängte Altern, Bjørneboes Romane

Wo gibt es den SF??

Erfreulicherweise gab es erste Resonanz auf unseren Aufruf, dem SF zu mehr Öffentlichkeit (also vermehrten Wiederverkaufsstellen) zu verhelfen. Es gibt ihn neuerdings auch in Rostock, Neustadt und schon länger in St. Gallen – und zwar in:

2000 Hamburg-6: Libertäres Zentrum, Lagerstr.27
2500 Rostock: Infoladen "Flüstern & Schreien", August-Bebelstr.92
6730 Neustadt a.Weinstr.: Quodlibet-Buchladen, Im Klemmhof
7800 Freiburg: Strandcafe, Adlerstr.12
CH-9004 St.Gallen: Comedia-Buchhandlung,, Katharinengasse 20



Den ersten drei EinsenderInnen mit der richtigen Lösung winkt ein Buchgeschenk.

FROHE OSTERN!


Photo: Anarchistische Fotozelle

LIBERTÄRE TAGE

8.-12.4.93

FRANKFURT/M.